



Plenarprotokoll

8. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 1. September 2005

Fragestunde	404		
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	405, 406, 407		
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen	405, 406, 407, 408, 409		
Dr. Henning Höppner [SPD].....	407		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	407, 408		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	409, 409		
Für eine moderne Polizei	409		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/208			
Wolfgang Kubicki [FDP].....	409, 415		
Peter Lehnert [CDU].....	410, 414		
Thomas Rother [SPD].....	411		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	413		
Anke Spoorendonk [SSW].....	414		
Dr. Ralf Stegner, Innenminister	415		
Beschluss: Ablehnung	416		
Die Agrarinvestitionsförderung auch nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten	417		
		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/194	
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	417, 422
		Hartmut Hamerich [CDU]	418
		Dr. Henning Höppner [SPD].....	419
		Günther Hildebrand [FDP].....	420
		Lars Harms [SSW].....	421
		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	423
		Beschluss: Ablehnung	424
		Vertragsnaturschutz	424
		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/195	
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	424, 431
		Axel Bernstein [CDU]	425
		Konrad Nabel [SPD]	426
		Günther Hildebrand [FDP].....	427
		Lars Harms [SSW].....	428

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	429	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/153	
Beschluss: Ablehnung.....	431	Werner Kalinka [CDU], Berichterstatter	451
Wahl der Mitglieder der nach dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz zu bildenden Kontrollorgane.....	431	Beschluss: Verabschiedung	451
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU Drucksache 16/216		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie	451
Beschluss: Annahme.....	431	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/63	
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005.....	432	Bericht- und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 16/154	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/177		Werner Kalinka [CDU], Berichterstatter	451
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/219		Beschluss: Verabschiedung	451
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/234		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung der organisationsrechtlichen Bestimmungen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch	451
Günter Neugebauer [SPD], Berichterstatter	432	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/202	
Birgit Herdejürgen [SPD]	433	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	451
Frank Sauter [CDU]	435	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz.....	451
Wolfgang Kubicki [FDP].....	437	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/203	
Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	441	Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	451
Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	441	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)	451
Anke Spoorendonk [SSW].....	443	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/205	
Rainer Wiegard, Finanzminister	446	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	452
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	450		
Holger Astrup [SPD].....	450		
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/234			
2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der Fassung der Drucksache 16/219	450		
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes	451		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/59			

Bericht zum Verbraucherschutz	452	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/143	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/190		Günter Neugebauer [SPD], Bericht- ersteller	453
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/215		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zum Abstimmungs- verhalten	453
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	452		
Holger Astrup [SPD], zur Geschäfts- ordnung	452	Beschluss: Annahme des Antrages in der Fassung der Drucksache 16/143	453
Beschluss: Überweisung der Anträge an den Sozialausschuss.....	452		
Perspektiven für die Westküste	452	Steuerliche Förderung von Diesel- rußfiltern	453
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/192		Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/58	
Beschluss: Annahme.....	452	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 16/144	
Reform der europäischen Zuckermarkt- ordnung	452	Günter Neugebauer [SPD], Bericht- ersteller.....	453
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/210		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zum Abstimmungsverhalten.....	454
Beschluss: Annahme.....	452		
Breitbandinternetversorgung DSL in Schleswig-Holstein	452	Beschluss: Ablehnung des Antrages Druck- sache 16/58	454
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/211			
Beschluss: Annahme.....	452	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2005	455
Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung	452	Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 16/200	
Antrag der Landesregierung Drucksache 16/212		Detlef Buder [SPD], Berichterstatter	455
Beschluss: Annahme.....	452	Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung der Petitionen	455
Zwischenbericht zur Verwaltungsstruk- turereform des Landes	453	Bericht der Investitionsbank 2004	455
Antrag des Abgeordneten des SSW Drucksache 16/214		Drucksache 16/179	
Beschluss: Annahme.....	453	Beschluss: Überweisung an den Finanz- ausschuss und den Wirtschaftsaus- schuss zur abschließenden Beratung...	455
Ergebnisse des Jobgipfels finanzpolitisch seriös umsetzen	453	a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haus- haltsplan 2006	455
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/73		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/180	

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Drucksache 16/235

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2005 bis 2009	455
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/198	
Rainer Wiegard, Finanzminister	456, 495
Wolfgang Kubicki [FDP]	459, 494
Dr. Johann Wadephul [CDU]	465
Lothar Hay [SPD]	471
Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	477
Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	480, 493
Anke Spoorendonk [SSW]	484
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	489
Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/180 an den Finanzausschuss	
2. Überweisung des Berichts Drucksache 16/198 an den Finanz- ausschuss zur abschließenden Beratung	
3. Annahme des Antrages Drucksache 16/235	495

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 9:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gestehe, dass 9 Uhr für den Beginn unserer Plenartagung eine etwas ungewöhnliche Zeit ist. Ich habe aber den Eindruck, dass langsam alle eintreffen. Deshalb eröffne ich die 5. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Herr Minister Döring ist wegen dienstlicher Verpflichtungen am heutigen Tage, Herr Minister Austermann wegen der Wahrnehmung auswärtiger Termine im späteren Verlauf der Sitzung beurlaubt. Aufgrund einer Messereröffnung ist Herr Ministerpräsident Carstensen zurzeit nicht anwesend. Er wird in circa einer Stunde zur heutigen Sitzung eintreffen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln. Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 7, 8, 9, 15, 17, 25 bis 28, 33 bis 35 und 41 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 14 und 32, Regionalflughafen Lübeck-Blankensee und Bundesratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 12, 13, 29, 30 und 37. Anträge zur Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 5. Tagung.

Ich weise daraufhin, dass die heutige Sitzung unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause - soweit erforderlich - über 18 Uhr hinaus fortgesetzt werden wird. Die Sitzung am Freitag beginnt um 10 Uhr. Die morgige Mittagspause wird um eine Stunde verkürzt, die Sitzung also bereits um 14 Uhr fortgesetzt. Wir werden morgen längstens bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Fragestunde

Zur Fragestunde hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug von der FDP eine Frage eingereicht. Ich erteile deshalb zunächst dem Fragesteller das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Frage lautet:

„Befürwortet die Landesregierung eine vollständige Veröffentlichung der jüngsten PISA-Ergebnisse - -“

(Zurufe: Mikrofon bitte! Das ist nicht zu verstehen!)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Mikrofon, eine Sekunde bitte!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Also, ich wiederhole das, Herr Präsident. - Meine Frage lautet:

Befürwortet die Landesregierung eine vollständige Veröffentlichung der jüngsten PISA-Ergebnisse einschließlich der Landesergebnisse in allen Schularten - also nicht nur den Gymnasien - oder lehnt die Landesregierung eine solche Offenlegung der PISA-Daten ab, wie dies laut Bericht der „WELT“ vom 25. August 2005 „vor allem die SPD geführten Bundesländer“ tun?

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank, Herr Dr. Klug. Ich unterstelle, dass Frau Ministerin Erdsiek-Rave antworten wird. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug, lassen Sie mich zunächst eines ganz klar sagen: Selbstverständlich befürwortet die Landesregierung eine **vollständige Veröffentlichung** der jüngsten PISA-Ergebnisse einschließlich der Leistungsergebnisse in allen Schularten. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Lassen Sie mich allerdings etwas ausführlicher darstellen, wie es zu dieser öffentlichen Darstellung oder auch zu den Missverständnissen, die daraus erwachsen sind, gekommen ist.

In der augenblicklichen Diskussion geht es ausschließlich um die Frage, auf welchem Maßstab die Daten errechnet werden. Dafür gibt es eine ganz klare Regelung. Es geht nicht nur darum, wie sie errechnet werden sollen, sondern auch darum, wie sie dargestellt werden sollen. Dazu gibt es eine klare Regelung in dem **Vertrag**, der zwischen der **KMK** und dem **PISA-Konsortium** Deutschland unter Federführung

von Herrn Professor Prenzel im Februar 2003 beschlossen wurde. Laut dem Vertrag, an den alle Länder gebunden sind - ich zitiere -, werden „länderspezifische Auswertungen in Form von kurz kommentierten Standardtabellen“ festgelegt und sind „explizite Leistungsvergleiche zwischen den Ländern“ nur zulässig nach vorheriger Absprache in der Amtchefscommission Qualitätssicherung und nach Zustimmung der Länder.

Unstrittig unter den Ländern ist die bisherige Linie, dass ein Vergleich der Schulformen - wohlgermerkt der Schulformen - über die Länder hinweg nur für das **Gymnasium** als einzige in allen 16 Ländern vertretene Schulform sicher und sinnvoll ist. Daher entspricht nur die Ihnen bisher bekannte Darstellungsform des neuen PISA-Ländervergleichs, nämlich der Schularten jeweils in einer länderspezifischen Metrik, also den Vergleich innerhalb des einzelnen Bundeslandes durchzuführen, dem Vertrag zwischen KMK und dem PISA-Konsortium.

Im Gegensatz zu diesen vertraglichen Festlegungen hat Herr Professor Prenzel vorgeschlagen - und dafür hat er wissenschaftliche Erwägungen ins Feld geführt, die er allerdings in der KMK noch nicht vorgetragen hat -, die Ergebnisse für die Schulformen der einzelnen Länder auf der **internationalen Metrik**, also in der internationalen Darstellung, abzubilden, um die Leistungen der Länder auf einen internationalen Maßstab zu beziehen.

Im Klartext gesprochen: Es geht also darum, den Durchschnitt aller Gymnasiasten - sagen wir in Schleswig-Holstein - mit dem Durchschnitt aller 15-jährigen Schüler in Kanada oder in Korea zu vergleichen. Man kann es auch anders formulieren: Der Durchschnitt aller Hauptschüler in Hessen wird mit dem Durchschnitt aller Schüler in Korea verglichen. Diese Darstellungsform ermöglicht dann zugleich abgeleitet den Vergleich aller Schulformen über die Bundesländergrenzen hinweg, über den vereinbarten Schulvergleich der Gymnasien hinaus. Dies bedarf einer Abstimmung innerhalb der KMK.

Aus diesem Grund - nur aus diesem Grund - hat der Staatssekretär Meyer-Hesemann als Vorsitzender der Amtchefscommission nach Abstimmung mit seinem Mitvorsitzenden aus Bayern, Herrn Ehrhard, Herrn Professor Prenzel mitgeteilt, dass diese Frage vor einer endgültigen Klärung in der zuständigen Amtchefscommission beraten werden muss. Professor Prenzel ist zu dieser Sitzung eingeladen und wird gebeten, die im Einzelnen noch nicht erläuterten Gründe des PISA-Konsortiums darzulegen, die aus wissenschaftlicher Sicht dafür sprechen, in Abweichung von der bisherigen Position die **internationale**

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Skala als Maßstab und als Vergleichsbasis einzuführen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Dr. Klug, eine Zusatzfrage!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident, meine erste Zusatzfrage lautet: Teilt Ministerpräsident Carstensen die eben dargelegte Auffassung von Frau Erdsiek-Rave hinsichtlich einer nur eingeschränkten Publikation der PISA-Daten oder ist der Herr Ministerpräsident der Auffassung, dass eine vollständige Offenlegung - wie es die unionsgeführten Länder befürworten - stattfinden soll?

Ich darf im Hinblick auf die Präsenz im Plenarsaal, Herr Präsident, vorschlagen, dass wir vielleicht die Beantwortung, da es sich um eine persönliche Frage an den Ministerpräsidenten handelt, zurückstellen. § 37 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung sieht eine solche Möglichkeit vor, nämlich eine Beantwortung bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, an dem der Ministerpräsident hier im Plenarsaal ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Sehr geehrter Herr Dr. Klug, ich hatte eben darauf hingewiesen, dass der Herr Ministerpräsident wegen einer Ausstellungseröffnung nicht anwesend ist. Ich gehe davon aus, dass die zuständige Fachministerin, gleichzeitig stellvertretende Ministerpräsidentin, die Beantwortung dieser Frage - soweit es ihr möglich ist - übernimmt.

(Beifall der Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Dr. Klug, ich habe zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, dass die Landesregierung der Auffassung ist, dass es überhaupt nicht darum geht, irgendwelche Daten zurückzuhalten. Wenn Sie eben - Entschuldigung! - meinen Ausführungen gefolgt wären, würden Sie auch zu dem Schluss gekommen sein, dass es keineswegs darum geht, Daten zurückzuhalten. Es geht vielmehr darum, dass von Herrn Professor Prenzel vorgeschlagen worden ist, eine neue Darstellungsform einzuführen, wie es sie bisher nicht gegeben hat. Das bedarf einer Abstimmung in der Amtchefscommission und in der KMK. So einfach ist das.

Da geht es nicht um eine politische Frage, ob man etwas vollständig offen legen will oder nicht. Das ist ein Missverständnis gewesen. Dieses Missverständnis ist gezielt herbeigeführt worden, und zwar nicht von mir, sondern von jemandem, den ich nicht kenne. Kein Bundesland hat sich bisher zu der Frage, wie wir in Zukunft weiter verfahren wollen, ob wir von dem Vertrag, den wir haben, abweichen und diese Art der Vergleichstabellen einführen wollen, explizit geäußert. Das wird in der Amtchefscommission und in der KMK geschehen. Möglicherweise sind die Gründe von Herrn Professor Prenzel, die er vortragen wird, so überzeugend, dass wir zu einem neuen Schluss kommen. Dann wird so verfahren werden. Es geht aber nicht darum, irgendwelche Daten, die vorhanden sind, zu verheimlichen, sondern es geht ausschließlich darum, die vorhandenen Daten in unterschiedlichen Tabellen abzubilden, ja oder nein. Ob das sinnvoll ist, darüber kann man politisch streiten, und das wird geschehen.

Ich frage mich wirklich - um das noch hinzuzufügen -, ob es richtig ist, unsere Hauptschüler oder die in Hessen oder die in Bayern mit dem Durchschnitt aller 15-Jährigen in Korea zu vergleichen. Ich weiß nicht, welcher Erkenntnisgewinn daraus kommen soll und wie gerecht eine solche Darstellung ist.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Da müsste wirklich erklärt werden, was der Sinn einer solchen Darstellungsform sein soll.

Noch einmal und in aller Klarheit: Hier geht es nicht darum - und dagegen verahre ich mich -, dass Daten zurückgehalten werden sollen, sondern es soll eine Abweichung vom bisherigen Vertrag geben, und das muss verhandelt werden.

Präsident Martin Kayenburg:

Sehr geehrter Herr Dr. Klug, ich hoffe, dass Ihre Frage zur Zufriedenheit beantwortet worden ist. Sollte das nicht der Fall sein, darf ich Sie auf § 37 Abs. 9 der Geschäftsordnung verweisen. Danach haben Sie die Chance, die Beantwortung in einer Aktuellen Stunde zu verlangen. § 37 Abs. 7 der Geschäftsordnung ist, wenn ich das richtig sehe, ein Schutzbedürfnis der Regierung, gegebenenfalls vertagen zu können, wenn der Fragesteller einverstanden ist. Das ist insoweit nicht einschlägig.

Sie haben eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident, ich möchte als weitere Zusatzfrage folgende Frage an die Frau Ministerin richten: Frau Ministerin Erdsiek-Rave, weshalb unterstützen Sie

(Dr. Ekkehard Klug)

nicht die Auffassung Ihres Berliner Kollegen, des SPD-Schulsenators Klaus Böger, der sich in der öffentlichen Debatte ausdrücklich für eine Einbeziehung aller Schularten in die Leistungsvergleiche und die Veröffentlichung der Daten ausgesprochen hat mit der expliziten Feststellung: „Wir haben nichts zu verbergen“?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Auch wir haben nichts zu verbergen, Herr Dr. Klug. Es geht einzig und allein um die Frage, wie sinnvoll Vergleiche sind. Darüber werden wir möglicherweise in der KMK streiten.

Ich sage noch einmal, es geht nicht nur um den internationalen Maßstab, sondern es geht auch darum, dass man etwa Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen oder Bremen mit den Mittelschulen in Sachsen vergleicht. Es gibt ein rein **dreigliedriges Schulsystem** nur noch in zwei Ländern der Bundesrepublik, und das sind Bayern und Baden-Württemberg. In allen anderen Ländern ergänzen etwa integrierte oder kooperative Gesamtschulen das System oder es gibt wie in den neuen Bundesländern und im Saarland ein zweigliedriges Schulsystem bestehend aus Gymnasien und Mittelschulen. Dann sagen Sie mir, wie Sie die Hauptschulen in Hamburg mit den Mittelschulen in Sachsen vergleichen wollen. Das sind fachliche Fragen, die werden diskutiert werden und die werden neu entschieden werden, wenn die KMK es insgesamt so will. So einfach ist das.

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einer letzten Zusatzfrage erteile ich noch einmal dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass bei der Auswertung der ersten PISA-Studie vor einigen Jahren - ich habe das Exemplar auf dem Tisch liegen - eben auch Vergleiche zwischen den einzelnen Schularten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland mit ausgewertet worden sind?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Ja, natürlich ist mir das bekannt. Das wird auch diesmal der Fall sein. Aber ich glaube, Sie unterliegen einem Missverständnis, Herr Dr. Klug. Natürlich wird es dieselbe Darstellungsform geben wie beim ersten PISA-Vergleich. Das ist so vereinbart, das ist vertraglich festgelegt. Wir werden also genau wissen, wo

stehen unsere Hauptschüler in welcher Bandbreite im Vergleich zu unseren Realschülern, wie leistungsfähig sind die Realschulen im Vergleich zu den Gymnasien, welche Überlappungen gibt es und so weiter. Alles das ist vorgesehen. Da wird zur bisherigen Darstellungsform nichts verändert. Aber die bisherige Darstellungsform soll um den Vorschlag von Herrn Professor Prenzel ergänzt werden, den ich dargestellt habe. Dafür muss er der KMK die Gründe benennen.

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einer weiteren Zusatzfrage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident, Frau Ministerin, noch einmal nachgefragt: Warum hat sich die KMK bisher dafür entschieden, den **Ländervergleich** nur auf die **Gymnasien** zu beziehen und nicht auf die Hauptschulen, auf die Realschulen und die integrierten Gesamtschulen?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Ich will es gern noch einmal ausführen. Eine notwendige Voraussetzung für einen bundesweiten Vergleich der **Schularten** untereinander ist, dass es die betreffende Schulform in vergleichbarem Umfang und in vergleichbarer Struktur in allen Bundesländern gibt. Das ist, wie ich eben dargestellt habe, nicht der Fall, und zwar seit langem schon nicht mehr. Deshalb hat man sich seinerzeit dafür entschieden, ausschließlich die Gymnasien, die es in allen Bundesländern in derselben Struktur und auch mit denselben einheitlichen Prüfungsanforderungen, etwa im Abitur, in Zukunft natürlich auch mit denselben Standards, gibt, zu vergleichen. Das ist unzweifelhaft nur für das Gymnasium gegeben. Wenn jetzt ein Schulvergleich aller Schularten über die Ländergrenzen hinweg gefordert wird, dann gibt es dafür bisher keine Vergleichsbasis. Ob Herr Prenzel meint, die herstellen zu können, indem er die Werte adjustiert oder eine neue Vergleichsbasis schafft, das muss er uns erklären. Bisher waren sich jedenfalls alle Bundesländer darin einig, dass es diese Vergleichsbasis so nicht gibt.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile zu einer weiteren Zusatzfrage dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich kenne Auswertungen von PISA 2000, wo detaillierte Untersuchungen

(Karl-Martin Hentschel)

drin sind über die einzelnen Schulformen und auch über die Gründe der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Schulformen in unterschiedlichen Bundesländern, und zwar über alle Schularten. Wenn Sie das jetzt sagen, dann verstehe ich die Diskussion nicht mehr. Ist es so, dass diese detaillierten Auswertungen über alle Schularten auch über PISA 2003 erstellt werden, oder ist das so, wie das aus der öffentlichen Diskussion zu entnehmen ist, dass es keine Auswertungen über die **einzelnen Schularten** geben wird? Da muss doch ein Unterschied bestehen, sonst verstehe ich die ganze Debatte nicht.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Das ist offenbar auch das Problem bei dem Vorschlag von Herrn Professor Prenzel, den ich hier erläutere, sozusagen die Leistung jeder Schulart in jedem Bundesland auf der internationalen Skala mit dem Durchschnitt aller 15-Jährigen abzubilden. Das hat es bisher nicht gegeben. Dieser Vorschlag, den Herr Prenzel an die KMK herangetragen hat, ist veröffentlicht worden. Es ist zugleich gefragt worden bei Herrn Meyer-Hesemann, bei Herrn Erhard und anderen: Halten Sie das für richtig und sinnvoll, wollen Sie das als KMK mitmachen? Da ist schlicht geantwortet worden, das habe es bisher nicht gegeben. Das, was Sie eben dargestellt haben, hat es gegeben und das wird es auch in Zukunft geben. Niemand beabsichtigt da eine Veränderung, niemand will von der bisherigen Veröffentlichungslinie irgendeinen Abstrich machen.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile zu einer weiteren Zusatzfrage erneut dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn es so ist, dass es bisher schon detaillierte Auswertungen über Schularten gegeben hat, und wenn jetzt eine zusätzliche Auswertung von einem der Autoren dieser ganzen Untersuchungen für sinnvoll gehalten wird, von Herrn Prenzel, gibt es dann irgendwelche Gründe aus Sicht der Landesregierung, diese zusätzliche Auswertung nicht vorzunehmen?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Es gibt bisher keine für uns und auch für andere schlüssige Begründung, warum diese internationale Skala, dieser **internationale Maßstab** plötzlich angelegt werden soll. Das werden wir aber Herrn Profes-

sor Prenzel fragen, das wird er uns darlegen. Wenn es uns gemeinschaftlich sinnvoll erscheint, werden wir möglicherweise in der KMK zu einem anderen Ergebnis kommen. Noch einmal, das entscheidet nicht ein Bundesland allein, sondern das entscheiden wir gemeinsam, denn die KMK ist Auftraggeber und Vertragsnehmer.

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einer letzten Zusatzfrage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Hat sich die Landesregierung schon eine Meinung gebildet, wenn eine solche Abstimmung oder Meinungsbildung im Rahmen der KMK stattfindet, wie sich die Landesregierung dann in dieser Frage positionieren will, und kann die zuständige Ministerin vielleicht sagen, wie sie sich persönlich dazu stellen will?

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Die Meinungsbildung erfolgt folgendermaßen: In der Amtchefscommission - das hatte ich vorhin dargestellt - zur Qualitätssicherung, die die KMK unter Vorsitz von Herrn Meyer-Hesemann und Herrn Erhard aus Bayern eingerichtet hat, wird diese Frage zusammen mit Herrn Prenzel diskutiert werden, der dort seine Gründe darlegen wird. Wenn es dort bereits Einigkeit gibt, bedarf es keiner Diskussion in der Landesregierung. Im Übrigen ist das in der Regel keine Frage, die Kabinettsrang hat. Darüber stimmt man sich untereinander mit den Beteiligten ab, wenn es um eine grundsätzliche Frage geht. Wenn sich die Amtchefscommission einig ist, kann ich mir nicht vorstellen, dass die KMK nicht entsprechend entscheiden wird. Sie wissen aber, dass die KMK-Beschlüsse einstimmig fallen müssen.

Es war noch gefragt worden, wie ich persönlich dazu stehe. Ich glaube, das habe ich dargelegt. Im Übrigen kenne ich die wissenschaftlichen Gründe von Herrn Prenzel nicht. Ich bin immer bereit, mich von Wissenschaftlern, wenn sie gute Gründe haben, überzeugen zu lassen.

Präsident Martin Kayenburg:

Zu seiner ersten Zusatzfrage erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Dr. Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, bei allem Respekt: Die Promotion ehrenhalber ist mir bisher noch nicht verliehen worden.

(Zurufe von der CDU)

- Das kommt noch.

Frau Ministerin, Sie haben ausgeführt, dass Ihnen die Begründung der neuen Art der ergänzenden PISA-Studie in der Veröffentlichung durch Professor Prenzel nicht bekannt ist. Meine Frage lautet: Haben die Landesregierung und vielleicht auch Sie einmal mit Herrn Professor Prenzel, der seinen Studien ja in Kiel nachgeht, gesprochen und sich von ihm seine Vorstellungen erläutern lassen und, wenn nein, warum nicht?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Ich halte es nicht für ausreichend, wenn Herr Professor Prenzel mir beziehungsweise Herrn Meyer-Hesemann die Gründe erläutert, sondern es geht darum, dass alle Beteiligten diese Gründe kennen.

Herr Professor Prenzel hat Herrn Meyer-Hesemann nur das mitgeteilt - mir hat er dies schriftlich mitgeteilt -, was ich eben vorgetragen habe, nämlich, dass er es aus wissenschaftlichen Gründen für wichtig und richtig hält, eine solche Skala zu erstellen und damit den Ländervergleich zu ermöglichen. Die wissenschaftlichen Gründe im Einzelnen hat er nicht erläutert.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, Sie haben das Wort zu einer zweiten Zusatzfrage.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das wird auch meine letzte sein, Herr Präsident.

Frau Ministerin, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie es für untunlich halten, Herrn Professor Prenzel nach der wissenschaftlichen Begründung seiner Ansicht zu fragen?

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Entschuldigung, ich bin nicht die Vorsitzende und auch nicht die Präsidentin der KMK. Das werde ich im nächsten Jahr sein. Ich bin auch nicht die einzige Ansprechpartnerin in dieser Frage.

In dieser Frage ist der Vorsitzende der Amtchefs-Kommission der Ansprechpartner. Er hat mit Herrn Professor Prenzel gesprochen. Gründe im Einzelnen,

die irgendwie überzeugend dargelegt werden konnten, sind bisher weder zu Papier gebracht noch mündlich im Einzelnen erläutert worden. Diese Gespräche hat es natürlich gegeben.

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen offensichtlich nicht vor. Damit ist die Fragestunde beendet. - Ich danke der Frau Ministerin.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, will ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Theodor-Heuss-Realschule Preetz und der Bertolt-Brecht-Realschule Büdelsdorf mit ihren Lehrern herzlich begrüßen. Sie sind dieser Debatte bisher sicherlich mit Spannung gefolgt. - Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Für eine moderne Polizei

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/208

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki für die antragstellende Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern haben 2.500 Beamtinnen und Beamte aus **Polizei** und **Lehrerschaft** in der Kieler Innenstadt gegen die neue Landesregierung demonstriert. Das war die Ouvertüre, die sich nach unserer Einschätzung fortsetzen wird.

Insbesondere die Polizisten haben sich gegen weitere Kürzungen, wie zum Beispiel die angekündigte Beteiligung an der Heilfürsorge gewandt. Die jetzigen Demonstranten haben jedoch nicht nur aus aktuellem Anlass demonstriert, sie haben vielmehr ihrer Wut und Enttäuschung über die neue große Koalition Ausdruck verliehen. Insbesondere die Union hat bisher keines ihrer Wahlversprechen im personellen Bereich der **Landespolizei** eingehalten.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-geführte Landesregierung hat sogar Rückschritte für die Beamtinnen und Beamten gegenüber dem heutigen Status quo zu verantworten. Jetzt ist im personellen Bereich der Polizei genau das eingetreten, wovon wir vor der Landtagswahl immer gewarnt ha-

(Wolfgang Kubicki)

ben. Wir haben davor gewarnt, dass diejenigen, die immer neue **Eingriffskompetenzen** zugunsten der Polizei fordern, dies auf Kosten der Möglichkeiten im personellen Bereich tun werden. Die gestrigen Demonstranten haben dies verstanden. Sie haben verstanden, dass man sich für anlassunabhängige Personenkontrollen, für Videoüberwachung und für KFZ-Screening keine Geschenke für die Kinder kaufen kann.

Wir - das sage ich noch einmal ganz ausdrücklich - stehen zu unseren Forderungen von vor der Wahl. Wir stehen für die Mitarbeiter der Polizei ein, die ihre Hoffnung in eine CDU-geführte Landesregierung gesetzt haben und diese bisher nicht erfüllt sehen. Daher fordern wir heute das ein, was wir zusammen mit der Union vor der Wahl für eine moderne Polizei als notwendig erachtet haben und was ich persönlich in vielen Veranstaltungen gemeinsam mit dem heutigen Staatssekretär Klaus Schlie und auch mit dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen vertreten habe.

Wir fordern von der Landesregierung ein **Konzept** ein, das folgende Inhalte berücksichtigen soll.

Erstens. Es soll eine Personalbedarfsanalyse und ein hierauf basierendes Personalverteilungskonzept enthalten. Gemeinsam mit der Union haben wir in der letzten Legislaturperiode dafür gestritten, dass endlich eine **Personalbedarfsanalyse** erstellt wird, um festzustellen, wie viele Polizeibeamte im Land benötigt werden. „Erst wenn diese Zahl feststeht, können wir sehen, wie diese Beamten verteilt werden sollen“. - Herr Staatssekretär Schlie, das sind Ihre Worte aus der letzten Legislaturperiode.

Zweitens. Wir fordern von der Landesregierung ein Konzept mit Maßnahmen zur Schaffung einer **einheitlichen Führungsstruktur** bei der **Verkehrspolizei**. Wir haben vor der Wahl gemeinsam mit der Union dafür gekämpft, dass die einheitliche Führungsstruktur bei der Verkehrspolizei gewahrt bleiben muss, um so die Fachlichkeit bei entsprechenden Schadenslagen auf den Autobahnen zu wahren. FDP und Union hielten die getroffene Entscheidung im Rahmen der Reformkommission III für falsch. Wir - sowohl Klaus Schlie als auch Peter Harry Carstensen und ich - haben dies auf vielen Veranstaltungen der GdP vertreten.

Drittens. Wir fordern von der Landesregierung ein verbindliches Konzept zur Weiterentwicklung und kompletten Einführung der **zweigeteilten Laufbahn**. Diese Forderung entspricht zwar nicht unserer eigenen Vorstellung aus dem Wahlkampf - wir hatten hierfür einen Zehnjahresplan vorgesehen -, wir bauen der Union aber eine Brücke, indem wir nun von der

Regierung ein Konzept fordern, das im Wahlprogramm der Union stand.

Viertens. Wir fordern von der Landesregierung ein Konzept für Maßnahmen gegen den mittlerweile unerträglichen **Beförderungsstau** bei der Polizei und ein Personalentwicklungskonzept, welches die Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten in der Polizei verbindlich regelt.

(Beifall bei der FDP)

Immer noch warten Hunderte von Beamten auf die ihnen zustehende Beförderung. Die Union hatte in ihrem Wahlprogramm die Vorlage der entsprechenden Konzepte versprochen. Die Polizeibeamten warten darauf. Wir fordern hier und heute nicht mehr als das ein, was die Union als Grundlage für ihren Wahlerfolg versprochen hatte. Viele Polizeibeamtinnen und -beamte haben die Union gerade wegen dieses Versprechens gewählt.

Gleiches gilt für den mittelfristigen Aufbau einer **zweiten Einsatzhundertschaft**. Insgesamt machen wir es der Unionsfraktion leicht, unserem Antrag zuzustimmen. Wir haben teilweise Passagen aus dem CDU-Wahlprogramm wörtlich übernommen.

(Frank Sauter [CDU]: Abgeschrieben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wasserschutzpolizei bekommt neue Boote. Das war aber auch überfällig. Lassen Sie bitte nicht wieder so viel Zeit verstreichen, bis Sie im personellen Bereich entsprechende Maßnahmen ergreifen. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei nicht verdient, die auf unseren Straßen täglich ihre Gesundheit riskieren. Schaffen Sie bitte neues Vertrauen in diese Landesregierung, die ja erklärt hat, sie wolle sich von der Vorgängerregierung dadurch unterscheiden, dass man ihren Zusagen vor der Wahl auch nach der Wahl trauen kann, was man aufgrund der entsprechenden Taten auch sehen kann.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Oppositionsführer und erteile dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert von der CDU-Fraktion das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiger Grundgedanke unseres Handelns heißt: Keine Freiheit ohne Sicherheit. Wer Angst hat, Opfer von Kriminalität zu werden, wird in seiner Lebensführung eingeschränkt und verliert ein wichtiges Stück Freiheit und damit auch Lebensqualität.

(Peter Lehnert)

Um diese Freiheit besser zu schützen, haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, für zahlreiche Verbesserungen der Eingriffskompetenzen im Bereich der Gesetzgebung zu sorgen. Dadurch werden die Rahmenbedingungen auch für die polizeiliche Arbeit in unserem Land deutlich verbessert.

Die **Aufgabenerfüllung** unserer Polizei wird von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sehr positiv bewertet. Dieser Beruf genießt ein hohes Ansehen und Vertrauen - und das völlig zu Recht. Die Polizeibeamtinnen und -beamten in Schleswig-Holstein verrichten Tag für Tag ihren schweren und mitunter leider auch gefährlichen Dienst. Sie sind dabei immer wieder auch besonderen Risiken ausgesetzt. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und unsere Anerkennung. Deshalb haben wir für sie auch eine besondere Verantwortung und Fürsorgepflicht.

Wir können feststellen, dass die Motivation der Polizei trotz zugegebenermaßen schwieriger Rahmenbedingungen vorbildlich ist. Gerade deshalb darf diese positive Grundeinstellung von uns nicht fahrlässig oder vorsätzlich aufs Spiel gesetzt werden. CDU und SPD haben darum vereinbart, ein zukunftsfähiges **Personalkonzept** für die Landespolizei zu erarbeiten. Entscheidender Teil dieses Konzeptes wird eine nachhaltige Stellenstrukturverbesserung zugunsten der Beamtinnen und Beamten sein. Darum muss der Schwerpunkt im operativen Bereich liegen. Wir sollten nicht, wie von der FDP beantragt, bis November warten, sondern wir sollten bereits im September, wie vom Innenminister angekündigt, ein entsprechendes Konzept vorgelegt bekommen. Damit wollen wir der Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Polizeibereich offensiv entgegenzutreten, die leider auch durch Einzelne in diesem Haus geschürt wird.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Was wir dagegen wirklich brauchen, sind zukunftsweisende und vor allem verlässliche Pläne zur **Stellenstrukturverbesserung**. Dabei ist für uns die langfristige Verlässlichkeit dieser wichtigen Entscheidung von besonderer Bedeutung. Wer wie die FDP versucht, die Menschen zu verunsichern, hilft weder den Betroffenen noch der Sache.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Dabei scheint allerdings selbst Herr Kubicki in seiner Presseerklärung vom gestrigen Tag einen gewissen Erkenntnisfortschritt gemacht zu haben, weil er auf die Realität in unserem Land hinweist. Diese Realität ist durch die extrem schwierige Haushaltssituation gekennzeichnet. Sie wird durch entschlossene Ein-

sparbemühungen der Landesregierung konsequent angegangen.

In dieser Diskussion ist es für die CDU-Fraktion von besonderer Bedeutung, die Sorgen und Nöte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei ernst zu nehmen. Lassen Sie uns deshalb aus der heutigen Debatte heraus ein klares Signal an unsere Landespolizei senden: Es wird keinen Stellenabbau von Polizeivollzugsstellen geben. Ganz im Gegenteil, die **Präsenz der Polizei** im operativen Bereich wird durch konsequente Straffung der Leitungsorganisation verbessert. Es wird keine weiteren Abstriche im Bereich des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes geben. Diese Zusage ist gerade für die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen von besonderer Bedeutung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es wird zu einer deutlichen **Stellenstrukturverbesserung** kommen, und zwar insbesondere im Bereich des mittleren und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Damit setzen wir deutliche Zeichen für die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein. Dennoch muss auch die Polizei angesichts der bedrohlichen Situation der Landesfinanzen ihren Konsolidierungsbeitrag zu den Landesfinanzen leisten. Unsere Polizei braucht allerdings verlässliche politische Rahmenbedingungen und keine taktischen, parteipolitisch motivierten Winkelzüge. Darum wird die CDU-Landtagsfraktion dem Antrag der FDP auch nicht zustimmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Kollegen Lehnert und erteile für die Fraktion der SPD dem Herrn Kollegen Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist etwas ungewöhnlich, einen Antrag abzulehnen, der irgendwie auch ein Berichtsantrag ist. Peter Lehnert hat das gerade gesagt. So ganz deutlich ist der Antrag nicht, zumal an einer Stelle ein Konzept gefordert wird. Wenn man sich aber den Text der Drucksache etwas genauer anschaut, dann kann man eigentlich zu keinem anderen Ergebnis kommen.

Herr Kubicki hat hier nachgewiesen, dass er nicht nur die Wahlprogramme seiner eigenen Partei, sondern auch die der CDU und der SPD zur Landtagswahl kennt. Den Koalitionsvertrag hat er anscheinend nicht so genau gelesen, sonst wären ihm manche Dinge, die jetzt geschehen, klarer. Das Arbeitsprogramm der

(Thomas Rother)

Regierung kennt er hingegen vielleicht nicht. Es scheint bei der FDP verdrängt worden zu sein, dass sich die Polizei gerade in einem Prozess der Neuorganisation befindet, wobei die Reform III das bekannte Stichwort ist. Die **Aufbauorganisation** wird komplett neu gestaltet. Ebenso werden Abläufe verändert. Die Planungen und Zeitabläufe der Reform sind hinreichend bekannt. Sie wurden als Unerlage verteilt und der Innenminister hat dem Innen- und Rechtsausschuss in der vergangenen Wahlperiode mehrfach und ausführlich - auch auf Ihre Anregung hin - berichtet. Die Forderung nach einem Konzept, die Sie erheben, ist damit eigentlich schon erfüllt. Wenn das nicht der Fall ist, dann muss ich etwas missverstanden haben.

Die Führungsstruktur für die **verkehrspolizeilichen Aufgaben** wird ebenso neu geordnet und unterliegt - wie alle Maßnahmen - nach einem Zeitraum von zwei Jahren einer Evaluation. Das wissen Sie. Diese Evaluation schließt natürlich auch eine Revision von einzelnen Maßnahmen nicht aus. Auch das ist aber nichts Neues. Eine **Personalbedarfsanalyse** mit einer entsprechend folgenden Personalverteilung ist durchaus wünschenswert, das ist gar keine Frage. Allerdings ist die Datenbasis dafür nur spärlich vorhanden. Auch das wissen Sie. Ein entsprechendes fundiertes Konzept zur 7. Tagung zu verlangen, ist tatsächlich etwas verwegen. Wenn man das ordentlich machen wollte, so könnte man das vielleicht zur 17. Tagung anstreben, weil dazu entsprechende Erhebungen vorgenommen werden müssten. Dieses Thema sollte sicherlich nach der Reform III aufgegriffen werden und mit einer **Sicherheitsanalyse**, die über die Ergebnisse des Sicherheitsberichts hinausreicht, verbunden werden. Es ist kritisiert worden, dass dieser Bericht nur eine etwas verschärfte Statistik ist. Dies könnte uns sicherlich ein Stück weiterbringen.

Für den mittelfristigen Aufbau einer **zweiten Einsatzhundertschaft** müsste allerdings nicht nur eine Bedarfsanalyse, sondern auch ein Finanzierungskonzept erstellt werden. Sie wissen: Um eine Hundertschaft aufzubauen, sind mehr als nur 100 Beamtinnen und Beamte erforderlich. Auch bei der Ausbildung gehen unterwegs ein paar verloren. So müsste gut die doppelte Anzahl eingestellt und ausgerüstet werden. Das eigentliche Problem in Bezug auf die Hundertschaften ist jedoch, dass für Großeinsätze weitere Beamte zusammengezogen werden müssen, die dann letztlich vor Ort fehlen. Das ist die berechtigte Klage. Genau aus diesem Grund wurden auch die hundert Stellen aus dem Sicherheitspaket nicht für eine weitere Hundertschaft genutzt. Sie würden dafür nicht ausreichen. Es wurde keine weitere Hundertschaft gebildet, sondern die Beamten sind in die Fläche

gegangen, und zwar dorthin, wo sie dauerhaft gebraucht werden.

Die Weiterentwicklung der **zweigeteilten Laufbahn** ist - wie Sie wissen - gemäß Koalitionsvertrag aus finanziellen Gründen ausgesetzt. Sie werden sich sicherlich auf die Haushaltsdebatte vorbereitet haben. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Finanzierungsvorschläge.

Ein **Personalentwicklungskonzept**, das die Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei verbindlich regelt, wird ebenso ohne einen Haushaltsbeschluss, der dies immer wieder neu bestimmt, nicht auskommen. Entsprechendes gilt für den Abbau des **Beförderungsstaus** bei der Polizei. Wenn Sie dabei waren, werden Sie es vielleicht gestern auf der Demo gehört haben, dass es übrigens auch in anderen Bereichen der Landesverwaltung einen Beförderungsstau gibt. Ich bin gespannt auf die Ausführungen des Innenministers, der - siehe Koalitionsvertrag - an einem Personalkonzept arbeitet, das zum Ziel hat, die Stellenstrukturverbesserung bei der Polizei zu ermöglichen. Peter Lehnert hat einige Eckpunkte genannt. Darüber hinaus ist ein Blick in den Einzelplan 04 des Haushaltsentwurfs für 2006 auch sehr hilfreich. Sie werden feststellen, dass mehr für die Polizei ausgegeben wird, wenn wir das so beschließen.

Der FDP-Antrag bringt uns tatsächlich kein Stück weiter. Heiner Garg hat in den „Lübecker Nachrichten“ vom 27. August 2005 schon kundgetan, dass es bei dem Antrag eigentlich nur darum gehe, gegen die CDU zu sticheln. Vielleicht ist das auch nur verkürzt wiedergegeben worden. Herr Kubicki hat dies gestern anlässlich der Beamtendemonstration sowie in seinem heutigen Wortbeitrag bestätigt. Für mich ist immer noch interessant zu wissen, wie es dazu kommen konnte, dass die GdP den Koalitionsvertrag erst begrüßt hat, gegen die Umsetzung aber protestiert. Das ist jedoch an anderer Stelle zu klären.

Wir nehmen die Anliegen der Polizei ernst und wir wissen, dass die innere Sicherheit für die Menschen in unserem Land ein hohes Gut ist. Polizeiarbeit hat für uns einen hohen Stellenwert. Insbesondere die Verbesserungen bei der Sachausstattung und bei der Gebäudesituation haben das auch materiell greifbar gemacht. In Bezug auf das Personal wird die Reform III ebenso wie das Personalstrukturkonzept sowohl bei der Präsenz als auch bei den Aufstiegsmöglichkeiten Perspektiven eröffnen. Es wäre schön, wenn Sie sich auf eine Diskussion darüber einlassen würden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden den FDP-Antrag ablehnen. Der FDP-Antrag ist ein klassischer Antrag von CDU und FDP aus der letzten Legislaturperiode. Die FDP hat es erwähnt: Große Teile dieses FDP-Antrags finden sich im CDU-Programm wieder. Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe hier neun Jahre lang erlebt, dass Sie genau für diese Dinge streiten, die Sie hier heute ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen: Ich habe bei unzähligen Diskussionen bei der GdP miterlebt, wie Sie dort das Blaue vom Himmel versprochen haben. Sie wussten, dass es nicht finanzierbar ist. Sie haben sich nicht darum gekümmert. Heute stellen Sie sich nach der Wahl hier hin und sprechen von Vertrauen in die Politik, von Verlässlichkeit und von Planbarkeit. Ich frage Sie: Ist Ihnen das nicht peinlich? Ist Ihnen das nicht unangenehm, die Polizei vor einer Wahl neun Jahre lang derart anzulügen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich mache das fest an der Heilfürsorge. Sie haben der Polizei in die Hand versprochen, dass sich an der **Heilfürsorge** nichts ändern würde. Jetzt stellen Sie sich mit einer lapidaren Rede hier hin. Es gibt kein Wort der Entschuldigung und kein Wort dazu, dass Sie sich geirrt haben. Sie tun so, als würden Sie Ihren Weg weitergehen. Ich finde das unglaublich.

An dem Beitrag von Herrn Lehnert freut mich, dass die CDU das **Polizeiorganisationsgesetz**, das Strukturgesetz, das wir von Rot-Grün gemacht haben, jetzt lobt, es richtig findet und noch einmal betont, dass die Schritte richtig waren, gegen die sie damals massiv gekämpft hat und das sie hier abgelehnt hat. Ich meine damit die Schritte, dass in der Führungsstruktur abgebaut und die Präsenz vor Ort gestärkt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Vor der Wahl ist nach der Wahl. Wir fanden das Polizeiorganisationsstrukturgesetz - wie die Landesregierung es damals gemacht hat - richtig. Es war ein richtiger Ansatz. Wenn es vor der Wahl richtig ist, dann ist es auch nach der Wahl richtig. Von daher werden wir dem FDP-Antrag nicht zu-

stimmen. Hier bleibt der Dissens zwischen FDP und Grünen so, wie er vorher war.

Eine Frage, die in der Diskussion immer verloren geht, ist mir wichtig. Das ist die Diskussion um das **einheitliche Dienstrecht** und die Frage, wie ich den öffentlichen Dienst modernisieren kann, um aus der Laufbahndiskussionsfalle, wie ich sie einmal nennen möchte, herauszukommen. Wir wissen, dass die **zweigeteilte Laufbahn** nicht finanzierbar ist. Wir wissen, dass sie im Prinzip richtig wäre, um eine bessere Struktur in der Finanzierung zu bekommen. Wir wissen aber auch - dies schränkt den zweiten Punkt ein -, dass eine zweigeteilte Laufbahn Hauptschülerinnen und Hauptschülern keine Chance mehr eröffnet, in den Polizeiberuf zu kommen. Insofern wünsche ich mir, dass wir von dieser Diskussion wegkommen, dass wir ein modernes und einheitliches öffentliches Dienstrecht schaffen, das dann auch von seiner Struktur her den Hauptschülerinnen und Hauptschülern die Chance gibt, in den Polizeiberuf zu kommen, aber auch denjenigen, die im Polizeiberuf sind, gute Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet, und zwar im Interesse der Polizei und im Interesse unserer jungen Menschen, die diesen Beruf erlernen wollen.

Wir haben uns gerade mit einem Fall im Petitionsausschuss befasst. Man darf ja darüber berichten, ohne Namen zu nennen. Bei diesem Fall haben wir festgestellt, dass die Polizei Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht einmal für das **Praktikum** aufnimmt. Es wird gesagt: Wer keinen Realschulabschluss hat, wird den Polizeiberuf nicht erlernen können. Weil die Nachfrage seitens der Praktikanten so groß ist, lehnt die Polizei Hauptschülerinnen und Hauptschüler für das Praktikum im Polizeiberuf ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich finde das falsch. Gerade im Randbereich von Hamburg suchen wir immer wieder junge Menschen, die nicht nach Hamburg, sondern in den Polizeidienst in Schleswig-Holstein gehen wollen. Ich konnte mich mit meinem Anliegen im Petitionsausschuss nicht durchsetzen. An dieser Stelle richte ich dennoch die Bitte an die Landesregierung, hier noch einmal genau hinzuschauen, damit wir viele junge Menschen dazu bewegen, diesen wichtigen Beruf zu erlernen.

Als Letztes einen herzlichen Dank an die Polizisten in unserem Lande. Ich fühle mich in Schleswig-Holstein nach wie vor sicher. Das ist der Polizei zu verdanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dies ist eine etwas merkwürdige Debatte. Der vorliegende Antrag ist anscheinend nur Anlass dafür, dass man über alles redet, was mit Polizei zu tun hat. Wir haben beschlossen, dass Anliegen dieses Antrages ernst zu nehmen. Wir finden es richtig, dass die Landesregierung dem Landtag ein **Polizeientwicklungskonzept** vorlegt, in dem die Rahmendaten, die Vorstellungen der Landesregierung sowie die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung enthalten sind. Wir meinen, dies sollte nicht nur aus aktuellem Anlass, sondern in erster Linie aus übergeordneten Gründen geschehen.

Sicherheitspolitik befindet sich wie alle anderen Bereiche der Landespolitik wirklich im Spannungsfeld zwischen dem fachlich Wünschenswerten und dem finanziell Leistbaren. Ich hätte mir gewünscht, dass wir anhand dieses Konzeptes eine inhaltliche Debatte hätten führen können, die auch weitere Aspekte berücksichtigt hätte und über das hinausgegangen wäre, was bis jetzt gesagt worden ist. Mehr als in anderen Bereichen sind beim Thema Sicherheit Verlässlichkeit und Transparenz der Strukturen für eine hohe Wirksamkeit unerlässlich.

(Beifall bei SSW und FDP)

Die Polizisten müssen Vertrauen in die Organisations- und Personalstruktur haben, in denen sie zurzeit und künftig arbeiten. Sie müssen wissen, welche personalpolitischen Ziele die Landesregierung verfolgt. Insofern ist es folgerichtig, dass eine verbindliche **Personalbedarfsanalyse** und ein entsprechendes Personalverteilungskonzept vonseiten des Landtages der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Klarheit über die Weiterentwicklung der **zweigeteilten Laufbahn** ist sowohl für die Willensbildung im Landtag wie auch für die individuelle Perspektive des einzelnen Polizisten bzw. Polizeianwärters wichtig, wohl wissend, dass von allen Akteuren ein langer Atem gefordert wird. Wir haben uns in der Vergangenheit ja wirklich oft über die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn unterhalten. Wir stehen dazu. Aber auch wir wissen, dass wir im Keller des Landtages keine Gelddruckmaschine haben.

Das Gleiche gilt natürlich auch für die **Beförderungspraxis** in der Landespolizei. Berechtigte Erwartungen der Beamten an ihre beruflichen Karrieremög-

lichkeiten einerseits und der Haushaltsrahmen der Landespolizei andererseits dürfen sich nicht auseinander entwickeln. Sonst führt dies zu verständlichem Frust. Die gestrige Demo lässt grüßen. Wir brauchen hoch motivierte Beamte für die komplexe Aufgabe Sicherheit. Die Polizei braucht Perspektiven. Für diese muss eine solide Finanzierung sichergestellt werden. Nachvollziehbare realistische Konzepte helfen, Unzufriedenheit zu vermeiden.

Was die Schaffung einer **zweiten Einsatzhundertschaft** angeht, so sieht der SSW die Schwierigkeit, dass diese Maßnahme viele Ressourcen für Spezialeinsätze bindet, die dann beim operativen Geschäft in der Fläche fehlen würden.

Bezüglich der Integration der Verkehrs- beziehungsweise Autobahnpolizei in die **Flächendirektionen** spricht sich der SSW dafür aus, die im Polizeiorganisationsgesetz für Ende 2006 vorgesehene Evaluation abzuwarten, damit dann zwischen realen Strukturmängeln und vorübergehenden Kinderkrankheiten einer noch jungen Reform klar unterschieden werden kann.

Ich fasse zusammen: Aus unserer Sicht ist es angemessen, die Erarbeitung eines Konzeptes anzufordern. Das ist unseres Erachtens nur in der November-Tagung möglich. Es liegt - wie ich finde - im Interesse des gesamten Landtages, die Fakten auf den Tisch gelegt zu bekommen, damit wir alle mit unserem eigenen Kopf und sozusagen nicht nur mit dem Kopf der Regierung denken können. Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Kollegin Spoorendonk und erteile im Rahmen der regulären Redezeit dem Herrn Kollegen Peter Lehnert für weitere eineinhalb Minuten das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch zu zwei Äußerungen von Frau Heindold Stellung nehmen. Sie sagte, sie hätte auch Erfahrungen, was Gespräche mit der GdP angehe. Dazu möchte ich feststellen, dass wir seit der Landtagswahl in diesem Jahr fünf GdP-Kreisversammlungen gehabt haben. Die Kollegen von SPD und FDP und auch ich als polizeipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion haben daran teilgenommen. Die einzige

(Peter Lehnert)

Fraktion, die regelmäßig nicht daran teilgenommen hat, sind die Grünen gewesen.

(Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem war ich auf vielen Veranstaltungen!)

So viel zu Ihren Kontakten zur GdP und zu GdP-Kreisversammlungen! Ich glaube schon, dass wir sehr genau wissen, wie die Stimmungslage in der Polizei ist, und dass wir zu ihr auch engen Kontakt haben.

Lassen Sie mich noch einen entscheidenden Punkt nennen. Wenn Sie hier von Peinlichkeiten sprechen, möchte ich einmal darauf hinweisen, welche Peinlichkeiten Sie uns mit dem Landeshaushalt hinterlassen haben, mit dem wir uns im Augenblick auseinander zu setzen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es wäre wirklich angebracht, wenn Sie in dieser Hinsicht etwas zurückhaltender argumentieren würden. Wir müssen jetzt sehen, dass wir in diesen Landeshaushalt - wir werden heute darüber diskutieren - wieder Solidität und Klarheit hineinbekommen. Das sollten auch Sie sich einmal merken.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man erlebt doch immer wieder Überraschungen. Herr Kollege Lehnert, Ihre Äußerungen im Hinblick auf die Grünen, die ich ja nicht verteidigen muss, weil Sie ja wissen, dass meine Affinität zu den Grünen äußerst begrenzt ist, erwecken den Eindruck, dass die Sozialdemokraten dieses Landes, mit denen Sie jetzt eine Koalition bilden, an der desolaten Haushaltssituation völlig unbeteiligt sind.

(Beifall bei der FDP)

Soweit ich mich erinnere - dies können Sie gern korrigieren -, ist der jetzige Innenminister, der mit den Polizeibeamten ja von Amts wegen umgehen muss, der ehemalige Finanzminister dieses Landes und somit in erster Linie für die von Ihnen beschriebene desolote Finanzsituation verantwortlich.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist aber gar nicht der Punkt, der mich bewogen hat, mich zu Wort zu melden.

Herr Lehnert, Sie tun jetzt so - das ist etwas, was merkwürdig anmutet -, als sei es für Sie und andere in der Union völlig überraschend gewesen, wie die Lage des Haushaltes ist. Wir wussten doch vor der Wahl, wie sich die Lage des Haushaltes darstellt. Wir haben doch auf allen Veranstaltungen - das gilt für die Union in gleicher Weise; der Ministerpräsident hat dies noch in der letzten Woche auf der Abschlussveranstaltung getan - darauf hingewiesen, dass wir mindestens 1,2 Milliarden, wahrscheinlich sogar 1,5 Milliarden € Neuverschuldung für 2005 benötigen würden. Das ist aufgezeichnet worden. Ich kann es Ihnen gern einmal vorspielen. Das heißt, die Überraschung muss sich doch in Grenzen gehalten haben. Gleichwohl haben Sie wie wir auf allen Veranstaltungen der GdP - ich war zusammen mit Unionsvertretern auf fast allen Veranstaltungen der GdP - das gesagt, was wir in unserem Antrag fordern, und zwar in Kenntnis der Haushaltsslage. Wenn Sie volles Vertrauen gewinnen wollen - auch das haben wir vor der Wahl immer wieder gesagt -, müssen Sie wenigstens in Teilbereichen die Versprechen, die Sie vor der Wahl gegeben haben, einlösen, zumindest was das Personalbedarfskonzepts und die Auflösung des Beförderungsstaus angeht. Über alles andere - darin gebe ich Ihnen ja Recht - muss man sich anhand der **Haushaltsstrukturdaten** unterhalten, und zwar in verlässlicher Weise für die Beamtinnen und Beamten, sodass diese einen Zeitraum überblicken können, in dem eingelöst wird, was versprochen worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner, Innenminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Als ich den Antrag der FDP gelesen habe, war mir zuerst nicht klar, ob ich nur den Inhalt nicht verstehe oder ob da womöglich gar kein Inhalt ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wahrscheinlich beides!)

Wir befinden uns in der Umsetzung der vielfältig veröffentlichten Ergebnisse der **Reformkommission III**. Ein Ergebnis ist, dass - anders als in anderen Ländern - bei der Polizei nicht gekürzt wird und wir die Stellen nicht abbauen, sondern dass etwas hinzukommt. Der Koalitionsvertrag - von der GdP begrüßt - ist seit vier Monaten bekannt und enthält klare Aussagen zu unseren Vorhaben im Hinblick auf **Polizeiorganisation** und **Personalentwicklung**. Echter

(Minister Dr. Ralf Stegner)

Informationsbedarf steckt also offenkundig nicht hinter Ihrem Antrag.

Bei der FDP steckt aber eigentlich immer etwas dahinter und ich habe es schließlich doch verstanden. Sie haben es netterweise auch zugegeben: Sie haben einfach aus dem Wahlprogramm der CDU für die Landtagswahl abgeschrieben! Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Koalitionen sollen angeblich die intimste Form der Gegnerschaft sein. Das muss sich in Ihrem Fall besonders auf die Vor-Wahl-Wunschkoalition der FDP beziehen. Schade ist nur, dass der Schuss nach hinten losgeht. Ihr Antrag ist nämlich eine wunderbare Gelegenheit für die Landesregierung, die Bedeutung, die sie der Polizei beimisst, noch einmal öffentlich darzulegen.

Wir investieren Rekordsummen in die Ausstattung der Landespolizei - beim Digitalfunk, bei den Booten der Wasserschutzpolizei - und sorgen auch im Nachtragshaushalt für Sicherheit durch zusätzliche Mittel für Schutzwesten.

Die wesentlichen Bestandteile des vorliegenden Antrages sind längst abgearbeitet, wie zum Beispiel das Konzept für eine möglichst gleichmäßige **Aufgaben- und Belastungsverteilung** in der **Schutzpolizei** von 2002 zeigt. Sie sind beschlossen - wie die Führungsstruktur der Verkehrspolizei - oder im Augenblick in der Umsetzung begriffen.

Was die **zweigeteilte Laufbahn** angeht, sage ich allerdings: Das hat nicht nur etwas mit der Haushaltslage zu tun, damit jedoch auch. Man kann nämlich - mit Blick auf den Zugang zur Polizei - darüber streiten, ob es nicht vernünftig ist, dass die Polizei auch Abbild ihrer Gesellschaft ist und der Zugang zur Polizei nicht verengt wird. Wir kümmern uns stattdessen darum, dass die Aufstiegsmöglichkeiten besser werden.

Da sind wir bei einem Punkt, zu dem wir in der Tat in 14 Tagen - ich habe das öffentlich angekündigt - ein Konzept vorlegen werden, das dafür sorgt, dass der **Beförderungstau** in den Bereichen, in denen er besonders stark ist, aufgelöst wird. Wir werden uns dafür einsetzen, denn die Polizei verdient dies. Sie verdient eine gute Ausrüstung und sie verdient auch, dass man sich um diejenigen kümmert, die in den unteren Besoldungsgruppen bisher zu lange auf ihre Beförderung haben warten müssen. Das werden wir verbessern.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was den Aufbau einer **zweiten Einsatzhundertschaft** angeht: Das wäre ein deutlicher Rückzug von Polizeibeamten aus der Fläche. Herr Kubicki, da widersprechen Sie sich selbst, denn Ihre FDP-Papiere

fordern in der Regel das Gegenteil. Wir haben uns auf einen Weg begeben, auf dem wir - bei der schwierigen Haushaltssituation, die wir haben - in der Tat bei der inneren Sicherheit und bei der Bildung nicht sparen. Wir tun das, was wir können, und - nebenbei bemerkt - das, was ich verspreche, halte ich auch ein. Darauf kann sich die Polizei dieses Landes verlassen.

Die Auflösung des Beförderungstaus haben die Koalitionsfraktionen verabredet. Sie ist richtig und sie wird sich auch an den rechtlichen Vorgaben für das Leistungsprinzip zu orientieren haben, zu denen sich auch die FDP bekennt, obwohl sie sich nicht immer selbst daran hält.

Die Polizei in diesem Lande ist hervorragend. Man kann sich auf sie verlassen. Es ist auch wichtig zu sagen, wie wir für den Rest der Legislaturperiode mit den Rahmenbedingungen umgehen wollen. Da wird die Polizei auch klare Worte und klare Konzepte bekommen und sie wird feststellen, dass sich die Regierung daran hält. Für die Worte der FDP kann sie sich wenig kaufen.

Mit Ihrem Antrag wollen Sie offensichtlich Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern aufzeigen. Nun haben wir bekanntlich keine Alleinregierung, sondern eine Koalitionsregierung. Koalitionsverträge sind nicht die Addition von Wahlprogrammen. Das müssten gerade die Liberalen wissen. Wenn ich das richtig sehe, hat die FDP an sehr vielen Regierungen in der Vergangenheit mitgewirkt und ihre geradezu sprichwörtliche politische Standfestigkeit kommt in dem schönen Wort von der „Umfallerpartei“ hinreichend zum Ausdruck. Insofern sind Sie die Letzten, die anderen Ratschläge zur Frage der politischen Standfestigkeit geben sollten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Oppositionsführer, lassen Sie uns erst einmal regieren, vernünftige Polizeikonzepte umsetzen! Arbeiten Sie an Ihrem Oppositionsprofil! Dieser Antrag war noch nichts. Vielleicht tröstet Sie die Erkenntnis, dass nur der Mittelmäßige ständig in Bestform ist.

(Beifall bei SPD und CDU - Zurufe)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist Abstimmung in der Sache gefordert. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die dem Antrag Drucksache 16/208 zustimmen wollen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen

(Präsident Martin Kayenburg)

die Stimmen des Antragstellers, der Fraktion der FDP, und des SSW abgelehnt.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 18:

Die Agrarinvestitionsförderung auch nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/194

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf die Tagesordnung eingehen. Wir haben in diesem Landtag vier Anträge zur Agrarpolitik gestellt, weil sich in keinem Politikbereich dieser Landesregierung in den letzten Monaten so viel verändert hat und so viel Ankündigungen gekommen sind wie im Bereich der Agrarpolitik. Ich halte es deswegen für notwendig, eine agrarpolitische Grundsatzdebatte zu führen.

Ich finde es ausgesprochen bedauerlich, dass die beiden großen Parteien, obwohl sie ja sehr viel Wert auf Minderheitenschutz legen, wie Sie am Anfang geäußert haben, jetzt so weit sind, dass sie eine solche Debatte in vier Tagesordnungspunkte zerstückeln, die zu vier verschiedenen Zeitpunkten stattfinden, davon einer heute, obwohl bekannt ist, dass für morgen eine Kundgebung von Bauern vor dem Landtag angekündigt ist. Ich finde dieses Vorgehen unglaublich. Ich bitte die beiden Regierungsfractionen, sich einmal zu besinnen. So etwas ist in den letzten neun Jahren, in denen ich dem Landtag angehört habe, zu keinem Zeitpunkt vorgekommen. Ich finde das schlechten Stil.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat angekündigt, die Richtlinien für **Agrarinvestitionen** zu überarbeiten. Darüber reden wir jetzt. In dem vorliegenden Antrag geht es um zwei Punkte.

Erstens: Die Kriterien der **tieregerechten Tierhaltung** sollen aufgehoben werden. Hier ist festzustellen, dass allein diese Ankündigung irreführend ist. Denn alle Bundesländer müssen Richtlinien für Agrarinvestitionen haben, die auf den gemeinsamen Kriterien basieren, die im PLANAK, dem Koordinationsgremium der Landwirtschaftsminister der Länder, abgesprochen werden. Diese **Richtlinien** gibt es übrigens in allen Bundesländern und sie sind anderswo auch kei-

neswegs einfacher und kürzer, sie unterscheiden sich lediglich darin, welche **Standards** sie vorschreiben. Es geht also bei der Novellierung in keiner Weise darum, etwas einfach zu gestalten - wie immer behauptet wird -, sondern einzig und allein darum, welche Standards beschrieben werden.

Es ist schon erstaunlich, dass Schleswig-Holstein diesen Weg geht, während zum Beispiel Sachsen, ein Land, das von der politischen Zusammensetzung her ähnlich regiert wird wie Schleswig-Holstein, gerade eine Agrarinvestitionsrichtlinie verabschiedet hat, in der die Tierschutzbedingungen deutlich verschärft worden sind, also genau den umgekehrten Weg geht. Da wundert es mich umso mehr, dass Schleswig-Holstein hier einen anderen Weg gehen will.

Öffentliche Agrarförderung ist vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen, gestiegener Aufmerksamkeit der Verbraucher und Steuerzahler und nicht zuletzt der WTO-Verhandlungen nur noch vertretbar, wenn sie an die Einhaltung transparenter und gesellschaftlich gewollter Kriterien gebunden ist. Es dient der Landwirtschaft, wenn **Qualitätsstandards** gefordert werden. Nur so können die hohen Subventionen, die hohen Zuschüsse gerechtfertigt werden, die die Landwirtschaft bekommt. Das ist auch im PLANAK längst Konsens - von Bayern bis Schleswig-Holstein, von Sachsen bis NRW. Ich kann nur dringend darauf hinweisen. Die Akzeptanz unserer Produkte hängt von ihrer hohen Qualität ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP])

Nicht tieregerechte Ställe sind nicht nur Tierquälerei, sie schaden auch der Gesundheit der Tiere und damit der Qualität der Produkte aus Schleswig-Holstein.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers
[CDU])

Es ist ausgesprochen kurzsichtig und traurig, wenn ausgerechnet ein Christdemokrat wie Herr von Boetticher für das Mitgeschöpf Tier die tieregerechte Haltung abschaffen will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP] - Minister Dr. Christian von Boetticher: Das ist doch Schwachsinn!)

Nun zum zweiten Punkt, den wir an den neuen Richtlinien untragbar finden: Die Streichung von Förderobergrenzen und die **Mindestkreditgröße** von 50.000 € machen deutlich, dass in Zukunft nur noch Großbetriebe gefördert werden sollen. Es ist aber keineswegs so, dass sich nur große Investitionen

(Karl-Martin Hentschel)

rechnen und sich nur große Höfe halten. Es gibt auch in der Landwirtschaft häufig Kleininvestitionen, die einen großen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt auch kleine Landwirte, die sich erfolgreich eine Marktlücke erschlossen haben. Die Streichung der Förderung von Kleininvestitionen behindert deswegen auch die Entwicklung innovativer Ideen oder die Erschließung neuer Einkommensquellen. Sie zwingt die Bauern teilweise dazu, höher zu investieren, als sie es wollen. Das ist auch ökonomisch unsinnig.

Sehr geehrter Herr Minister, wer eine Wende zu der Agrarpolitik von gestern einleiten will, handelt kurz-sichtig. Auch beim nächsten Agrarskandal werden diejenigen, die auf Masse statt auf **Qualität** setzen, diejenigen sein, die am härtesten betroffen sind. So manche Investition, die heute etwas billiger erscheint, kann morgen schon wertlos sein, wenn sie den **Standards** von morgen nicht entspricht. Ein Minister, der dem Rechnung trägt, mag heute den Beifall des Bauernverbandes genießen. Er hat aber weder den Beifall der Verbraucher noch den der Bauern, die mit hoher Qualität produzieren und doch beim nächsten Skandal mit betroffen sein werden.

Meine Damen und Herren, die aufgeführten Gründe sollten ausreichen, damit Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Kollegen Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Agrarinvestitionsförderung ist eines der zentralen Instrumente zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein schlechthin. Die Nettoinvestitionen unserer landwirtschaftlichen Unternehmen haben auf Bundesebene im letzten Wirtschaftsjahr gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte abgenommen. Das zeugt von der Verunsicherung der Bauern, die nicht zuletzt durch die ideologisch geprägte Agrarpolitik der letzten Jahre hervorgerufen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keinen Zweifel daran, dass unsere Betriebe diesen **Investitionsstau** jetzt abbauen müssen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Für uns geht es darum,

die **Wettbewerbsfähigkeit** unserer Betriebe zu erhalten und zu verbessern. Die Bauern stehen Gewehr bei Fuß. Sie wollen wieder investieren. Sie wollen diesen Investitionsstau abbauen, nicht zuletzt, weil es einen Regierungswechsel in Kiel gegeben hat und weil sie eine gewisse Planungssicherheit für die Zukunft sehen.

(Beifall bei der CDU)

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Hentschel, vermittelt mir den Eindruck, dass Sie davon ausgehen, die Landwirtschaft würde die Bestimmungen des Tierschutzes, für artgerechte Haltung et cetera nicht einhalten. Dieses Misstrauen haben wir nicht. **Artgerechte Tierhaltungsformen** werden bei Investitionsmaßnahmen berücksichtigt. Der deutsche Landwirt weiß, nur eine Kuh, die art- und tierschutzgerecht gehalten wird, ist in der Lage, Höchstleistungen bei der Milchproduktion zu erbringen, nur ein Schwein, das gesund gehalten wird, hat eine vernünftige Tageszunahme. Grundsätzlich sind Tiere artgerecht zu halten. Dies gilt nicht nur heute, das gilt auch für die Zukunft. Unsere Bauern halten sich auch daran. Wir vertrauen auf unsere Bauern. Wir wissen, dass sie die Tiere artgerecht halten. Wir halten es nicht für erforderlich, weitere Regularien zu installieren. Deregulierung ist eher angesagt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen es denn die anderen CDU-Länder?)

- Da gibt es vielleicht auch andere Voraussetzungen, Herr Hentschel, etwa wenn Sie auf Sachsen anspielen.

Die Europäische Union hat die Weichen entsprechend gestellt und wird auch weiterhin den Tierschutz angemessen berücksichtigen. Überall, Herr Kollege Hentschel, gibt es schwarze Schafe, auch in der Landwirtschaft.

(Claus Ehlers [CDU]: Auch bei den Grünen!)

Das ändern wir aber nicht mit der Schaffung zusätzlicher bürokratischer Hemmnisse. Das wird uns auch nicht dazu veranlassen, die **Agrarinvestitionsförderung** speziell auf eine verschwindende Minderheit zuzuschneiden. Wir wollen mit den äußerst knappen Mitteln so effektiv wie möglich umgehen und den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen.

Die Konzentration auf **Investitionsdarlehen** ab 50.000 € ist ein Spiegelbild der Entwicklung der Landwirtschaft. Der Strukturwandel ist nicht aufzuhalten. Deshalb muss sich die Politik anpassen; sie darf nicht stur an der Vergangenheit festhalten. Dör-

(Hartmut Hamerich)

fer, die noch vor 25 Jahren durch 15 bis 20 landwirtschaftliche Betriebe geprägt waren, haben heute noch einen oder zwei Bauernhöfe. Die Flächen bleiben natürlich weiterhin in Bewirtschaftung. Aber je weniger Geld zur Verfügung steht, umso konsequenter und zielgerichteter muss die Förderpolitik ausgerichtet werden. Deshalb sagen wir: Die Landesregierung ist auf dem richtigen Weg und wir unterstützen sie dabei.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Kollegen Hartmut Hamerich. Das war seine Jungferrede.

(Beifall)

Nun erteile ich für die Fraktion der SPD dem Herrn Kollegen Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir in der 5. Tagung des Landtages mehrfach über Themen der Landwirtschaft debattieren werden. Gestatten Sie mir aber eine kleine Vorbemerkung zu den Äußerungen des Kollegen Karl-Martin Hentschel über die Tagesordnung. Ich glaube, das hohe Haus hat seine Tagesordnung noch nie auf Demonstrationen ausgerichtet, die angekündigt worden sind. Es wäre ein Sonderfall, wenn wir so etwas machen würden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Für mich ist auch nicht verständlich, dass uns für heute und morgen drei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegen, deren Inhalte bereits Gegenstand der Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses am 10. August waren und zu denen die Landesregierung dort schon ausführlich Stellung genommen hat. Dorthin gehören auch die aufgeworfenen Fragen, da sie Verwaltungshandeln betreffen und sich nicht unbedingt für die Diskussion hier im Parlament eignen.

Nun zu dem konkreten Antrag! Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: Die Investitionsförderung der land- und ernährungswirtschaftlichen Betriebe ist wieder in den Vordergrund zu stellen. Ferner haben wir uns im Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen, dass die Regelungen des Bundes und der EU in Schleswig-Holstein möglichst eins zu eins umzusetzen sind, um insbesondere **Wettbewerbsverzerrungen** zu vermeiden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Der Entwurf zur Änderung der **Richtlinien zum Agrarinvestitionsförderungsprogramm** liegt vor. Er wurde im „Bauernblatt“ veröffentlicht und wird in Kürze in Kraft treten. Richtig ist, dass in diesem Entwurf einige alte Regelungen überarbeitet wurden. Dabei wurden **schleswig-holsteinische Sonderregelungen zum artgerechten Bauen** auf das bundesweite Rahmenrecht ausgerichtet. Dass es dabei im Umkehrschluss in Schleswig-Holstein nicht tiergerechte Ställe geben soll und dass vielleicht nicht tiergerechte Ställe gebaut würden, wie der Kollege Hentschel unterstellt, ist aberwitzig. Kein Landwirt wird seine auf die lange Zukunft ausgerichteten Bauvorhaben ohne Berücksichtigung von Tier- und Verbraucherschutz planen. Er wird selbstverständlich auch alle entsprechenden Verordnungen hierzu beachten.

Auch die Einführung von **Mindestfördervolumina** und damit die Konzentration auf größere Investitionsvorhaben, wie wir sie auch bei anderen Förderprogrammen kennen, ist sinnvoll. Ich erinnere zum Beispiel an die Schulbauförderung. Auch dort gibt es für die kleine Dorfschule eine Bagatellgrenze von 75.000 €. Vielleicht wissen Sie, lieber Kollege Hentschel, was heute der Bau eines tiergerechten Stalles kostet. Die Kosten liegen bei den heute gängigen Betriebsgrößen bei deutlich über 50.000 €.

Im Übrigen kann ich Ihnen nur empfehlen, sich einmal diese Ställe im Muster in der Einrichtung der Kammer in Futterkamp anzusehen. Alles, was dort gezeigt wird, ist tier- und artgerecht und ausgelegt auf Tierkomfort, auf - wenn man es so bezeichnen will - Kuhkomfort oder Schweinekomfort.

Die neuen Richtlinien für die Agrarinvestitionsförderung werden eine gute Grundlage für die **Förderung der Landwirtschaft** bis Ende des Jahres 2006 sein. Danach müssen ohnehin die Spielregeln der neuen **ELER-Verordnung** umgesetzt werden. Die Resonanz in der Landwirtschaft auf die neuen Regelungen ist ausgesprochen positiv. Es liegen 200 Förderanträge vor. Bis Antragsschluss werden weitere 100 Anträge erwartet. Daher ist es unumgänglich, die Fördersätze nach unten anzupassen. Diese Diskussion, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir aber dort führen, wohin sie gehört, nämlich im Umwelt- und Agrarausschuss. Hierfür ist der vorliegende Antrag allerdings nicht zweckdienlich. Er ist daher nicht zu überweisen, sondern wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank, Herr Kollege Höppner.

(Präsident Martin Kayenburg)

Ich begrüße jetzt den Ministerpräsidenten unseres Landes, Peter Harry Carstensen. Auf der Tribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus der Gemeinde Lasbek im Kreis Stormarn, weitere Bürgerinnen und Bürger und unseren Bundestagskollegen Dieckmann. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, erst recht nicht in diesem Jahr, in dem der Sommer eigentlich gar kein richtiger Sommer war. Genauso wenig macht eine eingängige Überschrift einen guten Antrag.

Selbstverständlich muss sich eine Agrarinvestitionsförderung auch nach sozialen und ökologischen Kriterien, also auch auf eine **artgerechte Tierhaltung**, ausrichten. Dies ist, denke ich, völlig unstrittig und sicherlich auch in diesem Hause einhellige Meinung. - So weit, so gut.

Gar nicht mehr gut ist allerdings, was die Grünen unter dieser Ausrichtung verstehen. Da ist zunächst die tiergerechte Tierhaltung, die die Grünen durch die Überarbeitung der Richtlinien gefährdet sehen. Der Entwurf der **Richtlinien der Agrarinvestitionsförderung 2005** - Auszahlung 2006 - liegt zwar noch nicht offiziell vor, aber ist in seinen Fixpunkten im „Bauernblatt“ schon vorab veröffentlicht worden. Aber alles, was aus Fachkreisen dazu verlautet, ist, dass es künftig keine schleswig-holsteinischen **Sonderwege** mehr geben wird. Mit anderen Worten: Eine Förderung kann beim Einhalten der bundeseinheitlichen Standards zur tiergerechten Tierhaltung infrage kommen, weitere Zuschüsse gegebenenfalls bei darüber hinausgehenden Leistungen.

Bislang war der Fördertatbestand generell erst gegeben, wenn die rot-grünen Sondervorgaben, wie sie sich aus Anlage 2 der Richtlinie von 2004 ergaben, eingehalten waren. Darüber, inwieweit das für die Tiere von Vorteil war, mag man streiten. Tatsache ist, dass die hiesigen Landwirte durch diese Vorgaben immens belastet waren. Denn die **schleswig-holsteinische Agrarinvestitionsförderung** nach den Richtlinien von 2004 übertraf in vielen Punkten, insbesondere in der Frage der Tierhaltung, deutlich die Vorgaben des Bundesrahmenplanes zur Agrarinvestitionsförderung. Dadurch waren die schleswig-holsteinischen Landwirte gezwungen, Komfortbedingungen für ihre Tiere zu schaffen, die ihre Bundeskollegen oder ausländischen Kollegen nicht vorhalten

mussten. Für die Landwirte war das ohne Frage ein echtes Konkurrenzproblem und ein oftmals kaum auszugleichender Wettbewerbsnachteil.

Und für die Tiere? - Möglicherweise ist das eine oder andere Schwein oder die eine oder andere Kuh durch die Sondervorgaben in Schleswig-Holstein noch glücklicher geworden. Auf jeden Fall wären aber alle Tiere auch ohne diese Spezialvorgaben tiergerecht gehalten worden. Bereits die **bundeseinheitlichen Standards** zur tiergerechten Tierhaltung schreiben es so vor.

Zudem liegt es im ureigenen Interesse des Landwirtes, selbst für mehr Komfort zu sorgen, denn heutzutage weiß wirklich jeder, dass mehr Komfort im Stall und bei der Tierhaltung ausgeglichene Tiere und damit auch mehr Leistung verspricht.

(Claus Ehlers [CDU]: So ist das! Hast Recht!)

Alle Fachzeitschriften sind voll davon. Das Untergangsszenario, das die Grünen in ihrem Antrag beschwören wollen, entbehrt deshalb jeglicher Grundlage.

Ich komme damit zum zweiten Punkt, den **kleineren Investitionsdarlehen** und der damit angeblich verbundenen „einseitigen Parteinarbeit“. Offensichtlich wollen die Grünen auch hier mit Steinen werfen, ungeachtet der Tatsache, dass sie selbst im Glashaussitzen.

Sicherlich lässt sich noch darüber streiten, inwieweit für kleinere Betriebe auch kleinere Investitionen effizient sein können. Tatsache ist aber, dass in Schleswig-Holstein die Haushaltsmittel äußerst beschränkt sind. Die Grünen haben dazu selbst nach Kräften beigetragen.

Tatsache ist weiterhin, dass die Erfahrung gelehrt hat, dass insbesondere bei den kleineren Investitionsdarlehen die **Mitnahmeeffekte** bei den Landwirten überwogen haben. Das war nach den bisherigen Richtlinien ihr gutes Recht. Nur kann sich Schleswig-Holstein diese relative Vorzüglichkeit bei der Förderung kleinerer Projekte, wie sie Rot-Grün an den Tag gelegt hat, heute schlicht nicht mehr leisten.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Claus Ehlers [CDU])

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf einen wesentlich höheren Verwaltungsaufwand, der durch eine viel größere Zahl von Anträgen bei kleineren Investitionsvorhaben zusätzlich entsteht.

Deshalb erscheint es als ein Schritt in die richtige Richtung, wenn künftig Landesmittel nur noch für

(Günther Hildebrand)

existenzielle Investitionsentscheidungen zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen in Schleswig-Holstein den unternehmerischen Landwirt. Diesen wollen wir unterstützen, und zwar unabhängig von der Größe seines Betriebes. Nur so hat unsere Landwirtschaft eine Zukunft.

Wir lehnen diesen Antrag der Fraktion der Grünen ab.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich dem Herrn Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft steht im Bereich der Agrarinvestitionsförderung vor neuen Herausforderungen. Zum einen befinden wir uns in Zeiten knapper Haushaltsmittel - dies wirkt sich entsprechend auf die Fördermittel aus - und zum anderen befindet sich die EU-Agrarwirtschaft in einem enormen Umbruch. Diese Umstände bewirken, dass nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit das Agrarinvestitionsförderprogramm für die Zukunft neu ausgerichtet wird. Aber es ist natürlich nur richtig, dass die Parlamente in der Frage, wie künftig die **Förderkulisse** für Agrarinvestitionen gestaltet werden soll, auf die jeweiligen Regierungen Einfluss nehmen. Deswegen sind wir den Grünen für den Antrag dankbar. Auch wenn wir das vielleicht schon einmal im Ausschuss beraten haben, ist es wichtig, dass wir uns als Parlament hierzu äußern.

Nur wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Unternehmen werden sich auch künftig am Markt behaupten können. Dies gilt nicht nur für den nationalen, sondern ganz besonders für den **internationalen Markt**. Daher sind Ausrichtung und Gestaltung der Investitionsförderprogramme für die Zukunft unserer Landwirte von enormer Bedeutung. Denn nur wenn unsere Landwirtschaft weithin innovativ und anpassungsfähig bleibt und wir ihr diesen Spielraum ermöglichen, wird sie sich behaupten können. Deshalb müssen wir als Land entsprechenden Einfluss auf die Landwirtschaft nehmen.

Der moderne Landwirt hat heutzutage einen Berg an Anträgen, Formularen und Papieren auszufüllen.

(Claus Ehlers [CDU]: Eine Katastrophe ist das!)

Daher begrüßen wir auch den Ansatz, dass das Landwirtschaftsministerium seine neuen Richtlinien für

Agrarinvestitionen vereinfacht hat. Diese **Vereinfachungen** dürfen im Nachhinein aber nicht zu Verschlechterungen führen.

Wir wissen heute bereits, in welche Richtung die europäische Landwirtschaft künftig ausgerichtet wird. Daran müssen wir dann auch unsere Agrarförderung ausrichten. Denn die europäische Landwirtschaft hat aus den Jahrzehnten ihrer falschen Förderpolitik gelernt und ist im Begriff, sich jetzt umzustellen, indem sie den Aspekten des Tier-, Umwelt- und Naturschutzes einen größeren Anteil in der Förderpolitik einräumt. Daher ist es rückwärtsgewandte Politik, von diesen Aspekten bei der Agrarinvestitionsförderung mit der vordergründigen Erklärung der Verwaltungsvereinfachung abzusehen. Hierbei sehe ich wirklich die Gefahr, dass die Landesregierung ein völlig falsches Signal ausgibt und somit die Landwirtschaft eher auf ein Abstellgleis lenkt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten also weiterhin Kriterien der tiergerechten Tierhaltung im Agrarinvestitionsprogramm beibehalten. Daher unterstützen wir diesen Punkt des Antrages.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich spielen künftig auch Naturschutzaspekte und die **nachhaltige Wirtschaftsform** eine wichtige Rolle, die es zu berücksichtigen gilt. Tierschutz und Ökologie spielen eine immer wichtigere Rolle in der Landwirtschaft und auch in der Förderkulisse. Auch die EU richtet ihre Programme immer mehr darauf aus. Deshalb muss die neue Landesregierung in ihrer Agrarinvestitionsförderung weiterhin an diesen Kriterien festhalten und darf nicht von diesem Weg abweichen. Dies würde sonst der Landwirtschaft und den Landwirten schaden.

Anders stellt es sich jedoch bei dem zweiten Punkt dar. Hierzu sind wir der Auffassung, dass **Investitionsdarlehen** von unter 50.000 € künftig nicht mehr gefördert werden sollten. Dies hat natürlich auch etwas mit Verwaltungsvereinfachung zu tun. Aber wenn wir wissen, dass der Kuchen kleiner wird, dann müssen wir uns auch hierauf einstellen und entsprechend anders verteilen. Dann müssen die Kriterien entsprechend geändert werden. Wir haben es in der Vergangenheit erlebt, dass es immer wieder Mitnahmeeffekte gegeben hat. Dies können wir uns nicht mehr leisten. Vielmehr müssen wir uns in der Investitionsförderung künftig auf existenz- und beschäftigungssichernde Maßnahmen konzentrieren.

Die Agrarinvestitionsförderung muss sich also explizit an der tiergerechten Haltung, an der Naturnähe

(Lars Harms)

und an der Nachhaltigkeit orientieren und wir sollten Mitnahmeeffekte vermeiden.

Wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen, weil wir meinen, das Signal für mehr Tierschutz, für mehr Umweltschutz und für mehr Nachhaltigkeit ist das wichtigste Signal. Deswegen sehen wir über den zweiten Punkt der Darlehen bis 50.000 € hinweg.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar Anmerkungen.

Es ist schon ein Hammer, dass Sie von Komfortbedingungen für Tiere reden. Das hat mich empört. Wenn Sie wissen, wie Einrichtungen teilweise auch heute noch gestaltet sind, dann wissen Sie auch, dass das nicht immer gesund ist. Das hat auch etwas mit den **Produkten** zu tun. Nicht umsonst legen viele Menschen explizit Wert darauf, Produkte aus tiergerechter Tierhaltung zu bekommen. Sie wissen, dass sie damit gesündere Nahrung bekommen. Ich wäre sehr vorsichtig, von „Komfortbedingungen für Tiere“ zu reden.

(Zuruf: Das ist ein Fachbegriff!)

Falsch ist Ihre Aussage, man entbürokratisiere damit. Es gibt nämlich keine detaillierten Vorschriften des **Bundes**. Alle Länder sind gehalten, sie zu konkretisieren. Das tun auch alle Länder. Ich habe mir die Richtlinien der anderen Bundesländer angesehen. Alle Bundesländer konkretisieren das, was der Bund vorgibt, und brechen das auf Landesverhältnisse runter. Richtig ist, dass das auf unterschiedlichem Niveau geschieht. Es muss aber in jedem Fall eine Erklärung des Bauern geben, dass er sich an diese Richtlinien hält. Danach wird er gefragt. Es gibt Formblätter dafür. Nur die Größe der Ställe, die Größe der Flächen, die Frage, ob es Spaltenböden für Rinder geben darf und so weiter, unterscheidet sie.

Zu den **kleinen Krediten**! Da bin ich anderer Auffassung. Ich habe gestern einen Bauern besucht, der erzählte, dass andere Nachbarn große Neustallbauten gemacht haben. Er hat schrittweise umgebaut, kleinere Investitionen getätigt und sich damit nicht so hoch verschuldet wie andere. Damit hat er besser überlebt

als andere, die sich in große Schulden gestürzt haben. Es ist nicht immer der beste, der ökonomischste Weg eines Betriebes, Großinvestitionen zu tätigen und gleich einen neuen Stall zu bauen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade unter Tierschutzgesichtspunkten ist es häufig sinnvoll, alte Ställe umzubauen, weil es notwendig ist, sie modernen Bedingungen anzupassen. Dass gerade diese Dinge in Zukunft nicht mehr gefördert werden, finde ich ausgesprochen schade. Das ist nicht gut für die schleswig-holsteinischen Landwirte. Man gibt Geld nicht dadurch effizienter aus, indem man nur noch große Beträge ausgibt. Das ist doch nicht effizienter.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu der Tagesordnungsdebatte! Ich habe nicht gesagt, man solle die Tagesordnung an einer Demonstration ausrichten. Ich habe schon gesagt, dass es immer üblich war, dass, wenn es mehrere Tagesordnungspunkte zu einem Thema gibt, versucht wird, diese Tagesordnungspunkte zu einer Debatte zusammenzufassen. Das ist immer Stil in diesem Landtag gewesen. Dass vier Anträge zum gleichen Sachgebiet, für den gleichen Ausschuss an vier verschiedenen Zeitpunkten positioniert sind, habe ich noch nicht erlebt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Entschuldigung, ich habe keine Sekunden mehr. Es tut mir Leid, lieber Holger.

(Zuruf)

- Henning, auch wenn mein Kreisverband dich als Landratskandidaten unterstützen will, muss ich dir sagen - -

(Zurufe: Oh, oh!)

- Sagen wir: Jetzt haben wir den Spalt bis in die Regierung getrieben.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hentschel, ich bitte Sie, Wahlkampf jeglicher Art im Plenum zu unterlassen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Entschuldigung. - Kalinka ist einfach nicht tragbar.

(Heiterkeit)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hentschel, Ihre drei Minuten sind um.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Gestatten Sie mir einen Schlusssatz?

Präsident Martin Kayenburg:

Ja.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Was ist das für ein Verständnis zu sagen, ein Sachantrag sollte nicht gestellt werden, weil man das Problem vorher im Ausschuss behandelt hat? Das ist völlig neu. Gerade aus der Ausschussbehandlung ergeben sich Tatsachen, aufgrund derer wir diesen Antrag gestellt haben. Ich kann mich doch nicht auf das „Bauernblatt“ verlassen. Deswegen ist es selbstverständlich, einen Sachantrag zu stellen. Es ist ungewöhnlich, dass Ihre Fraktion sagt: Wir lehnen den Antrag ab, wollen ihn aber anschließend im Ausschuss behandeln. Das ist ein seltsames Verständnis des Parlamentes.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass eine große Einigkeit darüber besteht, dass zwei Dinge entscheidend sind. Das eine ist, dass Investitionen für die **Zukunftsfähigkeit** unserer Landwirtschaft wichtig sind, und das andere ist, dass wir die **Wettbewerbsfähigkeit** unserer Betriebe bewahren wollen, obwohl wir ihnen hohe Sozial- und Umweltstandards abverlangen. Das ist der Grund, aus dem sowohl die Europäische Union, die Bundesrepublik als auch wir in Schleswig-Holstein staatliche Fördermittel für Agrarinvestitionen zur Verfügung stellen. Das ist in allen Bundesländern gute Tradition, auch in Schleswig-

Holstein, und zwar bei uns unter dem Markenzeichen AFP, Agrarinvestitionsförderprogramm. Deshalb werden wir auch in diesem Jahr 3 Millionen € bereitstellen, um geschätzte 300 Anträge bewilligen zu können.

Aber: Herr Hentschel, Ihnen ist das vielleicht fremd, dass man aufgrund einer schlechten Haushaltslage einmal überprüfen muss, wie die Kriterien gesetzt werden. Wir haben in Deutschland ein niedriges Zinsniveau. Wir haben leistungsfähige und erfahrene Banken in diesem Bereich in Schleswig-Holstein. Trotzdem haben wir uns aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit entschieden, diese Programme in einem hohen Maße fortzuführen. Aber wir wollen sie ohne ideologische schleswig-holsteinische Sonderwege, wie wir sie in der Vergangenheit gehabt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das bedeutet, wir halten uns an einen **bundesdeutschen Rahmenplan**. Ich könnte ihn auch den Künast-Plan nennen. Denn das ist die dort verantwortliche Ministerin.

Ich komme jetzt einmal zum grünen Antrag. Es ist immer schön, wenn Sie Selbstverständlichkeiten formulieren. Natürlich werden wir uns an die gesetzlichen Normen der **Tierhaltung** halten. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Im Übrigen könnte Ihnen Herr Kubicki heute einmal erklären, wo überall, beispielsweise im Bauplanungsrecht, im Baurecht, im Immissionsschutzrecht, im Gewerberecht, Ökologie für jeden normalen Landwirt natürlich eine Rolle spielt. Das ist in jedem einzelnen Gesetz enthalten. Darum ist das nicht eine Frage der Qualität. Wenn Sie unsere Standards kritisieren, die bundeseinheitliche Standards sind, kritisieren Sie Frau Künast. Ich nehme das gern zur Kenntnis.

Hier Weltuntergangsszenarien heraufzuschwören, ist unverantwortlich. Das gilt auch für den Bereich Werbung für den Agrarstandort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Es ist unverantwortlich, wie Sie damit umgehen.

Warum heben wir die **Mindestinvestitionen** auf 50.000 € an? - Aufgrund des Haushaltes. Wir wollen existenzielle investive Entscheidungen fördern, die ein Landwirt in seinem Berufsleben vielleicht ein- bis zweimal fällt. Wenn Sie die heutigen Preise kennen würden, Herr Hentschel, wüssten Sie, wie schnell 50.000 € beisammen sind. Schon, wenn Sie einen Umbau und eine Erweiterung haben, ist das häufig erreicht. Wissen Sie eigentlich, was ein Stallbau in der Größenordnung von 100 Kühen neu kostet? Das

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

liegt Lichtjahre über diesen 50.000 €. Also tun Sie nicht so, als finanzierten wir nur Großvorhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers
[CDU])

Wir finanzieren eben auch kleine Vorhaben, denn - wie gesagt - 50.000 € sind schnell überschritten. Wir orientieren uns in der Landwirtschaft an einem **ökologischen Rahmen**, der uns vom Bund gesetzt wird, innerhalb dessen man sehr verantwortungsbewusst mit Tierhaltung umgeht, innerhalb dessen hohe Anforderungen an Ökologie gestellt werden. Darum haben wir eine gute Qualität, auf die wir stolz sind, auf die unsere Landwirte stolz sind. Qualität spielt eine immer größere Rolle auch bei der Beratung. Wir fördern diese Tierhaltung, diese Landwirtschaft durch unsere Agrarinvestitionsförderung. Damit sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Garg gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 19:

Vertragsnaturschutz

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/195

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion hat der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Herbst vergangenen Jahres schlossen sich sechs Eiderstedter Landwirte mit dem Rinderzuchtverband des Landes und der Stiftung Aktion Kulturland zu der **Arbeitsgemeinschaft Weidewirtschaft** zusammen. Sie entwickelten ein gemeinsames Konzept unter dem Namen Extensive Weidewirtschaft Eiderstedt,

(Beifall beim SSW)

ein Vertragsnaturschutzprogramm, das speziell auf die Bedingungen der Rinderfleischzucht auf Ei-

derstedt zugeschnitten ist. Wer die Auseinandersetzungen auf Eiderstedt verfolgt hat, weiß, dass es ein außergewöhnlicher Schritt war, sich in dieser Situation für den Vertragsnaturschutz und zum Umweltschutz auf Eiderstedt zu bekennen.

Diese Bauern haben das getan, weil das Problem auf Eiderstedt nicht der Naturschutz ist, wie so häufig behauptet worden ist. Das Problem ist, dass die traditionelle Rinderfleischzucht - früher mit den berühmten Eiderstedter Weidemastochsen - unrentabel geworden ist. Ein Ausweichen in die Milchwirtschaft auf den Wiesen ist kaum möglich, da die meisten Bauern über keine Milchquoten verfügen. Diese Bauern haben deshalb erkannt, dass ihre einzige Chance gerade darin besteht, Rinderzucht und Naturschutz miteinander zu koppeln.

Als das Projekt in diesem Jahr als Modellprojekt startete, wurden die sechs Bauern von der Protestbewegung „Pro Eiderstedt“ als Verräter gebrandmarkt. Im Laufe dieses Sommers änderte sich aber das Bild. Mittlerweile haben sich circa 60 Landwirte auf Eiderstedt für das Programm gemeldet. Das sind bereits 4.000 ha Fläche.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms
[SSW])

Meine Damen und Herren, ich erzähle diese Geschichte, weil mir im Juli aus Brüssel mitgeteilt wurde, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein den **Antrag bei der EU für das Programm „Extensive Weidelandwirtschaft Eiderstedt“** zusammen mit fünf anderen Vertragsnaturschutzprogrammanträgen zurückgezogen hat. Damit ist das Notifizierungsverfahren gestoppt. Dieser Verzicht auf die Notifizierung bedeutet auch den Verzicht auf die Chance, die Effektivität der anderen Programme zu verbessern. Gleichzeitig bietet die Landesregierung auch für die bestehenden Muster keine neuen Fünfjahresverträge mehr an. Ende dieses Jahres fliegen allein auf Eiderstedt über 800 ha Fläche aus dem Programm. Die Bauern verlieren damit eine wichtige Einkommensquelle.

Herr Minister, mit dieser Aktion sind Sie den Hardlinern der Aktion „Pro Eiderstedt“ aufgefressen. Den Bauern, die im Vertragsnaturschutz eine zusätzliche Einkommensquelle sehen, haben Sie erheblichen Schaden zugefügt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Dieser Schaden wird durch den Verzicht auf die **Option** der Länder zur Grünlandbewirtschaftung noch erhöht. Damit lassen sie ausgerechnet die **Grünlandbauern** an der Westküste im Regen stehen, denen

(Karl-Martin Hentschel)

Ihre Parteifreunde in den letzten Jahren ständig versprochen haben, dass es bei einem Wechsel besser wird. Ihre Entscheidung ist auch vor dem Hintergrund unverständlich, dass im Wahlprogramm Ihrer Partei, im schwarz-roten Koalitionsvertrag und auch in Ihren eigenen Äußerungen dem Vertragsnaturschutz angeblich immer ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird.

(Claus Ehlers [CDU]: Das wird auch umgesetzt!)

Vorige Woche habe ich bei einem Treffen mit Verbandsvertretern gehört, dass das Programm „Extensive Weidelandwirtschaft Eiderstedt“ nun doch als Modellprojekt fortgesetzt werden soll. Das klingt gut. Aber was bedeutet das? Was bedeutet das für den Landeshaushalt? - Man kann es kaum glauben: Denn ein Modellprojekt muss aus eigenem Etat, zu 100 % aus Landesmitteln, bezahlt werden. Ein Programm, das bei der EU notifiziert wird, wird zu über 80 % von der EU und vom Bund gezahlt und das Land muss nur 16 bis 18 % zuschießen. Wenn das stimmt, wenn das so ist, dann bedeutet das, Herr Minister: Sie verschenken hier bares Geld oder Sie haben vor, das jetzt noch ein Jahr weiterzumachen und dann die Bauern völlig im Trocknen stehen zu lassen. Sie müssen einmal erläutern, was dabei herauskommt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Wenn Sie das vorhaben, können Sie auch gleich sagen, dass Sie das Ganze für Unsinn halten. Ich glaube, dass dieses Programm sehr sinnvoll ist, dass sich immer mehr Menschen dafür melden, dass **Vertragsnaturschutz** eine ausgesprochen sinnvolle Angelegenheit ist. Ich verstehe nicht, dass ein Minister, der sich die ganze Zeit für Vertragsnaturschutz ausgesprochen hat, ausgerechnet in dieser Situation ein wichtiges Programm stoppt, das aus Landesmitteln weiter finanziert und damit Geld verschenkt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Noch ein Letztes: Wenn Sie behaupten, das liege an der Novellierung der Programme im nächsten Jahr, stimmt auch das nicht. Auch ein EU-Programm hätten Sie den Bauern vorübergehend - das hätten Sie sowieso machen können - bis zum nächsten Jahr zur Verfügung stellen können.

(Lars Harms [SSW]: So ist das!)

Denn es ist sowieso so, dass ab 2007 **neue Richtlinien** kommen. Das gilt für alle Programme. Das heißt, Sie werden ab **2007** sowieso die Kulisse neu

definieren müssen. Das ist uns allen bewusst. Das ist aber kein Grund dafür, im kommenden Jahr 80 % der Mittel für dieses Programm zu verschenken. Das machen Sie aus einem einzigen Grund: Weil Sie „Pro Eiderstedt“ versprochen haben, das Programm zu kippen. Jetzt bekommen Sie kalte Füße, weil sich so viele Bauern angemeldet haben. Damit sind Sie nichts weiter als den Hardlinern aufgesessen, Herr Minister. Es tut mir Leid, aber das muss man hier sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Ich fordere Sie auf, die Notifizierung der Programme bei der EU zu beantragen, das nachzuholen, sozusagen Ihren Rückzug rückgängig zu machen und damit dafür zu sorgen, dass die Bauern ihre Programme in Brüssel bekommen und diese aus Brüssel mit finanziert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Kollegen Axel Bernstein das Wort.

Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion unterstützt das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume in seinen Bestrebungen, eine nachhaltige Weiterentwicklung des ländlichen Raumes sicherzustellen. Unsere Grundlage sind dabei die gleichwertigen Ziele Ökonomie, Ökologie und Soziales, so wie die Agenda 21 sie nennt.

Die Förderprogramme, die von der EU zur Verfügung gestellt werden, sollen dazu im Kulturlandschaftsprogramm gebündelt werden. Es ist unser ausdrückliches Ziel, auch Umweltleistungen in diesem Rahmen zu würdigen und landwirtschaftliche Betriebe stärker in Umweltschutzprojekte einzubinden. Und genau dazu ist der **Vertragsnaturschutz** ein wesentliches Element. Genau deshalb hat die Landesregierung auch zusätzliche Muster für den Vertragsnaturschutz bei der Europäischen Union angezeigt.

Da nun aber die bisherige „ZAL“-Förderung der EU 2006 ausläuft, unterstützen wir die Bemühungen der Landesregierung, eine neue, dauerhafte **Fördergrundlage** mit der EU zu erarbeiten. Um den Anforderungen der EU zu genügen, müssen wir auch die bestehenden Programme kritisch prüfen, effizienter gestalten und besser mit anderen Programmen verknüpfen. Es ist unser Bestreben, die Betroffenen in den NATURA-2000-Gebieten verstärkt einzubinden. Gerade hier sind vertragliche Vereinbarungen das

(Axel Bernstein)

geeignete Mittel, um dem Vertrauensverlust, den grüne Umweltpolitik über Jahre verursacht hat, zu begegnen.

In der Begründung seines Antrages schreibt nun der Abgeordnete Hentschel:

„Es besteht kein naturschutzfachlich oder administrativ begründbarer Anlass, den Vertragsnaturschutz auf die NATURA-2000-Kulisse zu beschränken.“

Ich zitiere diesen Satz, weil ich bemerkenswert fand, dass in einem Satz von Herrn Hentschel gleich zwei richtige Aussagen stehen.

Erstens: Es ist richtig, dass auch künftig **außerhalb der NATURA-2000-Kulisse** Vertragsnaturschutz möglich ist, und zwar insbesondere auch in der ETS-Region, im Einzugsgebiet von zahlreichen Seen, in Naturschutzgebieten, bei Vorkommen bestimmter geschützter Arten und auf Biotopflächen gemäß § 15 a Landesnaturschutzgesetz.

Zweitens ist auch richtig: Administrativ - das Ministerium ist gut aufgestellt - und vielleicht auch naturschutzfachlich wäre gegen eine landesweite Streuung von Vertragsnaturschutzangeboten wenig einzuwenden.

Leider haben die Grünen auch an dieser Stelle offenbar vergessen, dass wir jede Maßnahme mit geliehenem Geld finanzieren. Ich finde es richtig, dass wir die Ausgabe jedes einzelnen Euros gründlich daraufhin prüfen, ob die nachfolgenden Generationen, die ihn werden zahlen müssen, diese Ausgabe für effizient und in der Sache für gerechtfertigt halten werden. Das bedeutet für uns, dass eine Konzentration der begrenzten Mittel auf die Räume, wo sie besondere Synergien hervorrufen, nicht nur zu vertreten, sondern geradezu geboten ist.

Vor diesem Hintergrund ist es auch klar, dass wir Verträge, die mit europäischen Mitteln kofinanziert werden, außerhalb der NATURA-2000-Gebiete nur für eine Dauer anbieten können, für die entsprechende Mittel zugesagt sind. Sie wissen - spätestens seit der letzten Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses -, dass hier bundesweite Abstimmungen zur Umsetzung des künftigen Programms des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums laufen. Dieses Programm ist auf europäischer Ebene jedoch noch nicht durchfinanziert, da eine Einigung über die finanzielle Vorausschau aussteht.

Verträge, auch und besonders im Vertragsnaturschutz, sind feste Abmachungen, auf deren Einhaltung wir strikt achten. Deshalb müssen auch die Grundlagen, mit denen wir als Land in die Verträge

einsteigen, sicher und stabil sein. Die Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms wird einen effektiven Schutz der Umwelt mit neuen Perspektiven für die Betroffenen verknüpfen.

Wir lehnen deshalb den Antrag Drucksache 16/195 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab, da seine Inhalte teilweise in der Umsetzung befindlich sind, über das Kulturlandschaftsprogramm verwirklicht werden oder die Realitäten des Schleswig-Holsteinischen Landeshaushaltes in bemerkenswerter Kontinuität zu grüner Regierungstätigkeit schlicht ignorieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Kollegen Bernstein.

Das Wort für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen erfolgreichen Vertragsnaturschutz in Schleswig-Holstein sichern und weiterentwickeln. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und CDU klar dazu bekannt, dass zur Umsetzung der europäischen Schutzgebiete nach NATURA 2000 freiwillige vertragliche Vereinbarungen Vorrang vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen haben.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dazu stehen wir. Wir wollen gleichzeitig die bestehenden Vertragsmuster erhalten und weiterentwickeln.

Wir müssen - das muss auch der Kollege Hentschel zu Kenntnis nehmen, der gerade wieder abgelenkt ist; Karl Martin, dein Antrag! - Folgendes zur Kenntnis nehmen.

Allerdings müssen wir - das gilt auch für den Kollegen Hentschel - zur Kenntnis nehmen, dass das **europäische Rahmenrecht ab 2007** fundamental geändert werden wird. Die Landesregierung hat im Februar 2005 der EU-Kommission noch eine Änderungsnotifizierung vorgelegt, unter anderem für Eiderstedt und ETS - das ist hier schon ausgeführt worden -, die im Übrigen auf großes Interesse der Landwirtschaft in diesen Regionen gestoßen ist - das ist deutlich und bekannt -, die auch andere Vertragsmuster ändern soll. Die EU-Kommission hat aber aktuell zu erkennen gegeben, dass sie angesichts des 2006 auslaufenden Förderungszeitraums für „ZAL“ die Notifizie-

(Konrad Nabel)

rung nicht mehr vornehmen wird. Vielmehr sollen die Inhalte der neuen und geänderten Vertragsmuster inhaltlich und finanziell auf Grundlage der neuen ELER-Verordnung ab 2007 in ein neues Landesprogramm aufgenommen werden. Dabei werden auch wir sorgsam prüfen und gegenüber anderen Maßnahmen abwägen müssen, mit welchem Mitteleinsatz effektiver Naturschutz über den Vertragsnaturschutz erreicht werden kann. Wir wissen: Diese langfristigen Verträge binden erhebliche Mittel und stehen in der Laufzeit nicht für andere Maßnahmen im ländlichen Raum zur Verfügung. Deshalb müssen wir diese Maßnahmen auch prüfen und so einsetzen, dass sie wirklich die Ziele erfüllen, die wir anstreben.

Für die Zwischenzeit werden wir uns mit der Landesregierung dafür einsetzen, dass die vorgesehene Förderung für die im Antrag genannten Vertragsmuster aus Landesmitteln weiter erfolgen wird.

Zur Klarstellung: Alle bestehenden Verträge für notifizierte Vertragsnaturschutzmuster innerhalb der Fördergebietskulisse, die 2005 ausläuft, können verlängert werden. Dies gilt auch für neue Flächen in dieser Kulisse, die für fünf Jahre abgeschlossen werden können.

Angesichts der besonderen Situation auf Eiderstedt und in der ETS-Region ist die Ausfinanzierung bis Ende 2006 vor allem für das Demonstrations- und Versuchsprojekt „**Extensive Weidewirtschaft Eiderstedt**“ von entscheidender Bedeutung für die Akzeptanz vor Ort. Die Finanzierung ist bis Ende 2006 gesichert, die Erfahrungen aus dem Projekt sollen in die neue Phase ab 2007 einfließen und im Rahmen des neuen Landesprogramms fortentwickelt werden.

Dieser Sachstand, lieber Kollege Hentschel, ist Ihnen in der Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses am 10. August mitgeteilt worden, und zwar so, dass wir den Eindruck hatten, es lohnte sich nicht, weiter darüber zu debattieren. Ich sage nicht, man solle im Ausschuss und im Landtag nicht darüber debattieren, aber an dieser Stelle war es nach meinem Dafürhalten abschließend geklärt. Deshalb lehnen wir die Nummer 1 Ihres Antrages, der leider nicht zum Ziel führt, ab.

In Nummer 2 Ihres Antrages wird gefordert, in Zukunft den Vertragsnaturschutz nicht nur auf die in der NATURA-2000-Gebietskulisse liegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen zu begrenzen. Angesichts beschränkter Haushaltsmittel und der Tatsache, dass wir hier mit Steuergeldern landwirtschaftliche Betriebe für Auflagen des Naturschutzes entschädigen, bedarf es einer sorgfältigen Prüfung vor einer Förderzusage. Vor der Aufstellung einer **Fördergebietskulisse** muss daher eine **Prioritätenfestlegung**

erfolgen. Den Aussagen, die Herr Bernstein hier zum Haushalt gemacht hat, kann ich mich nur anschließen. Dabei hat die Umsetzung von NATURA 2000 - ich sehe hier den ehemaligen Umweltminister an - wie auch unter der früheren Landesregierung absolute Priorität.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist richtig, aber die Priorität, und es ging um die Prioritätenfestsetzung, ist die: Wir haben noch weniger Geld als in der letzten Wahlperiode. Das muss hier ganz deutlich gemacht werden.

Einen generellen Ausschluss anderer Gebiete kann es natürlich aus naturschutzfachlicher Sicht nicht geben. Dies verdeutlicht auch die Dimension. Zurzeit laufen fast 1.200 Verträge mit einer Fläche von fast 11.000 ha.

Bei der Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes auf der Grundlage des neuen Kulturlandschaftsprogramms müssen wir sorgfältig die Ziele des Naturschutzes mit den Entwicklungsperspektiven für die Landwirtschaft abwägen. Angesichts der ab 2007 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müssen finanziell dauerhafte Lösungen entwickelt werden.

Leider ist der vorliegende Antrag auch in Nummer 2 in dieser Frage nicht zielführend und deshalb lehnen wir auch diesen Antrag insgesamt ab.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Kollegen Nabel.

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Zunächst einmal möchte ich positiv feststellen, dass sich die Grünen offensichtlich in einem Sinneswandel befinden. So klar wie mit diesem Antrag haben die **Grünen** ihre grundsätzliche Zustimmung zum **Vertragsnaturschutz** bisher nicht geäußert. Deshalb mussten wir bei den Grünen bisher immer davon ausgehen, dass sie beim Naturschutz grundsätzlich das schärfste Schwert, nämlich das Ordnungsrecht, gezogen haben. Die jetzt aufgehobene Knickverordnung hat das eindrucksvoll belegt. Dieser positive Sinneswandel unserer grünen Kolleginnen und Kollegen reicht für uns aber nicht aus, den hier vorliegenden Antrag komplett mittragen zu können.

(Günther Hildebrand)

Ohne Vorbehalte können wir dem zweiten Punkt Ihres Antrages zustimmen. Die FDP hat sich grundsätzlich für den Vorrang des Vertragsnaturschutzes vor anderen Maßnahmen des Naturschutzes ausgesprochen. So haben wir das auch in unserem Gesetzentwurf zum Landesnaturschutz kodifiziert. Wenn dieser Vorgang gelten soll, kann der Vertragsnaturschutz selbstverständlich nicht auf die Gebietskulisse der NATURA-2000-Flächen beschränkt sein. Ebenso selbstverständlich ist dann aber natürlich auch, dass die fachlichen Voraussetzungen für eine Unterschutz-Stellung gegeben sein müssen. Nebenbei, auch die Union hat durch ihren Gesetzentwurf zum Landesnaturschutzgesetz in der letzten Legislaturperiode eindeutig belegt und bezeugt,

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bitte das hohe Haus, dem Redner etwas mehr Aufmerksamkeit zu zollen.

Günther Hildebrand [FDP]:

dass sie den Vertragsnaturschutz favorisiert. Insofern haben wir jetzt vielleicht auch eine einheitliche Meinung und Auffassung in diesem Haus zu diesem Punkt.

Der erste Punkt des vorliegenden Antrages bezieht sich nicht auf den Umsetzungsaspekt des Vertragsnaturschutzes. Die Grünen fordern die Landesregierung auf, den Änderungsantrag für die **Vertragsnaturschutzmuster** extensive Weidewirtschaft Eiderstedt, Trauerseeschwalben, gemeinschaftlicher Wiesen-schutz, Weidelandschaften, Randstreifen an Kleingewässern, Rastplätze für wandernde Vogelarten, erneut zu stellen und damit den Notifizierungsprozess für die genannten Muster wieder aufzunehmen. Nach unseren Informationen haben zahlreiche Eiderstedter Landwirte ein großes Interesse an einem Vertragsnaturschutz für die extensive Weidewirtschaft auf Eiderstedt bekundet, meines Wissens 50 bis 60. Diese könnten auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für das nächste Jahr, also 2006, abgeschlossen werden, ohne dass hierfür eine bestimmte Gebietskulisse vorgegeben ist. Die Notifizierung dieses Vertragsmusters ist ebenfalls beantragt, wird aber wohl erst für 2007 erfolgen können. Momentan besteht aus unserer Sicht nicht die Notwendigkeit eines solchen Landtagsbeschlusses für Punkt 1, wie ihn die Grünen hier beantragen.

Wie wir weiter erfahren haben, sollen die Vertragsmuster Trauerseeschwalben und extensive Weidewirtschaft Eiderstedt in das so genannte **Kulturlandschaftsprogramm** integriert werden. Dabei ist die Frage interessant, ob die Kommission den bisher

vereinbarten Zahlungen in dieser Höhe ihre Zustimmung geben wird. Wir haben erhebliche Zweifel. Aber hier gilt es zunächst abzuwarten, wie sich die Kommission entscheiden wird.

Meine Damen und Herren, schließlich hat Staatssekretär Rabius im Agrar- und Umweltausschuss erklärt, dass die EU-Kommission vor Inkrafttreten der neuen Verordnung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes, kurz ELER-Verordnung, keine Notifizierung vornehmen wird. Wir machen jetzt einmal etwas völlig Ungeöhnliches: Wir vertrauen dem Staatssekretär. Es macht keinen Sinn, die von den Grünen im Einzelnen vorgetragenen Vertragsmuster jetzt voranzutreiben, wenn sie ohnehin erst im Rahmen der **ELER-Verordnung 2007** aufgenommen und notifiziert werden. Da ist heute nicht der richtige Zeitpunkt gegeben, dem ersten Punkt des Grünen-Antrags zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Kollegen Hildebrand und erteile das Wort für die Abgeordneten des SSW dem Kollegen Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Einführung des Vertragsnaturschutzes wurde ein Weg eingeschlagen, um insbesondere den Landwirten mehr Möglichkeiten an die Hand zu geben, um bestimmte Lebensräume auf ihrem Land zu erhalten oder zu schaffen und um deren Einkommen zu sichern. Angesichts der vielen unterschiedlichen Anforderungen an den Naturschutz auf der einen Seite und der Landwirtschaft auf der anderen Seite wundert es nicht, dass dieser partnerschaftliche Weg über die Jahre viele unterschiedliche Förderprogramme hervorgebracht hat. Diesen Weg hat auch der SSW immer befürwortet.

Gerade in der jüngsten Zeit, als es um die Ausweisung von Flächen für NATURA 2000 ging, hat der **Vertragsnaturschutz** einen neuen wertvollen Charakter bekommen. Der SSW hat in dieser Diskussion und im Zusammenhang mit NATURA 2000 darauf hingewiesen und gedrängt, dass der Vertragsnaturschutz das Instrument ist, das für diese Flächen Anwendung finden muss. Insbesondere in der Diskussion um die Ausweisung von NATURA 2000 auf der Halbinsel Eiderstedt hätten die unterschiedlichen Programme existenzielle Härten abfangen können.

(Lars Harms)

Doch anstatt die im Antrag aufgelisteten sechs Umweltmaßnahmen von der EU-Kommission notifizieren zu lassen, hat die neue Landesregierung diese Programme, die sich schon auf dem europäischen Prüfstand befanden, mit der Begründung zurückgezogen, dass die EU derzeit keine längerfristige Notifizierung über 2006 hinaus durchführt, da ab 2007 mit der ELER-Verordnung eine neue Förderkulisse entsteht, in die diese Maßnahmen aufgenommen werden. Das mag so durchaus richtig sein. Solange sich die EU hierzu aber nicht abschließend geäußert hat, sollte die Landesregierung beharrlich an dem Programm festhalten und den Notifizierungsprozess wieder aufnehmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher unterstützen wir diesen Punkt des grünen Antrags, zumal wir sicher sein können, dass die neue EU-Förderung einen noch größeren Wert auf Naturschutz legen wird und diese Programme dann mit Sicherheit auch EU-fähig wären. Dies tun wir aber auch, um nicht Gefahr zu laufen, dass eine **Förderung bis 2007** ausschließlich aus Landesmitteln erfolgen muss; denn schließlich haben derzeit bereits rund 60 Landwirte mit über 4.000 ha Grünland eine Vertragsnaturschutzmaßnahme angemeldet. Ich hoffe doch inständig, dass man diesen Landwirten helfen und sie unterstützen will. Diese Landwirte müssen Planungssicherheit haben. Sie haben sich darauf verlassen, dass ihnen mit der **Maßnahme „Extensive Weidewirtschaft Eiderstedt“** ein fünfjähriges Programm an die Seite gestellt wird. Mit diesem haben sie kalkuliert. Hier steht die Landesregierung in der Verantwortung gegenüber den Landwirten auf Eiderstedt. Ich kann Ihnen sagen: Die Damen und Herren auf Eiderstedt sind ziemlich sauer über das, was derzeit passiert.

Wie muss ich mir die Situation auf Eiderstedt jetzt also vorstellen? Die Landesregierung weigert sich, eine Aussage darüber zu treffen, wann sie die entsprechende Rücknahme einzelner Naturgebiete umsetzen wird. De facto steht die Ausweisung von NATURA 2000 immer noch im Raum und sie wird auch kommen; das weiß jeder. Darüber hinaus hat die Landesregierung den Notifizierungsprozess für die Vertragsnaturschutzmuster im vorausgehenden Gehorsam gestoppt. Das heißt, dass der Region Geld entzogen wird.

Ich halte es also für redlich und angemessen, dass die Landesregierung den Menschen auf Eiderstedt endlich sagt, wie sie sich zu den Gebietsmeldungen auf Eiderstedt verhalten will und dass Sie den Landwirten dort bezüglich des Vertragsnaturschutzes geeignete

Möglichkeiten auf ihren Flächen anbietet, damit finanzielle Nachteile, die mit Sicherheit kommen, ausgeglichen werden. Die Botschaft, die jetzt kommt, lautet: Es gibt kein Geld.

(Beifall bei SSW und SPD)

Den zweiten Punkt des vorliegenden Antrages sehen wir etwas zweifelnd. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir **Vertragsnaturschutz** auf allen **geeigneten landwirtschaftlichen Flächen** durchführen könnten. Wir sollten aber so ehrlich sein und uns eingestehen, dass die derzeitige finanzielle Lage eine solche groß angelegte Förderung unmöglich macht. Daher sollten wir weiterhin alles dafür tun, dass wir zumindest auf den geeigneten NATURA-2000-Flächen den Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft zulassen und somit ein konkretes Handeln auf diesen Flächen ermöglichen. Das würde die Akzeptanz von NATURA 2000 erhöhen und dazu führen, dass wirklich konkrete Maßnahmen in den NATURA-2000-Gebieten erfolgen. Die Mittel müssen hier zielgerichtet eingesetzt werden und Härten für die Landwirtschaft müssen abgefedert werden. Hierfür müssen wir den Vertragsnaturschutz nutzen.

Deshalb muss der Notifizierungsprozess der im Antrag genannten Programme wieder aufgenommen werden. Wir werden dem Antrag der Grünen also mit Freude zustimmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Abgeordneten Lars Harms und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Christian von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon ein bisschen über die Wunsch-dir-was-Anträge der grünen Fraktion erstaunt, die ohne Kenntnisnahme von europäischen Rahmenbedingungen und des finanziellen Handlungsspielraums gestellt wurden. Dabei verwundert insbesondere, dass Herr Müller seit neuestem den seriösen Haushälter mimt und den Finanzminister zu immer mehr Sparsamkeit mahnt, während Herr Hentschel ständig neue Ideen entwickelt, wie man mehr Geld ausgeben kann. Herr Müller, vielleicht sollten Sie erst einmal Herrn Hentschel und dann den Finanzminister kontrollieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Vertragsnaturschutz. Ich freue mich, dass nach so vielen

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Jahren der Debatte - Sie wissen, dass sie unter Ihrem Vorgänger noch ganz anders als heute aussah - mittlerweile ein breiter Konsens über **freiwillige Vereinbarungen** und den **Vertragsnaturschutz** besteht. Wir sind deshalb durchaus begeistert und ich finde es gut, dass wir diese neue Ausrichtung im Koalitionsvertrag heute auch von einer breiten Unterstützung in diesem Hause getragen wissen.

Heute geht es also um die konkrete Ausgestaltung. Dabei sind zwei Gesichtspunkte wichtig, nämlich erstens die europäischen Rahmenbedingungen, die ich relativ gut kenne, und zweitens unsere eigenen haushaltspolitischen Spielräume. Das bedeutet natürlich, dass wir beachten müssen, dass die Finanzverpflichtung durch den Vertragsnaturschutz aufgrund der fünfjährigen Vertragslaufzeit deutlich über die der alten Förderperiode der Europäischen Union hinausreicht. Wir alle wissen auch, was uns aus der Europäischen Union droht, nämlich erhebliche Reduzierungen der Mittel, die wir von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt bekommen.

Wir können uns heute also nicht verbindlich für die nächsten fünf Jahre äußern. Wir werden die Debatte darüber hier noch bei anderen Punkten führen. Wir müssen uns also darauf konzentrieren, das Geld in der Tat durch Kofinanzierung zu erhalten. Wir müssen sehen, dass unsere **Vertragsmuster** auch in Zukunft mit den neuen europäischen Verordnungen - in dem Fall mit den Spielregeln der **ELER-Verordnung** - kompatibel sind. Darum ist die EU-Kommission aus guten Gründen wenig geneigt, jetzt noch größere Änderungen am Programm „Zukunft auf dem Lande“ - „ZAL“ - vorzunehmen; denn das läuft, wie ich eben sagte, Ende 2006 aus.

Das haben wir auch bei den Änderungsanträgen des Jahres 2005 zum „ZAL“-Programm zu spüren bekommen. Die von der EU-Kommission im so genannten Konsultationsverfahren gestellten Fragen sind inzwischen beantwortet beziehungsweise werden schrittweise gemeinsam mit der Kommission bearbeitet. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir haben hier nicht gestoppt, sondern wir haben im Dialog mit der Kommission geklärt, was jetzt noch geht und was wir erst ab 2007 im Rahmen unseres Kulturlandschaftsprogramms auf den Weg bringen können. Darum bin ich an Ihren Kontakten in Brüssel sehr interessiert. Ich habe immer das Gefühl, das meine gar nicht schlecht sind und dass ich dort durchaus eine ganze Menge an Ansprechpartnern habe. Vielleicht haben Sie andere Informationen. Dann müssten Sie einmal sagen, woher Sie sie haben, Herr Hentschel.

Bei der **Ausrichtung des Vertragsnaturschutzes** geht es uns um eine klare Prioritätensetzung. Auch

Sie haben schon die **Prioritäten** gesetzt. Also tun Sie nicht so, als ob die Tatsache, dass wir den NATURA-2000-Gebieten Vorrang einräumen, etwas Neues ist. Hinzu kommen im Übrigen auch bei uns die Flächen aus der FFH-Richtlinie. Auch wir wollen den Schutz der Anhang-II-Arten - unter anderem Laubfrosch, grüne Mosaikjungfer - unterstützen. Das alles fällt auch bei uns darunter. Darüber hinaus wird der Vertragsnaturschutz auch für landwirtschaftlich geprägte, gesetzlich geschützte Biotope, Sumpfdotterblumenwiesen und andere Wiesen angeboten. Also tun Sie nicht so, als ob das an dieser Stelle etwas ganz anderes sei.

Wir setzen auf die Eigeninitiative vor Ort und auf einen bedarfsorientierten Naturschutz. Das ist Ihnen vielleicht neu, aber ich denke, das ist der richtige Weg.

Zu Eiderstedt. Herr Hentschel, dass Sie nach dem Chaos, das Sie auf **Eiderstedt** hinterlassen haben, das Wort Eiderstedt noch in den Mund nehmen, ist wirklich bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU)

Der Abstimmungsprozess, den es jetzt gibt, und der natürlich langfristig ist, weil wir die Flächenbrände, die Sie geschaffen haben, wieder löschen müssen, ist langwierig. Wir sind dort aber in einem guten Dialog. Darum haben wir trotz dieses schwierigen europäischen Prozesses die auslaufenden Verträge als vertrauensbildende Maßnahme um ein Jahr verlängert. Auf der Halbinsel Eiderstedt wird auch das **Demonstrations- und Versuchsprojekt „Extensive Weidewirtschaft Eiderstedt“** für das Jahr 2006 trotz der schwierigen europäischen Lage einjährig angeboten. Darum habe ich eigentlich erwartet, dass Sie uns deswegen loben und nicht kritisieren. Alles Weitere werden wir im Rahmen des neuen Kulturlandschaftsprogramms besprechen und finanzieren.

Ich glaube, dass wir mit diesem **Kulturlandschaftsprogramm** langfristig insgesamt auf einem sehr guten Weg sind. Darum noch einmal: Die Landesregierung setzt konsequent auf Vertragsnaturschutz und zentrale Anliegen der Erhaltung des gemeinschaftlichen Kulturerbes. Wir werden die NATURA-2000-Gebiete in ihrer Bedeutung nach vorn bringen. Alle Ende 2005 auslaufenden Verträge werden wir verlängern. Der Vertragsnaturschutz wird überarbeitet und in das Kulturlandschaftsprogramm für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 einbezogen.

Ich glaube, damit sind wir alle auf einem guten Weg. Darum bitte ich ganz herzlich, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank, Herr Minister. - Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, das war ein tolles Stück Dialektik. Sie entwickeln ganz neue Fähigkeiten.

Erstens. Der **Landtag** hat in den letzten Jahren mehrfach Resolutionen über die **Bedeutung des Verträgnaturschutzes** beschlossen. Offensichtlich hat die heutige Landesregierung das überhaupt noch nicht zur Kenntnis genommen. Sie kämpft hier gegen Windmühlen, die sie offensichtlich selbst irgendwann aufgebaut hat. Das ist ausgesprochen merkwürdig.

Zweitens. Sie müssen mal eine klare Aussage machen. Ist der Antrag von der EU zurückgewiesen worden oder haben Sie ihn zurückgezogen? Nach meiner Information aus Brüssel sind alle Anträge von der Landesregierung zurückgezogen worden. Sie können sich also nicht damit herausreden, dass sich dies im Dialog mit der EU so entwickelt hat. Nach meinen Auskünften - die mögen natürlich völlig beschauert sein - ist Fakt - das sagen mir meine Kontaktleute in Brüssel -: Der Antrag wurde gestoppt, also von der Landesregierung zurückgezogen. Ich habe Sie eben so verstanden, dass Sie dem nicht widersprochen haben. Wenn Sie jetzt „im Dialog“ sagen, dann geben Sie doch zu, dass Sie ihn zurückgezogen haben.

Wir kommen drittens zur Frage **Eiderstedt**. In der Tat gibt es Menschen auf Eiderstedt, zu denen ich sehr gute Kontakte habe und mit denen ich häufig rede. Wahrscheinlich habe ich dort mehr Dörfer als Sie besucht. Ich kenne dort die Landschaft. Für mich war und ist es durchaus ein Herzensanliegen, dass die traditionelle Bewirtschaftung auf Eiderstedt eine Chance bekommt. Das bekommt sie nur mit, nicht aber ohne Naturschutz. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Jetzt kommen wir zu den Finanzen. Sie sagen, wir wollten Geld ausgeben. Wenn dieser Antrag heute abgelehnt wird und dieses Programm nicht notifiziert wird, dann bedeutet das - wenn es bei den 4.000 ha bleibt -, dass die Landesregierung im kommenden Jahr mit diesem Antrag zusätzlich ungefähr 1 Million € verschenkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich frage dieses Haus: Wollen Sie dem zustimmen, dass 1 Million € verschenkt werden? Das müssen Sie ernsthaft überlegen. Das ist interessant für die folgende Haushaltsdebatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hentschel.

(Günther Hildebrand [FDP]: Ich beantrage getrennte Abstimmung über die Nummern 1 und 2 des Antrags!)

- Sie beantragen die getrennte Abstimmung. Das ist okay. - Weitere Meldungen zu Wortbeiträgen liegen nicht vor. Es wird getrennte Abstimmung der Nummern 1 und 2 in der Sache gewünscht.

Ich lasse über Nummer 1 des Antrags, Drucksache 16/195, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Nummer 1 des Antrags wurde mit der Mehrheit der Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich lasse über Nummer 2 des Antrags abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Nummer 2 des Antrags wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Wahl der Mitglieder der nach dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz zu bildenden Kontrollorgane

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/216

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage dafür eine offene Abstimmung vor. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/177

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 16/219

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/234

Zunächst erteile ich dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für den Beifall von der linken Seite des Hauses. Er ist insofern berechtigt, als dies meine Jungferrede als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen ist. Ich hoffe, dass Sie auch am Ende meiner Rede noch Anlass zum Klatschen haben, Herr Kollege Hay.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Verabschiedung des **Nachtrags Haushaltes** für das Jahr **2005** ist notwendig geworden, weil - wie so oft in den vergangenen Jahren, der Kollege Weber wird sich erinnern, - wieder einmal die Steuereinnahmen nicht im geplanten Umfang realisiert werden konnten.

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Da gibt es nichts zu Lachen, Kollege Kubicki. Neben Steuerausfällen in Höhe von 634 Millionen € muss der Landeshaushalt Belastungen als Folge nicht erzielter globaler Mehreinnahmen von 150 Millionen € und infolge von Hartz IV in Höhe von 226 Millionen € verkraften. Diese Mehrbelastungen, das wird niemanden überraschen, können kurzfristig nicht durch entsprechende Kürzungen auf der Ausgabe-seite, sondern nur durch eine Erhöhung der Neuverschuldung gedeckt werden. Kollege Kubicki, ich weiß nicht, warum Sie lachen. Von Ihnen haben wir - zumindest im Finanzausschuss - keine anderen Vorschläge erfahren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Massenhaft!)

Im Nachtragshaushalt 2005 erreicht die **Nettoneuverschuldung** des Landes 1,7 Milliarden € und übersteigt damit die verfassungsrechtlich zulässige Obergrenze um das Dreifache. Wenngleich dies wie in den

Vorjahren mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gerechtfertigt werden kann, sind sich - wie ich doch hoffe - Parlament, Landesregierung und Landesrechnungshof darin einig, dass dieser dramatischen Entwicklung Einhalt geboten werden muss und die Lage der öffentlichen Finanzen sowohl durch Maßnahmen auf der Einnahme- als auch durch Maßnahmen auf der Ausgabe-seite schnellstmöglich, nachhaltig und ernsthaft verbessert werden muss. Ich glaube, ich kann dies im Namen aller Mitglieder des Finanzausschusses sagen: Diesem Ziel sind alle Mitglieder des Finanzausschusses verpflichtet.

Der Finanzausschuss hat sich an drei Tagen, nämlich am 11., 18. und 25. August, aufgrund der Vorlage der Landesregierung und erstmalig aufgrund der eingereichten Fragen der Fraktionen und der umfassenden Antworten der Landesregierung mit dem Nachtrags-haushalt 2005 befasst. An dieser Stelle möchte ich sowohl meinen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss als auch der Landesregierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums herzlich für die Disziplin sowie die zügige und verlässliche Beantwortung der gestellten Fragen danken. Sie haben mir mein neues Amt als Vorsitzenden des Finanzausschusses erleichtert.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Woche hat sich der Ausschuss mit den **Änderungsanträgen der Fraktionen** zum Nachtrag beschäftigt. Ich darf Ihnen mitteilen, dass der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag des SSW zur Bezuschussung der dänischen Schulen abgelehnt hat, weil - dies war die Begründung - die Mittel für den Bau einer Gesamtschule in Husum nach Aussage der Landesregierung ausreichend sind. Die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Fünf Anträge der Koalition von CDU und SPD wurden mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Drei Koalitionsanträge - das wird Sie alle überraschen - wurden mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen. Ebenfalls einstimmig stimmte der Finanzausschuss einer moderaten Aufstockung der Fraktionsmittel zu.

Durch die vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zum Entwurf der Landesregierung, die Sie der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung mit der Drucksache 16/219 entnehmen können, verringert sich das Volumen des Nachtragshaushalts gegenüber dem Regierungsentwurf um 5 Millionen €. Die Nettokreditaufnahme konnte im Nachtrag gegenüber dem

(Günter Neugebauer)

Regierungsentwurf um 381.000 € - wenn auch bescheiden, so doch erfolgreich - zurückgeschraubt werden.

Im Namen des Finanzausschusses bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung mit der Drucksache 16/219 Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich auf der Tribüne Gäste begrüßen. Ich begrüße Schülerinnen und Schüler des Fachgymnasiums am Königsweg Kiel mit ihren Lehrkräften, TRANSNET-Senioren aus Neumünster, Bürgerinnen und Bürger aus Norderstedt, aus dem Wahlkreis Segeberg-Ost und Flensburg. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und erteile im Einvernehmen mit den Fraktionen dem Herrn Abgeordneten Frank Sauter für die CDU-Fraktion das Wort.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Der Kollege Frank Sauter ist derzeit nicht im Sitzungssaal!)

- Da wir flexibel sind, erteile ich nun der Abgeordneten Birgit Herdejürgen für die Fraktion der SPD das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Wir sind heute einfach zu früh im Zeitplan. Das ist wie bei der Bundesbahn - eher ungewöhnlich. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Angesichts einer **Deckungslücke** von 1,7 Milliarden € im Haushalt 2005 stellt sich uns allen die Frage, ob es Alternativen zu der von der Landesregierung vorgelegten und letztlich von der Mehrheit des Finanzausschusses zur Beschlussfassung empfohlenen Finanzierung des Landeshaushaltes gibt. Selbst der Landesrechnungshof konstatiert, dass der Spielraum dafür, im laufenden Jahr nennenswerte Einsparungen zu erzielen, gering ist. Haushaltssperre und Einsparungen können aufgrund längerfristiger Bindungen nur sehr begrenzt zur Konsolidierung beitragen. Auch wenn das große Ziel der Haushaltskonsolidierung angesichts der vorgelegten Zahlen eine dramatische Brisanz und Aktualität erhält, steht dem die Frage gegenüber, inwieweit das **Parlament** seinem **politischen Gestaltungswillen** gerecht werden kann.

Mit den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages haben sich SPD und CDU eindeutige Vorgaben gesetzt, was Einsparungen und Einnahmeverbesserungen betrifft. Gleichzeitig - auch das ist die klare Linie des Nachtragshaushaltes - haben wir Ziele beschrieben, für die es sich lohnt, zusätzliche Mittel einzusetzen. Es gilt natürlich, bei jeder Maßnahme zu entscheiden, ob sie für die Entwicklung des Landes so vielversprechend ist, dass die Aufnahme von Krediten zu ihrer Finanzierung gerechtfertigt ist. Es geht dabei um Investitionen im Straßenbau, im Schulbau, zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur bis hin zur Technologieförderung. Es geht somit um Maßnahmen, die dazu beitragen, die heimische Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Finanzausschuss hat dem Landtag eine **Beschlussempfehlung** vorgelegt, die trotz der schwierigen Haushaltslage eine Reihe von Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes vorsieht. Schleswig-Holsteins Bürgerinnen und Bürger wollen eine **Perspektive**. Sie wollen Transparenz und sie haben ein berechtigtes Interesse daran, dass ihre Regierung nicht nur den Mangel verwaltet, sondern die Voraussetzungen dafür schafft, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und dass es in unserer Gesellschaft gerecht zugeht. Allgemeine Unzufriedenheit wollen und können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Mittel aber auch nicht nach dem Gießkannenprinzip über das Land verteilen in der Hoffnung, dass dies irgendwo wirken wird. Jede Region in Schleswig-Holstein hat ihre eigenen Schwerpunkte und wirtschaftlichen Stärken, die weiter gefördert werden sollen: die Medizintechnik in Lübeck, die maritime Wirtschaft mit ihrem Schwerpunkt in Kiel, Windenergie im Norden, Mikrosystemtechnik in Itzehoe, Tourismus in Ostholstein und an der Westküste, mobile Kommunikation in Flensburg und Chemie an der Elbmündung. Das sind Pfunde, mit denen wir wuchern können und müssen. Unsere wirtschaftspolitische Strategie der Schwerpunktsetzung und der gezielten Unterstützung, die wir in der letzten Legislaturperiode begonnen haben, werden wir weiterentwickeln und fortsetzen, natürlich immer unter Berücksichtigung von Zwischenergebnissen und nach der Auswertung von Effizienz.

Auch kommunale Investitionen müssen natürlich machbar sein. Für uns ist völlig klar: Der **kommunale Finanzausgleich** ist möglicherweise in seiner Struktur zu reformieren. Grundsätzlich sind aber gerade die Kommunen in die Lage zu versetzen, Investitionen vor Ort zu tätigen. In diesem Zusammenhang spielen auch die vorgesehenen Initiativen auf Bun-

(Birgit Herdejürgen)

desebene eine Rolle. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Außerhalb des herkömmlichen Investitionsbegriffes halten wir zusätzliche Ausgaben in einem Bereich für unumgänglich und mit Blick auf die Zukunft auch für rentabel. Ich meine das große Feld der Bildungspolitik. Der Effekt investiver Maßnahmen ist nach der gängigen Definition allgemein ersichtlich. Am Ende haben wir ein Gebäude, ein Fahrzeug, eine Straße, die einen bestimmten Wert darstellen. Investitionen in den Rohstoff, über den wir in der Bundesrepublik verfügen, nämlich in Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten unserer Menschen, sind ungleich schwerer zu bewerten. Gerade deshalb gilt es weniger, die Finanzierungsvorbehalte als vielmehr die Chancen zu bewerten, die sich aus unseren **Investitionen** in unsere **Kinder** - ich nenne es jetzt einmal so - ergeben.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Schwerpunktsetzung gehen wir deutlich andere Wege als andere Länder. Wir sind der Auffassung, dass diese Mittel im Sinne nachhaltiger Wirkung gut eingesetzt sind. Der Ausbau der Kinderbetreuung erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wirkt damit auch auf die Bereitschaft junger Familien, Kinder zu bekommen. Wir sichern damit aber auch die Grundlagen dafür, dass unsere Kinder einen guten Start in ihre Bildungskarriere und letztlich in Ausbildung und Beruf erhalten, was langfristig dann auch wieder positive Auswirkungen auf die Einnahmeseite unserer Haushalte haben wird.

Allerdings gilt im Bildungsbereich wie auch bei anderen Schwerpunktsetzungen von uns, dass die Höhe eines Haushaltsansatzes immer an der Effektivität einer Maßnahme zu messen ist. Strukturen müssen überprüft und in Abständen immer wieder angepasst werden, was nicht immer zur Freude der Betroffenen geschieht. Die Tatsache, dass alle Fraktionen dieses Parlaments Strukturveränderungen fordern, stimmt mich hoffnungsfroh. Ich bin allerdings nicht wirklich überzeugt, dass die notwendigen Veränderungen, die für Einzelne immer auch Einschnitte bedeuten, dann tatsächlich vom gesamten Parlament vertreten und öffentlich vermittelt werden. Sparbekundungen nach innen und Klientelpolitik nach außen passen erfahrungsgemäß nicht sehr gut zusammen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Wenn dann noch regionale Betroffenheit dazu kommt - das sage ich durchaus auch selbstkritisch in die eigene Fraktion hinein -, fallen Veränderungen sehr leicht weniger drastisch, aber auch weniger effektiv aus als geplant.

(Günter Neugebauer [SPD]: Nicht diese Schärfe! - Heiterkeit)

- Wir diskutieren anschließend noch einmal darüber, Günter, wie es mit deiner regionalen Betroffenheit aussieht. - Wir haben bereits Strukturveränderungen vorgenommen. Ein Beispiel ist die Kooperation mit Hamburg in vielen Bereichen, durch die erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden.

Bei der **Reform der Polizeiorganisation**, die gerade umgesetzt wird, wird die Stabsorganisation verkleinert; die mittlere Führungsebene wurde abgeschafft. Damit werden wir künftig mehr Polizistinnen und Polizisten im Einsatz haben; sie stehen den Bürgerinnen und Bürgern somit direkt zur Verfügung. Weitergehende Reformen sind in Arbeit.

Die **Verwaltungsstrukturreform** wird dazu beitragen, dass wir mit schlankeren, effizienteren Strukturen den Service für Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Ein weiteres ständiges bedeutendes Ziel ist der **Abbau von Bürokratie**. Bürokratieabbau ist in all den Bereichen gut, wo sich eine Vielzahl von Vorschriften entwickelt hat, die inzwischen überholt sind und zu der Lebenswirklichkeit von Bürgerinnen und Bürgern keinen Bezug mehr haben. Bürokratieabbau darf allerdings auch nicht dazu führen, dass die gewollten Schutzfunktionen - Gleichbehandlung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern - unterlaufen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Unsere Verantwortung bezüglich der demographischen Entwicklung und damit auch bezüglich der Einnahmeseite unserer Haushalte habe ich bereits angesprochen. Insgesamt gilt es natürlich, gerade an dieser Stellschraube zu drehen.

Die Koalitionspartner sind sich einig, gemeinsame Initiativen im Bundesrat zu ergreifen, und zwar mit dem Ziel, ein vereinfachtes und gerechtes **Steuersystem** zu entwickeln, das Bund, Ländern und Kommunen verlässliche Finanzierungsquellen gewährleistet. Das Konnexitätsprinzip auf Bundesebene ist aus unserer Sicht unumgänglich. Der Zwang, sich über finanzielle Folgen neuer Maßnahmen auseinander zu setzen, wirkt auch im Sinne einer Politik aus einem Guss auf Bundes- und Landesebene. Zuständigkeitsgerangel zwischen den verschiedenen Ebenen der politischen Entscheidungsträger kann von den Bürgerinnen und Bürgern nicht nachvollzogen werden, denen es auf das ankommt, was am Ende als Ergebnis aller Bemühungen für sie zu verzeichnen ist.

(Birgit Herdejürgen)

Der **Nachtragshaushalt** ist die erste haushaltstechnische Gelegenheit, **Vereinbarungen des Koalitionsvertrages** umzusetzen. Gleichzeitig ist der Nachtragshaushalt ein Mittel, um die Einnahme- und Ausgabeerwartungen zu korrigieren. Bei den Beratungen unserer Fraktionen haben wir uns im Spannungsfeld struktureller Anpassungen und der beschleunigten Behandlung der Vorlagen gesehen. Die landesgesetzlichen Regelungen sehen die Notwendigkeit eines beschleunigten Verfahrens im Zusammenhang mit den Nachtragsberatungen ausdrücklich vor. Der Landesrechnungshof hatte angeregt, den vorliegenden Nachtragshaushalt in zwei Lesungen im Parlament zu behandeln. Wir sind dieser Anregung unter Verweis auf die landesrechtlichen Regelungen - ich weise hier auf die im Finanzausschuss geführten Diskussionen hin - nicht gefolgt.

Ich muss mich über den Antrag der Grünen schon ein wenig wundern. Wie der Antrag selbst ja richtig formuliert, liegt das Schreiben des Landesrechnungshofs seit Mitte August vor. In der Finanzausschusssitzung am 25. August wurde der entsprechende Umdruck aufgerufen. Es gab also gut zwei Wochen Zeit, sich in den Fraktionen mit diesem Thema zu beschäftigen. Ein Antrag der Grünen lag bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Es hätte im Finanzausschuss ja durchaus Gelegenheit gegeben.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Darüber können wir uns gerne noch einmal auseinander setzen. Es lagen auch keine Anträge vor, die angesichts der Deckungslücke Alternativen zur Kreditfinanzierung vorsehen. Insofern kann ich diesen Antrag nur als Luftnummer bezeichnen. Wir folgen dem natürlich nicht.

Für uns heißt das aber auch, dass grundsätzliche inhaltliche **Strukturveränderungen**, die den Haushalt betreffen, in den Beratungen zum **Haushalt 2006** diskutiert werden müssen. Insbesondere in Umwelt, Natur und Landwirtschaft finden sich viele Kürzungsvorschläge, die zulasten von Natur und Umwelt gehen. Hier ist in jedem Fall noch Diskussionsbedarf. Ich sehe da meinen Kollegen Konrad Nabel an, der das sicherlich federführend übernehmen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Wir verstehen den Nachtrag in der vom Ausschuss vorgelegten Fassung also nicht als Vorfestlegung für den Haushalt 2006. Wir werden die Diskussion vielmehr mit der Landesregierung führen und dann zugunsten einer zukunftsgerichteten und umfassenden Politik für die ländlichen Räume in Schleswig-

Holstein, aber auch für den übrigen Bereich Schleswig-Holsteins Änderungsvorschläge vorlegen.

Sparen, investieren, reformieren; dieser Dreiklang aus unserem Koalitionsvertrag wird im Nachtragshaushalt 2005 erstmals umgesetzt. Wir werden dies in den Beratungen zum Haushaltsplan 2006 fortsetzen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Herdejürgen, auch dafür, dass sie eingesprungen ist. Auf der Tribüne darf ich den ehemaligen Abgeordneten Claußen von der CDU begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Mensch kann sich von allem trennen, nur nicht von der Hoffnung. Die **vorherige Landesregierung** hat sich von der Hoffnung getrennt, mit einem **verfassungsmäßigen Doppelhaushalt 2004/2005** über die Runden zu kommen, sozusagen eine Punktlandung hinzulegen. Diese Trennung muss irgendwann im letzten Jahr der Legislaturperiode erfolgt sein, möglicherweise in einem Mai oder November, wenn turnusmäßig die aktuellen Steuerschätzungen veröffentlicht werden, vielleicht auch irgendwann zwischendurch, als eine der zahlreichen Wachstumsprognosen der Bundesregierung nach unten zu korrigieren war.

Die damalige Opposition ahnte es früh, die damalige Landesregierung wusste es sicherlich noch früher: Das haushaltspolitische Ende der Kletterstange war erreicht, längst nicht nur hier in Schleswig-Holstein, aber hier in Schleswig-Holstein in besonders dramatischer Weise.

Konnte die Neuverschuldung 2004 noch vor allem durch einmalige Veräußerungserlöse von Landesvermögen und rückläufige Inanspruchnahme der veranschlagten Fördermittel für Investitionen auf knapp 800 Millionen € begrenzt werden, führte die Kumulation von strukturellen Defiziten einerseits und konjunkturbedingten Haushaltsbelastungen andererseits im Nachtrag 2005 mit rund 1,7 Milliarden € zu einem bisher kaum vorstellbaren neuen Höchststand.

Die Erarbeitung des **Nachtragshaushaltsplans** für das **Haushaltsjahr 2005** ist ein wichtiges Element finanzpolitischer Standortbestimmung, den die neue Landesregierung unmittelbar nach dem Regierungs-

(Frank Sauter)

wechsel vorgenommen hat. Mit diesem Nachtragshaushalt wurden die entscheidenden Weichen für das Haushaltsjahr 2006 gestellt. Er bildet für alle am Haushaltsvollzug Beteiligten eine verlässliche Grundlage. Darüber hinaus ist er Basis für den Gesundungsprozess der Landesfinanzen, der nun eingeleitet wird. Denn nur mit einer verlässlichen Ausgangsbasis ist es möglich, das große politische Ziel zu erreichen, die Neuverschuldung bis zum Ende des Jahrzehnts zu halbieren.

Schon im Nachtragshaushalt wird die **strategische Neuausrichtung des Landes** herbeigeführt: Mit dem Schleswig-Holstein-Fonds werden circa 35 Millionen € in diesem Jahr investiert werden, und zwar in Wachstum und Beschäftigung. Wir alle wissen, dass ohne nachhaltiges und angemessenes Wirtschaftswachstum der notwendige Defizitabbau auch hier im Lande nicht möglich sein wird. Deshalb kommt diesem Fonds und den Investitionsimpulsen, die er auslösen wird, eine herausragende Bedeutung zu.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Grünen auch heute noch nicht bereit sind zu erkennen, wie wichtig Investitionen gerade in die Infrastruktur sind, andernfalls hätten sie während der Beratung des Nachtragshaushaltsentwurfes wohl kaum verlangt, die so dringend notwendigen Infrastrukturinvestitionen um 5,4 Millionen € zu kürzen. Herr Müller, wer Ideologie vor Erkenntnis setzt, ist nicht regierungsfähig.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Frau Kollegin Lütkes, deshalb ist es gut, dass Sie hier in Schleswig-Holstein auf den Bänken der Opposition Platz genommen haben, und es ist noch besser, dass Ihre Kollegen in Berlin das Gleiche auch bald tun werden.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Haushaltsaufstellung hat die Landesregierung größten Wert darauf gelegt, die Ausgabenansätze realistisch zu bemessen und Globalbuchungen so weit wie irgend möglich abzubauen. So bleiben von den ursprünglich für 2005 geplanten globalen Minderausgaben in Höhe von über 190 Millionen € gerade 18 Millionen € übrig. Bei diesen können wir uns sogar sicher sein, dass sie auch tatsächlich erwirtschaftet werden.

Diese realistische Bemessung von Einnahmen- und Ausgabenansätzen führt jedoch zu einer **Neuverschuldung**, die mit rund 1,7 Milliarden € eine geradezu historische Dimension erreicht hat. Damit übersteigt die Neuverschuldung die verfassungsrechtliche Grenze der eigenfinanzierten Investitionen um sage und schreibe 1,15 Milliarden €. So mussten im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2005 allein die geplanten

Steuereinnahmen um rund 634 Millionen € nach unten korrigiert werden. Hinzu kommen Mehrausgaben für Hartz IV in Höhe von rund 226 Millionen € und nicht realisierte globale Mehreinnahmen und Minderausgaben in Höhe von insgesamt rund 168 Millionen € - um nur die wesentlichen Positionen zu nennen. Auch muss das Land für 2004 eine Rückzahlung in den Länderfinanzausgleich in Höhe von rund 58 Millionen € leisten.

Das ist besonders beunruhigend, wenn ausgerechnet Schleswig-Holstein Rückzahlungen in den Länderfinanzausgleich zu leisten hat, zeigt es doch, dass nicht nur wir hier im Norden in die Knie gehen, sondern auch alle anderen Bundesländer unter sinkenden Steuereinnahmen leiden. Dieses Leiden muss ein Ende haben. Ich bin auch der Meinung, dass das Leiden der derzeitigen Bundesregierung ein Ende haben muss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wachstum und Arbeit müssen in der Politik absoluten Vorrang bekommen. Die Kraft des Neuanfangs in Berlin wird auch den Ländern zugute kommen, und deshalb setzen wir auf diesen Neuanfang.

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt weist eine **Kreditfinanzierungsquote** von 20,7 % aus. Das heißt, dass 20,7 % der Nettoausgaben durch neu aufgenommene Kredite finanziert werden müssen. Das gilt natürlich auch für die Mittel, die für den Schleswig-Holstein-Fonds zur Verfügung gestellt werden. Wir reden hier allerdings über Investitionen. Wer in schlechten Zeiten nicht den Mut und nicht die Kraft hat zu investieren, der wird die guten Zeiten möglicherweise gar nicht mehr erleben. Deshalb ist es nicht nur politisch vertretbar, sondern geradezu geboten hinzunehmen, dass Teile dieses Fonds kreditfinanziert sind. Wir erreichen damit immerhin, dass das Vier- bis Fünffache dessen, was wir als Mittel in den Fonds hineinstecken, in Form von Investitionen in unser Land hineinfließen werden.

1,7 Milliarden € zusätzliche **Investitionen** in Schleswig-Holstein bis 2010 - das sind die Impulse, die wir brauchen, das ist Beschäftigungspolitik pur, das sind Maßnahmen, die uns helfen, aus der Krise herauszukommen. Wenn wir auf Zukunft setzen, dann müssen wir auch dieses Stück Zukunftsinvestition finanzieren können.

Es gibt unglaublich viele Zahlen und Zahlenverhältnisse, die man heranziehen kann, um die außerordentliche Dramatik der Finanzlage unseres Landes darzustellen. Bisher habe ich als prägnantestes Beispiel hierfür immer die Zinssteuerquote in Höhe von fast 18 % angesehen. Das bedeutet nämlich, dass wir von

(Frank Sauter)

allen Steuern, die wir in Schleswig-Holstein einnehmen, fast jeden fünften Euro verwenden müssen, um die Zinsen für den in der Vergangenheit aufgehäuften Schuldenberg bezahlen zu können.

Dagegen stehen per Ende 2005 rund 22 Milliarden € Schulden auf der einen Seite, während auf der anderen Seite das einstmals vorhandene Tafelsilber - vielleicht bis auf wenige kleine Teelöffel und Kuchengabeln - bereits veräußert ist. Ich bin aber davon überzeugt, dass nichts die Dramatik besser beschreiben kann, dass es keinen überzeugenderen Weg gibt, partiübergreifend den Wandel von der Verschuldungsgesellschaft in die Tilgungsgesellschaft einzuleiten als der von der Landesregierung eingeschlagene Weg von Wahrheit und Klarheit, zu dem der mutige Schritt gehört, dem Nachtragshaushaltsentwurf 2005 und dem **Haushaltsentwurf 2006** nicht das **Siegel der Verfassungsmäßigkeit** aufzudrücken. Es gibt nichts mehr zu beschönigen und schon gar nichts zu taktieren. Selbst wenn es für die Landesregierung erwägenswert gewesen wäre, die über die eigenfinanzierten Investitionen hinausgehende Neuverschuldung mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu begründen, wäre kaum noch darzulegen, wenn man sich den Grundsätzen der Wahrheit und Haushaltsklarheit verschrieben hat, dass die erhöhte Kreditaufnahme voll umfänglich dazu geeignet und bestimmt ist, eben diese Störung auch abzuwehren.

Dieses Vorgehen der Landesregierung, sich nicht auf die Störung zu berufen, ist kein Manöver, sondern es ist der Ernstfall. Es ist das klare Bekenntnis unseres Landes, so wie bisher nicht mehr weitermachen zu können. Es ist eindringlicher Appell an die Bundespolitik, alles zu befördern, was Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bringt sowie politische und administrative Entscheidungsprozesse verkürzt. Es ist aber auch das Signal an die Bürger, die Anspruchshaltung gegenüber Staat und Kommunen zu korrigieren und sich auf noch mehr Eigenverantwortung für sich selbst und für die eigene Familie einzustellen. Es ist die Chance für eine Politikergeneration wie uns, die ihren Eltern und Großeltern kritische Fragen gestellt hat und oft ausweichende Antworten erhielt, sich zu ersparen, selbst einmal von den eigenen Kindern oder Enkelkindern gefragt zu werden, warum so viele Schulden gemacht wurden, obwohl der Wohlstand doch bereits gesichert war, und warum man es sich gut gehen ließ und in Kauf nahm, dass nachfolgende Generationen die Zeche zu bezahlen haben. Allerspätestens seit heute, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, könnten wir nicht einmal mehr behaupten, wir hätten das alles nicht gewusst. Darum lassen Sie uns den Weg beschreiten, die haushaltspolitische Wende einzuleiten, die ersten Schritte zu vollziehen,

eine Wende, die es uns ermöglichen wird, den Fragen der nachfolgenden Generationen auch standzuhalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Abgeordneten Sauter.

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede zum Nachtragshaushalt mit einer kurzen Antwort auf den Berichterstatter des Finanzausschusses, den Kollegen Neugebauer, beginnen, der in den Saal hineinrief, die FDP habe - wie immer - jedes finanzpolitische Alternativkonzept vermissen lassen. Kollege Neugebauer, wir haben ein finanzpolitisches Alternativkonzept. Das besteht schlicht und ergreifend darin, dass die SPD aus der Regierung muss. Dass das einen realen Hintergrund hat, kann man daran sehen, dass die Unternehmen und die Bürger, seit Bundeskanzler Schröder am 22. Mai erklärt hat, er wolle in den Vorruhestand gehen, wieder optimistischer in die Zukunft sehen. Ich sage Ihnen: Wachstum ist die erste Voraussetzung dafür, dass wir auch finanzpolitisch die Probleme in den Griff bekommen. Wenn denn die Ankündigung der Sozialdemokraten, sie können und wollen nicht mehr, die Wirtschaft und die Menschen im Lande beflügelt, dann sollten wir vielleicht auch in Schleswig-Holstein dazu beitragen, dass das geschieht.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Entwurf des **Nachtrags zum Haushalt 2005** bringt die Landesregierung heute ihren ersten Haushaltsentwurf ein. Er steht fast ganz im Zeichen der Vergangenheitsbewältigung: Die neue schwarz-rote Landesregierung versucht verzweifelt, die Hinterlassenschaften der rot-grünen Ex-Regierung mit neuen Schulden zuzudecken, Schulden katastrophalen Ausmaßes, ein Ausmaß, das in weiten Teilen schon lange offensichtlich war. Allein das zeigt schon, wie schlecht die rot-grüne Politik war.

Über 1,7 Milliarden € neue Schulden braucht der Finanzminister. Über 1,7 Milliarden € neue Schulden, um die rot-grünen Haushaltslöcher abzudecken, da kann ich nur sagen: das ist kein Aufbruch, sondern das ist Abbruch.

Eine Tageszeitung berichtete über den neuen Finanzminister sinngemäß, er könne sich persönlich keine schönere Aufgabe vorstellen, als die Finanzen des

(Wolfgang Kubicki)

Landes zu sanieren. Herr Finanzminister, lieber Kollege Wiegard, das ehrt Sie und Ihnen persönlich glaube ich das sogar.

(Beifall bei FDP und CDU)

Da finde ich es tragisch, dass Sie als Finanzminister für Ihren Einstand 1,7 Milliarden € Schulden auf anderer Menschen Kosten machen müssen; denn normalerweise zahlt man den Einstand aus eigener Tasche.

2005 über 1,7 Milliarden € neue Schulden, das ist die Folge unverantwortlicher Geldverbrennung durch die alte Landesregierung. Dieses finanzpolitische Grauen hat einen Namen: der lautet Ralf Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass er wieder im Kabinett sitzt, zeigt zweierlei: Erstens scheint sich auch hier wieder die alte Skatweisheit zu beweisen, dass bleibt, wer schreibt. Zweitens scheint es Herrn Minister Stegner gelungen zu sein, mit viel PR in eigener Sache von seinem finanzpolitischen Versagen abzulenken. PR, das passt gut zu ihm und seiner Hinterlassenschaft, PR wie Pleiten-Ralle.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die über 1,7 Milliarden € Neuverschuldung 2005, das ist eben Pleiten-Ralles Erblast.

Ich sagte es schon: Wer schreibt, der bleibt. Minister Stegners engster und wichtigster Helfershelfer beim Anhäufen seiner Erblast ist auch in das neue Kabinett befördert worden: Herr Döring ist jetzt Minister für Justiz, Arbeit und Europa. Er hat letzte Woche offenbart, wie das mit der **Finanzpolitik** bei **Rot-Grün** lief: Als er seine Pläne für den Umbau der schleswig-holsteinischen Amtsgerichtsbarkeit vorstellte, rühmte Herr Minister Döring sich nämlich, er könne nach sechseinhalb Jahren als Finanzstaatssekretär fast jedes Projekt wirtschaftlich rechnen. Diese Aussage war einer großen schleswig-holsteinischen Tageszeitung immerhin das Zitat des Tages wert.

Aus Herrn Minister Dörings Aussage folgt für mich zweierlei: Erstens. Er könnte anscheinend auch bei den meisten offensichtlich unwirtschaftlichen Projekten einen Schleier von Wirtschaftlichkeit vortäuschen. Zweitens verstärkt seine Aussage unseren Verdacht fast zur Gewissheit, bei vielen rot-grünen Projekten ist genau dies auch geschehen - ob mit oder ohne Wissen von Herrn Döring, können wir dabei dahingestellt sein lassen. Einige Beispiele dafür sind immerhin der Immobilien-Deal - man muss sich nur einmal angucken, welche wirtschaftlichen Ergebnisse die GMSH mittlerweile zeitigt -, die Computer-Affäre

und die Rochade der Finanzämter. Den Verkauf der Provinzial will ich gar nicht ansprechen. Da warten wir immer noch auf Gutachten, die belegen, dass das eine günstige Geschichte gewesen ist. Es gibt da in der Vergangenheit viele Sachen.

Aber das sind nur kleine Fische gegen das unwirtschaftlichste Projekt. Das war das Projekt Rot-Grün selbst. Seitdem die SPD 1988 an die Regierung kam, fiel Schleswig-Holstein immer weiter hinter die Bundesländer mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurück: die westdeutschen Flächenländer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Schwachsinn!)

- Das ist kein Schwachsinn. Es leuchtet mir ein, Kollege Neugebauer, dass die Sozialdemokraten mit Fakten nicht umgehen können. Aber dankenswerterweise kann man Statistiken, die ja von allen Bundesländern - auch vom Landesamt Schleswig-Holstein - herausgegeben werden, schwer ignorieren.

Nachdem die SPD die Grünen in die Regierung aufnahm, fiel Schleswig-Holstein noch schneller zurück. Bei Wirtschaftskraft, Wohlstand, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, den öffentlichen Schulden, der Leistungsfähigkeit des Schulsystems - bei den entscheidenden gesamtwirtschaftlichen Größen schneidet **Schleswig-Holstein** schlechter ab als der Durchschnitt der **westdeutschen Flächenländer**. Rot-Grün hat sich stets geweigert, dies anzuerkennen. Das war einer der entscheidenden Fehler. Sie redeten sich betrunken, wie gut es dem Lande doch ginge, und sahen deshalb keinen Anlass, etwas zu verbessern. Rot-Grün lebte im Wolkenkuckucksheim und investierte lieber in immer mehr Luftschlösser, selbstverständlich auf realen Kredit. So wurden Rote und Grüne schuldenüchtig und nahmen jedes Jahr - auch das ist nachzulesen, Kollege Sauter - größere Schlucke aus der Schuldenpulle, um ihren Brand zu löschen.

Das finanzpolitische Ergebnis dieser politischen Tragödie fasste die Kollegin Heinold, damals und heute die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, schon im September 2003 hier im Plenum so treffend zusammen, dass auch dies einer großen schleswig-holsteinischen Tageszeitung ein Zitat des Tages wert war. Nicht weil es so schön war, sondern weil es so wahr ist, möchte ich es hier wiederholen. Frau Heinold sagte - ich zitiere -:

„Schleswig-Holstein ist pleite. Die Schulden sind viel zu hoch. Zinsen, Pensionen und andere Altlasten fressen einen Großteil der Steuergelder auf, bevor wir überhaupt angefangen haben, über politische Schwerpunkte zu reden.“

(Wolfgang Kubicki)

Zwei entscheidende Details ließ Frau Heinold selbstverständlich geflissentlich weg: Erstens trug die Regierung selbstverständlich Mitverantwortung daran und zweitens war Frau Heinold selbst eine der führenden Projektmanagerinnen der rot-grünen Katastrophe. Damit ist sie auch eine der Hauptverantwortlichen für die Pleite des Landes.

Das alles sollten und werden wir im Gedächtnis behalten, wenn wir die **Politik der schwarz-roten Regierung** beurteilen. Denn schließlich hat der heutige Juniorpartner der Koalition - damit keine Missverständnisse aufkommen: ich meine die SPD - als damaliger großer Koalitionspartner den grünen Unsinn, über den sie sich heute so beschwert, nicht nur durchgehen lassen, sondern auch nach Kräften befördert.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden genau beobachten, ob und wenn ja, wie weit sich der jetzige große Koalitionspartner auch zu solch unsinnigem Verhalten treiben lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abgesehen von der Höhe der Neuverschuldung ist der **Inhalt des Nachtrages** unspektakulär. Nicht, dass es nichts zu loben oder zu kritisieren gäbe. Er ist unspektakulär in dem Sinne, dass er unter dem Motto „Weiter so!“ abgebucht werden kann. Erstens, Kollege Sauter, „Weiter so!“, weil die neue Landesregierung genau das Gleiche macht wie die alte, wenn die tatsächlichen Einnahmen nicht ausreichen, um die gewünschten Ausgaben zu bezahlen: Sie verschuldet das Land weiter.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, bezüglich dieses Nachtrages stelle ich das nur fest, ohne es Ihnen vorzuwerfen. Denn es ist offensichtlich, dass Sie angesichts von Pleiten-Ralles Erblast keine andere Wahl hatten. Als Sie ans Ruder kamen, war der Haushalt 2005 bereits in weiten Teilen vollzogen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens „Weiter so!“, weil sich die neue Landesregierung die gleiche Bühne für das gleiche Theaterstück aufbaut, das auch Rot-Grün jährlich aufgeführt hat. - Herr Kollege Sauter, Sie werden mir ja heute Nachmittag erläutern, warum die Investitionsausgaben im Jahre 2006 fallen statt steigen, trotz des Schleswig-Holstein-Fonds. - Im laufenden Jahr erklimm oder erklomm die jeweilige Landesregierung ein neues Allzeithoch der **Neuverschuldung** und im Entwurf für den kommenden Haushalt und im Finanzplan versprach und verspricht die jeweilige Landesregierung dann hoch und heilig, dass die Neuverschuldung in den kommenden Jahren merklich sinken werde, und zwar diesmal wirklich.

Allerdings finde ich es interessant - ich denke, das ist die neue Wahrheit -, dass diese Landesregierung erklärt, sie wolle auch im Jahre 2010 **keinen verfassungskonformen Haushalt** vorlegen, weil die Neuverschuldung dann immer noch über der Investition liegen werde. In dieser Ehrlichkeit - so will ich es einmal formulieren - hat es das in Deutschland bisher noch nicht gegeben.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, ob Sie hier nur die Fortsetzung des rot-grünen Theaters aufführen, wissen wir noch nicht; aber ausschließen können wir es auch nicht. Denn bisher haben wir Sie fast nur reden gehört. Das kann ich heute schon endgültig beurteilen: Ankündigen können Sie schon genauso gut wie Rot-Grün. Aber leidvolle 17 Jahre roter und rot-grüner Landesregierungen sollten alle gelehrt haben: Schnacken allein reicht nicht.

(Lothar Hay [SPD]: Davon lebst du doch die ganze Zeit!)

Wir werden Sie im Auge behalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch kann die große Koalitionsfraktion für sich in Anspruch nehmen, sie habe die finanzpolitische Katastrophe nicht mit verursacht, für die sie jetzt einstehen muss und die sie zu diesem „Weiter so!“ zwingt. Allerdings wird dieser Anspruch bald verfallen, wenn es tatsächlich so weitergeht.

Der Juniorpartner der großen Koalition genießt diesen Vertrauensvorschuss selbstverständlich nicht. Die SPD ist ja hauptverantwortlich für die finanzpolitische Katastrophe, aus der die große Koalition unser Land wahrscheinlich nicht führen wird.

Dieser Nachtrag ist selbstverständlich ebenfalls verfassungswidrig. 1,7 Milliarden € neuen Schulden stehen eigenfinanzierte Investitionen von nur etwas mehr als 550 Millionen € gegenüber. Der Kollege Neugebauer und auch Sie, Herr Kollege Sauter, haben gesagt: Mehr als das Dreifache der Verfassungsgrenze ist überschritten. Die Neuverschuldung ist höher, als unsere Landesverfassung es erlaubt. Deshalb werden wir diesen Nachtrag ablehnen. Wir stimmen verfassungswidrigen Gesetzentwürfen nicht zu.

Wir stimmen dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen, obwohl wir uns von einer **weiteren Lesung** keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn versprechen. Angesichts der Lage, in der wir uns befinden, sind alle Überlegungen, von 1,7 Milliarden € auf 550 Millionen € herunterzukommen, wirklich illusorisch.

(Zurufe von der CDU)

(Wolfgang Kubicki)

In unserer Verfassung steht auch, wann die neuen Schulden höher sein dürfen als die vom Land finanzierten Investitionen: gemäß **Artikel 53 der Verfassung** dann und nur dann, wenn so eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abgewehrt oder eine schwerwiegende Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes überwunden werden soll.

Nach **§ 18 der Landshaushaltsordnung** ist in beiden Fällen im Gesetzgebungsverfahren die jeweilige Störung festzustellen und darzulegen, wie die überhöhten Schulden sie abwehren beziehungsweise überwinden können oder sollen. Herr Kollege Sauter, im Gegensatz zu Ihnen glaube ich nicht, dass der Verzicht auf eine solche Erklärung die finanzpolitische Tugend einlätet. Möglicherweise geschieht genau das Gegenteil.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden nur dieses Mal und für 2006 zulassen, dass dies geschieht. Das habe ich dem Finanzminister schon gesagt. Danach werden wir es nicht mehr zulassen, weil damit einem Hochtreiben der Verschuldung Tür und Tor geöffnet wird, ohne dass man sich noch darum kümmern muss, sie in irgendeiner Form zu begründen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Verfassung genügt es eben nicht, wenn der Finanzminister feststellt, das Land sei pleite, die regulären Einnahmen reichten nicht, um die gesetzlich beschlossenen Ausgaben zu bezahlen, und deshalb müssten Mindereinnahmen und Mehrausgaben jetzt durch neue Schulden gedeckt werden.

Ich kann verstehen - menschlich und politisch -, dass die CDU ihren Juniorpartner SPD nicht vorführen möchte, indem sie seine Regierungspolitik als Ursache der schwerwiegenden Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung Schleswig-Holsteins feststellt, deren offenkundige und vorhersehbare Rückwirkungen die Finanzen des Landes ruiniert haben. Genau das aber wäre die Wahrheit.

Auch ein Blick in den neuen Finanzplan reicht aus, um die CDU zu verstehen: Diese Feststellungen könnten und würden später gegen die neue Landesregierung, vor allem gegen die Union, verwendet werden. Aber diese Motivation kann in einem Rechtsstaat keinen Bruch der Verfassung rechtfertigen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Nachtrag zeigt übrigens auch, wie unsinnig es von Rot-Grün war, im Jahre 2003 einen **Doppelhaushalt** zu beschließen. Dieser hat der alten Landesregierung zwar formell die Haushaltsdebatten vor der Landtagswahl erspart; aber dafür zahlen die Menschen in Schleswig-Holstein einen viel zu hohen Preis. Denn mit dem Doppelhaushalt wurde die Finanzkrise Schleswig-Holsteins verschärft.

Der Doppelhaushalt verschärfte die Finanzkrise, weil die alte Landesregierung freiwillig auf die Schmach verzichtete, rechtzeitig Nachträge vorzulegen, obwohl das Ausmaß der Fehlbeträge schon lange offensichtlich war. Spätestens im Mai 2004 war klar - Herr Kollege Wiegard, das zeigen Ihre und unsere damaligen Erklärungen -, dass dem Land im Jahre 2005 weit über 1 Milliarde € fehlen würden.

Der neue Finanzminister will ab 2007 wieder Doppelhaushalte vorlegen, obwohl er aus den gleichen Gründen wie wir gegen den aktuellen Doppelhaushalt war. Er beteuert jetzt, Doppelhaushalte seien sinnvoll, wendete man sie richtig an.

Lieber Herr Finanzminister, lieber Herr Kollege Wiegard, bei allem Respekt: Ihre Erklärung erinnert mich stark an die Fantasten, die noch immer behaupten, der Sozialismus könne funktionieren; man brauchte dazu nur die passenden Menschen.

Ich fasse zusammen. Das Land ist pleite, und dieser Nachtrag ist mehr ein Teil des Problems als ein Teil seiner Lösung. Ich denke, der Finanzminister müht sich redlich, das Insolvenzverfahren vernünftig abzuschließen, um Schleswig-Holstein wenigstens den Ausblick auf bessere Zeiten bieten zu können. Ob und wie lange die schwarz-rote Koalition ihn gewähren lässt, können wir noch nicht beurteilen.

Mit diesem Nachtrag hat die neue Landesregierung den Reigen ihrer eigenen Finanzpolitik eröffnet. Was uns da versprochen wird, was uns tatsächlich blüht und worin sich das eine vom anderen unterscheidet, darüber reden wir heute Nachmittag bei der Einbringung des Haushalts 2006. Und dann, Kollege Neugebauer, reden wir auch über die Alternativen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Fraktion darauf geeinigt hat, den Beitrag von 15 Minuten zwischen der Fraktionsvorsitzenden und dem Abgeordneten Müller aufzuteilen. Ich werde dies nach § 52 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung ermöglichen und erteile zunächst der Fraktionsvorsit-

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

zenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Anne Lütkes, das Wort.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, zum einen für die Worterteilung und zum anderen für die Genehmigung, wie wir vorgeschlagen haben zu verfahren.

Frau Präsidentin, es ist mir ein Anliegen, unseren schriftlich vorgelegten Antrag zu begründen, die Vorlage des Nachtragshaushalts in der Drucksache 16/177 noch einmal in den Finanzausschuss zu überweisen und sodann in einer weiteren Sitzung hier im Landtag zu beraten.

Was wir damit vorschlagen, weicht von dem normalen **Eilverfahren** für **Nachtragshaushalte** ab. Diese werden unmittelbar in einer Lesung beschlossen. Das ist dann richtig, wenn der Nachtrag, der vorgelegt wird, dem Regelfall entspricht. Der vorgelegte Antrag entspricht aber nicht dem Regelfall, denn er verstößt gegen die Verfassung. Weder in der schriftlichen allgemeinen Begründung des Gesetzentwurfs noch in den Beratungen des Finanzausschusses und auch nicht in den bisherigen Einlassungen der Landesregierung - ich weiß nicht, was heute noch kommt - ist begründet worden, warum die Kreditaufnahme in der schon beschriebenen Weise derart überzogen werden darf. Es ist politisch begründet worden, aber den Verfassungsbruch, der begangen wird, als Mut zu bezeichnen, das finde ich schon bemerkenswert, wenn nicht gar dreist, Herr Kollege Sauter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Begründung führt aus, die erhöhte Kreditaufnahme diene fast ausschließlich der Korrektur der ursprünglich erwarteten Steuereinnahmen, dem Ausgleich globaler Minderausgaben und der Deckung der durch Hartz IV entstandenen Kosten. Bezüglich des zweiten notwendigen Merkmals, der Störung der Beschäftigungsentwicklung, verweist der Entwurf auf die Bundesebene und schweigt im Übrigen. Wie der Präsident des Landesrechnungshofes in seinem Schreiben vom 12. August 2005 schon dargelegt hat, gebietet die Sach- und Rechtslage eine Beratung in zwei Lesungen, zeigt doch die bisherige Begründung, dass „eine bedenkliche Erosion des Rechtsbewusstseins und der Rechtstreue“ vorliegt. - So ein Zitat des Landesrechnungshofs.

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, diese Ausführungen sind keine juristische Spielerei. Wir lenken keineswegs etwa davon ab, dass sich der Nachtrag 2005 natürlich auf den Haushalt 2005 bezieht, den wir, Rot-Grün, beschlossen haben und den

ich beispielsweise als ehemalige Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie für meinen Bereich zu verantworten habe.

Aber es ist eine Frage des demokratischen Verständnisses, wie eine Mehrheit in diesem Landtag mit den Vorschriften der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung umzugehen beliebt. Es ist interessant, dass der Herr Ministerpräsident bei dieser Debatte nicht anwesend ist.

Keine Sorge: Auch wir wissen, dass der Zwang zur **zweiten Lesung** in Schleswig-Holstein nicht Verfassungscharakter hat - anders als in Mecklenburg-Vorpommern. Aber wir wissen nicht erst seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Neuwahlen, dass sich jeder Landtag, jedes Parlament auch mit dem Zweck der Norm zu beschäftigen hat. Der Zweck des Artikel 53 Landesverfassung besagt: Dann, wenn die Kreditlinie massiv überschritten wird, muss die Regierung darlegen, muss sie begründen. Und Sie versuchen es noch nicht einmal. Und das bezeichnen Sie als Mut. Und da brechen Sie die Verfassung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nicht locker, Herr Finanzminister - Ihnen persönlich unterstelle ich an diesem Punkt eine sehr intensive Arbeit -, aber in der allgemeinen Debatte.

Warum tun Sie das? - Sie wissen sehr genau - diese Vermutung drängt sich auf -: Eine Klage ist nicht möglich. Artikel 44 der Landesverfassung sagt, nur ein Drittel der Abgeordneten kann klagen. Rein rechnerisch ist das nicht möglich, selbst wenn die FDP, der SSW und wir gemeinsam klagten. Zehn Abgeordnete sind nicht ein Drittel. So weit können sicherlich alle Abgeordneten hier im Raum rechnen.

Wir stellen fest: Eine weitere Lesung ist aus grundsätzlichen Erwägungen notwendig. Sollte der Finanzminister heute ergänzende Ausführungen machen, ist sie erst recht notwendig.

Warum dieser Nachtrag insgesamt bedenklich ist, erläutert Ihnen jetzt Klaus Müller.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Klaus Müller.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kubicki hat zu Recht darauf hingewiesen, welche Zahlen der vorliegende Nachtragshaushalt beinhaltet. Er kämpft mit den höchsten Net-

(Klaus Müller)

toausgaben, mit der höchsten Nettoneuverschuldung der Geschichte Schleswig-Holsteins. Mit dem **Nachtragshaushalt** werden die **Nettoausgaben** um 4,4 % auf über 8 Milliarden € erhöht. Die Nettoausgaben liegen im Nachtrag 2005 deutlich über den Nettoausgaben der Haushalte 2002, 2003, 2004 und natürlich auch des ursprünglichen Haushaltes 2005.

Ähnlich verhält es sich bei der Entwicklung der **Nettokreditaufnahme**. Auch diese wird im Nachtragshaushalt auf über 1,7 Milliarden € mehr als verdreifacht.

Ich will gleich am Anfang, damit wir keine falschen Schlachten schlagen, deutlich sagen: Den größten Teil dieser Erhöhungen hat nicht die Landesregierung zu verantworten. Veränderungen bei den Steuererhöhungen, Bewegungen durch Hartz IV sind nicht von Kiel aus allein zu beeinflussen und hätten von jeder Landesregierung - sei es die große Koalition, wäre es eine Fortsetzung von Rot-Grün, wäre es eine Regierung von Schwarz-Gelb - geschultert werden müssen.

Was aber übel und peinlich aufstößt, ist die politische Begleitmusik insbesondere des Ministerpräsidenten - schön, dass Sie da sind! -, der vor Selbstlob und Selbstgefälligkeit kaum laufen kann. Minister Wiegand ist an dieser Stelle wahrscheinlich aus guten Gründen in seiner Intonierung wesentlich vorsichtiger.

Überall möchte sich der Ministerpräsident gern dafür feiern lassen, die Nettoneuverschuldung bis 2010 zu halbieren. Wenn man aber gerade die Verschuldung verdreifacht hat, wirkt das Versprechen der Halbierung nicht mehr so mutig, wie der Bass aus Nordstrand uns glauben machen will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der abenteuerlichen Erhöhung der Nettoneuverschuldung haben Sie sich für ihr Ziel ein bequemes Bett geschaffen.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Schaumschläger!

Ketzerisch formuliert: Die schwarz-rote Zielmarke für die Halbierung der Nettoneuverschuldung hatte Rot-Grün bereits im Haushalt 2004 erreicht.

(Lachen bei der CDU)

Oder anders formuliert: Am Ende dieser Legislaturperiode will die große Koalition das Niveau von Rot-Grün wieder erreicht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für so viel Selbstlob ist das kein Grund.

In den vergangenen Jahren hat die CDU-Opposition die rot-grüne Landesregierung landauf, landab für zu wenig **Sparbemühungen** kritisiert, nicht ohne gegen jede Kürzung - ich habe selber eine Reihe von Demonstrationen erlebt - von Rot-Grün zu polemisieren oder selber zu demonstrieren. Seit dem 27. April 2005 gibt es bei der CDU einen bemerkenswerten Erkenntnisgewinn: Eine Haushaltssanierung ist nicht durch eigene Maßnahmen des Landes zu erreichen. - So der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung im Mai dieses Jahres.

Da zwingt sich die Frage auf, warum man in **Berlin** mit dem **Subventionsabbau** nicht richtig vorangekommen ist, zumal mit den Herren Austermann und Carstensen zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete, ja sogar der ehemalige haushaltspolitische Sprecher der Union, schon seit Jahren gern nach Kiel wechseln wollten. Die Wahrheit ist, dass die CDU mit Unterstützung der FDP seit Jahren einen umfassenden Subventionsabbau und damit die jetzt eingeforderte Hilfe von außen selber blockiert und verhindert hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rot-Grün hatte sich bereits im Herbst 2002 auf einen umfassenden Subventionsabbau im Steuerbereich geeinigt. Maßgebende Leitlinien waren mehr Gerechtigkeit in der Steuerpolitik und die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung.

Ich will drei der wichtigsten **Blockaden der CDU**, über die sie jetzt selber klagt, in Erinnerung rufen.

Erste Runde: Es gab das **Steuervergünstigungsabbaugesetz**. Der erste Aufschlag war im Frühjahr 2003. Vorgesehen war ein zusätzliches Aufkommensvolumen von rund 15,6 Milliarden €. Die Union hat dies im Bundesrat fast völlig verhindert. Übrig blieben 2,4 Milliarden € an Mehreinnahmen. 13,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen konnten nicht realisiert werden. Gut 200 Millionen €, die Schleswig-Holstein dringend benötigt hätte und die es uns jetzt leichter machen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Danke, Günter.

Diese Millionen fehlen heute in den öffentlichen Kassen und verhindern gleichzeitig ein Mehr an Gerechtigkeit in der Steuerpolitik. Unter anderem zu verantworten von den Bundestagsabgeordneten Austermann und Carstensen.

Die zweite Runde: Im Herbst 2003 folgte ein weiterer Verhandlungsmarathon im Vermittlungsausschuss. Herr Stegner und ich können sich noch lebhaft daran erinnern. Auch hier hatte sich Rot-Grün ein großes

(Klaus Müller)

Pensum an Subventionsabbaumaßnahmen vorgenommen. Das **Haushaltsbegleitgesetz 2004** umfasste ein Konsolidierungsvolumen von rund 14,6 Milliarden €. Die Palette der Subventionsabbaumaßnahmen reichte von der Abschaffung der Eigenheimzulage über die Umstellung auf monatsgenaue statt halbjährlicher Abschreibungen, die Senkung der Entfernungspauschale auf nur noch 15 ct/km bis hin zu Einschränkungen beim Agrardiesel, der Mineralölsteuervergünstigung für Land- und Forstwirte und und und.

Von unserem ursprünglich vorgesehenen Paket zum Abbau von Steuersubventionen in Höhe von fast 15 Milliarden € sind rund 7 Milliarden € am Widerstand der Union im Bundesrat gescheitert.

Ich will noch an die dritte Runde erinnern: das **Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer**. Gerade bei der Gewerbesteuer hatte Rot-Grün eine deutliche Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und einen weiteren Abbau von Ausnahmeregelungen geplant. So sollten Freiberufler, die bisher ungerechtfertigt von der Gewerbesteuer befreit sind, künftig in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden. Insgesamt wären zusätzliche Steuereinnahmen von fast 3 Milliarden € zu erzielen gewesen. Auch hier hat die Unionsmehrheit im Bundesrat die meisten Maßnahmen blockiert. Übrig geblieben sind gerade einmal 0,6 Milliarden € an Mehreinnahmen. 2,2 Milliarden € an steuerlichen Sonderregelungen konnten nicht abgebaut werden.

Hätte die CDU im Bundesrat nicht mit zunehmender Stärke blockiert, wären wir beim Subventionsabbau schon viel weiter. Allein die bisher nicht durchsetzbaren Maßnahmen summierten sich auf rund 23 Milliarden € pro Jahr voller Wirksamkeit. Davon 9,5 Milliarden € für die Länder, ungefähr 300 Millionen € jedes Jahr für Schleswig-Holstein.

Jetzt läuft der Ministerpräsident im Wahlkampf durchs Land und beschimpft die Grünen bei seinen Wahlkampfauftritten als „Lumpen“.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Das ist nicht nur peinlich für einen Ministerpräsidenten. Es hat auch mit Ehrlichkeit und Redlichkeit nichts zu tun. Bei dem Haushalt 2006 werden wir über weitere Beispiele von mangelnder Ehrlichkeit und mangelnder Redlichkeit zu diskutieren haben.

Die grüne Fraktion hat sich entschieden, im Finanzausschuss eine Reihe von Änderungsanträgen zum Nachtragshaushalt zu stellen, die dort von der großen Koalition ohne Zögern und Zaudern abgelehnt worden sind.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt!)

- Nicht wahr, Holger?

Über den **Schleswig-Holstein-Fonds** werden wir uns noch im Rahmen des Haushaltes 2006 ausführlicher zu unterhalten haben. Er kommt uns in weiten Teilen durchaus bekannt vor. Darum will ich das in der Sache nicht kritisieren. Unter Rot-Grün hatte das einen anderen Namen. Damals hieß es Zukunftsinvestitionsprogramm.

Was wir jetzt merken, ist: große Koalition bedeutet große Ausgaben. Wir halten deshalb die 35 Millionen € des Schleswig-Holstein-Fonds in 2005 für maßlos, eindeutig überdimensioniert und haben deshalb eine Kürzung vorgeschlagen, was übrigens entsprechend weniger neue Schulden bedeuten würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kürzungen bei den soziokulturellen Zentren, den Zuschüssen für die Sprachförderung, der Weiterbildung, bei der Gewaltprävention in Schulen oder der Sanierung von Schulen halten wir für genauso falsch wie eine Reihe von Kürzungen bei der Schutzgebietbetreuung, den Biotopverbundsystemen, dem Vertragsnaturschutz oder Vorsorgemaßnahmen gegen Waldschäden.

Als zu üppig betrachten wir die Budgeterhöhung für die Ämter für ländliche Räume. Ja, hier gab es Defizite. Aber gleich 4 Millionen € auf das Personalbudget draufzuschlagen, halten wir genauso für unververtretbar wie - angesichts der Finanzlage - die Höhe der Zuschüsse für die Dorferneuerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grünen werden nach intensiven Diskussionen - und wir haben uns das nicht leicht gemacht - den Nachtragshaushalt heute ablehnen, weil es keinen überzeugenden Versuch gibt, der Verfassungswidrigkeit durch eine entsprechende Erläuterung zu begegnen, weil der Schleswig-Holstein-Fonds in seiner Höhe maßlos ist und die Verschuldung zusätzlich erhöht und weil zahlreiche Änderungen im Nachtragshaushalt in eine falsche Richtung zeigen und deutlich machen, dass insbesondere Ökologie an Stellenwert verlieren wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Müller von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erteile für den SSW im Landtag der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutigen Beratungen zum Haushalt des Landes

(Anke Spoorendonk)

stehen im Schatten der Bundestagswahl. Ich glaube, das haben wir auch an der heutigen Debatte merken können. Aus Sicht des SSW ist in diesem Bundestagswahlkampf insbesondere die Diskussion über eine mögliche große Koalition in Berlin interessant. Teilweise dieselben Politiker und Medien, die sich in Schleswig-Holstein noch im Frühjahr energisch für die Bildung einer großen Koalition eingesetzt haben, sind nun entschiedene Gegner einer solchen Konstellation auf Bundesebene. Die Argumente gegen eine große Koalition sind dieselben, die der SSW seinerzeit hier im Land vorgebracht hat, nämlich dass eine große Koalition großen Stillstand bedeutet, weil die beiden Partner dazu neigen, sich gegenseitig in Schach halten.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Dieses Beispiel zeigt, dass in der politischen Auseinandersetzung nichts so vergänglich ist wie das Geschwätz von gestern, lieber Kollege Astrup, und dass es eben doch viel zu oft um Macht geht und nicht um politische Ziele oder Inhalte.

Obwohl sich SPD und CDU im Bundestagswahlkampf erbittert bekämpfen, hat dies noch keine negativen Auswirkungen auf die große Koalition in Schleswig-Holstein gehabt. Von dem wechselseitigen Getöse aus dem Landtagswahlkampf ist in Schleswig-Holstein nichts mehr zu vernehmen. War das also auch nur die übliche hohle Rhetorik der Politik? Wenn man will, kann man also zusammenarbeiten. Wir sagen, es wäre wichtig, diese Zusammenarbeit zwischen politischen Gegnern endlich als Normalfall zu begreifen und sie nicht nur als etwas zu sehen, wozu man in einer Koalition verdammt ist.

Mit anderen Worten: Der SSW wird sich weiterhin für eine neue demokratische Kultur in Schleswig-Holstein einsetzen - mit dem Ziel, dass die Parteien lernen, dass Regierung und Opposition vernünftig miteinander reden und wenn nötig gemeinsam Reformen zum Wohle der Menschen im Land anpacken können.

(Beifall beim SSW)

Die neue Landesregierung mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ist seit April im Amt und steht mit dem Nachtragshaushalt 2005 und dem Haushalt 2006 vor ihrer ersten wirklichen Bewährungsprobe. Die Erwartungen der Menschen an die große Koalition in Schleswig-Holstein waren ja - wir wissen es noch - turmhoch und nach den ersten Umfragen scheint die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ja auch mit der Landesregierung zufrieden zu sein. Das liegt sicherlich auch daran, dass Ministerpräsident

Carstensen auf die Menschen zugeht und sowohl in den Medien als auch vor Ort präsent ist.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen
[CDU])

Im Großen und Ganzen ist es dem Ministerpräsidenten bisher gelungen, seinen Laden zusammenzuhalten. Dafür hat er unseren Respekt.

(Beifall bei der CDU)

Wir bleiben allerdings auch bei unserer Einschätzung, dass seine Regierung den Beweis, dass sie mehr kann, als gut zu repräsentieren, den Bürgern noch schuldig bleibt.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Der Nachtragshaushalt für 2005 ist auch der erste Haushalt, den der neue Finanzminister Rainer Wiegand dem Landtag vorlegt. Auch wenn uns die Zahlen im Einzelnen nicht begeistern können, begrüßen wir, dass er einen Nachtragshaushalt vorgelegt hat - und in Klammern bemerkt: auch einen Entwurf für den Haushalt 2006 -, der in schonungsloser Offenheit das ganze Ausmaß der Finanzmisere des Landes verdeutlicht.

Denn sieht man sich die Zahlen des **Nachtragshaushalts für 2005** an, kann man mit Fug und Recht behaupten, dass die Lage der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein noch nie so dramatisch war wie heute. Das Defizit des Haushaltes beträgt in 2005 sage und schreibe rund 1,7 Milliarden € - und das bei einem Haushalt mit einem Volumen von insgesamt 8,2 Milliarden €. Die **Neuverschuldung** des Landes liegt damit dreimal so hoch wie in den 90er-Jahren und die **Verfassungsgrenze** gemäß Artikel 53 der Landesverfassung wird mit diesem Nachtragshaushalt um 1,15 Milliarden € überschritten. Die **Schulden** des Landes werden auf rund 22 Milliarden € ansteigen. Das sind die Fakten, die aus dem Haushaltsentwurf hervorgehen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind ja schon oft in diesem Landtag angesprochen worden: Genau wie in der übrigen Bundesrepublik ist die Einnahmeentwicklung in Schleswig-Holstein seit Jahren stagnierend und ist das Wirtschaftswachstum nur mäßig. Gleichzeitig sind die hohe Arbeitslosigkeit und damit die Ausgaben extrem angestiegen. Diese unheilvolle Entwicklung hat dazu geführt, dass die jährlichen **Kredite** im Landeshaushalt schon seit 2002 jedes Jahr höher waren als die Summe der **Investitionen** des Landes. Laut Landesverfassung darf das Land aber nur so viele Schulden machen, wie es Investitionen getätigt hat.

(Anke Spoorendonk)

Der **Landesrechnungshof** hat in seiner Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 2005 darauf hingewiesen, dass die Höhe der Schuldenaufnahme dieses Jahr jenseits von allem steht, was in der Landesverfassung erlaubt ist, und er hat darauf verwiesen, dass seiner Meinung nach die extreme Überschreitung der Kreditaufnahmegrenze einer zusätzlichen Grundsatzberatung im Parlament bedurft hätte. Wir hätten also zwei Lesungen im Landtag durchführen müssen und - wie im Jahre 2003 - gleichzeitig die grundsätzliche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes feststellen sollen.

Nach Meinung des Rechnungshofes ergibt sich dies auch aus einem Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 7. Juli 2005, wo der Haushalt des Landes für teilweise nicht verfassungskonform erklärt wurde. Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat so entschieden, weil seiner Ansicht nach im Gesetzgebungsverfahren zum Haushalt 2004/2005 nicht hinreichend dargelegt wurde, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Und genau diese Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes ist ja notwendig, um eine Kreditaufnahme jenseits der verfassungsmäßigen Grenze zu ermöglichen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag dieselbe Diskussion im Verlauf der Haushaltsberatungen zum Haushalt 2003 und 2004/2005 geführt hat - mit der Folge, dass die CDU-Landtagsfraktion mit dem damaligen finanzpolitischen Sprecher Rainer Wiegard sogar eine Verfassungsklage gegen den Landeshaushalt einreichte. Diese Klage hat die CDU allerdings nach der Landtagswahl im Zuge der Koalitionsverhandlungen zurückgezogen. Die CDU musste erkennen, dass die Realität einer Regierungspartei anders aussieht, als man es sich aus der Opposition heraus verbal vorstellen kann.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wurde um einen Kommentar zur Präsentation des Nachtragshaushalts 2005 und des Haushaltsentwurfs 2006 gebeten und meiner Meinung nach gilt immer noch, dass die große Koalition finanzpolitisch auch nur mit Wasser kocht. Denn die großspurigen Forderungen und Versprechungen zur **Sanierung des Haushaltes** aus dem Wahlkampf musste die CDU wieder einsammeln. Das heißt, auch die neue Landesregierung kann das Land nicht mit der Brechstange und ohne Rücksicht auf Verluste sanieren. Das ist aus Sicht des SSW auch gut so, denn die finanzpolitische, aber auch die gesellschaftspolitische Realität machen eine Sanierung der Landesfinanzen nur im Schne-

ckentempo möglich. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme und insbesondere der Krise am **Arbeitsmarkt** gilt weiterhin, dass eine Verbesserung der Finanzen Schleswig-Holsteins nur mit einem langen Atem zu erreichen ist.

Der SSW hat 2003 sowohl dem Nachtragshaushalt als auch dem Haushalt 2004/2005 zugestimmt. Wir haben damals schon die Klage der CDU-Landtagsfraktion gegen den Haushalt für überflüssig gehalten, weil es die finanzpolitische Arbeit der Landesregierung und des Landtages nur erschweren würde. Das soll nicht bedeuten, dass wir die Vorgaben der Verfassung nicht ernst nehmen. Das möchte ich noch einmal unterstreichen.

Das **gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht** des Landes ist aber gestört und war es damals auch. Die Situation lässt sich aus unserer Sicht eben nur politisch ändern und nicht über eine Verfassungsklage und nicht - sage ich einmal - über weiteren Formalismus. Das ist auch der Grund dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir könnten es aus theoretischen, übergeordneten Gründen gut machen, aber es ist ein Schaufensterantrag, denn wäret ihr Teil einer Regierung, dann würdet ihr diesem Antrag auch nicht zustimmen. Ich denke, es muss anders gearbeitet werden, und darum noch einmal mein Appell an alle: Man muss zusammenarbeiten können, nicht nur, wenn man in einer großen Koalition dazu verdammt ist.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Es ist eine Tatsache, dass über 90 % der **Ausgaben** des Landes gesetzlich festgelegte Ausgaben sind, die nicht mittelbar vom Land beeinflussbar sind. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass wir bereits seit Jahren jeweils weniger **Steuern** eingenommen haben, als die Steuerschätzer erwartet hatten. Auf diese Prognosen hin werden ja dann die Haushalte aufgestellt. So haben wir allein 2005 rund 630 Millionen € weniger Steuereinnahmen zu verzeichnen, als noch bei der Haushaltsaufstellung prognostiziert war. Dazu kostet die Arbeitsmarktreform **Hartz IV** das Land Schleswig-Holstein fast 230 Millionen € zusätzlich. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Unter anderem ist dies so, weil die **Fallzahlen** zu niedrig eingeschätzt wurden. Durch diese zusätzlichen Ausgaben steigen die **Nettoaussgaben** in 2005 um über 4 %. Leider geht es in den anderen Bundesländern nicht anders und so müssen wir damit rechnen, dass Schleswig-Holstein im **Länderfinanzausgleich** fast 60 Millionen € weniger bekommen wird als erwartet.

(Anke Spoorendonk)

Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass der Spielraum jedweder Landesregierung, um die Finanzen zu verbessern, wirklich sehr gering ist. Das hat der SSW seit Jahren bei jeder finanzpolitischen Diskussion angeführt. Bei dieser Einschätzung bleiben wir. Das heißt, wenn man das Land nicht kaputtsparen will, muss man die aktuelle Deckungslücke überwiegend mit **neuen Krediten** finanzieren. Das führt zwangsläufig dazu, dass die verfassungsmäßige Kreditobergrenze überschritten wird. Das wissen wir alle und darum denke ich mir, wir sollten uns nichts vormachen. Der SSW begrüßt daher grundsätzlich, dass die neue Landesregierung den **Schleswig-Holstein-Fonds** einrichtet. Wir finden, es ist richtig, dadurch die **Investitionen** zu erhöhen. Wir werden uns noch im Einzelnen mit der Ausgestaltung dieses Fonds beschäftigen. Vom Grundsatz her ist das aber ein richtiger Ansatz.

Die **Landeszuschüsse** für die Organisation der **dänischen Minderheit** und der **Friesen** sind im Wesentlichen nicht gekürzt worden. Das freut uns. Wir werten es als Signal dafür, dass sich diese Landesregierung bemüht, die Minderheitenpolitik ernst zu nehmen. Das erwarten wir auch von ihr. Dennoch gibt es weiterhin genug zu tun. Wir bedauern, dass der Baukostenzuschuss für den Dansk Skoleforening wegen der Haushaltssperre um 81.000 € gekürzt wurde. Der SSW hatte dazu einen Änderungsantrag in den Finanzausschuss eingebracht - das wissen Sie -, aber dieser Antrag wurde leider abgelehnt. Wir bleiben aber am Ball, sage ich jetzt schon einmal, und werden den Dansk Skoleforening und das zuständige Ministerium zu einem gemeinsamen Gespräch einladen mit dem Ziel, diese Kürzung im Rahmen der Haushaltsberatung 2006 wieder rückgängig zu machen. Ich bin zuversichtlich und hoffe, dass es uns gelingen wird, alle Ungereimtheiten, die es anscheinend noch gibt, bei diesem Gespräch auszuräumen.

Ausgangsbasis des Nachtragshaushaltes ist der von der rot-grünen Landesregierung mit den Stimmen des SSW im Dezember 2003 verabschiedete Haushalt. Die neue Landesregierung hat aus Sicht des SSW einen Nachtragshaushalt vorgelegt, der nicht wesentlich von den politischen Schwerpunkten des Ursprungshaushaltes abweicht.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die vorgenommenen Anpassungen kann der SSW daher überwiegend mittragen. Deshalb werden wir für den Nachtragshaushalt 2005 stimmen, denn schließlich braucht das Land einen Haushalt und wir brauchen eine Grundlage für die weiteren haushaltspolitischen Beratungen. Wir, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, machen eben keine Fundamentalopposition und sind bereit, mit der großen Koalition zusammenzuarbeiten, wenn es inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt. Das ist gute parlamentarische Tradition in den skandinavischen Ländern und damit identifiziert sich auch der SSW. Allerdings ist unsere Zustimmung heute kein Freibrief für den Haushalt 2006. Wir werden die große Koalition weiterhin an den Inhalten ihrer Arbeit messen und nicht an öffentlichen Versprechungen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Bevor ich dem Vertreter der Landesregierung das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne die Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrer der Realschule Plön begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Landesregierung erteile ich nunmehr dem Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich möchte anknüpfen an eines der letzten Worte von Anke Spoorendonk, die gesagt hat: Der Abbau der Neuverschuldung kann nur im Schnecken-tempo vorangehen. Das ist wohl wahr, liebe Anke Spoorendonk, aber wir werden den Schnecken das Laufen beibringen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist in einer extrem schwierigen Finanzlage. Es scheint so, dass das auch in diesem Hause nicht streitig ist. Daran gibt es auch überhaupt nichts zu beschönigen. Auch der Verweis darauf hilft nicht, dass es anderen Ländern nicht viel besser geht oder einigen wenigen möglicherweise sogar noch schlechter. Das hilft uns da nicht raus.

Der Haushalt für das Jahr 2005 ist am 11. Dezember 2003 von diesem Landtag beschlossen worden. Das ist lange her. Er basiert deshalb auch auf damaligen Erkenntnissen und damaligen Annahmen. Diese damaligen Annahmen waren in ihren Einnahmen und Ausgaben schon damals - die meisten werden sich erinnern - außerordentlich ambitioniert und deshalb in diesem Hause auch durchaus streitig. Anpassungen und Nachträge sind in der Zwischenzeit nicht erfolgt, wohl aber hat die reale Entwicklung inzwischen manche Anmerkung bestätigt und einige bedauerlicherweise sogar noch übertroffen. Eine wirkliche Überra-

(Minister Rainer Wiegard)

schung kann dieser Haushalt für dieses Haus aber eigentlich nicht sein.

Die Landesregierung hat Ihnen einen Nachtragshaushalt vorgelegt, der alle bekannten Entwicklungen, die heute vorliegen, berücksichtigt. Dieser Haushalt ist offen, er ist klar, er ist ehrlich. Er spiegelt das Selbstverständnis dieser Landesregierung wider. Wir liefern eine schonungslose Darstellung der Lage. Wir sagen, wo das Land steht, wir sagen, wo uns die Menschen unterstützen müssen, und wir liefern mit dem Dreiklang aus sparen, investieren und reformieren unseren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Das so ermittelte Ergebnis führt zu einer Erhöhung der geplanten **Neuverschuldung** von ursprünglich 550 Millionen € um 1,15 Milliarden €. Damit überschreitet die Summe der neuen Schulden nach 2002, nach 2003 und nach 2004 schon bei der Planaufstellung die Summe der eigenfinanzierten Investitionen und Fördermaßnahmen, wofür in diesem Jahr 550 Millionen € vorgesehen sind. Das heißt, die Neuverschuldung ist dreifach überzeichnet. Dies ist insbesondere auch aus **verfassungsrechtlichen Gründen** ein schwerwiegender Vorgang, der ganz besondere Beachtung verlangt. Drei Viertel des Korrekturbedarfs ergeben sich auf der Einnahmeseite, ein Viertel auf der Ausgabenseite des Ursprungshaushaltes. Die Details sind hier weitgehend genannt, insofern kann ich mir die Wiederholung dieser Einzelheiten sparen.

Weil die **Ausgabenentwicklung** hier besonders angemerkt worden ist, Herr Abgeordneter Müller, Herr Minister a. D. Müller, erlaube ich mir die Bemerkung, mir sind keine Anträge bekannt, die von der Fraktion der Grünen oder von den grünen Ministern eingebracht worden sind, etwa im Mai 2004 nach der Steuerschätzung oder im November 2004 nach der Steuerschätzung, um zum Beispiel schon zu der Zeit einen Nachtrag 2005 auf den Weg zu bringen, weil damals bereits bekannt war, dass 10-prozentige Steuermehreinnahmen nicht zu erreichen sind, wenn man gleichzeitig die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt. Weil Sie heute solche Darstellungen gemacht haben, habe ich von Ihnen eigentlich Anträge erwartet. Das gilt übrigens auch für den Antrag, den Kosten, die in Bezug auf Hartz IV auf das Land zukommen, vorzubeugen. Es geht hier um eine Größenordnung von 230 Millionen €, die nicht finanziert sind und die wir jetzt nachfinanzieren müssen.

Nach Ihrem ersten Antrag, der hier vorgelegt und jetzt von Ihnen eingebracht wurde, sollen sofort wieder Investitionen gekürzt werden. Genau die **Investitionen** sind das, was wir am meisten brauchen. Des-

halb war der Wechsel von der Regierung in die Opposition ein kurzer Weg für Sie, aber ein großer Schritt für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Von der ursprünglich geplanten **Minderausgabe** in Höhe von 190 Millionen € haben wir im Rahmen der Haushaltssperre 162 Millionen € auflösen können. Ich denke, hier haben wir schon einen großen Schritt gemacht. Ich bedanke mich hier ausdrücklich bei den Mitgliedern des Kabinetts, die alle miteinander an dieser Aufgabe mitgewirkt haben.

Lassen Sie mich nach den Einnahmen und Ausgaben etwas zu dem **Vermögen** sagen. In der Tat: Abgesehen von unserer Beteiligung an der HSH Nordbank mit rund 20 % sind nach den Veräußerungen der vergangenen Jahre weitere verwertbare Vermögensgegenstände des Landes praktisch nicht mehr vorhanden, die wir zum Haushaltsausgleich heranziehen könnten. Deshalb müssen wir damit auch ganz besonders sorgfältig umgehen. Frank Sauter, im Übrigen sind das keine Tee- und Kaffeelöffel, sondern das ist ein Schmuckstück. Lassen Sie uns das deshalb ganz besonders pflegen.

Wir haben vor allem ein strukturelles Haushaltsproblem. Die **Gesamtsteuereinnahmen** des Landes werden im Jahre 2005 nach Abzug der den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zustehenden Mittel noch rund 4 Milliarden € betragen. Diese Einnahmen reichen schon nicht mehr aus, um davon auch nur die Kosten für Personal und Verwaltung in Höhe von 3,5 Milliarden € und für die Schuldzinsen in Höhe von 885 Millionen € zu bezahlen. Allein bei der isolierten Betrachtung dieser drei Positionen kommt man schon auf ein Defizit von fast 400 Millionen €. Das bedeutet, dass jede weitere Ausgabe darüber hinaus - über Personal, Verwaltung und Zinsen hinaus - für Bildung, Soziales, Sport, Wirtschaftspolitik, Innen- oder Rechtspolitik mit fremdem Geld finanziert werden muss. Das geschieht mit Mitteln aus der EU oder vom Bund, die sie vorher von uns bekommen haben, oder über die Aufnahme neuer Schulden. Es ist notwendig, dass wir uns dies bewusst machen und nicht darum herumdrehen. Wir dürfen nichts beschönigen.

Alle sonstigen Rechenkunststücke, die man sich vorstellen kann, führen nicht zu einem besseren Ergebnis. Selbst dann, wenn dieses Land überhaupt keine Schulden hätte und wir deshalb auch keinen einzigen Euro an Zinsen zu bezahlen hätten, würden uns 800 Millionen € fehlen, um die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen zu decken. Das ist die Lage und unser Problem. Dieses Problem geht diese Landesregierung entschlossen an.

(Minister Rainer Wiegard)

Ich will auf Folgendes hinweisen, weil es die nächsten Jahre belastet und weil es eine Situation ist, die wir jetzt erkennen und darlegen müssen: Insbesondere die **Zinsentwicklung** ist eine erhebliche Vorbelastung für die kommenden Jahre. Die Zinszahlungen werden bis 2009 um sage und schreibe 230 Millionen € auf über 1,1 Milliarden € steigen. Sie wissen, dass wir uns hier schon um sehr viel kleinere Beträge gestritten haben. Dies ist eine Belastung, die wir nicht mehr vermeiden können.

Meine Damen und Herren, deshalb ist die Konsolidierung unseres Landeshaushaltes und damit die Wiedergewinnung der politischen Handlungsspielräume für die Zukunft - für Wachstum und Arbeitsplätze sowie für mehr und bessere Bildung - ohne jede Alternative. Deshalb ist die **Haushaltskonsolidierung** auch nicht nur ein Aufgabenfeld für ein paar an der Finanzpolitik oder an der Haushaltspolitik besonders interessierte Zeitgenossen, sondern es ist eine Aufgabe, die uns alle fordert: den Landtag, die Landesregierung, aber auch die ganze Gesellschaft in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen wir den Weg, den die Landesregierung aufgezeigt und in den vergangenen Wochen bereits eingeleitet hat, jetzt zielstrebig gehen. Auf diesem Weg müssen wir alle mitnehmen, die auf irgendeiner Weise an den Ausgaben oder Einnahmen des Haushaltes beteiligt sind. Allerdings dürfen wir auch erwarten, dass sich alle mit auf diesen Weg begeben. Unser Weg heißt sparen, investieren und reformieren. Das alles muss gleichzeitig geschehen. Das ist nicht die einfachste Aufgabe.

Wir sparen bei den **Ausgaben**, die wir schlicht nicht mehr bezahlen können. Es gibt viele Betroffene: bei den Beschäftigten in unserer Verwaltung, bei den Polizeibeamten, bei den Lehrern, bei den Steuerbeamten, bei den Vereinen, bei den Verbänden, bei den Unternehmen und bei den Gewerkschaften. Ich kann verstehen, dass manche nun auf die Straße gehen, weil sie es als ungerecht empfinden, dass gerade sie auch einen Beitrag zur Konsolidierung leisten müssen. Es gibt aber keinen anderen Weg. Lieber Wolfgang Kubicki, dass sie gestern auf der Straße waren, zeigt eigentlich, dass sie irgendwie betroffen sein müssen und dass wir bereits etwas eingeleitet haben müssen, was mit dem Sparen zusammenhängt; denn ansonsten brauchten diese 2.500 Menschen nicht auf die Straße zu gehen.

Wir senken die **Kosten** vor allem für die Verwaltung von Politik. Alle öffentlichen Aufgaben kommen auf den Prüfstand: ihre Ziele, Inhalte, Zuständigkeiten und Verfahren. Folgendes anzulegen wird das

Schwierigste sein: Maßstab muss künftig sein, ob eine Aufgabe wirklich so wichtig und unverzichtbar ist, dass ihre Erfüllung mit neuen Schulden zulasten künftiger Generationen bezahlt werden muss. Das wird die entscheidende Frage sein.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Wir müssen auch die Ausgaben auf Veranlassung des Bundes und der Europäischen Union begrenzen. Das ist nicht nur ein Wort, das wir nachsagen. Alle Anstrengungen in eigener Zuständigkeit werden nicht genügen, das angestrebte Ziel auch nur annähernd zu erreichen. Auf Veranlassung des **Bundes** und der **Europäischen Union** haben wir **Ausgaben** von etwa 900 Millionen €. Deshalb werden wir insbesondere auch hier mehr Einfluss ausüben müssen, bevor Entscheidungen auf uns zukommen, damit Länder und Kommunen nicht immer mehr mit neuen Aufgaben überzogen werden, ohne dass dafür zugleich bisherige Aufgaben entfallen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage das auch sehr deutlich, weil es dazu in nächster Zeit Vorschläge geben wird. Ohne dass Aufgaben neu hinzukommen, werden wir uns von bestehenden Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben trennen müssen. Das wird manchmal auch wehtun.

Wir investieren in **zukunftsfähige Projekte** für Wachstum und Arbeitsplätze. Auch hierzu ist bereits einiges gesagt worden. Dabei hat für die Landesregierung alles Vorrang, wodurch in unserem Land irgendwie Wachstum ermöglicht wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das sind insbesondere solche, die weitere kommunale und private Investitionen nach sich ziehen und damit für eine Verbesserung der Infrastruktur sorgen.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der längsten Wachstums- und der schwersten Beschäftigungskrise in ihrer Geschichte. Schleswig-Holstein ist davon gleichermaßen betroffen. Daran gibt es keinen Zweifel. Die Steigerung unseres Bruttoinlandsprodukts liegt etwa auf der gleichen Höhe wie die in der Bundesrepublik. 154.000 Einwohner unseres Landes sind arbeitslos. Sie können ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Arbeitseinkommen bestreiten. Das bedeutet neben den gravierenden Verwerfungen und ihren Folgen zugleich erhebliche Mindereinnahmen bei den Steuern und Sozialabgaben, was zu entsprechend geringeren sozialen Ausgaben führt.

Ohne weit reichende Reformen am **Arbeitsmarkt** und Reformen bei der Struktur und Finanzierung der **sozialen Sicherungssysteme** und ohne deutliche und

(Minister Rainer Wiegard)

drastische Reformen im undurchsichtigen Steuerdschungel Deutschlands werden wir weder in Deutschland noch in Schleswig-Holstein im Wettbewerb auf den stetig offener und größer werdenden Märkten in Europa und in der Welt bestehen können. Mehr und bessere Bildung und deutlich kürzere Ausbildungszeiten gehören gleichermaßen in diese Überlegungen hinein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Weil das so ist und weil Schleswig-Holstein in einer besonderen Abhängigkeit von diesen über Schleswig-Holstein hinaus wirkenden Maßnahmen ist, wird diese Landesregierung nach der Bundestagswahl mit dazu beitragen, dass es in den Fragen, die ich eben genannt habe, im Bundesrat zu schnellen Entscheidungen kommt, weil dies für Schleswig-Holstein wichtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Dies wird unabhängig davon geschehen, wer dann regiert. Ich habe da eine gewisse Präferenz, wie Sie vermuten können,

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

aber Wahlen in Deutschland sind ja geheim.

Alle diese Anstrengungen zusammen werden kurzfristig aber nicht reichen. Die **Deckungslücke** im Haushalt kann auch nicht annähernd durch Einsparungen oder reguläre Mehreinnahmen geschlossen werden. Deshalb schlägt Ihnen die Landesregierung vor, die Haushaltsbelastung durch eine Erhöhung der **Kreditaufnahme** auszugleichen. Sie übersteigt die Summe der eigenfinanzierten Investitionen um mehr als 1,1 Milliarden €. Ursache dafür sind die eben genannten Gründe. Neben dem strukturellen Haushaltsdefizit zählen dazu vor allem auch fehlendes angemessenes wirtschaftliches Wachstum und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit den genannten Folgen.

Die genannten Gründe rechtfertigen jedoch für sich noch keine Überschreitung der Kreditaufnahmegrenze. Die **erhöhte Kreditaufnahme** müsste vielmehr dafür bestimmt und geeignet sein, eine solche Störung abzuwehren beziehungsweise zu überwinden. Dafür ist die im Entwurf des Nachtrags vorgeschlagene Erhöhung nicht geeignet. Wie eingangs erwähnt, dient sie zu drei Vierteln der Finanzierung geplanter, aber nicht realisierbarer Einnahmen. Zu einem Viertel dient sie zur Finanzierung von realisierten, aber nicht geplanten Ausgaben. Eine Alternative zu dieser Krediterhöhung besteht dennoch nicht. Einsparungen in der erforderlichen Größenordnung sind angesichts der Versteinerung des Haushalts kurzfristig objektiv un-

möglich, zumal die Landesregierung durch Konkretisierung der geplanten globalen Mehrausgaben bereits gegengesteuert hat.

Um **Einsparungen** in der entsprechenden Größenordnung von 1,1 Milliarden € zu bewirken, müsste das Land in einem nicht vertretbaren Ausmaß in wesentliche **Aufgaben der Daseinsvorsorge** eingreifen. Ich nenne Ihnen drei Beispiele: Wir geben für den kommunalen Finanzausgleich jährlich etwa 1 Milliarde € aus den Steuereinnahmen des Landes aus. Allenfalls theoretisch wäre es vorstellbar, diese Ausgaben weitestgehend zu streichen und die Finanzprobleme des Landes damit auf die Kommunen zu übertragen. Für pensionierte Lehrer sind in diesem Jahr 950 Lehrkräfte auf Dauer neu eingestellt worden. Weitere 607 Zeitverträge sind geschlossen worden und 635 Lehramtsanwärter sind eingestellt worden. Ein diesjähriger und dann jährlich zu wiederholender Verzicht auf diese Ersatzeinstellungen würde zwar in wenigen Jahren bei Personalkosten Einsparungen in der Höhe von mehreren 100 Millionen € ermöglichen, aber jeder erkennt, dass das einfach nicht geht.

Im Bereich von Polizei und Justiz könnte durch Verzicht auf jährliche Ersatzeinstellungen - in diesem Jahr haben wir 234 Nachwuchskräfte eingestellt - zwar der Haushalt entlastet werden, aber die innere Sicherheit und die Rechtssicherheit könnten nicht mehr gewährleistet werden. Die Kompetenzen von Landtag und Landesregierung stoßen an ihre Grenzen, wenn eine ernsthafte Gefährdung der erforderlichen Aufgabenerfüllung des Landes und der Kommunen eintreten würde. Ich halte es deshalb für unausweichlich und nur in diesem Sinne auch für vertretbar, wenn das Defizit des Haushalts vorübergehend durch eine erhöhte Kreditaufnahme ausgeglichen wird.

Lassen Sie mich ein Wort zu dem Brief des Landesrechnungshofs an den Vorsitzenden des Finanzausschusses sagen, in dem in diesem Zusammenhang von einer bedenklichen Erosion des Rechtsbewusstseins und der Rechtstreue gesprochen wird. Das hat mich schon sehr gewundert, zumal ich zu denen gehöre, die ihr Handeln gern an klar definierten Grundsätzen ausrichten. Deshalb sage ich dazu sehr deutlich: Sie werden mich nicht auf der Seite derjenigen finden, die wortreich eine **Verfassungsmäßigkeit** vortäuschen, die einer sachgerechten Überprüfung nicht standhält.

(Beifall bei CDU, FDP sowie der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Zu meinem Verständnis von Rechtsbewusstsein und Rechtstreue gehört auch, dass man sich selbst, das

(Minister Rainer Wiegard)

Parlament, die Öffentlichkeit und auch die Verfassung nicht vorsätzlich belügt. Ich bedaure es wohl am meisten, dass wir diesen Weg gehen müssen, aber dieser Landeshaushalt ist in diesem Zustand nicht verfassungsgemäß zu begründen. Ich bedanke mich deshalb auch bei den Fraktionen dafür, dass sie mit großem Ernst einen Entschließungsantrag gerade zu dieser besonderen Problematik erarbeitet und dem Parlament vorgelegt haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Entschließungsantrag kennen wir nicht!)

Ich möchte zugleich den Mitgliedern des Finanzausschusses für die zügige Beratung danken. Vor allem aber danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses und den an den Haushaltsberatungen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ressorts. Unter veränderten Bedingungen und unter gleichzeitig verkürzter Beratungszeit zwei Haushalte vorzulegen, verdient unser aller Respekt und Anerkennung.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Die Landesregierung hat den Weg der offenen und ehrlichen Darstellung der Haushaltssituation und ihrer Folgen gewählt. Die Beschreibung der Haushaltslage ist bitter. Die negative Tendenz wird grundsätzlich jedoch niemanden überraschen. Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt die Lage, die Chancen und die Risiken auf. Die durch die Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen und die erwarteten Veränderungen der Rahmenbedingungen rechtfertigen die Prognose, dass wir bei großen Anstrengungen das ambitionierte Ziel erreichen können, bis zum Ende der Legislaturperiode zu verfassungsgemäßen Haushalten zurückzukehren.

(Anhaltender Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Finanzminister Wiegard. Wie angemeldet haben Sie die Redezeit um vier Minuten überzogen, und zwar mit Bezug auf § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung, wobei ich die Fraktionen darauf hinweisen möchte, dass - abgesehen vom SSW - alle Fraktionen noch Restredezeiten haben. Lieber Herr Minister, es ist eine gewisse Irritation bei der Abgeordneten Heinold entstanden, weil Sie auf eine Resolution Bezug genommen haben, die dem Haus noch nicht vorliegt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin, Sie melden sich zu Wort und stellen sich ans Mikrophon. So geht es nicht!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Entschuldigen Sie, Frau Präsidentin! Ich bin etwas irritiert, weil der Minister gerade von einem Entschließungsantrag zu der wichtigen Frage der Verfassungsmäßigkeit, dessen Inhalt wir nicht kennen und über den hier abgestimmt werden soll, gesprochen hat. Mir liegt dieser Antrag nicht vor. Ich wäre sehr dankbar, wenn er dem Parlament vorgelegt werden würde.

(Wortmeldung des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Der Herr Abgeordnete Astrup hat sich zur Aufklärung gemeldet.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Heinold! Der Herr Finanzminister hat sich lediglich versprochen. Er hat auf den Nachtrag Bezug genommen. Sie werden diesen Antrag zur Beratung des Haushalts 2006 finden. Das war ein schlichter Versprecher. Er wird in der Mittagspause gefertigt und liegt dann vor.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Sind alle einverstanden mit dieser Erklärung? - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/234, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/219, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer so beschließen und der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung angenommen worden.

Wir haben bis 13 Uhr noch etwas Zeit. Mir ist mitgeteilt worden, dass man sich geeinigt hat, die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache aufzurufen. Ist das so einvernehmlich? - Gut.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/59

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 16/153

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und
Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Kalinka, das
Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Der Landtag hat den Gesetzentwurf zur Änderung des
Gerichtsorganisationsgesetzes durch Plenarbeschluss
vom 27. Mai 2005 an den Innen- und Rechtsaus-
schuss zur Beratung überwiesen. Der Innen- und
Rechtsausschuss hat sich mit dem Gesetzentwurf in
seiner Sitzung am 8. Juli 2005 befasst. Er empfiehlt
ihn dem Landtag einstimmig unverändert zur An-
nahme.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wort-
meldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine
Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme
des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/59. Wer so
beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. -
Gegenprobe! - Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist
es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum
Abkommen zur Änderung des Abkommens über
die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den
höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-
Führungsakademie**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/63

Bericht- und Beschlussempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 16/154

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und
Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Kalinka, das
Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm
durch Plenarbeschluss vom 27. Mai 2005 überwie-
senen Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. Juni 2005

befasst. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag ein-
stimmig, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/63
unverändert anzunehmen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldun-
gen zu dem Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache
ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme
des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/63. Wer so
beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. -
Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Ausführung der organisationsrechtlichen Bestim-
mungen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/202

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist
nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf auf Drucksache
16/202 federführend dem Sozialausschuss und mitbe-
ratend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überwei-
sen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das
Handzeichen. - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Förderung von Beratungsstellen in freier Träger-
schaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/203

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist
nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf auf Drucksache
16/203 federführend dem Sozialausschuss und mitbe-
ratend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überwei-
sen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein
Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es
ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Geset-
zes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10)**

Gesetzentwurf der Faktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN
Drucksache 16/205

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist
nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/205 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Bericht zum Verbraucherschutz

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/190

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/215

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage alternative Abstimmung vor. Sind Sie einverstanden? - Nein. Frau Abgeordnete Heinold hat das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei einer alternativen Abstimmung hätten wir vorher eine Aussprache führen müssen. Nach meiner Kenntnis hat man sich dahin gehend verständigt, dass beide Anträge dem Ausschuss überwiesen werden. Darum bitte ich.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ist Ausschussüberweisung gewollt? - Gut. Es wird vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD dem Ausschuss zu überweisen. Welcher Ausschuss wird gewünscht? Es geht hier um einen Bericht zum Verbraucherschutz.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Ich rate an, dass beide Anträge in der Tat dem Ausschuss mit der Maßgabe überwiesen werden, den Versuch zu machen, aus den beiden Anträgen einen gemeinsamen Antrag zu machen. Die antragstellende Fraktion hat, wenn ich mich recht erinnere, gesagt, unter diesem Blickwinkel verzichte sie auf eine Aussprache. Insofern sollten wir, wie ich denke, aus der Not eine Tugend machen. Wenn es gelingt, freuen wir uns, wenn es nicht gelingt, dann nicht.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Wir stimmen dann über den Vorschlag ab, die beiden genannten Anträge dem Sozialausschuss mit der Maßgabe zu überweisen, wie sie hier von dem Kollegen Astrup vorgetragen worden ist, nämlich sich auf einen einheitlichen Berichtsantrag zu einigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. -

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Perspektiven für die Westküste

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/192

Es handelt sich hier um einen Berichtsantrag für die 6. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen und Enthaltungen sehe ich nicht. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Reform der europäischen Zuckermarktordnung

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/210

Auch hier handelt es sich um einen Berichtsantrag für die 6. Tagung. Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Breitbandinternetversorgung DSL in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/211

Auch hier handelt es sich um einen Berichtsantrag für die 6. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen auch hier Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung

Antrag der Landesregierung
Drucksache 16/212

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

FDP-Fraktion ist es mit den Stimmen der anderen Fraktionen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Zwischenbericht zur Verwaltungsstrukturreform des Landes

Antrag des Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/214

Hier handelt es sich um einen Berichtsantrag für die 7. Tagung. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen Abstimmung in der Sache vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Ergebnisse des Jobgipfels finanzpolitisch seriös umsetzen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/73

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 16/143

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer, das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass Sie alle die umfassende Darstellung in der Drucksache 16/143 gelesen haben. Wir haben uns sehr umfassend mit dem Antrag befasst. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, so zu entscheiden, wie in der Drucksache dargestellt. Insofern verweise ich auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Es liegt eine Wortmeldung der Frau Abgeordneten Heinold vor.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte unser Abstimmungsverhalten kurz erläutern. Wir werden der Beschlussempfehlung nicht zustimmen, obwohl wir dem Beschluss im Ausschuss in Teilen zugestimmt haben, um das Verfahren hier zu vereinfachen. Weil es bezüglich einer Stelle Dissens gibt, werden wir die Empfehlung insgesamt ablehnen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Abgeordneten Heinold. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe nicht, dass das der Fall ist. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag in der vom Ausschuss in Drucksache 16/143 empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Steuerliche Förderung von Dieselmotoren

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/58

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 16/144

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Neugebauer, das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie Sie der Drucksache 16/144 entnehmen können, hat der Finanzausschuss in seinen Beratungen einen modifizierten Antrag des Antragstellers BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegengenommen und beraten. Der Text ist hier aufgeführt. Das hat den Finanzausschuss allerdings nicht überzeugt. Deswegen empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in der modifizierten Form abzulehnen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Mir ist signalisiert worden, dass Herr Abgeordneter Hentschel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort wünscht. Das wird ihm selbstverständlich erteilt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kannst du mir sagen, welcher Tagesordnungspunkt? - Heiterkeit und Zurufe)

- Wir warten einen Augenblick.

(Weitere Zurufe)

Aber jetzt hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 34.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist das Timing. Ich war gerade bei einer Besuchergruppe.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die beiden Parteien der großen Koalition haben am 9. Juni im Finanzausschuss den vorliegenden Antrag abgelehnt. Er lautet:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine steuerliche Förderung der Aus- und Nachrüstung von Fahrzeugen mit Dieselpartikelfiltern einzusetzen. Das Ziel muss sein, einen Kompromiss zu finden, der die Förderung aufkommensneutral umsetzt und zugleich wirksame Anreize für den Einbau von Dieselpartikelfiltern sicherstellt.“

In der darauf folgenden Sitzung des Bundesrates hat die Landesregierung einer Entschließung zur Feinstaubreduzierung zugestimmt, in der es unter anderem heißt: Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, ein Konzept für ein aufkommensneutrales Förderprogramm von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern vorzulegen, wobei sichergestellt werden muss, dass den Ländern keine Einnahmeausfälle entstehen. - Das heißt, die Landesregierung hat im Bundesrat genau dem zugestimmt - -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Anmerkung zur Geschäftsordnung des Abgeordneten Astrup?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich erlaube das nicht.

(Zurufe: Ohne Aussprache!)

Die Landesregierung hat im Bundesrat einem Antrag zugestimmt - -

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Hentschel, ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir keine Aussprache zu diesem Punkt vereinbart haben, sodass Sie nur verfahrenstechnische Bemerkungen, aber keine inhaltlichen Bemerkungen machen können.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich rede zum Verfahren.

(Widerspruch)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Den Eindruck haben wir nicht, Herr Abgeordneter Hentschel. Ich bitte Sie wirklich, nur zum Verfahren und nicht zum Inhalt zu reden, ansonsten müssten wir Ihnen das Wort entziehen. Das täte ich ungern.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich rede zum Abstimmungsverfahren.

(Widerspruch)

Soll der Ältestenrat klären, ob ich zum Abstimmungsverfahren reden kann oder nicht?

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Nein, aber der Ältestenrat hat vereinbart, dass keine Aussprache stattfinden wird.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber wir haben eine Aussprache beantragt!

(Lachen und Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Lieber Herr Abgeordneter Hentschel, das ist im Ältestenrat aber so nicht beschlossen worden.

(Zurufe)

Sie dürfen hier nur zu Verfahrensangelegenheiten sprechen. Ansonsten würde ich Sie bitten, sich zu setzen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bitte, das zu klären. Ich habe zum Verfahren zu reden, wie es dazu kommt, dass das Parlament einen Antrag ablehnt und die Landesregierung das genaue Gegenteil tut. Ist das im Sinne dieses Parlamentes oder nicht? Ich finde, dass das eine grundlegende Entscheidung ist, die dieses Parlament treffen muss, sonst veräppelt es sich selbst.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des modifizierten Antrags Drucksache 16/58. Wer so beschließen und der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist mit den Stim-

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

men von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2005

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 16/200

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Detlef Buder, das Wort.

(Zurufe)

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der erste schriftliche Bericht des Petitionsausschusses unter meiner Leitung. Er beginnt mit dem zweiten Quartal, der Bericht für das erste Quartal ist noch nicht fertig. Ich will das kurz begründen, um das Verfahren hier nicht zu verlängern.

Der Petitionsausschuss hat nach seiner Konstituierung zwei Quartale getagt und hat Ihnen erst einen Bericht schriftlich vorlegen können. Das hat damit zu tun, dass die Geschäftsstelle inzwischen einen qualifizierten Mitarbeiter ausgeliehen hat - für sicherlich sehr wichtige Aufgaben - und dieser Mitarbeiter versetzt worden ist, sodass der erste Bericht noch nicht vorgelegt werden kann. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ganz besonders bei den Mitgliedern der Geschäftsstelle des Petitionsausschusses bedanken und außerdem von dieser Stelle aus ganz energisch widersprechen, dass dieser Mitarbeiter in der Geschäftsstelle möglicherweise nicht ersetzt wird. Das ist ganz entscheidend, damit der Petitionsausschuss auch in Zukunft nicht nur zum Wohle der Bürger, sondern auch zur Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments wesentlich beitragen und seine Aufgabe wahrnehmen kann, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen bestimmtes Verwaltungshandeln nicht wehren können, zu vertreten.

Ich empfehle den Abgeordneten die Lektüre des Petitionsausschussberichts und verspreche Ihnen, dass Ihnen die Mitglieder des Petitionsausschusses auch in Zukunft anregende Literatur liefern werden, die sicherlich auch in Ihren Wahlkreisen Niederschlag finden kann.

(Beifall)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Buder. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 16/200 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Last, not least rufe ich Tagesordnungspunkt 41 auf:

Bericht der Investitionsbank 2004

Drucksache 16/179

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, den Bericht Drucksache 16/179 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig der Fall.

Wir treten in die wohlverdiente Mittagspause und setzen die Sitzung mit Tagesordnungspunkt 6 um 15 Uhr fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:00 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die 8. Sitzung des Landtages ist nach der Mittagspause wieder eröffnet. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Ich freue mich, auf der Tribüne Besucher der CDU-Ortsverbände Kiebitzreihe, Horst und Hohenfelde aus dem Kreis Steinburg zu begrüßen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Tagesordnung wieder ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/180

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/235

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2005 bis 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/198

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Finanzminister, Herrn Rainer Wiegard, das Wort.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist der Ministerpräsident?)

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Diskussion um den **Haushalt 2006** schließt sich nahtlos an die Debatte an, die wir heute Vormittag um den Nachtrag 2005 geführt haben. Dieser Haushalt war Ausgangsbasis für das Handeln der Landesregierung.

Gegenüber dem Nachtrag 2005 reduzieren wir die **Neuverschuldung** in einem ersten Schritt um rund 142 Millionen €. Es war unser Ziel, mit dem Haushalt 2006, dem ersten Haushalt, das Ausgabenwachstum zu bremsen - nicht mehr, aber auch nicht weniger; das ist jedenfalls gelungen. Das ist natürlich noch nicht das Ergebnis und es ist kein Anlass zum Jubeln. Das ist der Ausgangspunkt für unsere Konsolidierungsbemühungen.

Der Entwurf ist - wie der Nachtrag - offen, transparent und ehrlich. So gibt es außer aus im Wesentlichen haushaltstechnischen Gründen faktisch keine globalen Mehreinnahmen und keine globalen Minderausgaben mehr. Die Einnahmen und Ausgaben sind eindeutig und klar zugeordnet. Das mag sich so selbstverständlich anhören. Aber wer je Haushaltsberatungen aktiv erlebt hat, der weiß, was das bedeutet, seit Franz Josef Strauß und Karl Schiller dieses Instrument in der ersten großen Koalition 1967 in die deutsche Haushaltspolitik eingeführt haben. Es war in den wenigsten Fällen ein Segen.

Schleswig-Holstein hat neben dem Einnahmeproblem aus nicht angemessenem Wachstum und nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit vor allem ein Strukturproblem auf der Ausgabenseite des Haushalts. Bei aller Not, kurzfristige Erfolge erzielen zu müssen, steht für mich im Vordergrund, den Haushalt in seiner Struktur wirksam zu verändern und zu einer beständigen oder - wie man heute sagt - nachhaltigen Konsolidierung zu führen. Die notwendigen Maßnahmen liegen nur zum Teil - das hatte ich heute Vormittag ausgeführt - in unserer eigenen Verantwortung und müssen von uns unmittelbar angegangen werden. Zum anderen sind sie durch die Vermischung von Europa-, Bundes- und Landeszuständigkeiten geprägt.

Wer sich die Haushaltslage ansieht, kommt natürlich an dem **größten Ausgabeposten** nicht vorbei. Deshalb stehen die **Personalkosten** mit insgesamt weit mehr als 3 Milliarden € natürlich in einem ganz besonderen Fokus. Die Landesregierung hat dazu inzwischen ein von mir vorgelegtes Personaleinsparkon-

zept beschlossen. Im vorliegenden Haushalt sind die Personalkostenbudgets noch entsprechend den aktuellen Bedarfsberechnungen veranschlagt. Von den vereinbarten Kürzungsbeträgen werden die, die in 2006 wirksam werden sollen, bis zur Vorlage der Nachschiebeliste konkretisiert. Das ist der Einstieg in eine konsequente und zielgerichtete Sparpolitik dieser Landesregierung.

Insgesamt werden wir die **Personalkostenbudgets** bis zum Jahre 2010 in der Ministerialverwaltung um 7,5 % und in den nachgeordneten Behörden um 15 % senken. In den Kernbereichen werden die Personalkostenbudgets bis 2010 nicht mehr erhöht. Davon ausgenommen sind lediglich klar definierte Sondermaßnahmen im Bildungsbereich und noch zu treffende Entscheidungen zur Behebung struktureller Mängel in der laufenden Besoldung. Das betrifft insbesondere, aber nicht nur die Polizei.

Ab 1. August werden wir die Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden pro Woche verlängern. Im Tarifbereich wollen wir erreichen, dass es eine Annäherung der Wochenarbeitszeit an die der Beamten gibt.

Wir beteiligen Polizistinnen und Polizisten wie alle übrigen Beamten im Landesdienst über einen Eigenanteil an ihren Gesundheitskosten. Im Übrigen behandeln wir sie damit wie alle anderen abhängig Beschäftigten.

Wir kümmern uns allerdings auch um strukturelle Ungerechtigkeiten, wie ich sie eben angesprochen habe, und wir fassen das Weihnachtsgeld nicht mehr an; denn wir sind nicht der Meinung, dass unsere Beamten zu viel verdienen. Wir stellen fest, wir haben zu viele von ihnen, die wir uns nicht leisten können.

Natürlich gibt es auch in der **Landesverwaltung** noch hinreichend Möglichkeiten, durch **Effizienzsteigerung** zu Einsparungen zu kommen. Aber das wird nicht genügen, die erforderlichen Zielgrößen zu erreichen. Deshalb müssen wir uns auf allen Ebenen zunächst von Aufgaben trennen und die verbleibenden Aufgaben mit höherer Effektivität und Effizienz erfüllen. Wir werden unsere Verwaltung grundlegend modernisieren. Dazu gehört zuerst der Verzicht auf Aufgaben, die wir uns nicht mehr leisten können, und danach die Entscheidung, wie und in welchem Umfang wir die verbleibenden öffentlichen Aufgaben erfüllen wollen und an welcher Stelle und in welcher Zuständigkeit das geschehen soll.

Zunächst werden wir überflüssige Landesvorschriften unter dem Stichwort „**Aufgaben aufgeben**“ wirklich abschaffen. Das scheint allerdings so neu zu sein,

(Minister Rainer Wiegard)

dass uns das bisher noch niemand so richtig abnimmt. Tatsächlich ist in der Vergangenheit jede entfallende Aufgabe durch mindestens drei neue ersetzt worden. Es ist in dem eingeleiteten Prozess schon jetzt erkennbar, dass es ein ausgesprochen großes Beharrungsvermögen auch in der Verwaltung gibt. Deshalb nehmen Sie klar zur Kenntnis: Hier wird nicht gewackelt. Diese Landesregierung steht zu diesem Ziel. Es gibt überhaupt keine Chance, einen entscheidenden Einsparschritt bei den Ausgaben für Politik zu machen, wenn wir uns nicht tatsächlich auch von Aufgaben trennen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich machen, dass nicht die Beamten schuld daran sind, dass wir ein derart feines Regelwerk über alle Lebensbereiche der Menschen gespannt haben. Es war immer die Politik, die neue Aufgaben eingeführt hat. Dafür hat sie immer auch mehr Mitarbeiter gebraucht. Deshalb muss jetzt auch die Politik darüber entscheiden, welche Aufgaben künftig nicht mehr wahrgenommen werden sollen und können. Denn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist offensichtlich nicht bereit, die hohen Kosten dafür über Steuern zu bezahlen.

Mit **vereinfachten Vorschriften und Verwaltungsverfahren** wollen wir zugleich die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern. Das Wachstum soll mehr Steuereinnahmen bringen. So wird dies zu einem haushaltmäßigen Kreislauf.

Meine Damen und Herren, diese Gesellschaft, wir müssen entscheiden, ob wir an der zugegebenerweise ärgerlichen Hinterlassenschaft eines Hundes auf dem Gehweg mit aufwändiger Bürokratie zugleich auch Herrchen und Frauchen identifizieren wollen. Wenn das wichtig ist, na bitte. Dann sollten wir allerdings auch dafür sorgen, dass der Hundehalter seinen Hund einfach, unkompliziert und schnell anmelden kann und sich nicht ständig an der Rathaustür die Nase stößt, wenn er einen Antrag auf Aushändigung eines Hundesteueranmeldeformulars stellen will.

Ich nenne dies als ein simplifizierendes Beispiel für die Notwendigkeit, unsere elektronischen Verwaltungsverfahren - auf Plattdeutsch heißt das wohl **E-Government** - auf einen Standard zu bringen, der heute üblich ist. Wenn die Menschen zu einem zunehmend größeren Teil sogar ihre Bankgeschäfte über den privaten PC und das offene Internet abwickeln, dann muss es auch schnellstens möglich gemacht werden, gängige Verwaltungsverfahren mit Bürgern, Unternehmen und zwischen den Verwaltungen selbst auf ähnliche Weise zu erledigen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich bedanke mich. - Damit gewinnen wir volkswirtschaftliche Kraft und senken die Kosten für die Verwaltung von Politik.

Durch **Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung** werden Aufgaben abgebaut oder verlagert und die Verwaltung wird in ihrer Struktur konsequent reformiert, um Aufgaben mit Entscheidungskompetenz und Entscheidungsverantwortung zu verbinden. Deshalb werden wir die Verwaltung von Politik, die bisher in Landesbehörden wahrgenommen wurde, im Wesentlichen auf die Kommunen übertragen. Das geschieht künftig auf der Ebene der Kreise. Der von vielen missverstandene und von einigen bewusst missinterpretierte Begriff des Dienstleistungszentrums ist tatsächlich noch nicht abschließend gelungen. Vorschläge für bessere Begriffe sind ausdrücklich erwünscht, aber Vorschläge sind vor allen Dingen auch erwünscht bezüglich der Aufgabe von Aufgaben und zur Bildung neuer Strukturen.

(Beifall bei CDU und SPD)

An der entschiedenen Absicht, verbleibende Verwaltungsaufgaben mit denen der kommunalen Ebene zusammenzuführen, lassen wir überhaupt keinen Zweifel aufkommen; denn nur durch die **Vermeidung von Doppelzuständigkeiten** und Mehrfacharbeit erzielen wir Synergieeffekte und nur so können beide Ebenen - Land und Kommunen - zu gemeinsamen Einsparungen bei der Verwaltung kommen, die beiden zugute kommen werden. Anders käme das Land wegen des Konnexitätsprinzips ja gar nicht in den Genuss eines solchen Vorteils.

Für die gesamte Ebene der **Kommunen** gilt: Um die neuen kommunalen Aufgaben und die übertragenen Aufgaben professionell, wirtschaftlich und bürgernah zu erfüllen, brauchen wir **Verwaltungen**, die leistungsfähig sind. Aber dabei muss jedem klar sein: Es geht hier wirklich immer nur um Verwaltung. Es geht nicht um Menschenrechte, es geht nicht um Frieden und Freiheit und sonstige wertvolle Dinge des Lebens, sondern es geht um die Frage, wo ein Ausweis ausgestellt wird, wo ein Bauleitverfahren eingeleitet wird und um andere Dinge mehr.

Es geht auch nicht darum, etwa die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken. Im Gegenteil. Es geht nur um Verwaltung, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und es geht dabei um Kostenreduzierung. Vor allem darum. Denn das muss klar sein: Am Ende des Prozesses müssen Aufgaben und Zuständigkeiten klar geregelt sein und die Kosten dafür deutlich geringer als heute. Das ist die erste Maxime, weil wir uns nämlich so viel Verwaltung wie bisher nicht mehr leisten können oder besser: weil die Menschen nicht

(Minister Rainer Wiegard)

bereit sind, für diese Form der Verwaltung mehr Steuern als heute zu bezahlen.

Neben den Beschäftigten und den Strukturen im öffentlichen Dienst und in einer schlankeren Verwaltung müssen auch alle weiteren **gesellschaftlichen Gruppen** an der **Haushaltskonsolidierung** - auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite - beteiligt werden. Deshalb hat die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen und deren Umsetzung zum Teil bereits eingeleitet.

Wir nehmen Streichungen bei Förderprogrammen vor. Fördermittel müssen positive Effekte erzielen und wirksam sein. Programme, die nicht beschreiben, was mit ihnen erreicht werden soll, werden gestrichen. Die Erfahrung der letzten Wochen zeigt, dass es solche Programme tatsächlich gibt.

Spätestens im Jahr 2010 werden wir dafür gesorgt haben, dass das Universitätsklinikum mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis abschließen kann.

Wir werden im Kindertagesstättengesetz die Zuweisung der Landesmittel an die Träger auf 60 Millionen € begrenzen.

Wir werden die bis 2005 ausgesetzte Drittelbeteiligung der Kommunen an den Einnahmen und Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ab 2006 gesetzlich regeln. Dazu stehen wir in Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden.

Das Landesblindengeld wird bei Erwachsenen von 450 € auf 400 € und bei Jugendlichen von 225 € auf 200 € herabgesetzt. Die Einsparungen betragen etwa 2,3 Millionen €. Einen Teil davon, maximal etwa 400.000 €, werden wir einem Fonds zur Herstellung der Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen zur Verfügung stellen.

Bei der Eingliederungshilfe wollen wir den Kommunen einen Großteil der verbleibenden Aufgaben als Selbstverwaltungsaufgaben übertragen. Dafür erhalten sie selbstverständlich - Konnexität heißt das Stichwort - einen entsprechenden Ausgleich.

Meine Damen und Herren, bei allen Anstrengungen, den Haushalt zu konsolidieren, muss die Landesregierung verstärkt **Impulse für unser Land** setzen. Diese Impulse sollen zu mehr wirtschaftlicher Dynamik und zu verbesserten Bildungschancen führen. Sparen, um Freiräume zum Gestalten zu gewinnen, und mehr Finanzkraft durch zukunftsorientierte Investitionen muss die Gleichung sein. Beispielhaft für die investiven Schwerpunkte will ich den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Förderung technologischer neuer Entwicklungen, den Ausbau von Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche und die Qualifizierung

von Menschen für den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erwähnen.

Bei der inneren Sicherheit haben wir zwei große Investitionsvorhaben auf den Weg gebracht. Erstens werden wir den analogen Polizeifunk auf einen einheitlichen Digitalfunk für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben umstellen. Viele Jahre wurde darüber geredet. Wir machen jetzt gleich am Anfang bei dieser Umstellung mit und warten nicht, bis andere vor uns dabei sind.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zweitens werden die museumsreifen Boote der Wasserschutzpolizei - mehrfach schon erwähnt - durch neue ersetzt. Beide Maßnahmen haben zusammen ein Volumen von 83 Millionen €. Ich kann in diesem Zusammenhang auf ein Zitat des Innenministers zurückgreifen, der gesagt hat: Wir machen Schluss mit der Flickschusterei. Genau das ist unser Ziel mit diesen Investitionen.

Wir halten das im Jahre 2005 gegenüber 2004 um 100 Millionen € erhöhte **Investitionsniveau** auch in 2006 und wir ergänzen diese Mittel durch zusätzliche Unterstützung von Beratungsleistungen und durch zusätzliche Zinsentlastungen für öffentliche und private Partnerschaften.

Im **Sparen und Investieren** liegen große Chancen für Wachstum, für mehr Arbeitsplätze, für mehr und bessere Ausbildung unserer Kinder. Wir wollen besseren Unterricht für unsere Kinder. Deshalb erhöhen wir die Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer mit Ausnahme der Hauptschulkräfte um eine halbe Unterrichtsstunde pro Woche. Damit erreichen wir im nächsten Jahr mehr Unterricht in einem Umfang von 362 Stellen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir führen damit den verbindlichen Englischunterricht an den Grundschulen ein, wir realisieren die Verlässliche Halbtagsgrundschule, wir fördern leistungsschwache Schüler und vermeiden damit Klassenwiederholungen und wir decken damit den immer noch aufwachsenden Lehrbedarf. Damit wird über Konsequenzen aus der PISA- und aus anderen Studien nicht nur geredet, sondern es wird wirkungsvoll gegengesteuert.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ich leugne nicht, dass das alles nicht genug ist. Ich leugne auch nicht, dass das alles von den Betroffenen viel verlangt. Deshalb sagen wir jenen, die nun gegen diese Maßnahmen auf die Straße gehen: Wir sorgen dafür, dass alle gleichermaßen an dieser großen Aufgabe beteiligt wer-

(Minister Rainer Wiegard)

den. Es ist ein gewagter Spagat, mit der Vorbelastung künftiger Generationen durch immer neue Schulden Schluss zu machen und gleichzeitig die notwendigen Zukunftsaufgaben für Arbeit und mehr bessere Bildung anzupacken. Nicht jeder kann Spagat. Wir können das.

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Streichen tut manchmal auch ein bisschen weh. Aber wenn wir die notwendigen Entscheidungen nicht angehen, wird der Schmerz durch überschuldete Haushalte chronisch und kann schließlich nicht mehr gelindert werden. Der konsequente Konsolidierungskurs ist im Interesse der Menschen. Nur wenn wir es schaffen, auf Dauer die Neuverschuldung kontinuierlich abzubauen, können wir ein Grundmaß an Leistungen für die Menschen sichern. Nur wenn ein Haushalt gesund ist, können wir für die nächsten Generationen, auch für die nächsten Generationen von Lehrern und Polizeibeamten, die elementaren Leistungen unseres Landes sichern.

Wir wollen weg von dieser unverantwortlichen Situation, die sich in fast alle öffentlichen Haushalten eingeschlichen hat und die da heißt: Kinder haften für ihre Eltern. Die große Mehrheit der Menschen versteht und unterstützt diesen Weg. Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung haben wir eingeleitet, Impulse für Investitionen haben wir verstärkt. Bei den strukturellen Reformen werden wir auf Veränderungen auf Bundesebene hinwirken.

Alle sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten, dass unsere Kinder und Enkel nicht von Schuldenlasten erdrückt werden, sondern dass sie wieder Gestaltungsspielraum für ihre eigene Zukunft haben. Wer sich diesem Weg verweigert, wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Präsidium dankt dem Herrn Finanzminister. Nach Einbringung des Gesetzentwurfs durch den Finanzminister Rainer Wiegard erteile ich jetzt das Wort dem Herrn Oppositionsführer Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte fast versucht sein zu sagen: Das ist die Fortsetzung der alten Politik mit breiterer Mehrheit, Herr Finanzminister.

Heute Morgen hat die große Koalition Rot-Grün abgewickelt, passenderweise mit einem verfassungswid-

rigen Nachtrag, jetzt wenden wir uns der Zukunft zu. Die will die große Koalition mit einem verfassungswidrigen Haushaltsentwurf gewinnen. Das halte ich - wie ich heute Morgen schon gesagt habe - für verfassungsrechtlich äußerst bedenklich. Aber wir akzeptieren, dass diese neue Regierung etwas Zeit braucht, um mit den Erblasten der Vergangenheit fertig zu werden.

Aber ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass die Zukunft, Herr Finanzminister, von allein kommt. Dafür braucht man keine Regierung. Insofern finde ich es etwas enttäuschend, wenn die Landesregierung in ihrem Finanzplan neben Arbeit und Bildung auch die Zukunft zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Ich hoffe, wir erfahren noch, was Sie unter diesem politischen Schwerpunkt genau verstehen, sonst wären Sie schon nach etwas über 100 Tagen auf das Niveau der rot-grünen Worthülspolitik mit viel „ziel“, „ZAL“, Zack, Knall und Bumm gesunken.

(Beifall bei der FDP)

Das würde dann meine Vorhersage aus dem Mai erfüllen: „Große Koalition bewahrt den politischen Stillstand.“ In einer dynamischen Welt bedeutet Stillstand allerdings Rückschritt. Davon hatten wir in den letzten 17 Jahren bereits viel zu viel. Die CDU hat im Landtagswahlkampf viel kritisiert, gefordert und versprochen. Sie ist den Menschen in Schleswig-Holstein mehr schuldig als die Worthülse Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident im Mai angekündigt, seine Regierung werde mehr leisten, als nur kleine und große Projekte anzukündigen. Bis jetzt ist sie allerdings darüber kaum hinausgekommen.

Was soll in etwas mehr als 100 Tagen Regierungszeit auch schon passiert sein und selbst wenn etwas passiert wäre, wir wüssten es noch gar nicht. Zum Beispiel hat das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - was für ein Effizienzgewinn - am 18. August 2005 die neuesten **Konjunkturdaten** für Schleswig-Holstein veröffentlicht, sie beziehen sich auf den April. Etwas neuer sind die **Arbeitslosenzahlen**, sie stammen von gestern. Aber auch hier ist noch keine Besserung in Sicht. Weil bekanntlich jetzt anders gezählt wird, ist die offizielle Arbeitslosigkeit heute merklich höher als letztes Jahr. Auf diesem höheren Niveau schwankt die Arbeitslosigkeit genauso, wie es zu dieser Jahreszeit üblich ist - von einer Wende zum Guten gibt es keine Spur, hier nicht, genauso wenig wie in ganz Deutschland.

Für den wichtigeren Bereich des Arbeitsmarktes, die **Beschäftigung**, stammen die neuesten Daten aus dem Mai. Es fehlt nicht nur die Wende zum Guten, es wird

(Wolfgang Kubicki)

sogar schlimmer. Immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verschwinden - in Schleswig-Holstein bedauerlicherweise schneller als im übrigen Westdeutschland. Und das alles, obwohl Deutschland und Schleswig-Holstein gerade einem der größten Konjunkturprogramme der jüngsten Menschheitsgeschichte ausgesetzt sind. Seit 30 Jahren ist die Weltwirtschaft nicht so schnell gewachsen wie in den letzten beiden Jahren.

Entsprechend schlecht ist die **Finanzlage**. Das Land ist immer noch pleite. Wir besprachen das heute Morgen bereits. Und jetzt kommt der Haushalt 2006. Er soll sozusagen das schwarz-rote Aufstiegsspiel werden. Seinetwegen sollen die Wirtschaftskraft und der Wohlstand wieder wachsen, sollen die Schulden des Landes langsamer wachsen, die Zahl der Arbeitsplätze soll überhaupt wieder wachsen und die Arbeitslosigkeit soll sogar schrumpfen.

Allerdings lässt die Landesregierung offen, wie sie das erreichen will. Der Finanzminister stellt sich ungefähr das Gleiche vor, was er auch schon in der Opposition als finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion gefordert hat - und wir übrigens schon vor ihm -: Das Land soll weniger ausgeben und trotzdem mehr investieren. Herr Finanzminister, dieses Ziel wird im Haushaltsentwurf 2006 verfehlt. Die **Nettoausgaben** sinken gegenüber dem Haushalt 2005 inklusive des Nachtrages nur um 0,1 %. Die **Investitionen** sinken aber um 0,9 %. Und die Investitionen, die das Land selbst bezahlt, sinken sogar um 2,5 %, also 25-mal schneller als die Nettoausgaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es könnte selbstverständlich sein, dass dies nur der Anfang ist, dass die Landesregierung sozusagen noch ein paar Schritte zurückgeht, um Anlauf für die folgenden Jahre zu nehmen. Das müsste sich dann ja in ihren Zahlen des **Finanzplans** niederschlagen - leider wiederum Fehl-anzeige. Die Nettoausgaben sollen 2009 um 2,2 % höher sein als 2005. Die Investitionen sollen jedoch 2009 um 8,9 % niedriger sein als 2005. Die Landesregierung will also nicht weniger Geld ausgeben, sie will mehr ausgeben. Als Ausgleich will sie aber auch nicht mehr investieren, sie will weniger investieren. Das ist kein Erfolg versprechendes Konzept für mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand, das ist eher das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es scheint, als habe die große Koalition ihren Finanzminister schon gezähmt und sich ganz der Bewahrung des Stillstandes hingegeben. Ich hoffe, dass dies nur so scheint.

Ein Indiz dafür, dass der Schein leider nicht trügt, geben uns die Funktionenübersichten 2005 und 2006. Zum Beispiel hatte Rot-Grün 2005 für die **politische Führung** des Landes 227 Millionen € angesetzt, mit dem Nachtrag hat die große Koalition beschlossen, dass sie hierfür in diesem Jahr mehr ausgeben will, 261 Millionen €, 34 Millionen € oder 15 % mehr. - Ich komme auf Ihren vermutlichen Einwand noch zurück. Im Haushaltsentwurf 2006 steigen die Ausgaben für die politische Führung auf 289 Millionen €. Das sind noch einmal 28 Millionen € oder 11 % mehr. Es scheint, als sei die große Koalition vor allem eines, nämlich teuer.

Übrigens hat der ehemalige Oppositionsführer und heutige Landtagspräsident in einer seiner Reden zum Doppelhaushalt 2004/2005 genau diese Politik von Rot-Grün aufs Schärfste kritisiert, weil gleichzeitig geplante Investitionen des Landes gesenkt wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allerdings hat die Landesregierung hier zu einem Trick gegriffen. Denn sie verbucht den **Schleswig-Holstein-Fonds**, die angeblich neue wirtschafts- und finanzpolitische Wunderwaffe, als Ausgabe für die politische Führung, sozusagen als globale Mehrinvestition. Im Nachtrag veranschlagt sie dafür 35 Millionen €, im Haushaltsentwurf 2006 sogar 80 Millionen €. Bedauerlicherweise jedoch sollen die geplanten Investitionen des Landes trotzdem sinken, von 777 Millionen € im Haushalt 2005, der ursprünglich geplant war, auf heute - nach dem heute Morgen beschlossenen Nachtragshaushalt - 769 Millionen € und im Haushaltsentwurf 2006 weiter auf 762 Millionen €. Das ist das Gegenteil dessen, was der Finanzminister gerade proklamiert hat. Statt weniger Geld auszugeben und trotzdem die Investitionen zu steigern, erhöht die große Koalition den Staatskonsum auf Kosten der Investitionen des Landes.

(Beifall bei der FDP)

Das wirft auch kein gutes Licht auf den Schleswig-Holstein-Fonds. Denn wenn die Landesregierung hierfür im Nachtrag 35 Millionen € zusätzliche Investitionen veranschlagt, gleichzeitig aber die Investitionen um 9 Millionen € sinken, muss die Landesregierung andere Investitionstitel, die bereits veranschlagt waren, um 44 Millionen € gekürzt haben. Wir fragen uns: Was soll das? Das Gleiche gilt für den Haushaltsentwurf 2006. Gegenüber dem Nachtrag 2005 will die Landesregierung die Ausgaben für den Schleswig-Holstein-Fonds um 45 Millionen € steigern, gleichzeitig senkt sie aber die Investitionen um insgesamt 7 Millionen €. Folglich muss sie andere Investitionstitel um 52 Millionen € gekürzt haben. Was soll das?

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Wachstum mit weniger Investitionen - dann hätte Schleswig-Holstein während der rot-grünen Regierungszeit ja zum Wirtschaftswunderland werden müssen, wurde es aber nicht. Die Protagonisten des Fonds behaupten, jetzt würde alles anders, denn sie wüssten genau, wo die Investitionen des Landes die meisten privaten Investitionen auslösten. Das ist übrigens etwas, was uns Herr Stegner auch dauernd erklärt hat, als er noch Finanzminister war. Das behaupten - so meine ich - diejenigen, die noch nie oder nur selten über größere Privatinvestitionen zu entscheiden hatten. Vielleicht liegt es daran, dass diejenigen, die über die durch Allokationsschulden finanzierten Investitionsprogramme entscheiden, deren Wirkung meistens weit überschätzen und die Mitnahmeeffekte meistens weiter unterschätzen, so, wie die große Koalition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wird das nichts mit mehr Wachstum, mehr Arbeit und mehr Wohlstand in Schleswig-Holstein. Mit dem Kürzen der Investitionen bewahrt die große Koalition nur den Stillstand im Land und bekommt dabei wahrscheinlich selbst Schwierigkeiten. Aber in seiner Regierungserklärung versprach uns der Ministerpräsident, seine Landesregierung werde sich auf das Wesentliche konzentrieren: mehr Arbeitsplätze und bessere Bildung. Wie gesagt, das mit den Arbeitsplätzen scheint die Landesregierung schon auf die Jahre 2007 ff. verschieben zu wollen, sonst würde sie schon 2006 mehr investieren.

Allerdings hat der Ministerpräsident schon als Spitzenkandidat im Landtagswahlkampf dafür geworben, mit billigen Maßnahmen bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeit schaffen zu wollen, zum Beispiel durch weniger Bürokratie. Ich kann nur sagen, Recht hat er, aber diese Erkenntnis allein bringt noch keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Deshalb hat er extra ein Team zusammengestellt, sozusagen ein **Kompetenzteam der Deregulierung**. Geführt wird es von seinem fast besten Politmanager. Dieses Team ist bis jetzt zwar kräftig gewachsen, aber seine Kompetenz hat es noch nicht unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bisher wurden nur Arbeitsplätze in die neue Abteilung V des Finanzministeriums umverteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenigstens beim Thema **Arbeitsmarktpolitik** scheint sich etwas zu bewegen. Im Vergleich zum Nachtrag 2005 steigen die Nettoausgaben um 3,6 Millionen €, 35 %; immerhin etwas. Ob das allerdings mehr ist als eine gesellschaftspolitische Beruhigungspille, darüber lässt sich trefflich streiten. Die empirischen Befunde sprechen

dagegen. Wir alle wünschen uns zwar, dass eine erkleckliche Zahl von Arbeitslosen in eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt fortgebildet, weitergebildet oder trainiert werden könnte, aber die tatsächlichen Ergebnisse solcher Versuche sollten unsere Hoffnungen dämpfen, denn die Misserfolgsquoten solcher Maßnahmen sprechen dagegen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt nach wie vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht es mit dem **Schwerpunkt Bildung** aus? Ausgehend vom Nachtrag 2005 will die Landesregierung die Ausgaben für allgemein bildende Schulen um fast 18 Millionen € anheben, um 1,4 % - wenigstens scheinbar etwas, tatsächlich aber nicht. Denn im Rahmen der Ausgaben für Schulen steigen die Ausgaben für Versorgungsempfänger um über 27 Millionen €. Das bedeutet, die Landesregierung senkt die eigentlichen Ausgaben für die allgemein bildenden Schulen um fast 10 Millionen €.

Einen Lichtblick gibt es bei den Sonder- und Berufsschulen. In beiden Bereichen sollen die Ausgaben steigen, bei den Sonderschulen um 9 Millionen €, bei den Berufsschulen um fast 12 Millionen €.

Hingegen sieht es bei den Hochschulen wirklich schlimm aus. Insgesamt sollen die Ausgaben um über 8 Millionen € sinken. Berücksichtigen wir, dass die Versorgungsbezüge steigen, kürzt die Landesregierung die Bildungsausgaben im Hochschulbereich um fast 10 Millionen €.

Die Ausgaben für das sonstige Bildungswesen bleiben nahezu gleich.

Die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen sinken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ergibt folgendes Bild beim offiziellen politischen Schwerpunkt Bildung. Die Bildungsausgaben ohne Versorgungsbezüge sollen um über 2,4 Millionen € steigen - das sind 0,1 % -, allerdings nur, weil die Ausgaben im Rahmen des BAföG um über 2,4 Millionen € steigen. Folglich stagnieren die Ausgaben des Landes für das Bildungsangebot des Landes insgesamt. Auch beim Schwerpunkt Bildung plant die große Koalition also bis jetzt nur, den Stillstand zu bewahren.

Ich stelle fest, die Landesregierung hält ihre wirksamen Rezepte für mehr Arbeit und bessere Bildung in Schleswig-Holstein offensichtlich noch zurück, falls sie überhaupt welche hat. Vielleicht hängt das auch mit der **vorgezogenen Bundestagswahl** zusammen.

Schließlich läuft auf Bundesebene gerade die Mutter aller Richtungswahlkämpfe.

(Wolfgang Kubicki)

Auf der einen Seite kämpfen SPD, Linkspartei und Grüne in Richtung Vergangenheit, auf der Sonnenseite kämpfen CDU, CSU und FDP dafür, dass es den Menschen in Deutschland bald besser gehen kann, die CSU jedenfalls meistens.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Dieser Gegensatz bremst selbstverständlich den Elan der großen Koalition. Ebenso selbstverständlich streiten das in der Öffentlichkeit alle Beteiligten ab. Das ändert aber nichts daran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Schleswig-Holstein sich in den kommenden Jahren entwickeln kann und wird - darauf hat der Finanzminister nachdrücklich hingewiesen -, hängt stark davon ab, wer Deutschland in den kommenden Jahren regiert. Im schlechteren, aber derzeit dankenswerterweise unwahrscheinlicheren Fall blieben die Linken an der Macht: Schröder ginge, Fischer bliebe, Lafontaine käme wieder und brächte noch Gysi mit.

Dann müsste Deutschland den rot-grünen Murks weiter ertragen, verstärkt um die Versuche, gegen den Bundesrat die Bürgerversicherung durchzusetzen und die demographische Krise zu verschärfen, Kapitalvertreibungssteuern einzuführen, die wirtschaftliche Strukturkrise zu verschärfen und die Massenarbeitslosigkeit zu erhöhen und ein bisschen DDR-light mit Reisefreiheit durchzusetzen.

Die Mottenkiste der gescheiterten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik des letzten Jahrhunderts würde wieder geöffnet, und anstatt zu schrumpfen, wüchsen die Probleme Deutschlands, und zwar immer schneller.

Immer weniger Menschen fänden Arbeit oder behielten ihre, weil immer weniger Arbeitsplätze in Deutschland bezahlbar blieben. Die Sozialversicherungen würden noch schneller in die Pleite getrieben und am stärksten müssten bei diesem Unsinn wie immer die Schwachen und die Schwächsten in unserem Lande leiden.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedoch steht es mit dem Wahlkampf der Linken nicht zum Besten, besonders nicht mit dem der SPD. Vor drei Jahren wurde Gerhard Schröder von der Elbflutwelle gerade noch zum Wahlsieg geschwemmt, dieses Jahr hilft nicht einmal der äußerste Einsatz von Edmund Stoiber. Die Umfragewerte liegen bei 30 %.

(Beifall bei der FDP)

Das sollte auch niemanden wundern, denn womit und wofür wirbt die SPD? Positiv umschrieben: Das darf sich jeder aussuchen, ehrlich beschrieben: Die Sozialdemokraten wissen es selbst nicht.

Bundeskanzler Gerhard Schröder ist mit seiner Politik an seiner eigenen Partei gescheitert. Das hat er sich vom Bundestag bestätigen lassen. Auch der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht teilen seine Ansicht. Jetzt tingelt dieser gescheiterte Bundeskanzler als Spitzenkandidat der SPD durchs Land und will für die Politik wieder gewählt werden, mit der er nach seiner eigenen Aussage an seiner SPD gescheitert ist. Vielleicht hat unser Finanzminister deshalb Zukunft, als er in seinen Finanzplan geschrieben hat, er wolle sich deutlich von der SPD abheben, denn die wirkt nur noch für die Vergangenheit, eben für jene Politik, für die sie ihrem Kanzler das Vertrauen entzog.

(Beifall bei der FDP)

Die SPD - das ist absehbar - wird an dem Widerspruch scheitern, dass sie mit dem parteiinternen Verlierer Gerhard Schröder als Spitzenkandidat antritt.

Was schlägt die **SPD** denn auf **Bundesebene** vor? Zum Beispiel wollen die Sozialdemokraten auf die positiven Wirkungen von Hartz IV warten, aber nicht alle, denn diejenigen, die ihrem Spitzenkandidaten nicht vertrauen, sind gegen Hartz IV.

Auch wollen die Sozialdemokraten darauf verzichten, den Unternehmen Anreize zu bieten, mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Es reicht ihnen, dass die britische Zeitschrift „The Economist“ in der letzten Woche etwas Positives über die deutsche Wirtschaft berichtete.

Zum Beispiel haben sich die deutschen Lohnstückkosten günstiger entwickelt als in den großen westeuropäischen EU-Staaten. Das ist toll, nur hilft es leider überhaupt nicht gegen den Kostendruck aus den großen, mittleren und kleinen EU-Staaten im Osten Deutschlands, im Osten Europas, denn dort betragen die durchschnittlichen Löhne für Facharbeiter ein Viertel des deutschen Sozialhilfesatzes und dorthin wandern die Arbeitsplätze ab und nicht nach Westeuropa.

(Zurufe von SPD und SSW)

- Sie brauchen nur einmal die Tageszeitung von heute zur Kenntnis nehmen, um festzustellen, dass beispielsweise Lego jetzt nach Tschechien abwandert; wahrscheinlich, weil der SSW im Norden unseres Landes so herausragende Politik geleistet hat.

Auch der Grund für die gesunkenen Lohnstückkosten ist weniger schön. Es ist die Auflösung sozialversi-

(Wolfgang Kubicki)

cherungspflichtiger Beschäftigungen zugunsten von Ich-AGs, Minijobs und Ein-Euro-Jobs. Hartz IV schlägt hier zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hingegen wollen erreichen, dass mehr Arbeitsplätze in Deutschland bleiben und dass im Saldo hier wieder **neue Arbeitsplätze** entstehen können. Deshalb wollen wir zum Beispiel das beiderseitige Verbandsmonopol auf dem Arbeitsmarkt lockern. Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit zulassen. Wenn die Mehrheit der Beschäftigten eines Betriebes zustimmt, dann soll in diesen Betrieben von Flächentarifverträgen abgewichen werden können. Damit bekommen diejenigen einen wichtigen Teil der Tarifautonomie zurück, der ihnen zusteht: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der FDP)

Denn um deren Schicksal geht es. Wir wollen, dass sie das selbst in die Hand nehmen dürfen.

(Zurufe und Lachen bei der SPD)

Es braucht noch mehr, damit in Deutschland wieder mehr Menschen Arbeit finden, zum Beispiel die Einsicht, dass Menschen ihr Kapital nur dort investieren, wo sie erwarten können, angemessen entschädigt zu werden dafür, dass sie anderen ihre Ersparnisse überlassen und dabei riskieren, sie zu verlieren. Herr Kollege Fischer, ich weiß gar nicht, warum Sie lachen. Ihre Politik in Berlin

(Rolf Fischer [SPD]: Meine?)

- Ihre ureigene Politik in Berlin hat dafür gesorgt, dass wir Massenarbeitslosigkeit haben und sie nicht bewältigen.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD)

- Ich sehe das ganz ruhig. In 14 Tagen werden wir sehen, wie die Massen den Sozialdemokraten in Deutschland dafür die Abfuhr erteilen werden.

(Beifall bei der FDP)

Anleger sind auf der Suche nach angemessener Verzinsung und in Unternehmen gebundenes Kapital kann sich nur verzinsen, wenn die Unternehmen Gewinne erzielen, die sie an die Eigentümer und Kapitalgeber auszahlen können. Wer den Unternehmen die Gewinne nehmen will, der vernichtet Arbeitsplätze. Arbeitsplätze bleiben nur dort erhalten, wo sie erstens mehr einbringen, als sie kosten, und wo sich zweitens diejenigen, die die Arbeitsplätze bereitstellen, auch angemessen entlohnt fühlen.

Die Sozialdemokraten versprechen auch, die **Krankenversicherung** als Bürgerversicherung endgültig

zu ruinieren. Alle sollen einzahlen. Das hört sich gut an. Die Sozialdemokraten unterschlagen aber immer Folgendes: Müssten alle einzahlen, dann müsste auch an alle ausgezahlt werden, und zwar mehr, als eingezahlt wurde.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

- Ich sehe ein, dass ich das nicht begriffen habe, aber ich würde trotzdem mal auf diejenigen hören, die sich wissenschaftlich mit diesem Problem beschäftigen, und nicht nur auf diejenigen, die Parteiprogramme für die SPD schreiben.

(Beifall bei der FDP)

Folglich würde die gesetzlich garantierte medizinische Versorgung für alle immer schneller schlechter und das träfe gerade die wirtschaftlich Schwachen, aber auch die mittleren Einkommensschichten. Beide haben nämlich nicht genug Geld für private Zusatzversicherungen zu ihrer Bürgerversicherung. So würden die Sozialdemokraten mit ihrer Bürgerversicherung endgültig die staatlich gewollte Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland verankern.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen genau das nicht. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland weiterhin erstklassig medizinisch versorgt werden können. Deshalb schlagen wir vor, das gesetzliche Zwangsversicherungsmonopol durch eine Versicherungspflicht zu ersetzen: Alle Krankenkassen stehen unter Kontrahierungszwang und im Gegenzug dürfen sie risikoäquivalente Beiträge erheben. Diejenigen, die sich diese Beiträge nicht leisten können, werden von der Allgemeinheit unterstützt. Ihre Krankenversicherungsprämien werden aus Steuern subventioniert.

Das hat mehrere Vorteile. Erstens werden die Kosten des Gesundheitssystems aufgedeckt und verursachergerecht zugeordnet, zweitens entsteht unter den Anbietern im Gesundheitswesen mehr Wettbewerb - das ist der sicherste Weg zu besseren Leistungen und mehr Effizienz - und drittens wird die Krankenversicherung von den Lasten der gesellschaftlichen Umverteilung entlastet. Trotzdem wird umverteilt, und zwar gerechter. Die Mittel werden dahin umverteilt, wo sie hingehören, nämlich direkt in die Hände des Staates. Dieser nimmt sie als Steuern von den Leistungsfähigeren und gibt sie denjenigen, die unterstützt werden sollen.

(Beifall bei der FDP)

Viertens - das ist kurzfristig der wichtigste Vorteil -

(Wolfgang Kubicki)

werden die Kosten des Gesundheitswesens von den Kosten der Arbeitsplätze entkoppelt.

(Beifall bei der FDP)

Die Lohnnebenkosten sinken und die Arbeit wird preiswerter. Deshalb wird sie stärker nachgefragt. Dann wird es auch etwas mit Hartz IV.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim **Steuersystem** wollen die Sozialdemokraten einige Ausnahmen streichen, die Steuersätze aber nicht senken. Einige wollen sie sogar erhöhen. Das bedeutet, in Deutschland müssten mehr Steuern gezahlt werden. Angesichts der Tatsache, dass bereits jetzt jeder zweite in Deutschland erwirtschaftete Euro vom Staat ausgegeben oder umverteilt wird, ist das kontraproduktiv. Das wird noch offensichtlicher, wenn wir vom Erwirtschafteten die Abschreibungen abziehen. Dann bleibt das Volkseinkommen übrig. Das ist das, was in einer Volkswirtschaft noch verteilt werden kann. Davon beansprucht der Staat in Deutschland bereits heute knapp 56 %. Wer dem Staat angesichts dessen noch mehr Geld zuschanzen will, der bringt Deutschland noch stärker in die Bredouille.

Wir wollen deshalb dreierlei: Erstens wollen wir, dass der Staat weniger Geld ausgibt; wir wollen die Subventionen kürzen. Zweitens wollen wir die Menschen mit einem einfachen und gerechten Steuersystem ohne Ausnahmen und mit niedrigen Steuersätzen - 0 %, 15 %, 25 % und 35 % - von Steuerpflichten entlasten. Herr Finanzminister, was glauben Sie, wie viele Beschäftigte in der Finanzverwaltung wir sparen könnten, wenn es einfache Steuersätze und einfache Bemessungsgrundlagen ohne jeden Ausnahmetatbestand gäbe? Ich muss das nicht erklären, weil ich ja weiß, dass in den Reihen der Union mit Professor Kirchhof nun jemand dabei ist, der das im Zweifel auch anderen erklären kann.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Steuersatz beträgt bei uns 0 %. 7.700 € an steuerpflichtigem Einkommen pro Familienmitglied - egal, ob Erwachsener oder Kind - sind bei uns steuerfrei. Das bedeutet für eine vierköpfige Familie, dass sie mehr als 30.000 € im Jahr steuerfrei verdienen kann.

Drittens bewirken wir mit unserem System, dass sich die Leistungsfähigen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, weil wir die Steuer-schlupflöcher schließen. Wir senken den Spitzensteuersatz auf 35 %. Niedrige Steuersätze und eine breite Bemessungsgrundlage - das ist ein modernes Steuersystem für einen leistungsfähigen Staat in einer dynamischen Welt.

Bei uns wissen die Bürger, woran sie sind; denn die FDP hat das Steuerkonzept, mit dem sie im Wahlkampf wirkt, bereits als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Allen anderen fehlte bezüglich ihrer Vorschläge bislang der Mut dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Finanzminister verweist ebenfalls häufig darauf, dass das Steuersystem vereinfacht werden muss und dass die Löhne und die Kosten der sozialen Sicherung entkoppelt werden müssen. Er verweist dann immer auf den Vorschlag - Ehre, wem Ehre gebührt -, den Frau Merkel von Herrn Stegner übernommen hat, nämlich die **Mehrwertsteuer** zu erhöhen, um die **Lohnnebenkosten** zu senken.

Allerdings ist Frau Merkel ein paar Schritte weiter als Herr Stegner. Sie spielt ja auch in einer höheren Klasse und ich sage ausdrücklich: Sie spielt auch um Klassen besser. Während Herr Stegner nämlich immer bei allgemeinen Floskeln stehen bleibt, bekennt sich Frau Merkel zu einem konkreten Plan: 2 Prozentpunkte Mehrwertsteuer mehr und dafür 2 Prozentpunkte weniger Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Sie unterschlägt dabei aber einiges. Weil die Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer größer ist als die beitragspflichtige Lohnsumme, gewänne der Staat bei der Mehrwertsteuer mehr Geld, als er bei der Arbeitslosenversicherung verlöre. Mit dieser Nettomehreinnahme, die Frau Merkel den Deutschen aus der Tasche ziehen möchte, will sie sich bei den Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder Unterstützung einkaufen. Dafür habe ich ein gewisses politisches Verständnis, wirtschaftlich ist das aber bedauerlicherweise der falsche Weg.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es würde Deutschland nämlich schaden. Erstens würde die Mehrwertsteuererhöhung die Wirtschaft belasten. Insbesondere würde die Schwarzarbeit ange-kurbelt. Zweitens wirken Mehrwertsteuererhöhungen immer regressiv. Niedrige Einkommen werden im Verhältnis viel stärker belastet als höhere Einkommen. Drittens ist die Mehrwertsteuer im Prinzip eine Lohnsummensteuer. Deshalb würde Arbeit kaum preiswerter. Viertens kann Deutschland es sich leisten, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken, ohne dafür Steuern erhöhen zu müssen. Man muss nur unsere Kombination aus Subventionsabbau und Steuerreform umsetzen.

Das alles zeigt: Auf die für Deutschland derzeit wichtigsten Fragen haben die Sozialdemokraten, die hier in Schleswig-Holstein und auch noch in Berlin in der Regierung sitzen, nur untaugliche Antworten. Union und FDP haben in der Summe ihrer Programme die

(Wolfgang Kubicki)

tauglichen Antworten. Wir werden nach dem 18. September dafür sorgen, dass die neue christlich-liberale Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel den Menschen in Deutschland genau diese tauglichen Antworten gibt.

(Beifall bei der FDP)

Dann kann die große Koalition hier in Schleswig-Holstein auch wieder auf ihren Finanzminister hören und ihn über die Nachschiebeliste dafür sorgen lassen, dass die Ausgaben im Haushalt 2006 sinken, die Investitionen trotzdem steigen und es so tatsächlich zu mehr Arbeit und besserer Bildung in Schleswig-Holstein kommen kann.

Wer es ganz einfach haben und ganz sicher gehen will, der wartet einfach auf unsere Vorschläge zum Haushalt 2006. Dort schreiben wir wieder auf, wie das geht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Präsidium dankt dem Oppositionsführer. - Ich erteile das Wort für die CDU-Landtagsfraktion dem Fraktionsvorsitzenden Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kubicki, wir hatten schon die Hoffnung, dass das neue Verfassungsamt des Oppositionsführers vielleicht auch dazu beitragen würde, dass hier etwas mehr Substanz - etwas mehr Butter bei die Fische - kommen würde.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich will nur mal sagen: Man kann sich nicht an einem Tag morgens hier hinstellen und in einer Polizeidebatte bei Anwesenheit der GdP und natürlich im Nachklang zu den Demonstrationen, die wir gestern erlebt haben - ich darf mir noch einmal Ihren Antrag von heute Morgen anschauen -, eine zweite Einsatzhundertschaft und die komplette Einführung der zweigeteilten Laufbahn der Polizei fordern, wissend, dass das Millionen kostet, und sich hinterher dann hier hinstellen und sagen, dass die Sparkonzepte unzureichend sind. Das passt nicht zusammen. Hier erwarte ich in Zukunft etwas mehr Substanz.

(Beifall bei CDU und SPD)

Im Gegensatz zum Herrn Oppositionsführer möchte ich die Aufmerksamkeit auf die eine oder andere Zahl lenken, die ich für besonders erwähnenswert halte. Nach Jahren einer stetig steigenden Neuverschuldung beraten wir heute den ersten Haushaltsentwurf für das

nächste Jahr 2006, in dem die **Nettoausgaben** erstmals wieder sinken - zwar nur etwas, aber sie sinken, Herr Kollege Kubicki -, in dem die **Neuverschuldung** um 140 Millionen € gesenkt wird und in dem trotzdem 100 Millionen € mehr als 2004 investiert werden. Die **Investitionsquote** des Landes steigt damit von 8,4 % auf 9,3 %. Ich will nicht so vermessen sein und das als Trendwende bezeichnen, aber es sind erste richtige und wichtige Schritte in die richtige Richtung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Deswegen lesen wir diesen Entwurf mit großem Wohlwollen. Die Zahlen zeigen, dass die große Koalition unter Führung unseres Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die ihr im Februar diesen Jahres übertragene Verantwortung ernst nimmt. Nicht umsonst hat auch die 100-Tage-Bilanz des Ministerpräsidenten eine so gute Resonanz in den Medien gefunden. Die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte deutliche Signal zur Umsteuerung nicht nur eine leere Phrase ist, sondern von der gesamten Politik der neuen Landesregierung und auch von diesem Haushalt ausgeht. Sie erkennen: Wir machen mit unseren Sparplänen und dem ehrgeizigen Ziel, die Neuverschuldung im Laufe der Legislaturperiode zu halbieren, Ernst.

Bei diesem Thema gilt aber dennoch das Wort des Schwaben Manfred Rommel, des früheren Oberbürgermeisters von Stuttgart. Er sagte: Sparen heißt, Geld, das nicht da ist, nicht auszugeben. Wer Geld, das nicht da ist, ausgibt, ist kein Sparer. - Wir erkennen, dass die jetzige Haushaltssituation sehr ernst ist und dass der Finanzpolitik bei aller Einsicht der Verantwortlichen und der Bürger, die die Einschnitte erdulden müssen, Grenzen gesetzt sind. Wir müssen gleichzeitig bremsen und Gas geben. Bremsen müssen wir bei den Ausgaben, Gas geben müssen wir bei den Investitionen.

Herr Kollege Kubicki, damit wir an dieser Stelle schon wissen, über welche Zahlen wir derzeit aktuell reden - was wir 2006 verabschieden, werden wir dann sehen -, bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen: Wir haben mit dem Nachtragshaushalt 2005 15 % mehr Investitionen gegenüber dem Ist 2004. Wenn die Investitionen 2006 so realisiert werden, wie sie jetzt im Entwurf stehen, dann werden es auch dort 14 % mehr als im Ist 2004 sein. Das ist bei dieser engen Haushaltslage eine wirkliche Leistung dieser Koalition und der Regierung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir schaffen das alles aber nur - teilweise ist es fast eine Quadratur des Kreises -, wenn alle mitmachen.

(Dr. Johann Wadephul)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle einmal sagen - wir alle sind ja im Bundestagswahlkampf draußen, nehmen sehr viel Stimmung auf und hören sehr viel -, welche Stimmung ich entgegennehme und welche Stimmung auch andere, die heute hier im hohen Haus dabei sind, hören. Die **Menschen** haben wieder **Hoffnung**. Sie kommen auf uns zu und sagen: Ihr kriegt die Sache in den Griff, es passiert endlich etwas in Schleswig-Holstein. Mit dieser Stimmung können wir es schaffen. Wir werden es auch schaffen. Wir haben Ziele. Wir haben eine äußerst schwierige Haushaltssituation, aber die Menschen merken, wir meinen es ehrlich, wir meinen es ernst. Sie helfen uns und sie machen mit. Mit diesem Geist werden wir es gemeinsam schaffen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Auch wenn der Haushalt 2006 noch eine Nettokreditaufnahme von über 1,5 Milliarden € erfordert, ist und bleibt es unser ehrgeiziges Ziel, die Nettokreditaufnahme über die Legislaturperiode hinweg schrittweise auf 1 Milliarde € im Haushaltsjahr 2009 zu reduzieren. Angesichts eines Schuldenstandes von rund 22 Milliarden € weiß jeder, welche Kraftanstrengungen dafür erforderlich sind. In diesem Zusammenhang gilt unserer besonderer Dank unserem Finanzminister Rainer Wiegard, der mit diesem Haushalt unter Beweis gestellt hat, dass man Politik auch in Zeiten knapper Kassen verantwortungsvoll gestalten kann.

(Beifall bei der CDU)

Nichtsdestotrotz ist die Haushaltslage dramatisch. Die **Deckungslücke im Haushaltsjahr 2005** beträgt über 1,7 Milliarden €. Bereits heute ist abzusehen, dass - wie bereits in den vergangenen drei Jahren auch - im Jahr 2005 und in den kommenden Jahren die Nettokreditaufnahme in Schleswig-Holstein die Summe der eigenfinanzierten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen übersteigen wird. Der Präsident des Landesrechnungshofs wohnt diesen Beratungen bei. Wir wissen um die ernst zu nehmende Kritik des Landesrechnungshofs in diesem Punkt. Wir wissen auch um die polemischen Phrasen des finanzpolitischen Sprechers der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der nach jahrelanger Regierungsverantwortung auf einmal zu wissen vorgibt, wie die Probleme zu lösen sind. Frau Kollegin Heinold, heute Vormittag haben Sie in einer bestimmten Debatte das Wort peinlich in den Raum geworfen. Ich finde es eigentlich nur peinlich, dass Sie, die grüne Fraktion und insbesondere die Ex-Ministerinnen und Ex-Minister, die in Ihrer Fraktion sind, entweder

alles vergessen haben, was sie getan haben, oder uns für dumm verkaufen wollen. Das ist peinlich!

(Beifall bei der CDU)

Der Landesrechnungshof kritisiert, dass die Landesregierung erst gar nicht den Versuch unternimmt, eine **verfassungskonforme Begründung der Überschreitung der Kreditobergrenze** zu geben, wie sie Artikel 53 der Landesverfassung für erforderlich hält, wonach diese nur bei Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder bei einer problematischen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes möglich ist. Meines Erachtens ist diese Kritik nur teilweise berechtigt, denn die geforderte Begründung, die in diesem Hause in den vergangenen Jahren und auch für viele andere Haushalte anderer Bundesländer und zum Teil auch des Bundes zur Frage der Verfassungswidrigkeit oder der Verfassungsmäßigkeit in den letzten Jahren gegeben worden ist, war fingiert. Das wissen wir.

Ich muss Ihnen sagen: Ich teile die Auffassung des Finanzministers. Mir ist es lieber, es gibt eine ehrliche und eine klare **Bestandsaufnahme**, die sich zu den Problemen bekennt, die nichts beschönigt und die schonungslos die Lage beschreibt. Das ist besser, als eine Begründung hineinzuschreiben, deren Fadescheinigkeit mit Händen zu greifen ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen den Menschen gegenüber ehrlich sein. Das wird immer wieder versprochen und in der Politik allenthalben. Deshalb hat sich die Regierungskoalition darauf verständigt, einen Entschließungsantrag in die parlamentarische Beratung einzubringen, der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit als oberste Prinzipien nennt und offen und ehrlich erklärt, dass die Probleme des Haushalts nur zum Teil auf eine vorübergehende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zurückzuführen sind. Die ernste **finanzielle Lage des Landes** ist nämlich auch auf strukturelle Probleme des Landes zurückzuführen, die sich in den 90er-Jahren und in der vergangenen Legislaturperiode erheblich steigend verstetigt haben und die zu einer erheblichen Einschränkung der finanziellen Handlungsmöglichkeit des Landes geführt haben. Ursache dafür ist die unterbliebene rechtzeitige Anpassung der Ausgabeseite. So sind 92 % der Ausgaben durch gesetzlich festgelegte Ausgaben schon fest gebunden. Dazu gehören zum großen Teil der hohe Personalkostenanteil und die steigenden Pensionslasten.

Ich will offen einräumen, meine Fraktion hat diesen Punkt auch diskutiert, weil er thematisiert worden ist.

(Dr. Johann Wadephul)

Man könnte dies natürlich dadurch beheben, dass man sich die Ausgaben anschaut und die **Ausgaben** erheblich zusammenstreicht. Wenn wir uns das Volumen angucken, um das wir dann kürzen müssten, landen wir bekanntermaßen bei einer Summe von ungefähr 1 Milliarde €. Ich will im Plenum noch einmal sagen, über welche Ausgabepositionen wir dann miteinander diskutieren. Wir reden über den kompletten **kommunalen Finanzausgleich**. Wenn hier jemand ist, der den komplett, und zwar nicht nur in 2006, sondern auch in den Folgejahren, streichen will, dann stehe er bitte in dieser Debatte auf und melde sich.

(Beifall bei CDU und SPD)

Weiter will ich sagen: Wir könnten dasselbe erreichen, wenn wir alle unsere etwa 20.000 Lehrer sofort entlassen würden; setzte man voraus, das ginge. Man kann den kommunalen Finanzausgleich auch hälftig kürzen und die Hälfte aller Lehrer rausschmeißen. Darüber reden wir. Wer in dieser Situation unsere **Zwangslage** erkennt und die **Verfassungssituation** im Blick hat, der muss doch sehen: Wir erreichen hier kurzfristig überhaupt nichts. Man kann verantwortungslos sein und die Kommunen auf sämtlichen Kosten hängen lassen und ihnen überhaupt keine Zuschüsse mehr geben. Man kann darüber nachdenken, die Lehrer, die wir einstellen, nicht mehr einzustellen. Ich komme noch zur Bildungspolitik. Realistischerweise ist ein kurzfristiges Beheben eines dermaßen hohen Finanzierungsdefizits politisch überhaupt nicht durchsetzungsfähig. Wir würden den Frieden in unserem Land, das soziale Gleichgewicht und das Vertrauen in die Landespolitik dermaßen erschüttern, dass wir an dieser Stelle erkennen müssen: Wir können die Verfassungsnorm an dieser Stelle in ihrer Reinheit nicht einhalten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das ist eine Situation, über die wir lange - auch innerhalb meiner Fraktion - diskutiert haben. Von meiner Fraktion wissen Sie auch aus den vergangenen Debatten, dass der Finanzminister als finanzpolitischer Sprecher unserer Fraktion an dieser Stelle hohe Ansprüche formuliert hat, die wir uns gut überlegt haben. Wir sind gespannt, ob es andere Vorschläge aus diesem Hause gibt. Wir blicken diesen gern und aufgeschlossen entgegen. Nur hilft es in einer solchen Lage auch nichts, nur einen Teilschritt zu schaffen und die Verfassungsmäßigkeit nicht ganz herzustellen. Wenn, dann müsste man es ganz machen. Es hilft auch nichts, nur hineinzuschreiben: Wir halten den Haushalt für verfassungsgemäß, weil wir von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgehen. Der Bundesgesetzgeber hat gesagt, es gibt keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichge-

wichts. Dies bedingt, dass man sich in Schleswig-Holstein nicht hinstellen kann und sagen kann: Bei uns ist es so miserabel, wir haben eine. Das geht nicht.

Ich halte auch nichts von dem Vorschlag, über den man dann noch diskutieren könnte, dass man Artikel 53 der Landesverfassung ruhen lässt, außer Kraft setzt oder was auch immer. Ich sage dies nur, um alle Möglichkeiten durchzuspielen. Das ist auch eine Sache, die wir niemals machen würden, weil wir natürlich den Zwang der Verfassung brauchen, diese Situation wieder zu ändern. Dazu fühlen wir uns verpflichtet und das werden wir umsetzen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Wenn wir über die **Ursache der Finanzprobleme**, die wir hier im Land haben, und über die **Einnahmesituation** reden, dann gehört das Folgende dazu, das ich auch in dieser Situation sagen will. Ich glaube, es wäre falsch, wenn wir alle miteinander so tun würden, als befänden wir uns nicht auch in einer bundespolitischen Auseinandersetzung über den richtigen Weg. Die schlechte konjunkturelle Lage in Deutschland insgesamt hat erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Schleswig-Holstein. Das größte Problem ist und bleibt die immer stärker steigende Massenarbeitslosigkeit. Wir verlieren nahezu täglich 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Im Bund sind offiziell knapp 5 Millionen Menschen arbeitslos. Das ist die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Dazu gehört, dass wir natürlich über die richtigen Konzepte miteinander diskutieren und darüber, wie das geändert werden kann. Der Kollege Kubicki hat das sehr pointiert angesprochen. Auch in Schleswig-Holstein sind die Zahlen, die zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme festgestellt werden mussten, düster. 160.000 Menschen sind arbeitslos. Das ist eine Quote von 11,4 %. Wir verzeichnen im Jahr 4.000 Insolvenzen und einen Rückgang der Investitionen sowie ein sinkendes Wirtschaftswachstum. Deshalb gilt für diese Koalition in Schleswig-Holstein, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen, die in Schleswig-Holstein wieder neue Arbeitsplätze entstehen lassen.

Ich nehme an dieser Stelle als Vorsitzender der CDU-Fraktion natürlich erfreut zur Kenntnis, dass das, was Maßgabe hier für uns in Schleswig-Holstein ist, nun auch Maßgabe für diejenigen ist, die in Berlin einen Regierungswechsel unter der Führung von Angela Merkel anstreben: Sozial ist, was Arbeit schafft. Arbeit hat Vorfahrt vor allen anderen Projekten.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Dr. Johann Wadephul)

Zu dem Plan gehört, die Sozialabgaben zu senken, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, eine Steuerreform, die eine nachhaltige Vereinfachung bedeutet, auf den Weg zu bringen, mit dem Bürokratieabbau - so wie hier in Schleswig-Holstein - auch auf Bundesebene Ernst zu machen und den Beitrag der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung zu senken und im Gegenzug - das gehört auch dazu - die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 % zu erhöhen.

Ich muss mich hier schon über die Kritik von dem Kollegen Kubicki, aber auch über den Beifall des Kollegen Müller etwas wundern, hat Letzterer doch im Vorfeld der letzten beiden Sitzungen dieses Landtages eine große Debatte angezettelt und uns und mich geradezu aufgefordert, ich sollte mich dazu bekennen, dass die CDU für eine Mehrwertsteuererhöhung ist. Jetzt machen wir es, Herr Kollege Müller, und nun ist es wieder nicht richtig.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verleugnet haben Sie das!)

- Wir sagen es vorher. Wir sagen es vor einer Wahl.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, vor acht Wochen haben Sie es noch geleugnet!)

- Entschuldigung, die Bundestagswahl steht doch noch bevor. Es ist doch nicht meine Aufgabe, das finanzpolitische Konzept auf Bundesebene zu erläutern. Das tun bei uns die Kanzlerkandidatin und diejenigen, die auf Bundesebene Verantwortung tragen. Im Gegensatz zu Ihnen sagen wir vorher, was wir hinterher auch an schwierigen Punkten durchsetzen wollen. Ich finde, das ist eine tolle Leistung von Angela Merkel. Deswegen ist das auch das richtige Konzept.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird zu meiner größten Freude auch der jetzige Innen- und frühere Finanzminister, der Kollege Stegner, Lügen gestraft, der einmal gesagt hat - wir können es in den „Kieler Nachrichten“ vom 1. Dezember 2004 nachlesen -: Politiker beißen sich eher in die Zunge, als vor Wahlen darüber zu reden. - Angela Merkel handelt nicht so. Sie zeigt Mut, Herr Kollege Stegner. Insofern wünsche ich mir vielleicht noch etwas mehr Unterstützung an dieser Stelle.

An dieser Stelle - das kann man als Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Christdemokraten doch gern einmal festhalten; ich habe es kürzlich in einem Interview in den „Kieler Nachrichten“ auch gern eingestanden - folgen wir in der Tat einem Vorschlag, den der Kollege Stegner und insbesondere die frühere Ministerpräsidentin Heide Simonis gemacht haben.

Ich möchte aus dem am 16. März 2004 vorgelegten Konzept von Ministerpräsidentin Simonis auszugsweise nur einmal zwei, drei Sätze zitieren. Auf Seite 5 heißt es unter Punkt 6: Den Faktor Arbeit entlasten bedeutet Förderung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die hohen Lohnnebenkosten wirken wie eine Strafsteuer. Wir wollen daher die Abgaben auf Arbeit senken und gleichzeitig den Steueranteil bei der Finanzierung der Sozialsysteme erhöhen. - An späterer Stelle heißt es: Deshalb wollen wir im Zuge dieses Prozesses den normalen Umsatzsteuersatz an das europäische Niveau angleichen und nicht gerechtfertigte Ausnahmen streichen.

(Beifall beim SSW)

Wer das macht, findet unsere Unterstützung, allerdings nicht ganz, denn das europäische Niveau, Herr Kollege Weber, liegt bei 19,8 %. Wir lassen es mit 18 % gut sein. Wenn die Sozialdemokraten die Courage aufbringen, die CDU jedenfalls in Schleswig-Holstein an dieser Stelle kräftig zu unterstützen, leisten sie einen Beitrag dazu, dass mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit entsteht. Darum bitte ich an dieser Stelle ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Wadephul, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Nein, das gestatte ich nicht. Ich bitte um Verständnis dafür. Herr Kollege Müller, wir können im weiteren Verlauf noch über das eine oder andere miteinander diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, mein Gedächtnis ist wahnsinnig gut.

Die von den Einsparmaßnahmen, die im Lande durchgeführt werden müssen, betroffenen Menschen werden zum Teil natürlich einiges zu verkraften haben. Die Landesregierung hat aber, wie das auch auf Bundesebene vorgesehen ist, zugleich **Reformen** auf den Weg gebracht, die den Haushalt in den kommenden Jahren entlasten. Dazu trägt zum Beispiel der vom Justizminister erarbeitete Entwurf zur **Amtsgerichtsstrukturreform** bei. Er eröffnet jedenfalls Perspektiven im Hinblick auf notwendige Synergieeffekte und Spezialisierungsmöglichkeiten.

Auch mit der Verwaltungsstrukturreform in den Händen des Innenministers Dr. Ralf Stegner werden wir Einsparungen durch Effizienzgewinne erreichen,

(Dr. Johann Wadephul)

indem wir die Verwaltungen der Kommunen und auch des Landes so professionell, bürgernah und wirtschaftlich wie möglich aufstellen. Ziel der Reform ist und bleibt, Doppel- und Dreifachzuständigkeiten zwischen Land, Kreisen und Kommunen zu beseitigen und Synergieeffekte zu erzielen, wovon alle Ebenen profitieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dabei steht für uns fest - angesichts einer zum Teil etwas aufgeregten Debatte in der kommunalen Landschaft möchte ich das unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag noch einmal sagen -: Eine Gebietsreform wird es nicht geben. Wir reden über eine Verwaltungsreform.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die vier bis fünf Dienstleistungsbereiche, die in der Trägerschaft der Kreise entstehen, werden daher auch nicht automatisch die Keimzelle für vier bis fünf Regionalkreise sein, wie es die Grünen in die Reform hineindichten. Solche Wunschvorstellungen kann man nur haben, wenn man aufgrund fehlender Legitimation nicht weiß, wie in den Kommunalparlamenten gearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU steht für den Erhalt der vielfältigen ehrenamtlichen Strukturen und wird dafür Sorge tragen, dass die Selbstverwaltung vor Ort erhalten bleibt.

Mit der **Verwaltungsstrukturreform** geht die Überprüfung aller Aufgaben, Vorschriften und Strukturen in der Landesverwaltung einher. Wir wollen und werden uns von Aufgaben trennen und Aufgaben an die kommunale Ebene abgeben, die diese viel effizienter erledigen kann.

(Beifall bei der CDU)

Der neue **Schleswig-Holstein-Fonds** ist ein klares Aufbruchsignal für die Wirtschaft und damit auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Trotz schwieriger Haushaltslage ist der Landesregierung mit dem Schleswig-Holstein-Fonds ein Kraftakt gelungen, um den Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen. Mit Landesmitteln in Höhe von 415 Millionen € bis 2009 und ergänzenden Darlehen stehen 800 Millionen € zur Verfügung, die ein Investitionsvolumen von mehr als 1,6 Milliarden € in Schleswig-Holstein zugunsten der Schwerpunktbereiche Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung auslösen werden.

Ich habe die Bekundung des Kollegen Müller in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen und nehme hier auf das Bezug, was Sie heute zum Nachtragshaushalt beantragt haben. Es ist natürlich sehr einfach, an dieser Stelle schlicht eine Streichung zu beantragen. Wir werden aber kein Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein erzeugen und auch keine Arbeitsplätze in unserem Lande generieren, wenn wir als Staat von unseren knappen Mitteln nicht auch investive Mittel einsetzen. Deshalb ist dieser Fonds so wahnsinnig wichtig. Deshalb kann man ihn nicht einfach kürzen und wegstreichen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich sage das, weil Sie heute den Nachtragshaushalt um 35 Millionen € kürzen wollten. Das ist ein Thema, über das wir in den nächsten Jahren miteinander streiten werden. Ich setze darauf, dass wir auch den Volkswirt Müller an dieser Stelle irgendwann werden überzeugen können.

Wir setzen auf den **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**, die mit gut 150.000 € aus dem Schleswig-Holstein-Fonds gefördert werden soll. Das hat herausragende Bedeutung. Die derzeitige Verkehrsinfrastruktur Schleswig-Holsteins ist angesichts der Marktferne unseres Bundeslandes ein wirkliches Hindernis für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung. Das wichtigste Verkehrsprojekt für die Zukunft unseres Landes ist und bleibt der beschleunigte Ausbau der A 20 mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt und einer Anbindung an das niedersächsische Fernstraßennetz.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir sind im Übrigen dafür, dass man in diesem Zusammenhang auch auf Bundesebene über Planungsvereinfachung nachdenkt. Es gibt diesbezüglich schon Vorschläge. Die Verabschiedung eines Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes für ganz Deutschland ist ein guter Beitrag dazu, dass wir endlich wieder zu Planungszeiten kommen, die einer europäischen Harmonisierung entsprechen. Gucken Sie sich einmal an, in welchem Tempo in Dänemark die Brücken gebaut worden sind!

(Beifall bei der FDP)

Dieses Tempo müssen wir auch in Deutschland erreichen. Dänemark ist in dieser Hinsicht ein echtes Vorbild für uns.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Über die **Investitionen** im Bereich des Einzelplans des **Innenministeriums** ist heute schon an anderer Stelle gesprochen worden. Ich möchte hier aus Zeitgründen nur auf die Erneuerung des Bootsparkes und

(Dr. Johann Wadephul)

die Einführung des Digitalfunks hinweisen. Wir nehmen richtig Geld in die Hand, um unsere Polizeibeamten professionell auszurüsten.

Ich möchte an dieser Stelle deshalb noch einmal etwas zur Situation der Polizei sagen. Wir sehen uns in einer klaren Verantwortung für die Beamtinnen und Beamten, die diesen schweren Dienst tun, und unterstützen das, was der Innenminister heute in der Debatte gesagt hat: Wir brauchen Stellenstrukturverbesserungen im mittleren, insbesondere aber auch im gehobenen Dienst unserer Landespolizei. Es gibt Beamtinnen und Beamte, die über 20 Jahre auf eine Beförderung warten. Wir stehen an ihrer Seite und werden für sie etwas tun.

Wenn wir über die Schwierigkeiten reden, die wir haben, und wenn wir die Demonstrationen der vergangenen Tage sehen, gehört aber auch dazu, dass wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst einmal vor Augen führen - auch der Innenminister hat es gestern in einer Pressemitteilung zum Ausdruck gebracht -, was für ein Wert es ist, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben. Es ist vom Kollegen Kubicki gerade eben schon auf Lego hingewiesen worden. Spar gibt es auch. Wir haben es bei Panasonic in Neumünster erlebt. Ich könnte die Reihe weiter fortsetzen. Wir haben etliche Betriebe und Unternehmen in Schleswig-Holstein erlebt, bei denen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Zu meiner fast täglichen Praxis als Rechtsanwalt, der viel Arbeitsrecht macht, gehört es, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor mir sitzen zu haben, die Ende 40 oder Anfang 50 sind - bei Möbel Kraft vielleicht 25 Jahre gefahren sind -, die schlicht vor der Situation stehen, dass sie sagen: Ich habe ein Haus gebaut, das nicht voll bezahlt ist, ich habe Kinder, die sich in der Ausbildung befinden. - Die sind völlig schuldlos in eine solche Situation gekommen. Denen kann man kaum helfen. Da gibt es dann Abfindungen, die handelt man als Arbeitsrechtsanwalt vielleicht noch mehr oder minder vernünftig aus, die Gewerkschaften wirken dabei mit. Aber diese Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz.

Ich möchte allen **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes** in Schleswig-Holstein Folgendes sagen: Wir wissen, dass sie viel leisten. Wir wissen, dass wir auch einiges abverlangen. Aber Sie haben eine ungemein bessere, sicherere Zukunft als viele andere in der Wirtschaft. Das mögen sie bitte bedenken.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dazu gehört auch eine herzliche Bitte an diejenigen, die sie vertreten. Ich habe von Arbeitnehmervertretern viele Sachen gehört, die ich gut verstehen kann. Aber wenn der Chef des DGB Nord, Herr Deutschland, der Politik vorwirft, das sei organisierter Betrug oder schlichte Enteignung, dann muss ich dem Gewerkschaftsvertreter an der Stelle sagen: Man erhöht seine Glaubwürdigkeit auch dadurch, dass man eine angemessene Wortwahl wählt und nicht anfängt, Politik automatisch zu kriminalisieren. Das halte ich auch in dieser Situation für völlig unangebracht.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass für die CDU-Landtagsfraktion die Verstärkung der Maßnahmen im **Bildungsbereich** außerordentlich wichtig ist. Wir freuen uns sehr, dass es möglich geworden ist - darüber haben wir anlässlich der Debatte über den Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung miteinander diskutiert -, die Schulsituation nachhaltig zu verbessern. Wir freuen uns auch darüber, dass wir Englischunterricht ab der dritten Klasse erteilen können, dass wir die Verlässliche Grundschule einführen können - ein wichtiger Beitrag dafür, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden. Dies sind wichtige Aufgaben.

Ich möchte an der Stelle einen Satz zum Lehrerberuf sagen: Er steigt derzeit. Frau Bildungsministerin, Herr Finanzminister, wir wissen aber auch, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler gegen Ende der Legislaturperiode und in der nächsten Legislaturperiode stark zurückgehen wird und wir dann auch einen verminderten Lehrerberuf haben werden. Deswegen muss es unsere feste Absicht sein, heute mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, um dem erhöhten Bedarf gerecht zu werden, aber wir müssen auch die feste Absicht haben, dann gegen Ende des Jahrzehnts durch Altersfluktuation wieder Personal abzubauen, um der Haushaltssituation Rechnung zu tragen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über viele Einzelbereiche werden wir in den nächsten Wochen und Monaten auch in den Ausschüssen intensiv diskutieren können. Uns ist es wichtig gewesen, dass es mit diesem Haushalt einen ersten Schritt in die richtige Richtung gegeben hat. Wir machen uns die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Haushalts nicht einfach. Ich wollte mit meiner Rede zum Ausdruck bringen, dass wir eine langfristige Verpflichtung der Politik des Landtages in Schleswig-Holstein sehen, der wir uns ausdrücklich stellen, unseren Kindern nicht Erblasten zu hinterlassen, die sie selber nicht mehr abbauen können. Nachhaltigkeit ist ein großes Wort und ein Modewort, das wir immer wieder hören. Wir

(Dr. Johann Wadephul)

sind uns unserer Verantwortung bewusst. Wir werden in den nächsten Jahren auf einem klaren Sparkurs bleiben. Wir wollen aber auch auf einem Kurs bleiben, mit dem wir in dieser großen Koalition gemeinsam unser Heimatland voranbringen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Herrn Dr. Wadephul, und erteile nunmehr dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, dem Kollegen Lothar Hay, das Wort.

(Zurufe)

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, dass ich aufgrund einer Meniskusoperation nicht die Fähigkeit habe, 30 Minuten hinter dem Rednerpult zu stehen. Ich wollte Ihnen einfach ersparen, dass ich irgendwann sage: Ich kann nicht mehr!

(Heiterkeit)

Ich gehe an Krücken, aber die SPD nicht.

(Beifall)

Die große Koalition hat heute vor 127 Tagen ihre Arbeit aufgenommen. Wir Sozialdemokraten sind mit der bisherigen Bilanz zufrieden. Lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen, bevor ich in die Details hineingehe.

Erstens. Das, was Finanzminister Rainer Wiegard als Begründung für den Nachtragshaushalt 2005 und für den Haushaltsentwurf 2006 zum Thema der **Nichtverfassungsmäßigkeit** vorgetragen hat, ist genau das, was wir als Sozialdemokraten mittragen. Angesichts des Dreiklangs Sparen, Investieren und Konsolidieren müssen wir den Menschen in Schleswig-Holstein in aller Deutlichkeit klarmachen, dass dieser Kurs fortgesetzt wird und dass es in den folgenden Jahren weitere schmerzhaft Einschnitte geben wird. Deshalb muss man an dieser Stelle deutlich machen, aus welchem Grund wir die Verfassung nicht erfüllen können. Alles andere wäre aus meiner Sicht der Versuch, Sand in die Augen zu streuen. Diesen Weg können wir nicht gehen; deshalb die volle Unterstützung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei SPD und CDU)

Zweitens. Ich schließe mich, was den Oppositionsführer betrifft, den Worten von Herrn Wadephul an. Ich bin deshalb etwas nachsichtig, weil er ja noch keine

100 Tage im Amt ist, nachdem wir uns geeinigt haben. Nach 100 Tagen will ich darauf eingehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben in der großen Koalition wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht, wichtige Vorhaben, auf die ich später noch eingehe. Herr Wadephul hat aber zu Recht darauf hingewiesen: Es bringt überhaupt nichts, wenn man unterschiedliche Auffassungen, die es auf Bundesebene zwischen CDU und SPD gibt und die ins Land hineinspielen, einfach verschweigt. Auch das gehört zum offenen Umgang miteinander.

Aber lassen Sie mich einige Punkte nennen, die wir in diesen 127 Tagen schon auf den Weg gebracht haben. Wer erwartet, dass Projekte, die benannt werden, die im Entwurf dargestellt werden, innerhalb von 127 Tagen so weit umgesetzt werden, dass sich die ersten Ergebnisse für den Haushalt zeigen, der sollte in diesem Jahr lieber Andersens Märchen lesen. Das wäre ein besserer Beitrag. Das braucht Zeit. Das muss mit den Betroffenen diskutiert werden. Das ist der Stil, den wir Sozialdemokraten im Land gepflegt haben und auch in Zukunft pflegen wollen.

Wir haben einen Entwurf für die **Strukturreform der Amtsgerichte** auf den Weg gebracht. Wir haben Leitlinien für die **Verwaltungsstrukturreform** auf den Weg gebracht. Ich bin dankbar, dass Herr Wadephul ausdrücklich darauf hingewiesen hat: Wir wollen eine Verwaltungsstrukturreform, keine Gebietsreform. Das muss auch den Kommunalpolitikern vor Ort noch einmal deutlich gemacht werden, damit hier Ängste genommen werden können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben die so wichtige **vorschulische Sprachförderung** verstärkt, weil wir wissen, dass ausreichende Deutschkenntnisse wichtig sind, und zwar nicht nur für Kinder von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern auch für die eigenen deutschen Kinder,

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

damit ein erfolgreicher Schulbesuch am Ende auch mit einem gewissen Grad an Zuverlässigkeit in eine vernünftige Ausbildung mündet.

Wir haben den **Schleswig-Holstein-Fonds** - früher hieß er „Zukunftsinvestitionsprogramm“ - gestärkt auf den Weg gebracht. Wir haben uns noch einmal genau angesehen, welche Infrastrukturmaßnahmen mit diesem Fonds stärker von öffentlichen Investitionen aufgegriffen und gefördert werden, weil wir wissen, dass jeder öffentliche Euro, den wir ausgeben, dazu führt, dass drei bis 4 € zusätzliche Investitionen

(Lothar Hay)

getätigt werden. Das ist ein Schwerpunkt, der etwas mit Sparen, Konsolidieren und Investieren zu tun hat. Da sind wir auf dem richtigen Weg. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich auch an einzelnen Beispielen deutlich spüren.

(Beifall bei SPD und CDU)

So schlecht können die Vorarbeiten der rot-grünen Landesregierung nicht gewesen sein. Deshalb kann ich mit Freude feststellen, dass in den vergangenen Tagen und Wochen allein durch den Wirtschaftsminister und durch seinen Staatssekretär folgende **Maßnahmen aus rot-grüner Regierungszeit** vorgestellt worden sind.

Die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck-Travemünde. Das geht in diesem Jahr los.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt 5,3 Millionen € für die Modernisierung des ISIT in Itzehoe, 1,9 Millionen € für das Aktiv-Haus in Heiligenhafen, 627.000 € für das Kompetenzzentrum Windenergie, 5 Millionen € für den so wichtigen Ausbau des Lübecker Hafens, 7 Millionen € für die Seerosen-Therme in Glücksburg. Ich könnte die Aufzählung fortsetzen. Sie zeigt eines sehr deutlich: Wir waren auf dem richtigen Weg. Es freut mich, dass dies auch von Herrn Austermann und von Herrn de Jager mit rot-grünen Federn im Lande verkauft wird. Herzlichen Dank für diese gute Kooperation!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt weitere Beispiele einer guten Kontinuität in der Politik. Ich nenne die Fortsetzung der Aktivitäten zum Thema „Zukunft Meer“, die aktive Arbeitsförderung und den Ausbau der Qualifizierungsprojekte im Bereich der Pflege, die Fortsetzung der Gesundheitsinitiative, die Fortsetzung der Ostseekooperation, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den weiteren Ausbau der Nutzung regenerativer Energien in Schleswig-Holstein, was gerade für die Landwirtschaft angesichts der Veränderungen ein sehr wichtiger Beitrag ist. Da müssen wir in Schleswig-Holstein konsequent weitergehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wenn ich in den letzten Wochen von Journalisten häufiger gefragt wurde - aus verständlichem Eigeninteresse; ich rede ja regelmäßig mit Journalisten -, ob die große Koalition nicht durch den Bundestagswahlkampf in Gefahr geraten könne, dann kann ich nur deutlich sagen: Nein, das ist nicht der Fall; denn wir wissen, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Dies ist ein Programm für die nächsten fünf Jahre, bis zum Jahre 2010. Das werden wir Schritt für

Schritt abarbeiten, zum Wohl des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und CDU)

Der **Bundestagswahlkampf** lässt sich ja nicht vollständig ausblenden. Ich bin nicht nur schleswig-holsteinischer Sozialdemokrat. Was mich umtreibt, ist das Steuerkonzept des Professors aus Heidelberg, Paul Kirchhof, der zum Spitzenteam der CDU-Kanzlerkandidatin gehört. Bei allen Steuerfragen - dies habe ich heute Morgen deutlich den Worten von Finanzminister Wiegard entnommen - müssen die Länder hellhörig werden; denn Entscheidungen in diesem Bereich betreffen eventuell unsere Einnahmesituation. Was wir uns nicht leisten können, wären sinkende Einnahmen. Wir brauchen stabile Einnahmen, um das, was als Grunddaseinsvorsorge von uns ins Land gebracht wird, auch in Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Nun lassen Sie mich kurz einige Bemerkungen zum Konzept von Herrn Kirchhof machen. Die Wirkung ist in erster Linie durch den Eindruck eingetreten, alles sei ganz einfach. Dass das offenbar nicht der Fall ist, haben bereits im Februar 2004 die Steuerabteilungsleiter aller 16 Bundesländer festgestellt; da sind auch CDU-geführte dabei. Sie haben in einem Bericht den Vorwurf mangelnder sozialer Ausgewogenheit erhoben. Ich muss in aller Deutlichkeit für die Sozialdemokraten sagen: Wenn es denn so ist, dass die Krankenschwester und der Facharbeiter verlieren, der Chefarzt, der Manager und der Fraktionsvorsitzende hingegen gewinnen, dann ist das nicht der richtige Weg. Das wird mit uns auch nicht zu machen sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir, um hier auch die Unterschiede deutlich zu machen und um deutlich zu machen, wie umstritten das Steuermodell in der CDU ist, was ich gut verstehen kann, eine kurze dpa-Meldung zu zitieren:

„Kirchhof stieß mit Angaben zu seinem Steuermodell erneut auf Widerspruch aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hatte der ‚Passauer Neuen Presse‘ am Dienstag gesagt, eine Sekretärin mit 40.000 € Jahresgehalt“

- alle Achtung! -

„zahle in seinem Modell 4.000 € Steuern. Dagegen rechnete Unions-Fraktionsvize Michael Meister der Zeitung am Mittwoch vor, für eine ledige Sekretärin beträgt die Steuer nach Paul Kirchhofs Modell 6.750 €.“

(Lothar Hay)

Nun kommt es aber:

„Kirchhofs Mitarbeiter in der CDU-Zentrale erläuterte diese Diskrepanz. Gemeint sei keine ledige oder verheiratete Sekretärin, sondern eine rechnerische Größe, die Durchschnittssekretärin. Bei dieser Modellrechnung sei unterstellt, dass die Sekretärin 1,3 Kinder habe und zu einem gewissen Prozentsatz verheiratet sei. Dann ergebe sich die durchschnittliche Steuerbelastung von 4.000 €.“

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe nicht, dass das der Beitrag der CDU zur Familienpolitik ist.

Lassen Sie mich nun noch etwas zum Thema **Mehrwertsteuererhöhung** sagen. Ich bin dem Kollegen Wadepful dankbar, dass er in aller Deutlichkeit gesagt hat, dass er zum Thema Mehrwertsteuererhöhung eine feste und klare Position hat. Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein haben im letzten Jahr ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt. Ich habe es nie verschwiegen; wir haben es im Landtag mehrfach diskutiert. Darin enthalten ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wollen wir die Lohnnebenkosten senken, damit in Schleswig-Holstein und in Deutschland Arbeit wieder günstiger wird und die Unternehmen mehr Arbeitsplätze schaffen können. Das ist der richtige Weg. Da finden Sie uns an Ihrer Seite. Ich muss natürlich bekennen: Auf Bundesebene haben wir uns in der SPD noch nicht durchsetzen können. Aber wir verschweigen das nicht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ein weiterer Punkt ist auch wichtig - da werden wir uns von der CDU sicherlich unterscheiden -: Nach unserem Konzept soll der verminderte Mehrwertsteuersatz von 7 % aus sozialen Gründen ausgeweitet werden, damit sich für diejenigen, die über wenig Einkommen verfügen, die Kosten der Grundversorgungsmittel durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer in Zukunft nicht erhöhen. Das war unser sozialer Ansatz. Das ist eben die SPD, die nach wie vor sagt: Sozial gerecht und den Sozialstaat im Auge haben; das sind unsere Grundsätze in der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zum Thema **Arbeitsplätze** machen. Ich habe auch bei dem Kollegen Kubicki - ich habe aufmerksam zugehört - den Eindruck gewonnen, wir Politiker wären in der Lage, von heute auf morgen Arbeitsplätze zu schaffen. Wir kön-

nen die Rahmenbedingungen verändern. Die Arbeitsplätze werden durch Entscheidungen von Unternehmen in Schleswig-Holstein und darüber hinaus getroffen. Das sollten wir uns ehrlicher Weise einmal selbst sagen. An der Veränderung dieser Rahmenbedingungen arbeiten wir in der großen Koalition. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Wenn man sich über Arbeitsplätze unterhält, dann muss man auch das Thema **Hartz IV** ansprechen. Dabei handelt es sich um eine notwendige Entscheidung, die auch heute noch Mängel hat, die behoben werden können und müssen. Ich darf in diesem Zusammenhang an das Schreiben der Bürgerbeauftragten erinnern, das uns zugegangen ist. Ich gehe davon aus, dass wir uns in den Fachausschüssen mit diesem Thema beschäftigen. Es ist eine ganz ernste Angelegenheit. Wer in seiner Verwandtschaft Empfänger von ALG II hat, weiß, was es heißt, mit dem Geld auskommen zu müssen. Das dürfen wir in der gesellschaftlichen Wirklichkeit einfach nicht ausblenden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was wir in Zukunft brauchen - da haben wir sicherlich eine Mitverantwortung -, sind mehr einfache Arbeitsplätze, einfache Arbeitsplätze, die auch durch Entscheidungen des Landtags in der Vergangenheit abgebaut worden sind. Wir haben dann wieder gegengesteuert. Aus meiner Sicht ist es durchaus sinnvoll, einfache Arbeitsplätze mit einem niedrigen Einkommen anzubieten. Das ist immer noch besser, als auf Dauer von staatlichen Hilfen zu leben. Bei dem Angebot eines Arbeitsplatzes geht es auch um die Würde des Menschen. Das können wir nicht ausblenden. Nicht alle Menschen sind auf Dauer für einen hoch qualifizierten Arbeitsplatz geeignet. Das wäre eine gesellschaftliche Lüge, die wir nicht weiter verbreiten sollten.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, der mich umtreibt, ist: Wie gehen wir mit unseren **über 50-Jährigen** um? Wie viele sind noch in Arbeit und Lohn? Guckt man sich Skandinavien an, so stellt man fest, dass dort Zahlen von weit über 60 % erreicht werden. Wenn die Unternehmen begreifen würden - das muss man denen auch noch einmal deutlich sagen -, dass es angesichts einer geringer werdenden Zahl von jungen Menschen darauf ankommt, die Erfahrungen und die Leistungsfähigkeit der über 50-Jährigen einzusetzen und dieses nicht erst in zehn Jahren zu machen, sondern jetzt, dann wären wir ein weiteres Stück vorangekommen und könnten uns endlich dem EU-Durchschnitt annähern. Der liegt nämlich weit über dem, was in

(Lothar Hay)

Schleswig-Holstein vorhanden ist. Wir sollten auch im Zusammenhang mit staatlichen Programmen der Arbeitsförderung Anstrengungen unternehmen, um mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für über 50-Jährige zu schaffen, und endlich erklären, dass diese Menschen wertvoll für einen Betrieb sind - die Mischung macht es - und dass es nicht darum gehen kann, einen 35-Jährigen mit der Berufserfahrung eines 60-Jährigen einzustellen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ein weiterer Punkt ist - man muss in einer Haushaltsdebatte auch auf Schattenseiten unserer Gesellschaft hinweisen - die ständig steigende Zahl von **Menschen**, die offiziell **unterhalb der Armutsgrenze** leben, vor allem der Kinder. Wenn wir uns diesem Thema nicht stellen - ich habe keine Patentlösung dafür, weil es auch mit steigenden staatlichen Leistungen zu tun hat -, dann werden wir ein Problem bekommen; denn die linken und rechten Populisten, die wir gerade jetzt im Bundestagswahlkampf erleben, werden sich dieses Themas annehmen. So lange sollten wir nicht warten; vielmehr sollten wir diesen Menschen eine Perspektive geben - diese Perspektive habe ich anzudeuten versucht -, indem es wieder mehr Arbeitsplätze in Deutschland beziehungsweise in Schleswig-Holstein gibt, indem wir versuchen, trotz der finanziellen Schwierigkeiten zu investieren. Ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Weg und können auch Menschen, die auf der Schattenseite unserer Gesellschaft sind, wirklich eine Perspektive geben. Ich glaube, dann würden wir auch den Sozialstaat - das ist ein Grundprinzip unserer Verfassung - wieder mehr in den Blickpunkt rücken. Das ist jedenfalls unsere Position.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass wir dringend mehr Krippenplätze brauchen. Deshalb bin ich auch dankbar dafür, dass die 60 Millionen €, die jährlich zur Förderung des Personalkostenanteils der **Kindertagesstätten** gezahlt werden, trotz zurückgehender Kinderzahlen nicht in irgendeiner Form infrage gestellt werden. Vielmehr garantieren wir, dass wir die Förderung fortsetzen, weil wir davon ausgehen, dass man Kindertagesstättenplätze in Kinderkrippenplätze umwandeln kann. Das trägt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Dadurch kann vieles von dem, was mit PISA I und II oder anderen Studien aufgegriffen worden ist, umgesetzt werden. Das ist der richtige Weg. Das ist eine aktive Familienpolitik. Dies wollen wir in der großen Koalition weiter voranbringen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Im **Bildungsbereich** liegt einer der Schwerpunkte der großen Koalition. Ich habe mich schon etwas geärgert, als ich vor kurzem von meiner ehemaligen Gewerkschaft irgendwelche Bemerkungen über etwas las, was in der Tat nicht richtig ist. Zum 1. August haben - vorbereitet durch die rot-grüne Landesregierung, von der großen Koalition durch den Nachtragshaushalt abgesichert - 200 neue Lehrer ihre Arbeit in Schleswig-Holstein aufgenommen. Das ist eine Antwort auf die steigenden Schülerzahlen. Dass man sich mehr vorstellen könnte, weiß ich auch. Aber wir müssen das finanziell Machbare und das Wünschenswerte in Einklang bringen. Ich bin gespannt auf die Rechenkünste des Oppositionsführers in den Ausschüssen. Bei dieser finanziellen Situation 150 Millionen € in einer Legislaturperiode zusätzlich in die Hände zu nehmen, ist eine richtige Antwort auf die drängende Frage, wie wir in Zukunft mit dem **Bildungswesen** umgehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Darin sind große Beträge enthalten: 27 Millionen € für die Sprachförderung, 60 Millionen € für den Vertretungsfonds, damit eben Unterricht nicht ausfällt. Am Ende der Legislaturperiode werden insgesamt 700 neue Stellen geschaffen worden sein. Gleichzeitig wird die Verlässliche Grundschule weiter ausgebaut. Man sollte sich vor Ort einmal anschauen, wie die Anmeldezahlen zunächst aussehen - ich habe gerade die Zahlen aus Lauenburg gesehen - und wie dann innerhalb ganz kurzer Zeit immer mehr Eltern nachziehen, weil sie merken, dass das der richtige Weg ist und dass sie sich dann vielleicht auch wieder um einen Arbeitsplatz bemühen können. Insoweit müssen wir, wenn es denn möglich ist, auch noch mehr investieren.

Im **Kita-Bereich** fangen wir mit den **Leitlinien** eine Diskussion an und nehmen ernst, dass Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen und keine Bewahrungseinrichtungen sind. Das sollten wir auch noch einmal nach draußen bringen.

(Beifall bei SPD, CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Für den Bildungsbereich ist dies aus meiner Sicht ein schlüssiges Gesamtpaket dank der Initiativen von Ute Erdsiek-Rave. Wenn wir dann noch zusätzlich die eine oder andere Gemeinschaftsschule bekommen würden, dann wären wir Sozialdemokraten zufrieden.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zu den **Minderheiten!** Ich habe seit 1998 an dieser Stelle immer etwas zu den Minderheiten gesagt. Ich will Anke Spoorendonk heute nicht enttäuschen. Wir Sozialdemokraten werden uns auch in

(Lothar Hay)

Zukunft für die Interessen der Minderheiten einsetzen, für die Sinti und Roma, für die Friesen, für die dänische Minderheit, aber natürlich auch für die deutsche Volksgruppe in Nord-Schleswig. Vor wenigen Monaten haben wir den 50. Jahrestag der Bonn/Kopenhagener Erklärungen gefeiert. Diese sind für uns Verpflichtung zur Fortsetzung unserer bisherigen Minderheitenpolitik. Da sind wir an Ihrer Seite, auch wenn es um konkrete Dinge geht, aber Sparen, Investieren, Kürzen sind Grundsätze, die auch bei diesen Dingen zu beachten sind, wenn sie auch Verfassungsrang haben.

(Beifall bei der SPD)

Über einen weiteren Punkt sollten wir in den Haushaltsberatungen noch einmal nachdenken: Wichtig ist es auch in Zukunft - gerade angesichts noch steigender Schülerzahlen -, dass in Schleswig-Holstein ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Ich bin gespannt auf das **Bündnis für Ausbildung**. Aber ich kann doch von der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein, von den **Handwerksbetrieben**, nicht erwarten, dass sie zusätzliche **Ausbildungsplätze** zur Verfügung stellen, über den eigenen derzeitigen Bedarf hinaus ausbilden, und dies dort, wo wir die Verantwortung haben, bei der Straßenbauverwaltung, bei den Finanzämtern, nicht tun. Da sollten wir noch einmal nachsehen. Aus meiner Sicht ist es sinnvoller, dass jemand eine Ausbildung bekommt, auch wenn er keine Übernahmegarantie erhält, als gar keine Ausbildung. Gar keine Ausbildung ist ein hohes Risiko für Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei SPD, CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie streichen Ausbildungsplätze beim Land!)

- Herr Dr. Klug, wir machen das im Ausschuss.

Ich will nun noch einige Dinge ansprechen, beispielsweise die Infrastrukturprojekte, aber vieles, was der Kollege Wadephul auch in meinem Sinne dankenswerterweise erklärt hat, nicht wiederholen.

Ein wichtiges Thema ist für mich der **Flughafen Lübeck-Blankensee**. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts hat mit ihren Konsequenzen in den vergangenen Wochen für reichlich Zündstoff gesorgt. Es hilft nur der Blick nach vorn. Insoweit ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg und wird von uns auch mit Kraft unterstützt und getragen werden. Wir brauchen einen zukunftsfähigen Flugplatz Lübeck-Blankensee. Das ist eine wichtige **Infrastrukturmaßnahme** für dieses Land. Darüber sollten wir uns in diesem Haus auch einig sein.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang muss man ein Thema ansprechen, das die SPD-Fraktion bei ihrem Besuch in Lübeck ebenfalls thematisiert hat. Das sind die Abwerbeversuche aus Mecklenburg-Vorpommern von hoher Ebene, was Betriebe aus Schleswig-Holstein betrifft. Wenn hier aufgrund eines höheren Fördersatzes **Arbeitsplätze** von Schleswig-Holstein nach **Mecklenburg-Vorpommern** transferiert werden, so mag dies betriebswirtschaftlich einen Sinn machen, volkswirtschaftlich ist das aus meiner Sicht die Vergeudung von Steuergeldern.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich hoffe, dass auf solche Abwerbeversuche künftig verzichtet wird - ich halte das für den völlig falschen Weg - und dass die angedeutete Einigung zwischen dem Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern und Herrn Austermann zum Tragen kommt. Heute war jedenfalls wieder das Gegenteil zu lesen. Ich will mir gar nicht ausmalen, welche Diskussion wir sonst bekämen.

Ein weiterer Punkt, bei dem man immer wieder meint, es gäbe große Gegensätze, ist von Herrn Kollegen Wadephul schon angesprochen worden. Das ist der Bereich der **Rechtsstaatlichkeit**. In diesem Bereich halte ich die Differenzen zwischen CDU und SPD für durchaus überbrückbar. Ich halte diese, bezogen auf Schleierfahndung und Videoüberwachung, für überschaubar.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle eine kritische Bemerkung zu dem machen, was im Kreis Segeberg passiert ist zur Überprüfung von Handy-Besitzern aufgrund der dortigen Serie von Brandstiftungen. Das sollten wir, auch was die Justiz betrifft, sorgfältig prüfen. Ich will keine Justizschelte betreiben, um Gottes willen! Aber wir sollten überprüfen, ob der Rechtsstaat nicht eine so hohe Qualität hat, dass man bei bestimmten Maßnahmen fragen muss, ob sie angemessen sind. Diese Frage muss Politikern durchaus auch gestattet sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten sind uns mit den Christdemokraten im Vorgehen gegen Graffiti einig, einig bei der Einführung des Digitalfunks. Wir sind uns darüber einig, dass wir eine leistungsstarke Polizei haben. Von Innenminister Ralf Stegner habe ich gehört, eine Befragung habe ergeben, dass die Polizei in Schleswig-Holstein in der Beliebtheitskala bundesweit an erster Stelle stehe. Dies ist sehr gut, zeigt aber auch, was in der Vergangenheit trotz aller Haushaltsschwierigkeiten gemacht worden ist.

Ich darf mich an dieser Stelle für die Arbeit der **Polizei** im Lande ausdrücklich bedanken, aber auch für

(Lothar Hay)

die vielen Initiativen, die mit in die Polizeireform III eingeflossen sind. Wir sind auf einem richtigen Weg. Die innere Sicherheit wird auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit der großen Koalition bilden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das Thema der **Verwaltungsstrukturreform** ist schon angesprochen worden. Ich sagte bereits: Hierüber werden wir mit der kommunalen Ebene noch Diskussionen führen und deutlich machen müssen, dass jetzt der Zeitpunkt der **Freiwilligkeit** ist, dass man sehen muss, welche Strukturen man dort findet. Aber ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Gemeinde Harrislee auf die Idee käme, mit der Gemeinde Kronshagen zusammen ein neues Amt zu bilden. - Das ist ein extremes Beispiel. Aber manchmal gibt es ja solche Überlegungen.

Vielmehr müssen wir geographische, wirtschaftliche und verkehrliche Ströme beachten. Wir brauchen in Zukunft leistungsfähige Strukturen auf **Amtsebene**, weil sie teilweise vermehrt Aufgaben der kommunalen Ebene, aber auch der Landesebene erfüllen soll. In Zukunft muss es möglich sein, diese Aufgaben bürgernäher und effizienter zu erfüllen. Ich glaube, ab 2008 sind wir diesbezüglich auf dem richtigen Weg.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Anzusprechen ist auch die Reform der **Amtsgerichte**. Ich habe mich belehren lassen, dass der erste Aufschlag zu diesem Thema aus den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt und dass damals aufgrund des Widerstandes aus dem Südosten des Landes, der im Kabinett kumulierte, auf die Reform verzichtet wurde. Das kann man heute noch auf der Landkarte feststellen.

Wir müssen die Reform der Amtsgerichte gemeinsam in der großen Koalition umsetzen. Wir brauchen eine Struktur der Amtsgerichte, die den heutigen Erfordernissen entspricht, und dürfen nicht sagen, dies solle alles so bleiben.

Verehrte Frau Kollegin Lütkes, ich habe Ihre Kritik gelesen. Diese Kritik kann ich nicht verstehen. Sie hatten fünf Jahre Zeit, uns ein Konzept vorzulegen. Wir haben in der SPD immer darauf gewartet. Vielleicht können Sie konstruktiv daran mitarbeiten. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei SPD und CDU)

Eine Bemerkung möchte ich auch zu einem Thema machen, das meiner Meinung nach in letzter Zeit zu selten im Landtag beachtet worden ist; es hat auch etwas mit Tourismus zu tun. Wir wissen alle, welche Gefahren von dem steigenden **Schiffsverkehr in der Ostsee**, in der Kadettrinne, ausgehen. Ich bin der Mei-

nung, dass wir hier gemeinsam eine Initiative Richtung Berlin und Brüssel starten sollten, um noch einmal deutlich zu machen, dass hier bestimmte **Sicherheitsbestimmungen** verschärft werden müssen, wenn wir nicht letztlich eine Katastrophe erleben wollen, die bisher Gott sei Dank noch nicht eingetreten ist. Ich weiß auch, dass der entscheidende Punkt, ob wir eine Verbesserung der Schiffssicherheit erreichen, in erster Linie mit Moskau zusammenhängt. Aber diesen Weg müssen wir deshalb beschreiten, weil wir nicht so lange warten dürfen, bis ein Tankerunglück passiert und dadurch auf Dauer der Tourismus und die Umwelt in Schleswig-Holstein, in Mecklenburg-Vorpommern und in Dänemark durch mangelnde Sicherheitsvorkehrungen geschädigt sind. Das wäre der falsche Weg. Wir haben das an der Westküste mit der „Pallas“ erlebt.

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist und auf den Herr Wadephul schon eingegangen ist: Es gibt Menschen in Schleswig-Holstein, die durchaus erkannt haben, dass in dieser Haushaltssituation auch sie selbst entsprechend eines Wortes von John F. Kennedy gefordert sind: Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern tue etwas für den Staat. Damit meine ich den **Landesblindenverband** und seine Bereitschaft, eine 10-prozentige Kürzung zu akzeptieren, zu tragen und gleichzeitig Geld in einen Fonds einzuzahlen, um für diese Menschen noch mehr zu erreichen. Ich hoffe, dass dieses vorbildliche Verhalten bei den Menschen mit Sehbehinderung, bei den Menschen, die nicht sehen können, die dieses mittragen, auf andere gesellschaftliche Organisationen abfärbt, vielleicht auch im Hinblick auf die kraftvollen und nicht verständlichen Worte des DGB-Vorsitzenden Peter Deutschmann.

(Beifall bei SPD und CDU)

Mit den **Wohlfahrtsverbänden** soll noch in diesem Jahr ein **sozialer Vertrag** abgeschlossen werden, der bei Reduzierung der Ansätze sowohl die Verteilung der Mittel für die nächsten Jahre als auch konkret eine Zielvereinbarung festschreibt. Frau Trauernicht, das ist der richtige Weg. Ich genauso wie die SPD-Fraktion im Landtag unterstützen Sie.

Ein anderer wichtiger Punkt - das ist etwas, was wir nie aus dem Auge verlieren dürfen - ist der **demographische Wandel**, die ständig älter werdende Gesellschaft. Deshalb ist auch wichtig, dass wir uns auch in Zukunft in der Altenpflegeausbildung engagieren. 2006 wollen wir über 1.000 Plätze fördern.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Torsten Geerds [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann in einer Rede nicht alle wichtigen Punkte ansprechen.

(Lothar Hay)

Sparen, investieren, konsolidieren - wobei sparen in erster Linie kürzen heißt - und gleichzeitig den Weg gehen, den Herr Wadephul und Herr Wiegard angesprochen haben. Deshalb bin ich gespannt auf die Vorschläge aus der Opposition, wie man innerhalb der nächsten 15 Wochen mal so eben 1,1 Milliarden € aus dem Haushaltsentwurf kürzen will, ohne dass man im Land erreicht, dass auf kommunaler Ebene alles das, was so genannt freiwillig ist, geschlossen wird. Wer diesen Weg gehen will, auf dessen Vorschläge bin ich gespannt.

Wir müssen diesen Spagat, den ich zugegebenermaßen im Moment nicht hinbekomme, gehen, um am Ende der Legislaturperiode aufgrund der Maßnahmen, die wir dann eingeleitet haben, einen konsolidierten Haushalt zu bekommen und dann wichtige Politikfelder wieder stärker hineinzubekommen. Insofern bin ich gespannt auf die Vorschläge des Oppositionsführers, auf die unseres ehemaligen Koalitionspartners. Dann ist die Schonfrist vorbei. Ich freue mich natürlich auch auf die Vorschläge, denn ich weiß selbst auch: Auch wenn wir die Regierung stellen, wir sind nicht fehlerfrei. Insofern freue mich auf diese Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich werde jetzt das Rednerpult möglichst schnell wieder verlassen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, dem Kollegen Lothar Hay, und begrüße auf der Tribüne Senioren des Bahn-Sozialwerkes Bad Oldesloe und Mitglieder der Frauen-Union des Kreises Plön. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile nunmehr das Wort der Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Anne Lütkes.

Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war heute schon vielfach Thema: Die einseitige Verursachung, Grundursache allen Übels sind wir, sind die Grünen.

(Lachen und vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Danke. Fast hätte man den Eindruck haben können - wenn nicht Lothar Hay gerade einiges klargestellt hätte -, wir hätten neun Jahre einer Alleinregierung hinter uns.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das hat insbesondere in seiner unnachahmlichen Direktheit unser Herr Ministerpräsident einmal mehr erkannt und mit freundlichem Lächeln - für das Sie ja berühmt sind - doch sehr deutlich gesagt: Die Lumpen, die Grünen, haben dafür gesorgt, dass unsere Haushalte kaputtgegangen sind.

(Ursula Sassen [CDU]: Das hatten wir heute schon!)

- Das hatten wir heute schon, aber wissen Sie, ich finde es schon ganz gut, das mit dem Ministerpräsidenten persönlich besprechen zu dürfen. Das war mir heute Morgen verwehrt. Deshalb gestatten Sie, dass ich jetzt noch einmal darauf zurückkomme. Die Ratten und die Schmeißfliegen, die kennen wir als politische Kategorie von Strauß und die dummen Kälber kennen wir von Stoiber. Die deftige Wahlkampfausinandersetzung ist auch etwas, was man ertragen kann, soll und mitunter auch mit einem Schmunzeln tut. Das macht Spaß, das macht Ihnen, Herr Ministerpräsident, Spaß, das macht auch uns Spaß. Das will ich nicht verhehlen.

(Zurufe)

Darüber hinaus haben wir festgestellt - das finde ich auch sehr positiv -, dass Sie sich bemühen, ein versöhnlicher, freundlicher Landesvater für dieses Land, für ganz Schleswig-Holstein zu sein. Sie bemühen sich, für die Alltagssorgen der Menschen - so wie wir - da zu sein und sich darum zu kümmern. Das ist gut. Aber es gibt Grenzen. Es gibt Grenzen, Grenzen des Mottos „jeder nach seiner Façon“ in der Kommunikation. Sie haben mit Ihrer Formulierung suggeriert, die Haushalte der vergangenen neun Jahre seien von einem Haushaltsgesetzgeber mehrheitlich beschlossen worden, der sich bewusst außerhalb der Norm stellte, der bewusst das Gesetz missachtete und selber schließlich keine Achtung verdiente. Das ist etwas - ich erlaube mir noch einmal, das zu betonen -, was Grenzen überschreitet.

Insofern bin ich froh, Lothar Hay, trotz aller anderen Anmerkungen, auf die ich zum Teil noch zurückkomme, dass es doch eine Rede war, die nicht verleugnet, dass es eine rot-grüne Zusammenarbeit gegeben hat, die sich auch von Verfassungen wegen bemüht hat, einen Haushalt ordentlich, sauber und ehrlich zu gestalten. Sie haben eine andere Meinung, Sie können jetzt grölen - das kann man schon einmal zu Protokoll geben -, aber ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Hay, dass Sie hier sehr deutlich zu unserer ge-

(Anne Lütkes)

meinsamen Vergangenheit gestanden und klar inhaltlich Position bezogen haben.

(Lachen bei der CDU)

Denn - wir erinnern uns gemeinsam - vor nicht allzu langer Zeit hat die CDU-Fraktion gegen ein Haushaltsgesetz geklagt. Die CDU-Fraktion hatte zu Recht aus ihrer Sicht darauf hingewiesen, der von Rot-Grün beschlossene **Haushalt** sei verfassungswidrig. Vor ganz kurzer Zeit haben sie diese **Klage** zurückgenommen. Warum? Hat sich die Rechtslage geändert? - Nein, die Machtverhältnisse haben sich geändert. Wir haben es heute schon sehr deutlich gehört. Und im Tausch gegen die Regierungsübernahme verzichtet man auf diese Meinung, die Verfassung prüfen und achten zu wollen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Nein!)

- Oder wie ist es sonst zu interpretieren, Herr Kollege Wadephul?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fest steht, die **Nettoneuverschuldung** beläuft sich 2006 auf über 1,5 Milliarden €. Fest steht auch - das ist heute Morgen hier sehr deutlich und heute Nachmittag in den unterschiedlichen Feststellungen dargelegt worden -, Artikel 53 Satz 1 der Landesverfassung ist nicht erfüllt.

Man kann ihn übrigens nicht zum Ruhen bringen. Das mag eine spannende Debatte bei Ihnen in der Fraktion sein. Das ist aber höchst merkwürdig. Eine Verfassung zum Ruhen zu bringen, ist aus meiner Sicht genauso abwegig, wie zu sagen - wie es hier heute getan worden ist -, wir achten die Verfassung, indem wir sie brechen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Sie können das tun, weil der Artikel 44 Landesverfassung Sie davor schützt, dass jemand aus diesem hohen Haus klagt. Denn ich unterstelle einmal, dass unsere Verabredung, Minderheitsrechte gemeinsam parlamentarisch zu wahren, für die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht gilt. Ich meine auch - ich sage das ganz offen -, sie kann da nicht gelten. Die Klagebefugnis kann man nicht im Wege des Beileihens übertragen. Insofern können Sie sicher sein, dass es eine Klage nicht geben wird. Sie können damit ebenso sicher sein, dass der Darlegungszwang der Verfassung und der Landeshaushaltsordnung für Sie beliebig wird. Denn: Wo kein Kläger, da kein Richter. Die anderen waren die Lumpen und über uns der blaue Himmel von Nordstrand! Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts brauchen wir insofern gar nicht mehr darzulegen.

Meine Damen und Herren, ist das Arroganz der Macht? Ist das Unwissenheit? Oder ist das sogar die Sicherheit, die vorweggenommene Sicherheit, auf die große Allianz nach dem 18. September 2005 bauen zu können? - Sie haben in Ihrer schriftlichen Begründung zum vorgelegten Entwurf des Haushaltsstrukturgesetzes deutlich gemacht, dass Sie so, wie wir auch in der Vergangenheit, wesentliche Erfolge bei der **Haushaltskonsolidierung** nur aus der Bundespolitik erwarten. Insofern ist natürlich erneut ein Blick in die Vergangenheit notwendig. Klaus Müller hat heute Morgen schon ganz entscheidende Punkte in die Erinnerung gerufen. Ich möchte noch einmal betonen, dass bei der Analyse der Haushaltssituation nicht hinwegzudenken ist und bleibt, wie intensiv die Blockade der CDU-geführten Länder bei den wichtigen rot-grünen Reformprojekten im Bundesrat war. Dass der Bundesvorstand sich mittlerweile gegenseitig auf den Füßen steht, das wissen wir ja, aber aus parteipolitischen Kalkül waren Union und FDP im Bundesrat stetig bereit, die Politik insgesamt zu einer Handlungsunfähigkeit zu bringen, sie zu lähmen - und das, ich möchte schon fast sagen, mit gnadenloser Konsequenz. CDU, CSU und FDP haben bis heute Blockaden bei Bildungs- und Forschungsinvestitionen errichtet, die wir - und das sage ich noch einmal -, Rot-Grün, durch Streichung beispielsweise der Eigenheimzulage mobilisieren wollten. CDU, CSU und FDP haben Belastungen gerade dort im Bundesrat durchgesetzt, wo es um das soziale Gleichgewicht der notwendigen Reformen geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine besondere Schiefelage ist Hartz IV, verursacht durch Koch und andere.

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, Sie haben zur Begründung der Zulässigkeit der Überschreitung der Kreditgrenze stetig auf das bundespolitische Reformwerk der Zukunft, insbesondere auf das Steuerrecht rekurriert. Es ist natürlich spannend, man könnte fast sagen, es könnte sogar erheiternd sein, wenn das nicht so dramatisch wäre. Es könnte sehr lustig sein zu prüfen, auf welches Steuerrecht der Zukunft Sie sich denn da beziehen. Lothar Hay hat natürlich darauf hingewiesen.

Das hat aber nicht die Frage beantwortet, auf welche Form der **sozialen Sicherungssysteme** Sie sich beziehen wollen. Worauf wollen Sie gemeinsam Einfluss nehmen, meine Damen und Herren von CDU und SPD - Kopfpauschale und Bürgerversicherung? Das geht nach dem, so wie ich es bis jetzt verstanden habe, einfach nicht zusammen. Ihre erfrischende Rede, Herr Hay, ist da ganz schön, wir haben auch gern zugehört, nur löst es dieses Dilemma nicht. Wir fra-

(Anne Lütkes)

gen uns nach wie vor: Ist diese Erklärung, bundesratspolitisch vorzugehen, nun aufgrund der vorliegenden Widersprüche - um es einmal juristisch zu sagen - eine Scherzerklärung oder vielleicht nichtig oder was oder wer hat da bei Ihnen schon verloren? Wie sind denn eigentlich die internen Absprachen beispielsweise zum Steuerrecht? Die SPD-Seite des Hauses muss es ja noch wissen. Wir - auch das wieder Rot-Grün - haben seit der Regierungsübernahme 1998 im Bund gemeinsam die **Steuerbelastung** der Bürgerinnen und Bürger deutlich gesenkt, wir haben den Grundfreibetrag erheblich erhöht. Das macht einen Anstieg von 21 %. Allein durch die deutliche Anhebung des Grundfreibetrages brauchen zirka 1 Million Steuerpflichtige keine Lohn- und Einkommensteuer mehr zu zahlen. Schon allein das ist eine faktische Steuervereinfachung und das ist spürbarer Bürokratieabbau.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die **Steuersätze** gleichmäßig über den gesamten Tarifverlauf abgesenkt und den **Eingangssatz** erheblich auf in diesem Jahr 15 % gebracht. Zu Kohls Zeiten war der Spitzensteuersatz 52 %, jetzt beträgt er 42 %.

Hartz IV! Die Ansprüche sind nun einheitlich und gerecht verteilt. Die Zwei-Klassen-Systematik bei den Langzeitarbeitslosen ist aufgehoben, es hat sich deutlich etwas verändert, aber nicht genug. Festzustellen ist auch, die Wege zu gerechteren Steuern und die Wege zu gerechteren Sozialversicherungssystemen sind von Rot-Grün in Berlin und mit Unterstützung von Rot-Grün in Schleswig-Holstein beschritten und begonnen worden. Nun wollen Sie, Schwarz-Rot, im Bundesrat Einfluss auf Reformen nehmen, diese vorantreiben. Bei der Vorstellung, was dies für Schleswig-Holstein bedeuten mag, hilft schon ein Blick auf das Kompetenzteam der CDU/CSU, der Kanzlerkandidatin. Meine Damen und Herren, dort erblicken wir voller Vorahnung Frau von der Leyen und Herrn Professor Kirchhof.

(Zuruf von der CDU: Wen haben Sie da eigentlich?)

Ich nenne nur die zwei Namen, die im aktuellen Zusammenhang von besonderem Interesse sein müssen, stehen doch beide für die Zukunftsvisionen der Kandidatin. Im Hinblick auf die bundespolitischen Erwartungen, die Sie landespolitisch heranziehen, um Ihren verfassungswidrigen Haushalt zu rechtfertigen, muss man diese 16 Tage vor der Wahl schon genau hinschauen und einige Aufschlüsse kann man schon gewinnen.

Was brächte denn ein Theoretiker vom Schlage Kirchhofs für die - das möchte ich doch heute noch feststellen - im Ansatz noch sozialdemokratisch geprägte Landespolitik von Schleswig-Holstein? Er ist persönlich dankenswert offen, er ist ähnlich offen wie unser Ministerpräsident. Allerdings finden wir im Sprachgebrauch gewisse Unterschiede. Vor der Lumpendiffamierung können wir - wie ich denke - bei Professor Kirchhof sicher sein, aber sein Steuerkonzept, das auf klaren gesellschaftspolitischen Grundlagen ruht, lässt so manches unsicher werden. Er will mindestens 418 Steuervergünstigungen abschaffen und ein ungerechtes Steuerkonzept von 25 % Einheitssteuer finanzieren; er will alle Steuergesetze abschaffen und die Subventionen herunterfahren.

Nach vorläufigen Berechnungen bedeutet das **Kirchhof-Konzept** für die Haushalte von Bund und Ländern Risiken von über 42 Milliarden € im ersten Jahr und es geht immer weiter in die rasante Beeinträchtigung insbesondere der Haushalte der Länder. Das Steuerkonzept von Kirchhof entlastet vor allem Besserverdienende. Der Kirchhof-Vorschlag beinhaltet für Bezieher hoher Einkommen besonders umfangreiche tarifliche Entlastungen. Er ist nichts anderes als letztlich eine Umverteilung von unten nach oben und er geht hin, schafft die Subventionen ab, steckt sie in den Haushalt und möchte sie gerade nicht für Kinderbetreuung, Bildung und Ähnliches verwenden.

Besonders interessant ist, er möchte alle Subventionen und Ausnahmetatbestände streichen, aber ausgerechnet das antiquierte Ehegattensplitting, das die steuerliche Absicherung der Alleinverdiener Ehe mit der Hausfrauenehe kombiniert, will er behalten. Kirchhofs Steuerpläne sind Ausdruck von sozialer Kälte und Ungerechtigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er nennt die gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft eine Pervertierung des Verfassungsauftrags. Er meint, Familienglück sei das Entscheidende für Frauen, das er so definiert: Die Frau macht in ihrer Familie Karriere, die Macht, die nicht Macht, sondern Freundschaft verheißt, nicht Geld, sondern Glück. Er fordert die Familienmanagerin und die privilegierte Familienmanagerin von der Leyen lächelt dazu. Unser Herr Ministerpräsident sagt, Arbeitsplätze für unsere Männer und Söhne müssen wir sichern. Da verrät die Sprache endgültig - -

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Das kann ich Ihnen zeigen. Ich habe es gelesen. Wenn es nicht stimmt und wenn Sie auch die Arbeitsplätze unserer Töchter sichern wollen, sind wir

(Anne Lütkes)

schon einen Schritt weiter. Aber mich erinnert dieses reaktionäre Programm letztlich an Schillers Glocke. Lesen Sie es mal nach „im häuslichen Kreise“. Schiller reimt es, die CDU reimt es nicht. Festzustellen ist, die Geschlechtergerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Unsere Freundinnen und Freunde von der SPD schweigen zu wichtigsten Dingen.

Meine Damen und Herren, Klaus Müller und ich haben uns - wie schon heute Morgen - die Redezeit aufgeteilt. Deshalb möchte ich nur noch auf zwei Punkte hinweisen, die ich als wesentliche Angriffe auf die Zivilgesellschaft, für die wir, Rot-Grün, einmal standen, sehe, die auch von der SPD getragen wird. Das eine ist der eingeleitete Angriff auf das **Demokratiegebot** für den gesamten staatlichen Bereich. Die für die Verwaltungsstrukturreform beabsichtigten **Dienstleistungszentren** wären eine Verwaltungsebene, für die die demokratische Legitimationsskette nicht gewährleistet ist. Das kann die SPD eigentlich nicht mitmachen.

Und erlauben Sie mir das zum Abschluss meiner ersten Hälfte zur **Amtsgerichtsstrukturreform**: Was vorgeschlagen wird, ist ein phantasieloses Schließen und negiert die Tatsache,

(Lachen bei der CDU)

dass die schleswig-holsteinische Justiz modern und modernisiert ist. Unsere Richter und Richterinnen, aber auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die Zeit des Dorfrichters Adam zurückzusetzen, das ist - ich will es einmal gelinde sagen - betriebsblind. Die Menschlichkeit eines Dorfrichters bei modernsten Arbeitsmitteln zu behalten und die Justizgewährungspflicht wirtschaftlich, aber immer noch für die Menschen auszuüben, das sollte auch für diese Landesregierung verpflichtend sein. Plattes Schließen ist eigentlich das Letzte, was ich der SPD vorher zugetraut hätte.

Meine Damen und Herren, lieber Lothar Hay, ich will jetzt nicht in die Geschichte der rot-grünen Koalition einsteigen, aber dazu, dass Sie mir sagen, dass wir es fünf Jahre lang nicht wollten, sage ich: Das, was ich vorgeschlagen habe, war mutig und ging sehr weit. Manche hatten Angst davor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Vorsitzenden der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erteile dem Kollegen Klaus Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Sein Motto, das Leben ist schön, hat Peter Harry Carstensen nahtlos von Nordstrand in die Staatskanzlei transferiert.

(Beifall bei der CDU)

Auch dann, wenn es nichts zu feiern gibt, erleben wir doch fast täglich einen Gute-Laune-Bär. Das ist sicherlich gut für die koalitionsinterne Stimmung, aber die Jubelmeldungen der vergangenen Wochen zum Haushaltsentwurf täuschen auch beim Haushalt 2006 nicht über die realen Zahlen hinweg.

Die große Koalition - allen voran die CDU - arbeitet nach dem Prinzip: Je lauter wir uns selber loben, desto mehr Leute glauben uns vielleicht. Mit der lautstark propagierten Redlichkeit hat das nicht viel zu tun. Der Trick ist so einfach wie alt: In dem Nachtragshaushalt wurden die Nettoausgaben kräftig erhöht, um sich dann für eine ganz leichte Absenkung kräftig feiern zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Tat: Die **Nettoausgaben** liegen, wie heute Morgen schon gesagt wurde, über den Ausgaben des Haushaltes der letzten Legislaturperiode. Wie hat die CDU über diese Haushalte geschimpft!

Zumindest laut **Finanzplan** ist auch geplant, die Nettoausgaben in den nächsten Haushalten wieder steigen zu lassen. Er ist nicht verbindlich. Ich bin gespannt, was passiert.

Ähnlich sieht es bei der Entwicklung der **Nettokreditaufnahme** aus. Auch diese wurde verdreifacht, um sich dann für eine leichte Senkung wieder feiern zu lassen. Um sich selbst weiterhin zu feiern, behauptet der Ministerpräsident, die Nettoausgaben diesen Landes würden 2006 erstmals wieder sinken. Im Soll haben Sie Recht, Herr Ministerpräsident. „Im Soll“ ist eine Absichtserklärung. Im Soll hat das Rot-Grün auch schon einmal hinbekommen. Interessanter sind nachher die Ist-Zahlen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Daran werden wir messen, was von Ihren Absichtserklärungen übrig geblieben ist. Ein Vergleich von Soll- und Ist-Zahlen ist kein Maßstab für Redlichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bei der Jubelmeldung, dass erstmals auch die Nettokreditaufnahme gesunken sein soll, ist dem Ministerpräsidenten bedauerlicherweise ein redaktioneller

(Klaus Müller)

Fehler unterlaufen. Wäre das Versehen der Staatskanzlei unter Heide Simonis passiert, hätte Herr Wiegard laut nach Rücktritt verlangt oder zumindest die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses beantragt.

Der großkoalitionäre Nebel lichtet sich bei einem Blick auf die **Kreditfinanzierungsquote**, die in der Anlage zum Haushalt abgedruckt ist, endgültig. Eine derart schlechte Kreditfinanzierungsquote hat es lange nicht gegeben. Anders ausgedrückt: Selten wurde ein so hoher Anteil an den Nettoausgaben auf Pump finanziert. John Maynard Keynes feiert ein fröhliches Comeback - und das unter einer großen Koalition.

Den eigenen Anspruch, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, hat die große Koalition bekanntermaßen ja gleich zu Beginn zu den Akten gelegt. Auch hier: Wie hätte die CDU Zeter und Mordio geschrien, wenn das Rot-Grün gewagt hätte! Pikant aber konsequent ist die bekannte Zurückziehung der Klage vorm Verfassungsgericht.

Die Bemühungen der Landesregierung, die verfassungswidrige Überschreitung der **Kreditobergrenze** gemäß Artikel 53 der Landesverfassung zu erklären, sind schon dürrtig. Auch hier: Sie hätten das niemals als Ehrlichkeit oder Mut gelten lassen, wenn das Rot-Grün versucht hätte. Sie hätten das gebrandmarkt und verurteilt. Mit Redlichkeit hat Ihre Politik an der Stelle nichts zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute reden wir über den ersten eigenen Haushalt der Herren Carstensen und Wiegard. Mit diesem müssen Sie sich an Ihren eigenen Maßstäben messen, es sei denn, die CDU will behaupten, sie sei völlig unvorbereitet in die Regierung gekommen.

Es gibt in diesem Haushalt richtige und falsche Umschichtungen. Dramatische Einsparungen sind aber noch überschaubar. Insofern ist unser erstes Fazit: Außer Spesen ist noch nicht so viel gewesen. Oder kommt mit der Nachschiebeliste die Kürzungsarie, deren Vorlage man sich vor der Bundestagswahl nicht getraut hat? Wir werden das genau beobachten.

Wie ist es denn nun um Ehrlichkeit und Redlichkeit bei der jetzt Regierungs-CDU bestellt? - Schlecht! Dafür gibt es eine lange Reihe von Beispielen. Zahlreiche schwarze Wahlkampfseifenblasen platzen Woche für Woche. Der Ministerpräsident und sein Finanzminister sind bemerkenswert still, wenn es um den CDU-Beschluss geht, im Falle eines Wahlsieges ein Viertel der Mehrwertsteuererhöhung für den Landeshaushalt abzuzweigen. Das wäre nicht nur politisch falsch, sondern dürfte auch keinesfalls auf die angestrebte Halbierung der Nettoneuverschuldung

angerechnet werden. Herr Carstensen, ich würde mich freuen, wenn Sie nachher laut und deutlich sagen würden, dass Sie dieses Viertel nicht wollen und im Bundesrat dagegenhalten werden.

Jo Wadephul, noch im Juni wurde unsere Initiative für eine stärkere Steuerfinanzierung der Lohnnebenkosten in Bausch und Bogen abgelehnt. Ehrlich und redlich war das nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Oh, dein Wortbeitrag war laut und deutlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin gespannt, was aus weiteren Wahlkampfaussagen der CDU wird. Unser Archiv ist gut. So hieß es im Dezember 2004, die CDU wolle die Landesanteile an der HSH Nordbank veräußern. Vielleicht hat ja der Aufsichtsratsposten für den Finanzminister diese Pläne obsolet werden lassen.

Haushaltsklarheit wird in der neuen Landesregierung nicht groß geschrieben. Wer versucht, die Zahlen und Summen im Doppelhaushalt, im Nachtragshaushalt und im Haushalt 2006 nachzuvollziehen, wird nachhaltig scheitern. Der Grund sind umfangreiche, aber nicht neue Solländerungen, die größtenteils von Rot-Grün beschlossen wurden. Das ist also keine Kritik in der Sache. Dass aber diese Entwicklungen, die seit Monaten bekannt waren, dazu führten, dass die notwendigen ergänzenden Unterlagen - ein Umdruck in Form einer 640 Seiten starken Anlage, was fast dreimal so viel wie der Nachtragshaushalt selbst ist - erst zwei Wochen nach dem Nachtragshaushalt und nur zwei Wochen vor der Verabschiedung dem Finanzausschuss übersandt wurden, ist keine Glanzleistung. Auch hier: Wie hätte die CDU Krawall geschlagen, wenn das unter rot-grünen Bedingungen erfolgt wäre!

Bei mehrerlei Lektüre kommt einem der schwarz-rote **Schleswig-Holstein-Fonds** sehr bekannt vor. Lothar Hay hat das auch absolut ehrlich gesagt: Er entspricht in der Tat dem rot-grünen Zukunftsinvestitionsprogramm. Aber: große Koalition, größere Ausgaben. Statt 100 Millionen € in drei Jahren genehmigt sich die große Koalition 415 Millionen in fünf Jahren. Der schwarz-rote Schleswig-Holstein-Fonds ist maßlos und deutlich überdimensioniert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er ist eine Spielwiese für Herrn Austermann und die übrigen Kabinettsmitglieder dürfen froh sein, wenn sie vielleicht auch etwas vom Kuchen abbekommen.

(Klaus Müller)

Bezüglich der Projekte gibt es zwar einige Unterschiede zu Rot-Grün, aber die Idee ist nicht neu. Insofern kritisieren wir sie auch nicht vom Prinzip her. Wir kritisieren aber die Unehrlichkeit im Rahmen des Wahlkampfes. Ich zitiere: Mit dem Turn-Around-Fonds - so hieß er damals - soll die politische Kehrtwende in Schleswig-Holstein eingeleitet werden. Er soll mit jährlich 200 Millionen € finanziert werden, die durch **Umschichtungen** freigesetzt wurden. - Das steht in der CDU-Wahlkampfbroschüre.

Daneben hat Herr Carstensen am 3. Dezember 2004 gesagt: Den Fonds wollen wir mit Haushaltsmitteln finanzieren, die durch Umschichtungen freigesetzt worden sind. - Verehrte Damen und Herren, es ist ein Verdienst der SPD, diese von der CDU geplanten Mittel von 1 Milliarde € auf 415 Millionen € eingedampft zu haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezüglich der Gegenfinanzierung täuscht die CDU die Menschen in diesem Land. Sie hat Umschichtungen versprochen, aber die Staatssekretärin Wiedemann hat im Ausschuss ganz ehrlich eingeräumt, dass er komplett durch Schulden finanziert ist. Dies ist nicht redlich. Es ist eine weitere Seifenblase, die zerplatzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit aber nicht genug: Knapp 60 % des Schleswig-Holstein-Fonds sind nach Auskunft des Finanzministeriums bestehende Maßnahmen, die lediglich aufgestockt oder sogar aus den Einzelhaushalten umgeschichtet werden. Im Klartext: Erfolgsmeldungen beim Sparen in den Einzelplänen werden durch schuldenfinanzierte Verschiebungen in den Schleswig-Holstein-Fonds erzielt. Das ist nicht redlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig eilen die schwarzen und roten Ministerinnen und Minister kreuz und quer durch Schleswig-Holstein, um Schecks zu übergeben. Allein der Wirtschaftsminister hat sich in den ersten vier Monaten seiner Amtszeit 25-mal per Pressemitteilung für eine Scheckübergabe feiern lassen. Ich will es deutlich sagen: Das ist ein schöner Moment für Minister und Empfänger. Es sind fast 1,5 glückliche Momente pro Woche. Das ist eine für eine Sparregierung bemerkenswert rege Verbreitung von Glücksgefühlen im hohen Norden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein schönes Beispiel für die Verschiebung sind die 24,3 Millionen € bei den Straßenbaumitteln, die im Einzelplan des Wirtschaftsministers gekürzt werden, dann aber im Schleswig-Holstein-Fonds - im Einzel-

plan 11 - mit einer höheren Kreditaufnahme wieder auftauchen. Die Quittung zahlt der Steuerzahler.

Noch einmal: Der Schleswig-Holstein-Fonds ist nicht neu und insofern vom Prinzip her auch nicht verkehrt. Noch in der Opposition kritisierte aber der damalige finanzpolitische Sprecher, Herr Wiegard, das rot-grüne Investitionsprogramm als Zip-Zap-Spielchen. Das ist eine weitere schwarze Seifenblase, die zerplatzt. Ehrlich und redlich scheint mir das nicht zu sein.

Besonders pikant ist die Verschiebung der Finanzierung des Ausbaus des Flughafens Kiel-Holtenau vom Regionalprogramm in den Schleswig-Holstein-Fonds. Gab es bisher eine zeitliche Beschränkung dafür, bis wann die Ausbauentscheidung gefällt werden musste, gewinnt Schwarz-Rot jetzt viel Zeit. Das gelingt ihr aber nur um den Preis, dass jetzt statt 10 Millionen € inzwischen 20 Millionen € an Landesmitteln - Schulden, wie wir heute Morgen gehört haben - in dieses Projekt fließen. Das ist keine Glanzleistung der neuen Koalition!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Heute Morgen wurden im Nachtragshaushalt 67 neue Stellen beschlossen. Darunter waren 21 neue Stellen für die Regierungsumbildung und die Änderung der Geschäftsverteilung. Im Haushaltsentwurf 2006 finden planmäßig größere Verschiebungen statt. Fast 4.000 Stellen finden sich demnächst im Haushaltsplan bei den Wirtschaftsbetrieben wieder. Interessant ist aber jetzt, was im Saldo passiert. Im Saldo unter Schwarz-Rot steigt die Zahl der Stellen, statt - wie von der CDU versprochen - zu sinken. Der Einsparung von 270 Stellen stehen im Haushalt 2006 308 neue Stellen jeweils inklusive Nachwuchskräften mit Kw-Vermerken gegenüber. Für die Bereiche Polizei, Justiz und Ämter für ländliche Räume werden die Personalbudgets sogar explizit erhöht.

Während unter Rot-Grün die Tarifsteigerungen in den Ministerien in der Regel selber erwirtschaftet werden mussten, finden wir jetzt im Einzelplan 11 bemerkenswerte 15 Millionen € genau für diesen Zweck. Auch hier gilt: Was hat die CDU im Wahlkampf nicht alles versprochen? Ich verweise noch einmal auf die Wahlkampfbroschüre: 2.650 Stellen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden werden eingespart. Ich gebe zu, ich bin sehr gespannt, was da passieren wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gespannt sind wir auch auf das Personaleinsparkonzept, von dem es konkrete Details erst nach der Bun-

(Klaus Müller)

destagswahl geben soll, obwohl es doch - wie ich höre - schon beschlossen ist. Abzuwarten bleibt, welche Einsparungen wirklich realisiert werden oder ob wir womöglich ebenfalls Verschiebungen à la Schleswig-Holstein-Fonds entdecken. Geht es dabei um eine Einsparung insgesamt für Schleswig-Holstein oder finden wir die Ausgaben womöglich bei Kommunen über das Konnexitätsprinzip als höheren Zuschuss für das gleiche Personal wieder? Herr Wiegard, ich gebe zu, ich bin sehr gespannt, was da passiert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Aus Sicht des Parlaments ist das Folgende sehr erfreulich und es wurde zunächst von uns auch gelobt. Das ist der Verzicht auf die **globalen Minderausgaben**. Das ist in der Tat eine Leistung. Ich bin gespannt, ob die Landesregierung dies bis 2010 durchhält. Was aber auf den ersten Blick gut und ehrlich klingt, ist auf den zweiten Blick nichts weiter als eine Schummelei, denn es hätte entsprechende Kürzungen konkret und unmittelbar im Haushaltsentwurf 2006 ausgewiesen geben müssen. Ich muss sagen, bisher ist dort nichts zu erkennen. Wir sind gespannt, was in der Nachschiebeliste passiert.

Stattdessen steigen im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2005 bis auf drei Ausnahmen in allen Einzelplänen die Ausgaben und bis auf zwei Einzelpläne steigt in allen Ministerien der **Zuschussbedarf**: Im Einzelplan 03 steigt der Zuschuss, im Einzelplan 04 steigt der Zuschuss, im Einzelplan 05 steigt der Zuschuss, im Einzelplan 06 sinkt der Zuschuss, das hat aber etwas mit den Erdölzinseinnahmen und den Verschiebungen in den Schleswig-Holstein-Fonds zu tun. Im Einzelplan 07 steigt der Zuschuss, im Einzelplan 09 steigt der Zuschuss, im Einzelplan 10 sinkt er wieder, was aber mit den weniger stark angestiegenen Ausgaben bei der Sozialhilfe im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2005 zu tun hat. Es hat auch etwas mit dem strukturellen Vorschlag zu tun, die Kommunen an den Kosten des Unterhaltsvorschussgesetzes zu beteiligen. Das möchte ich lobend erwähnen. Das ist ein grüner Vorschlag, den wir mehrfach vorgelegt haben. Es ist richtig, dass die große Koalition ihn umsetzt.

Im Einzelplan 11 steigt der Zuschuss, obwohl die Mietzahlungen an die GMSH in allen Einzelplänen umgesetzt worden sind. Hier finden wir natürlich wieder den Schleswig-Holstein-Fonds. Im Einzelplan 12 steigt der Zuschuss, im Einzelplan 13 steigt der Zuschuss. Ich will deutlich sagen: Viele dieser Aufgaben mögen gut begründet sein. Darüber wird

der Finanzausschuss in den kommenden Wochen zu diskutieren haben, aber Grund für Selbstlob ist dieser Haushaltsentwurf wahrlich nicht.

Herr Wadephul, ich finde es toll, dass Sie sich so engagiert mit Ihrem Hintermann unterhalten. Wenn ich richtig zugehört habe, dann haben Sie eben ausgeführt, die Investitionen würden von 2004 auf 2006 ansteigen. Wenn ich das richtig verstanden habe - wir können das im Plenarprotokoll nachlesen -, dann bin ich sehr gespannt auf die Diskussion darüber, wann sie denn gestiegen sind. Herr Kubicki hat vorgerechnet, nicht im Haushaltsentwurf 2006 und nicht im Nachtragsentwurf 2005. Wenn das ebenfalls stimmt, dann können die Investitionen nur im alten rot-grünen Haushalt 2005 angestiegen sein. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Finanzausschuss. Womöglich müssen Sie einräumen, dass Sie mit Ihrer Kritik ziemlich daneben gelegen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Wahlkampf hat die CDU ständig beteuert, sie wolle Politik mit und nicht gegen die Menschen machen. Das ist eine hohle Floskel, wie wir inzwischen merken. Gestern haben die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und die Polizisten demonstriert. Es gab Proteste der Mitarbeiter der Universitätskliniken und die ersten unzufriedenen Stimmen aus Eiderstedt. Bald werden sich die Kommunen wegen der Veränderungen im Unterhaltsvorschussgesetz melden. Es gibt an dieser Stelle viele Proteste. Ich sage: Nicht alle Proteste sind legitim. Anders als die CDU-Fraktion werden sich die Grünen nicht überall an die Mikrophone drängen und behaupten, wir machen alles anders. Ihr Wahlkampfkonzept aber, mit den Menschen und nicht gegen sie, war eine hohle Seifenblase, die jetzt zerplatzt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden die Landesregierung an ihren eigenen Versprechungen messen. Wir sind der Meinung, eine Kürzung von Förderprogrammen kann richtig sein. Die hat es auch unter Rot-Grün gegeben und die werden wir konstruktiv kritisch begleiten.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Müller, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz. - Eine umfassende **Verwaltungsstrukturreform** mit einer Reduzierung der Kreise - wie schon im rot-grünen Koalitionsvertrag versprochen - steht nach wie

(Klaus Müller)

vor aus. Ich bin gespannt, ob die mutigen Aussagen von Herrn Wadephul und anderen heute nicht in zwei, drei oder vier Jahren eingesammelt werden müssen. Daran werden wir die große Koalition messen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Kollegen Müller und erteile nunmehr der Sprecherin des SSW, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schwalm, alles ist noch nicht gesagt worden. Vor dem Hintergrund der heutigen Debatte denke ich aber, dass der Kabarettist Dieter Hildebrandt Recht hat, wenn er sagt: Politik ist der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ist das in Dänemark so?)

- Ich kenne jetzt nur den Spruch des Kabarettisten Hildebrandt, lieber Kollege Hay. Die **Interessenverbände der Wirtschaft** nutzen so zum Beispiel die angespannte Lage am Arbeitsmarkt dazu, die Arbeitnehmer zu immer neuen Einschnitten aufzufordern. Hier nenne ich zum Beispiel das neueste Ansinnen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, denn dort wurde gesagt, wer krank ist, soll an den ersten beiden Fehltagen keinen Lohn bekommen. Dieser Vorschlag kommt nicht zum ersten Mal. Er ist sozusagen ein Ladenhüter, denn schon im Juni meinte der BDI damit an die Öffentlichkeit gehen zu müssen. Auch ansonsten sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt: Arbeitstage vom Urlaub abziehen, drei Karenztage im Krankheitsfall, unbezahlte Rauchpausen, Ausstieg aus dem Unfallschutz, Lehrlingsgehälter senken, Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, Feiertage abschaffen, alle Feiertage auf Sonntage legen, 42-Stunden-Woche und weniger Urlaub. All dies sind Forderungen der Chefs der Wirtschaftsverbände und immer wieder wird ihnen dafür Platz in den Medien und Raum in der öffentlichen Debatte um die Modernisierung unseres Sozialstaats zur Verfügung gestellt. Diese Forderungen werden aufgestellt, obwohl die angesehene britische Wirtschaftszeitschrift „Economist“ erst vor kurzem erklärte, dass die deutschen Unternehmen und ihre Arbeitnehmer im internationalen Vergleich sehr wettbewerbsfähig sind.

Zum anderen akzeptiert die Politik mittlerweile völlig sang- und klanglos den Gedanken vom **Primat der Wirtschaft**. Das führt zum Beispiel dazu, dass der

Vorsitzende des Unternehmensverbandes Nord in einem Sommerinterview auf N3 ganz selbstverständlich davon ausgeht, dass zuerst immer die Wirtschaft gefragt wird, wenn es in Schleswig-Holstein um die Wahl eines Wirtschaftsministers geht. Es führt dazu, dass die Aussage, sozial ist, was Arbeitsplätze schafft, einfach so hingenommen wird. Zu Ende gedacht, schließt diese These aber eine ganze Reihe von Fragen ein, die nicht beantwortet werden. Da ist zum Beispiel die Frage, ob damit Arbeitsplätze um jeden Preis oder zu allen Bedingungen gemeint sind. Es wird aber auch eine zweite unausgesprochene Botschaft transportiert, nämlich die, dass tatsächlich Arbeit geschaffen wird.

Ein Blick auf die heutige Wirklichkeit zeigt, was dies für ganz viele Menschen in Deutschland bedeutet: Gesicherte Arbeitsverhältnisse werden ausgehöhlt. Die Anzahl der Minijobs nimmt zu und als ALG II-Empfänger oder Ein-Euro-Jobber müssen Menschen sich darauf einstellen, dass sie später nur eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung erhalten werden.

Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Wir brauchen eine prosperierende Wirtschaft und eine Wirtschaftspolitik, die dafür Rahmenbedingungen schafft. Nicht zuletzt aber brauchen wir endlich eine **Beschäftigungspolitik**, die den Namen auch verdient. Eine große Regionalzeitung formulierte es kürzlich nach der Bekanntgabe neuer Wirtschaftsdaten so: Deutschland ist ein starker Wirtschaftsstandort. Nun muss es darum gehen, auch ein starker Beschäftigungsstandort zu werden. Dabei ist es natürlich nicht egal, wie man Arbeit schafft und welche Art von Arbeit man schafft. Wer meint, dass man mit den **Niedriglohnländern** dieser Welt wie China, Südostasien oder auch den osteuropäischen Ländern in einer Abwärtsspirale des Sozialdumpings mithalten sollte, der hat von vornherein verloren.

(Beifall beim SSW)

Wir werden niemals mit den Löhnen aus diesen Ländern konkurrieren können.

Wir müssen uns mit neuen **Produkten** und besserer **Qualität** sowie mit der Flexibilität, dem Wissen und der Kreativität der Beschäftigten den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Mit anderen Worten: Jedes Mal, wenn Unternehmen abwandern oder Arbeitsplätze verloren gehen, schmerzt das natürlich. Das wird aber weiter geschehen. Ich möchte dabei darauf hinweisen, dass an jedem hoch qualifizierten Arbeitsplatz bis zu drei weitere Arbeitsplätze hängen. „Der Spiegel“ hat in seiner Ausgabe über Auswege aus der Krise darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik seit mehr als 20 Jahren eine hohe **Langzeitarbeitslosigkeit** vor sich herschiebt. Vorhin wurde Le-

(Anke Spoorendonk)

go angesprochen. Auch ich finde es schlimm, dass uns die Arbeitsplätze dort verloren gehen. Es gibt keine zwei Meinungen dazu. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der dänische Ministerpräsident, ein Parteikollege des Kollegen Kubicki,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind wieder schuld!)

einen Globalisierungsrat einberufen hat, der Anfang des nächsten Jahres einen Bericht vorlegen wird, also eine Globalisierungsstrategie erarbeiten wird. Ich bin ganz sicher, dass daraus wichtige Initiativen entstehen. Vielleicht sollten wir diesem Beispiel folgen und uns auch einmal mit einer Strategie beschäftigen, also nicht nur hinterherhinken und reagieren.

Der Begriff „Vorfahrt für Arbeit“, den auch diese Landesregierung so gern verwendet, mag ja auf Marktplätzen und im Wahlkampf gut ankommen. Er muss aber genau definiert und auch mit Leben erfüllt werden, um aussagekräftig zu sein. Deutschland ist keine Aktiengesellschaft und Schleswig-Holstein ist kein Unternehmen, das umstrukturiert werden muss, damit die Aktienkurse steigen. Aus Sicht des SSW geht es schlicht und einfach darum, einen **Sozialstaat**, der diesen Namen auch verdient, zu erhalten und fit für die Zukunft zu machen.

Es ist klar, dass wir uns dabei weiterhin an dem Modell der skandinavischen Wohlfahrtsgesellschaften orientieren. Diese Gesellschaften haben zwar zum Teil auch schmerzhaft Reformen hinter sich, es ist ihnen aber gelungen, den Staatshaushalt zu sanieren und die Arbeitslosigkeit markant zu senken. Sie haben in Bildung und Ausbildung der Menschen investiert und sind nicht der Versuchung erlegen, die Modernisierung des Sozialstaates mit dessen Abbau gleichzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte über die Zukunft des Sozialstaates - ob nun west- oder nordeuropäischer Prägung - wird uns noch lange begleiten. Diese Debatte berührt nicht nur die Wahl am 18. September und die Regierung in Berlin. Sie wird vielmehr auch immer im Kleinen ausgetragen, zum Beispiel in der schleswig-holsteinischen Landespolitik.

Die Bildung der großen Koalition in Schleswig-Holstein hat jetzt erst einmal dazu geführt, dass es in unserem Land in der angesprochenen Frage ein Patt gibt. Das zeigt sich auch im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2006. Man wird bei dem vorliegenden Entwurf das Gefühl nicht los, dass hier zwei ungleiche Partner versuchen, jeder in seine Richtung zu rudern - mit dem Ergebnis, dass der Schleswig-Holstein-Zweier sich erst einmal wenig von der Stelle

bewegt. Das liegt natürlich auch an den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, die die neue Landesregierung vorgefunden hat. Wir haben das heute Morgen ja schon angesprochen.

Der **Haushaltentwurf für 2006** sieht eine Reduzierung der **Kreditaufnahme** von 1,7 Milliarden € auf circa 1,5 Milliarden € vor. Die **Nettoausgaben** des Landes sollen um 0,1 % sinken und die **Investitionsquote** soll auf 10 % ansteigen. Das sind sicherlich Schritte in die richtige finanzpolitische Richtung, die man nur begrüßen kann. Ich füge gewissermaßen in Klammern hinzu, dass wir auch den Entschließungsantrag der großen Koalition begrüßen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Von einer Wende in der Haushaltspolitik zu sprechen, wie es auch schon getan worden ist, ist aber wohl doch etwas vermessen, vor allem wenn man bedenkt, dass die Regierung in ihrem **Finanzplan** erst 2009 mit einem verfassungskonformen Haushalt rechnet.

Trotz einiger Kritikpunkte im Einzelnen steht der SSW der Errichtung des **Schleswig-Holstein-Fonds** positiv gegenüber. Dieser Fonds soll bis 2009 für ein Investitionsvolumen von 1,6 Milliarden € sorgen. Natürlich wissen auch wir, dass es sich dabei nicht um zusätzliches Geld der Landesregierung handelt. Wenn man wollte, könnte man hier polemisch das Bild vom alten Wein in neuen Fässern bemühen. Wenn der Kollege Kubicki mit seiner Analyse Recht hat, haben wir es, wie ich es denke, aber nicht mit Wein, sondern mit Weinschorle zu tun. Ich meine, dass wir uns im Ausschuss noch einmal intensiv damit beschäftigen müssen. Vorerst aber bleiben wir dabei, dass der Schleswig-Holstein-Fonds ein wichtiger Eckpfeiler der Landespolitik ist, der dazu dienen soll, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung auszulösen.

Allerdings - auch das sage ich ganz klar und deutlich - sehen wir bisher mit Bauchschmerzen, wie der Wirtschaftsminister die Prioritäten gesetzt hat. Es kann nicht angehen, dass die Landesregierung die notwendigen Investitionen überproportional auf die **Regionen** Kiel und Lübeck konzentriert. Die Landesregierung steht in der Pflicht, auch die ländlichen Räume, die strukturschwachen Gebiete und damit auch den nördlichen Landesteil in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Auseinandersetzungen um das Science-Center Kiel, die Phänomenta in Flensburg oder den Ausbau des Husumer Hafens sowie den Ausbau des Flugha-

(Anke Spoorendonk)

fens Kiel-Holtenau haben uns bisher noch nicht davon überzeugt, dass die Landesregierung dieser Verpflichtung nachkommt.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vor diesem Hintergrund fehlt dem SSW auch eine stärkere Anstrengung der Landesregierung im Rahmen der **deutsch-dänischen Zusammenarbeit**. Es ist schon traurig, wenn sich der dänische Konzernchef Jørgen Mads Clausen von Danfoss öffentlich darüber beklagt, dass die deutsche Seite auf Vorschläge von dänischen Experten für eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für Sønderjylland und den Landesteil Schleswig nicht reagiert hat. Der nördliche Landesteil hat nur gemeinsam mit seinem nördlichen Nachbarn eine wirtschaftliche Perspektive. Zu dieser wirtschaftlichen Perspektive gehört übrigens auch die weitere Förderung der Windenergie.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden um jeden Arbeitsplatz im Bereich der **Windenergie** in Schleswig-Holstein kämpfen. Wir lassen uns gute Projekte in unserer Region nicht kaputtmachen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist verständlich, dass die Landesregierung versucht, den Haushalt in den Griff zu bekommen, indem sie in vielen Bereichen Kürzungen vornimmt. Dennoch kann man die Sinnhaftigkeit einiger dieser Kürzungen aus unserer Sicht durchaus infrage stellen. Der SSW sieht es zum Beispiel kritisch, dass die Landesregierung die Arbeitszeit der Landesbediensteten verlängern und die Heilfürsorge kürzen will, ohne in einen vernünftigen Dialog mit den Betroffenen einzutreten. Wie sollen wir auf diese Weise motivierte Mitarbeiter in den **Landesdienst** bekommen, die wir ja angesichts des enormen Veränderungsdrucks in der öffentlichen Verwaltung dringend brauchen? Ich sage es noch einmal: Eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung ist auch ein Standortfaktor.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Auch einige der Kürzungen im Sozialbereich sind für uns nicht nachvollziehbar, so zum Beispiel die Kürzungen bei den Beratungsstellen „Frau und Beruf“, den Sprachkursen für Ausländer oder den vielen Arbeitslosenberatungsstellen. Wegen geringer Beträge

wird hier eine sehr gute Arbeit infrage gestellt. Wir sehen es weiterhin als bedenklich an, dass im Umweltbereich scheinbar aus ideologischen Gründen viele unverständliche Kürzungen vorgenommen werden.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Besonders schmerzhaft ist dabei, dass die Entschädigung für Nutzungsbeschränkungen in den NATURA-2000-Gebieten für Grünland und für Vertragsnaturschutz gekürzt wird. Das ist ein falsches Signal. Dadurch fehlt zum Beispiel Geld für Naturschutzprogramme, die als Ausgleich für Benachteiligungen durch die Ausweisung von Schutzgebieten gedacht waren. Davon sind nicht zuletzt auch Landwirte auf **Eiderstedt** betroffen. Das wurde auch in der Debatte heute Morgen schon deutlich.

Ich will aber auch lobend erwähnen, dass die Landesregierung für die Arbeitsmarktpolitik 5 Millionen € mehr zur Verfügung stellen will. Auch die Erhöhung der Mittel für die allgemein bildenden Schulen im Haushalt 2006 findet unsere Unterstützung. So sollen die Ausgaben des Landes im Bereich der **Unterrichtsversorgung** von 2005 auf 2006 von 92 Millionen € auf 106 Millionen € ansteigen. Das ist sicherlich eine richtige Schwerpunktsetzung, um die Qualität des Unterrichts voranzubringen. Das Thema der ungeteilten Schule allerdings können wir, wie ich denke, unter dieser Regierungskoalition zu den Akten legen. Das fällt uns zwar schwer, aber so ist es nun einmal. In der Bildungspolitik ist von dieser Landesregierung kein großer Wurf zu erwarten.

Das Gleiche wird man wohl auch hinsichtlich der **Verwaltungsstrukturreform** sagen können. Wir werden uns im November noch im Detail mit den Plänen der Landesregierung dazu befassen. Das, was wir bis heute zum Beispiel über die Einrichtung von Dienstleistungszentren und die Zusammenlegung der Verwaltungen vernommen haben, ohne den demokratischen Unterbau mit über 1.100 Kommunen wirklich zu ändern, hat den SSW nicht überzeugt.

Bei der Kommunalreform geht es nicht darum, irgendetwas kaputtzumachen, es geht darum, dass Verwaltungen demokratisch kontrolliert werden müssen. Das ist nur machbar, indem wir Kommunen bekommen, die auf gleicher Augenhöhe mit den neuen Verwaltungsstrukturen agieren können.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Im Haushalt sind jetzt die so genannten „Hochzeitsprämien“ eingestellt, aber diese bescheidenen Sum-

(Anke Spoorendonk)

men werden die Kommunen kaum dazu bringen, sich freiwillig zusammenzuschließen.

(Lars Harms [SSW]: Mitnahmeeffekte!)

Für den SSW bleibt der wichtigste Maßstab bei der Verwaltungsstrukturreform Folgendes: Klare Verteilung von Kompetenzen und flache Strukturen und nicht die Schaffung neuer Verwaltungen wie die **Dienstleistungszentren**.

Das sehen übrigens eine Reihe von Verwaltungschefs, zum Beispiel die der Stadt Flensburg sowie die der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, ähnlich.

Im **Haushaltsstrukturgesetz** wird auch eine Änderung des Quotalen Systems vorgeschlagen, die erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Kreise und Kommunen haben wird. Aus Sicht des SSW muss die Landesregierung sicherstellen, dass die kommunalen Gebietskörperschaften durch diese Änderungen keinen finanziellen Nachteil haben. Ob die im Haushalt eingestellten 430 Millionen € dabei ausreichend sind, ist keinesfalls sicher. Hier muss die Landesregierung nachbessern oder die Umsetzung erst zum 1. Januar 2007 erfolgen lassen, wenn verlässliche Daten über die Folgekosten vorliegen.

Auch die Änderung des Kindertagesstättengesetzes und besonders die Aufhebung der Mindestverordnung im **Kita-Bereich** sieht der SSW sehr kritisch. Es ist zwar positiv, dass die Landesregierung weiterhin 60 Millionen € über den Kommunalen Finanzausgleich für die Kindertagesstätten ausgeben will, aber uns fehlt die Kontrolle darüber, wie die Kommunen mit diesem Geld umgehen werden.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir müssen uns also darüber unterhalten, wie das Land die Standards in den Kindertagesstätten in Zukunft sicherstellen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Minderheitenpolitik** - sagt der Kollege Hay - ist ein Kernbereich des Landes Schleswig-Holstein. Das ist natürlich so. Denn immer wieder profiliert sich das Land im Ostseeraum, in internationalen Zusammenhängen mit der Minderheitenpolitik. Das ist richtig und das ist gut so.

Kollege Hay, Ihr Zusatz war allerdings überflüssig; denn Minderheitenpolitik heißt Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit, nicht mehr und nicht weniger.

Ich sagte heute Morgen schon indirekt, dass der Minderheitenbereich bei diesem Haushaltsentwurf glimpflich davongekommen ist. Ich sagte auch, dass

der SSW dies als Signal dafür wertet, dass die Landesregierung die erfolgreiche Minderheitenpolitik des letzten Jahrzehnts fortsetzen will. Darüber freue ich mich, denn Minderheitenpolitik gilt eben nicht nur für Sonntage oder wenn die Sonne scheint.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Dennoch möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass viele **Organisationen** der dänischen Minderheit und der Friesen seit Jahren keine Erhöhung ihrer Zuschüsse erhalten haben.

(Rolf Fischer [SPD]: Immer überrollt! Bei anderen ist gekürzt worden! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Wir haben für Überrollungen gekämpft. Wir haben uns immer wieder dafür einsetzen und dafür kämpfen müssen. Auch eine Überrollung ist ein Sparbeitrag.

Der SSW wird sich im Rahmen der Haushaltsberatungen mindestens für eine Überrollung der Zuschüsse von SSF, Nordfriisk Instituut und der friesischen Kulturarbeit bemühen.

Gleichzeitig gehen wir weiter davon aus, dass die große Koalition spätestens 2008 wieder die reale Bezuschussung von 100 % pro Schülerin und Schüler der dänischen Minderheit einführen wird, eine Regelung - ich sage das noch einmal, um die CDU lecker zu machen -, die übrigens der CDU-Ministerpräsident Barschel 1985 nach Verhandlungen mit dem SSW-Abgeordneten Karl Otto Meyer eingeführt hatte.

Ich möchte heute aber auch auf ein anderes Problem der **finanziellen Gleichstellung** hinweisen. Wir erleben gerade, dass sich die nördlichen Kreise aus der Finanzierung der Schülerbeförderung herausziehen werden, und zwar mit der Begründung, dass dies eine freiwillige Leistung sei. Dabei gibt es schon seit 1997 Vorschläge, eine gesetzliche Lösung im Sinne der Gleichstellung zu erreichen. Der SSW hat dieses Thema nicht zuletzt auf Drängen der CDU-geführten Kreise in die Tolerierungsverhandlungen eingebracht und sich mit seinen damaligen Tolerierungspartnern auf eine gesetzliche Lösung geeinigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher können Sie sicher sein, dass der SSW in dieser Frage weiter am Ball bleiben wird. Denn für uns handelt es sich schlicht und ergreifend um ein entscheidendes Element der Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit. Die Kreise zahlen ja auch zwei Drittel der Kosten der Schülerbeförderung der öffentlichen Schulen.

Der Haushalt 2006 ist aus Sicht des SSW von Licht und Schatten geprägt und wird kaum als großer Wurf in die Geschichte des Landes eingehen. Dennoch ist

(Anke Spoorendonk)

es das Politikverständnis des SSW, dass wir als Opposition nicht für den Papierkorb arbeiten. Unsere Zustimmung zum Haushalt werden wir daher von den kommenden Beratungen und Verhandlungen abhängig machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte über die Zukunft unseres Sozialstaates wird uns - wie gesagt - noch lange begleiten. Wir werden sie auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Lebens zu führen haben. Das Gleiche gilt grundsätzlich auch für die Finanzpolitik. Klar ist: Die Landespolitik muss ihre finanzpolitischen Schulaufgaben machen, um das Land finanzpolitisch wieder auf die Beine zu bringen. Dennoch kommen wir nicht umhin festzustellen, dass sich das Land aus eigener Kraft nicht wirklich aus dem Sumpf herausziehen kann. Das wird nur gelingen, wenn sich auch die bundespolitischen Rahmenbedingungen verbessern. Wir brauchen dringend Reformen auf **Bundesebene**, die es den Ländern ermöglichen, ihre Finanzen wieder in den Griff zu bekommen. Denn die Situation in Schleswig-Holstein ist trotz der angespannten Lage keineswegs einzigartig. Nahezu keines der 16 Bundesländer kann einen verfassungsmäßigen Haushalt aufstellen.

Das heißt, noch nie war die Lage der gesamten Staatsfinanzen - ob Bund, Länder oder Kommunen - so bedrohlich. Wir erleben seit dem Anfang der Stagnationsperiode 2002 einen beispiellosen Niedergang der öffentlichen Haushalte. Natürlich spielen dabei die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Folgekosten eine entscheidende Rolle. Allerdings kann ich mir nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass die **Steuersenkungen** der Jahre 2000 bis 2005 mit über 50 Milliarden € Mindereinnahmen für die öffentliche Hand auch wesentlich zu dieser vertrackten Situation beigetragen haben.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Angesichts der Tatsache, dass die bisherigen Steuersenkungen keinen merkbaren wirtschaftlichen Aufschwung gebracht haben, kann man sich eigentlich nur darüber wundern, dass in der Öffentlichkeit schon wieder über neue Steuersenkungen nachgedacht wird. Nicht nur die Steuersenkungspartei FDP, sondern auch die große Volkspartei CDU propagiert weitere Steuersenkungen zur Lösung der bundesdeutschen Krise.

Der CDU-Schattenfinanzminister auf Bundesebene Kirchhof ist heute ja schon mehrfach angesprochen worden; auch ich will es tun. Denn ich finde es schon bemerkenswert, dass er von einem Einheitssteuersatz von 25 % spricht. Einmal abgesehen davon, dass wir damit überhaupt keinen sozialen Ausgleich mehr in

unserem Steuersystem hätten - ich weiß, dass er Ausgleich schaffen will, aber trotzdem -, gibt es seriöse Berechnungen, zum Beispiel von den Landesfinanzministern, die davon ausgehen, dass ein solches **Steuersystem** zu Mindereinnahmen von fast 40 Milliarden € führen würde. Man kann nur hoffen, dass Herr Kirchhof nur als Wahlkampflokomotive fungiert, denn eine Umsetzung seiner Vorschläge würde den endgültigen Ruin der öffentlichen Hand bedeuten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland leidet aber nicht nur unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise, wir haben unseres Erachtens auch eine Demokratiekrise. Viel zu viele Menschen sind von den demokratischen Entscheidungsprozessen abgekoppelt und fühlen sich nicht mehr für das Gemeinwohl verantwortlich. Sinnbild dieses Problems ist der komplizierte föderative Aufbau der Bundesrepublik, der dazu führt, dass sich alle politischen Gremien aus der Verantwortung stehlen können mit dem Hinweis, dass sie nicht zuständig sind, sondern immer die anderen.

Es muss uns als verantwortliche Politikerinnen und Politiker bedenklich stimmen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger diesen Systemfehler mit einer Abkehr von den demokratischen Institutionen bestrafen. Wer immer auch nach dem 18. September die Bundesregierung bildet, sollte deshalb so schnell wie möglich eine Neuordnung des Föderalismus in Angriff nehmen, die zur Stärkung der Länder und Kommunen führt. Geschieht dies nicht, gerät die Eigenständigkeit der Länder, also auch die des Landes Schleswig-Holstein, in große Gefahr.

Wovon wir uns unter allen Umständen verabschieden sollten, ist die Einstellung, dass der Patient Deutschland erst gesund wird, wenn ihm noch mehr von der Medizin verabreicht wird, die bisher auch noch keine Wirkung erzielt hat. Das sage ich auch noch einmal in Richtung FDP, die ja die Partei ist, die am längsten das Geschick der Bundesrepublik mit geprägt hat.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Vorsitzenden des SSW, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk.

Ich darf auf den Zuschauerrängen Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt des Ortsvereins Meldorf und Mitglieder des Frauenringes Neumünster begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

(Präsident Martin Kayenburg)

Im Rahmen der angemeldeten Redezeit stehen der Landesregierung noch 27 Minuten und 20 Sekunden zur Verfügung. Ich erteile nunmehr dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man ist fast geneigt, die gesamte Redezeit auszunutzen. Es gibt vieles, worauf man antworten könnte. Es ist auch sehr vieles gewesen, worauf man nicht antworten muss. Dann habe ich selbst auch noch eine Rede mitgebracht. Insofern wäre genügend Stoff vorhanden.

Ich habe ja damit gerechnet, dass bei dem ersten Haushalt, den wir vorlegen, viel Kritik von der Opposition kommt, insbesondere von den Grünen. In der Tat habe ich aber nicht damit gerechnet, dass auch noch kritisiert wird, dass ich eine positive Lebenseinstellung habe.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dass Sie vieles wundert, weiß ich. Aber ich finde, wenn der Herrgott mir so etwas Gutes wie dieses Leben mitgegeben hat, dann muss man doch nicht so wie Sie herumlaufen und damit den Eindruck erwecken, man sei der Erfinder des Sodbrennens, Herr Müller.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Wissen Sie, Sie werden mir das auch mit Ihren Reden nicht vertreiben. Herr Müller, Sie haben heute Morgen auch schon einmal recht despektierlich über Abgeordnete, über den Bundestagesabgeordneten Austermann und mich als Bundestagesabgeordneten, geredet und gesagt: Jetzt kommen die hierher. - Offensichtlich ist es bei Ihnen recht tief drin, dass Sie sich an Ihren Lebenslauf nicht mehr richtig erinnern können,

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh doch!)

weder an Ihre Zeit als Bundestagsabgeordneter - Sie waren nämlich auch mal einer -

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

noch offensichtlich an die Zeit - weil Sie Ihre Rede hier heute so gehalten haben -, in der Sie Minister einer Landesregierung waren.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir waren immer für den Subventionsabbau!)

- Wie schön! Das ist ja in Ordnung. Aber erinnern Sie sich bitte daran. Ich höre auch, dass Sie wieder von hier entfliehen wollen. Man hörte einmal, Sie hätten ein bisschen die Fühler nach Brüssel ausgestreckt. Jetzt kandidieren Sie wieder für den Bundestag. Sie werden sich hier also wieder absetzen.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Wahlkreis, Herr Carstensen!)

- Im Wahlkreis! Wenn Sie keine Chance haben und das jetzt schon sagen, warum kandidieren Sie dann und verursachen noch Kosten mit Plakaten, Herr Müller? Das muss doch nun nicht sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich stelle nur fest: Wenn Sie denn hier weg sein sollten, dann werden Sie eine Lücke hinterlassen, die Sie voll ersetzt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Anne Lütkes [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Natürlich geht mich das nichts an. Ich habe es ja auch nur festgestellt, Frau Lütkes.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie einmal zum Haushalt!)

- Das ist einer, der jetzt eine Stunde nicht hier gewesen ist und weder die Rede der eigenen Leute noch die von anderen, etwa von Lothar Hay, gehört hat und jetzt macht er hier solche Bemerkungen.

Frau Lütkes, nur damit wir jetzt einmal ernst werden: Ich habe auf einer parteipolitischen Veranstaltung in Lübeck die Grünen aufgrund ihres Verhaltens als Lumpen bezeichnet. Das tut mir Leid. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich sage aber auch: Mich hat das Verhalten - auch das, was Sie hier an den Tag legen - außerordentlich geärgert und dann ist es herausgerutscht. Wissen Sie, wenn Sie hier darüber sprechen, wir würden die Nettoneuverschuldung des Haushalts aufblähen, damit wir dann von einer hohen Zahl heruntergehen und gute Erfolge vorzeigen könnten - wir werden mit dieser Koalition Erfolge haben; das nur nebenbei -, dann finde ich das unredlich und unanständig. Da finde ich die Äußerung der Frau Kollegin Spoorendonk schon etwas offener, sauberer und ehrlicher, die gesagt hat, diese Landesregierung hat eine schwierige Haushaltssituation vorgefunden.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Das, was wir mit dem **Nachtragshaushalt** und für den **Haushalt 2006** auf den Tisch legen, zeigt endlich einmal die wirkliche Situation, die in den Haushalt Eingang gefunden hat. Wissen Sie, ich habe in den letzten Monaten, in denen wir noch nicht an der Regierung waren, insbesondere auch in den Koalitionsverhandlungen mit großem Respekt zur Kenntnis genommen, dass die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, namentlich Herr Döring und Herr Stegner, die Haushaltssituation offen auf den Tisch gelegt haben. Wir haben bis gestern noch mit einem Haushalt gearbeitet, der eine **Nettoneuverschuldung** von 550 Millionen € vorsieht. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen festgestellt, dass eine zusätzliche Deckungslücke von 940 Millionen € vorhanden war. Man kann sich gerade in einer solchen Koalition angewöhnen - das tue ich -, nicht nach hinten zu gucken, sondern die Situation, wie sie denn da ist, zu analysieren und zu versuchen, damit optimal umzugehen. Aber wenn Sie, Herr Müller, der Sie Verantwortung getragen haben, hier eine solche Rede halten und das auch draußen im Wahlkampf tun, dann empfinde ich das - das muss ich ganz deutlich sagen - als unanständig.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist ein starkes Land, weil die Menschen, die bei uns leben und arbeiten, starke und zupackende Menschen sind und sich selbst auch etwas zutrauen. Ich bin Woche für Woche unterwegs und sehe und höre, wie sich die Stimmung im Land verändert. Mein Eindruck ist, die Bürgerinnen und Bürger können sehr genau wichtige Aufgaben von unwichtigem Gerede unterscheiden. Das sollten wir uns auch bei Debatten in diesem Hause klarmachen.

Als wir vor vier Monaten die Arbeit aufnahmen, habe ich gesagt, wir werden Schleswig-Holstein wieder nach vorn bringen, weil wir uns auf das Wesentliche konzentrieren werden. Die Menschen erkennen, dass wir damit Ernst machen. Dabei steht die Auflösung von Blockaden, auch derer, für die Sie zu einem großen Teil verantwortlich sind, ganz oben an. Ich bin deshalb froh, dass die große Koalition im Land ohne Reibungsverluste und effektiv arbeitet. Wir haben Verantwortung übernommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir können es uns nicht leisten, uns in Kleinkram zu verzetteln. Wir müssen offen und ehrlich sagen, wo wir stehen. Weil wir in dieser Art arbeiten, sind wir auch in der Lage als CDU und als SPD, die mit unterschiedlichen Wahlprogrammen in die Bundestags-

wahl hineingehen und auch mit unterschiedlichen Wahlprogrammen in die Landtagswahl hineingegangen sind, nicht miteinander, aber nebeneinander Wahlkampf zu machen. Denn wir unterscheiden das Wesentliche vom Unwesentlichen, jeder selbstverständlich mit seiner Präferenz.

Herr Stegner ist nicht derjenige, der gerne für Angela Merkel Wahlkampf macht. Das will er nun einmal nicht; das ist auch nicht nötig. Aber ich finde, wir sollten unsere politische Auseinandersetzung in der Art, wie wir sie haben - am Kabinetttisch geschlossen für das Land zu streiten und draußen bei einer Bundestagswahl die unterschiedlichen Auffassungen darzustellen -, auch ausleben können. Das machen wir in einer guten Art und Weise. Herzlichen Dank dafür!

Die **Haushaltssituation des Landes** war noch nie so schwierig wie in diesem Jahr. Das spiegelt sich in den Vorlagen zum Nachtragshaushalt 2005 und im Haushaltsplanentwurf für 2006 mit dem Haushaltsstrukturgesetz und der mittelfristigen Finanzplanung wider. Der Landeshaushalt verfügt nur noch über einen sehr begrenzten Handlungsspielraum. Rund 92 % der Nettoausgaben von knapp 8 Milliarden € sind festgelegt, davon rund 40 % durch Personal, rund 30 % durch Gesetze von Bund und Land und rund 12 % durch Zinsen. Die 8 %, die noch nicht festgelegt sind, bilden Zuschüsse, etwa an die Hochschulen, oder es sind Mittel, mit denen wir zusätzliche Gelder aus Berlin oder Brüssel ins Land holen wollen und sollen.

Einen solchen Haushalt saniert man nicht per Knopfdruck. Wir müssen eine Entwicklung zum Guten in Gang setzen. Dieser Prozess ist eingeleitet. Die ersten Schritte sind gemacht.

Diese Landesregierung hat mit den Haushaltsvorlagen eine echte Gemeinschaftsleistung abgeliefert und diese Gemeinschaftsleistung, die wir hier abgeliefert haben, zeigt erste Ergebnisse.

Das wird uns jetzt auch von außen attestiert. In einer aktuellen Studie hat die Bertelsmann-Stiftung den Standortwettbewerb der Länder im Jahr 2005 untersucht. Dabei stellt sie ausdrücklich fest, dass sich Schleswig-Holsteins Position verbessert.

(Lachen des Abgeordneten Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lesen werden Sie doch können, Herr Kollege! - Dort heißt es, die neu formierte Landesregierung zeige sich bereit dazu, die Probleme des Landes anzugehen.

Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen die **Nettoneuverschuldung** bis zum Jahr 2010

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

halbieren. Wenn wir die Zukunft unseres Landes sichern und den Haushalt endlich wieder in Ordnung bringen wollen, reicht es aber nicht, nur zu sparen. Vielmehr werden wir gleichzeitig das Kunststück schaffen, unsere Schwerpunkte, nämlich Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit, gute Bildung und Ausbildung, Bürokratieabbau und die Aufgabe von Aufgaben, zu stärken.

Damit lassen wir uns nicht lange Zeit. Das am 25. Mai angekündigte 100-Tage-Programm wurde umgesetzt, meine Damen und Herren. Der Schleswig-Holstein-Fonds ist aufgelegt und er kommt gut an. Wir dotieren den Fonds in den Jahren 2005 bis 2009 mit 415 Millionen € und mobilisieren damit eine **Investitionssumme** von 1,7 Milliarden € für Wirtschaft und Beschäftigung, für Bildung und Innovation. Schon jetzt haben wir damit einen Wettbewerb der guten Ideen ausgelöst. Wir haben Mittel gebündelt und Förderinstrumente neu geschaffen. Das sorgt für Transparenz.

Wir stärken die **Eigenkapitalbasis von Unternehmen** und diese kommen leichter an Kredite. Für die kleinen und mittleren Unternehmen haben wir die Mittel noch einmal erhöht. Sie sind der Motor unserer Wirtschaft und der muss rund laufen.

Die Verkehrsblockade ist aufgelöst. Es geht voran bei der Elektrifizierung des Ostnetzes und beim Weiterbau der A 20. Wir verkürzen die Planungswege. Die Bertelsmann-Studie bescheinigt uns, dass wir auch damit auf dem richtigen Weg sind.

Hinzu kommen wichtige, millionenschwere Investitionen, um die Fremdenverkehrsinfrastruktur zu modernisieren. Das Sturmflutmuseum „Blanker Hans“ in Büsum, das Erlebnisbad in Glücksburg und auch das Science-Center in Kiel sind dafür gute Beispiele.

Wir stärken den **Mittelstand** und das **Handwerk**. Wir machen die Verwaltungswege kürzer und bauen **Bürokratie** ab.

Vor allen Dingen hat die neue Landesregierung zwei offene Ohren für die Belange der Unternehmen. Wir bauen auf den Austausch von Erfahrungen und Ideen und lassen unsere Politik dadurch bereichern. Eine Reihe von **Unternehmensansiedlungen** bestätigen unseren Kurs. Das Klima für die Wirtschaft in Schleswig-Holstein hat sich verbessert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Änderung der Grünlandprämie für unsere Landwirte ist beschlossen, die Benachteiligung der **Ackerbaubetriebe** ist beseitigt.

(Claus Ehlers [CDU]: Jawohl!)

Wir wissen, dass die öffentlichen Hände nicht mehr alles allein schaffen können. Deshalb müssen wir private Kräfte mit ins Boot nehmen. Wir bringen Projekte des **Public Private Partnership** flächendeckend ins Rollen. Ob beim Autobahnbau oder anderen Verkehrsprojekten oder im Schulbau - die öffentlichen Hände können Kosten sparen und den Bürgerinnen und Bürgern kann ein leistungsfähiger Service angeboten werden. Das lohnt sich für alle Seiten und so modernisieren wir das Land.

Wir wollen Leute wieder in Lohn und Brot bringen und dafür sorgen, dass sie wieder Boden unter die Füße bekommen. Dafür werden neue arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickelt.

Meine Damen und Herren, **Bildung** hat Vorrang. An den Schulen werden alle frei werdenden Stellen wieder besetzt und zusätzlich schaffen wir neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. In den kommenden Jahren werden wir 27 Millionen € investieren, um die Sprachförderung in den Kindertagesstätten und in den Schulen zu pushen. Die Zahl der Schulen mit Ganztagsangeboten steigt in Schleswig-Holstein stetig. Insgesamt sind es schon fast 25 %. Wir konkretisieren den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten. Schulen und Kindertagesstätten werden künftig besser kooperieren.

Der Kultur- und Wirtschaftsbericht hat erstmals systematisch nachgewiesen, wie groß die volkswirtschaftliche Bedeutung unserer **Kulturlandschaft** ist. Hier werden wir die Angebote noch besser vernetzen, damit wir im Tourismus wieder ganz nach vorn kommen; denn die Konkurrenz schläft nicht. Dafür brauchen wir Marketing. Deswegen wird die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein ab dem Haushaltsjahr 2006 jährlich mit zusätzlichen 85.000 € gefördert. Damit wird das Marketing für die Entwicklung des Kulturtourismus personell und sachlich verstärkt. Das setzt einen Schulterchluss zwischen Kultur und Tourismus voraus und dafür stehe ich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir arbeiten grenzüberschreitend mit unseren Nachbarn prima zusammen. Das gilt allemal für unseren Nachbarn **Hamburg** und auch für **Niedersachsen**. Unter dem gemeinsamen Dach der Metropolregion bringen wir die Interessen Schleswig-Holsteins ein, die Interessen des ganzen Landes, meine Damen und Herren, und nicht nur die der Metropolregion.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Ich bereite gerade mit meinen Kollegen aus Hamburg und Hannover eine trilaterale Kabinettsitzung vor. Die Vorarbeiten laufen auf Hochtouren. In dieser

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Kabinettsitzung wollen wir ein trilaterales Verwaltungsabkommen schließen, mit dem wir die Organisation und die Zusammenarbeit in der Metropolregion modernisieren werden. Ziel ist es, uns auf Schwerpunkte zu konzentrieren, die Arbeit durch eine gemeinsame Geschäftsstelle effizienter zu gestalten, und zusätzlich wollen wir mit dem Abkommen eine Strategie zur Internationalisierung der Metropolregion umsetzen.

Auch wollen wir in der trilateralen Kabinettsitzung die Finanzierung der **Zusammenarbeit der Region** durch einen Staatsvertrag auf solide Beine stellen. Wir werden uns mit 920.000 € beteiligen.

Aber auch und ganz besonders die Kooperation mit **Dänemark** ist für uns von hoher Priorität.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-
donk [SSW])

Dabei spielt die hier gewachsene vorbildhafte Minderheitenpolitik eine wichtige Rolle. Die Minderheiten bereichern unsere Gesellschaft. Ich bin stolz auf das, was Minderheiten bei uns - gerade in der Region, aus der ich komme - geleistet haben.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Sie bauen Brücken über eine Grenze, die nicht mehr trennt, sondern verbindet.

Im Januar nächsten Jahres werde ich mit Ministerpräsident Fogh Rasmussen über die Art und Weise einer verbesserten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sprechen. Die Grenzregion Sønderjylland/Schleswig braucht dringend eine neue Perspektive.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-
donk [SSW])

Der **Landesteil Schleswig** hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen verloren. Die Landesregierung wird aktiver als bisher ihren Beitrag dazu leisten, dass sich das ändert.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir müssen die **Wachstumspotenziale** für die Region finden und Hindernisse, etwa im Bereich der Medizinwirtschaft, der Ernährungsindustrie, der maritimen Wirtschaft und im Handel, überwinden. Im Gespräch mit Ministerpräsident Rasmussen will ich ausloten, welche grenzüberschreitenden Projekte gestartet und wie mögliche Hindernisse schnell abgebaut werden können.

Meine Damen und Herren, die **Landesinitiative „Verwaltungsmodernisierung und Deregulierung“** ist beschlossen. Wir machen Ernst mit der Aufgabe von Aufgaben. Das wird bundesweit anerkannt und

dafür werden wir bundesweit gelobt, außer von unseren eigenen Grünen; aber darauf können wir auch verzichten, meine Damen und Herren.

Die Gespräche für eine Verwaltungsstrukturreform laufen. Wir werden die Verwaltung im Land und in den Kommunen professioneller, bürgernäher und wirtschaftlicher organisieren. Unser kommunalpolitischer Leitfaden gibt der Diskussion eine Richtung.

Wir investieren in die **innere Sicherheit**. Die Zeiten, in denen sich unsere Polizei Boote leihen musste, weil die eigenen nicht mehr funktionierten, geht zu Ende. Wir nehmen bis zum Jahr 2013 25,5 Millionen € in die Hand und rüsten die Wasserschutzpolizei mit einer neuen Flotte aus. Damit kann sie ihrer wichtigen Aufgabe künftig eigenständig, flexibel und wirksam nachkommen. Das ist uns unsere Sicherheit wert.

Wir tun aber noch mehr für die tatsächliche und auch für die gefühlte Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Künftig werden wir mehr Polizisten auf der Straße sehen und weniger in den Amtsstuben.

Für die Sozialpolitik wurde mit diesen Haushaltseckwerten eine solide Basis geschaffen. Die Konsolidierung in diesem Bereich wurde mit viel Augenmaß vorgenommen. Gleichzeitig wurden auch neue Akzente in der **Sozialpolitik** gesetzt.

Meine Damen und Herren, diese große Koalition, die Landesregierung und die beiden sie tragenden Fraktionen, wir alle sind vor große Aufgaben gestellt. Wir wollen die Trendwende für Schleswig-Holstein schaffen, und zwar nicht nach links, nicht nach rechts, sondern nach vorn.

(Beifall bei CDU und SPD)

Natürlich weiß ich, dass dabei auch Themen und Dinge angepackt werden müssen, über die sich manch einer aufregen wird. Aber es ist nun leider so: Wir können nicht mehr alle Wünsche erfüllen. Wir sparen deshalb Personal ein, gerade auch in der **Ministerialverwaltung**. Ein Konzept dazu ist beschlossene Sache.

Wir werden deshalb die Zahl der Amtsgerichte reduzieren. Wir erhöhen deshalb die Arbeitszeit für Beamte und die Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer. Wir prüfen deshalb die PPP-Möglichkeiten im Bereich der Kliniken.

Ich weiß, dass manches auch wehtun wird. Die Demonstration gestern hat das gezeigt. Ich weiß aber auch, dass ein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst in Zeiten wie diesen ein gutes Stück Sicherheit bedeutet.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Auch das sollte der eine oder andere einmal überdenken.

(Beifall bei CDU und SPD sowie des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben den Kurs der **Haushaltskonsolidierung** eingeschlagen, um wieder Spielräume zu erwirtschaften, die wir dringend brauchen. Wenn die Politik ihre Aufgaben noch mit Ernst und Verantwortung wahrnehmen will, dann darf sie es sich nicht leicht machen. Dass Menschen sich ärgern und Sorgen machen, kann ich gut verstehen. Und die Regierung wird denen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Aber wir werden unsere Kinder nicht mit weiteren Schulden belasten, weil wir den Mut zu Einsparungen und Strukturentscheidungen nicht haben. Das kann nicht sein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich entlasse deshalb auch die Opposition hier im Parlament nicht aus der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes Schleswig-Holstein.

Es gibt in unserem Land Kräfte, die wir mobilisieren müssen, es gibt eine große Leistungsbereitschaft hier im Land. Es gibt den gesunden Menschenverstand, der mit den Realitäten selbstbewusst umgehen kann. Auf diese Kräfte in den Vereinen und Verbänden, in den Kommunen und Kreisen, in den Unternehmen und Betrieben, bei den Kirchen und in den Gewerkschaften, an den Hochschulen und in den Labors baue ich und bauen wir. An diese Kräfte appelliere ich: Packen Sie mit an, damit es allen im Land wieder besser geht! Packen Sie mit an, damit unser Land im immer schärfer werdenden Wettbewerb mit anderen Ländern und Regionen wieder mithalten kann!

Diese Landesregierung wird sich jedenfalls nicht schonen. Ich werde weiterhin Kurs halten und aufs Tempo drücken und ich werde weiterhin landauf und landab in großer Offenheit und Ehrlichkeit Gespräche führen, werben und Vorschläge mit nach Kiel nehmen - für unser Land und für eine große Koalition mit den Menschen hier in Schleswig-Holstein.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen und erteile nunmehr nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung dem Herrn Abgeordneten Klaus Müller zu einem Kurzbeitrag das Wort.

(Zurufe)

Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es tut weh, das zu hören, Herr Kalinka, ich weiß.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Carstensen, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich für Ihre beleidigenden Worte entschuldigt haben, ist okay, akzeptiert. Dass Sie aber uns Grünen Unanständigkeit bescheinigen, weil wir Sie an Ihre Wahlkampfversprechen erinnert haben und deutlich gemacht haben, wo der Unterschied zwischen Ihren Wahlkampfanmeldungen und Ihrem Regierungshandeln liegt, das weise ich in aller Deutlichkeit zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie mögen sich ein Engelskostüm überziehen und ein entsprechendes Engelslachen aufsetzen - ich finde das toll, ich gucke Sie immer wieder gern an -,

(Lachen bei der CDU)

aber das ändert nichts daran, dass Sie Ihre Wahlkampfversprechen nicht einlösen und dass die Menschen das merken und auch deutlich sagen werden. Das ändert nichts daran, dass der Schleswig-Holstein-Fonds komplett schuldenfinanziert ist. Dann ist es auch keine Kunst zu sagen, das kommt gut an. Wenn wir 415 Millionen € schuldenfinanziert in die Hand nehmen, um damit Gutes zu tun, kommt das natürlich gut an. Ich finde aber trotzdem, hier gibt es einen klaren Unterschied zwischen Ihrer Rhetorik und Ihrem Handeln.

Minderheitenpolitik! Die Glaubwürdigkeit erweist sich bei Konflikten. Ich habe nicht vergessen, was in diesem Land zwischen Februar und April in diesem Jahr los war.

Sie haben gesagt, Sie würden für die Aufgabenkritik gelobt. Ich bin einmal sehr, sehr gespannt, welche guten Freunde man denn hat, die einen für Ankündigungen loben. Ich konzedere, wenn Sie tatsächlich in ein, zwei oder drei Jahren etwas hinbekommen, dann ist das glaubwürdig. Ich will Ihnen gern die Chance einräumen. Die große Koalition hat eine Verpflichtung.

(Zurufe von der CDU)

Aber sich jetzt dafür zu loben, etwas anzukündigen, das ist zu wenig.

Lassen Sie mich mit einem Hinweis zur Bertelsmann-Studie schließen. Ihr Sprechzettel war schon in Ordnung. Der Satz, den Sie vorgelesen haben, steht darin so. Aber Sie haben noch etwas vergessen zu zitieren. Ich zitiere aus der Studie, Seite 198, zum Nachlesen:

„Im Erfolgsindex verbessert sich Schleswig-Holstein im aktuellen Beobachtungszeitraum

(Klaus Müller)

2002 bis 2004 um einen auf den achten Rang. Dabei kann es seinen Punktwert gegen den Bundestrend auf 5,91 Punkte steigern.“

Ja, es gibt hier lobende Worte für die Landesregierung, die neue. Aber das Lob der Studie bezieht sich auf die Jahre 2002 bis 2004 und da hat Rot-Grün regiert. Zur Redlichkeit von Zitaten gehört es auch, alle Aspekte zu zitieren und nicht nur das, was Ihnen passt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat der Herr Oppositionsführer Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich nach dieser Rede des Ministerpräsidenten nicht reagieren, weil, lieber Peter Harry Carstensen, das zu einem Teil die Wiederholung der Regierungserklärung gewesen ist und zu einem anderen Teil die ständige Wiederholung von Eigenlob. Dafür habe ich ein gewisses Verständnis.

(Lachen bei CDU und SPD)

Aber der Beitrag des Kollegen Müller hat mich nun veranlasst, auf Folgendes hinzuweisen. Herr Kollege Müller, wir haben selbstverständlich im Wahlkampf - übrigens auch hier im hohen Haus - beständig Erklärungen abgegeben, wir haben gesagt, der Landeshaushalt ist desaströs unterfinanziert, es wird in der Größenordnung von 1 Milliarde € eine Nettokreditaufnahme geben. Und das ist hier im Haus - ich kann mich erinnern - von dem amtierenden Finanzminister damals vehement bestritten worden, von Ihnen als Minister übrigens auch. Es ist immer wieder gesagt worden: Es ist alles in Ordnung, dem Land geht es gut, wir sind eine hervorragende Regierung - der Sie angehört haben.

Ich kann mich auch daran erinnern - das können Sie nachlesen -, dass ich bei allen Interviews gesagt habe - wie übrigens der Kollege Wiegard und der Kollege Carstensen auch -, auch wir werden nicht in der Lage sein, bei der Größenordnung der Nettoneuverschuldung, die wir sehen, den Landeshaushalt innerhalb von ein oder zwei Jahren zu sanieren. Es wird auch mit uns - das heißt mit Beteiligung der FDP - für 2006 keinen verfassungskonformen Haushalt geben können, weil wir nicht von heute auf morgen mit der Situation fertig werden können, die Sie hinterlassen haben. Insofern ist es schon unredlich - das ist schon ein freundliches Wort -, Chuzpe, wenn man dieser

Regierung jetzt vorwirft - was ich übrigens nicht getan habe -, sie habe die Hinterlassenschaft nicht innerhalb eines halben Jahres in den Griff bekommen - Chuzpe, um es freundlich zu formulieren.

(Klaus Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, Sie haben es gesagt. Sie werfen Verfassungsverstoß vor. Ich sage einmal, das ist vergleichsweise merkwürdig. Wir haben dem aus grundsätzlichen Erwägungen zugestimmt. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen: Wir können es nicht ändern, das aber werfen wir den Beteiligten jetzt vor, ist merkwürdig.

Wir haben gesagt: Ich weiß nicht, welchen Erkenntnisgewinn wir durch eine weitere Lesung des Nachtrages gewinnen sollen, außer den, dass niemand in der Lage ist, 1,7 Milliarden € von heute auf morgen auf null zu reduzieren - Sie übrigens auch nicht. Wir haben gesagt, dass jedes Bemühen, das verfassungskonform erklären zu wollen, scheitern muss, weil es verfassungskonform nicht hinzubekommen ist. Das ist keine Form der neuen Ehrlichkeit, sondern eine Selbstverständlichkeit, Herr Kollege Wadephul, dass man nämlich nicht versucht, etwas mit falschen Erklärungen zu versehen, was man im Zweifel nicht mit diesen Erklärungen versehen darf.

Ein Letztes - und da nehmen wir Sie jetzt wirklich beim Wort und ernst. - Wir erwarten, dass aus den Ankündigungen „wir machen dieses und jenes“ und dem, was ja bisher nicht deutlich über das hinausgeht, was Kollege Hay sinnvollerweise als die Fortsetzung der rot-grünen Politik beinhaltet hat, jetzt konkrete Umsetzungen werden. Ich erlebe das wie Sie, dass die Menschen die Veränderung in der Führungsstruktur weg von Rot-Grün als Befreiung empfunden haben, aber sie haben auch hohe Erwartungen. Das gilt nicht nur für Eiderstedt, das gilt nicht nur für die öffentlich Bediensteten, das gilt auch für die Unternehmen. Wir können es uns nicht leisten, dass diese Erwartungen enttäuscht werden, weil - der Teufel steckt im Detail - bei der konkreten Umsetzung wieder die Fristen sehr lang sind, das eine oder andere wiederum nicht geht, aus welchen Gründen auch immer, dass sozusagen auf vollmundige Erklärungen wieder nur kleine Taten folgen. Wir hoffen darauf, wir als FDP und die Menschen in diesem Lande, dass tatsächlich nicht nur atmosphärisch, sondern wirklich ein Politikwechsel stattfindet. Darauf bauen wir.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der angemeldeten Redezeit erteile ich dem Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will kurz auf den Abgeordneten Müller antworten zu der Aussage, die er eben mit der positiven Bewertung der Landespolitik von 2000 bis 2004 dargestellt hat. Das ist ja nicht verwunderlich, wenn man sich die Entwicklung der Nettokreditaufnahme ansieht, in 2002 und 2003 mit 1,1 Milliarden und 1,2 Milliarden € und dann die plötzliche Absenkung, plötzlich und unerwartet, auf 800 Millionen allein dadurch, dass man für fast 400 Millionen Vermögen veräußert und einmalige Erlöse erzielt hat. Dass das eine positive Bewertung erfährt, wenn man die Nettokreditaufnahme absenkt, das ist nicht verwunderlich. Das Jahr 2005 wäre aber das entscheidende in der Kette der Bemerkungen gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Müller
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben hier die **Kreditaufnahme** besonders kritisiert und ich wiederhole, was ich bei Ihnen auch bei dem Fraktionsbesuch gesagt habe: Solange wir auch nur einen einzigen Euro neue Schulden aufnehmen müssen, ist jede Ausgabe kreditfinanziert, auch das Sitzungsgeld, das Sie heute für diese Sitzung erhalten. Wir könnten ja sagen, wir müssten das alles auch einsparen. Manche Dinge sind eben nicht möglich, manche glauben vielleicht auch daran, dass das ginge.

Ich finde es bemerkenswert und bedauere eigentlich, dass Sie einen solchen Gedächtnisverlust erlitten haben. Ihre Kritik trifft besonders meine Mitarbeiter und deshalb will ich das hier noch einmal richtigstellen. Es ging um mangelnde Transparenz bei der Haushaltsdarstellung bei Ausgaben, die bereits Rot-Grün 2004 verändert hat. Da frage ich Sie noch einmal: Warum haben Sie 2004 nicht beantragt, hier einen Nachtrag vorzulegen, damit das klargestellt werden kann, damit das seine Auswirkung erfährt?

(Beifall bei CDU und FDP)

Dann hätten Sie auch gleichzeitig beantragen können, die zusätzlichen Ausgaben von einer Viertelmilliarde € für Hartz IV ebenfalls mit abzudecken und die 500 Millionen € Mindereinnahmen bei den Steuern, die überzogen eingeplant waren, ebenfalls. Redlichkeit gehört also insgesamt dazu.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einen verständlichen Abschluss finden. Sie wissen ja, dass ich eigentlich immer dazu neige, doch den Versuch zu machen, wieder zueinander zu finden. Deshalb, Wolfgang Kubicki, darf ich das versuchen. Ich war richtig enttäuscht ob Ihrer Kritik an dem Wort Zu-

kunft, das wir so sehr auf unsere Fahnen geschrieben haben. Ich habe mir das eben noch einmal heraussuchen lassen. Ich habe das bei Ihnen abgeschrieben und ich habe gedacht, ich mache etwas Gutes.

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Ich habe nämlich Ihr Wahlprogramm genommen und war schon ganz erstaunt. Ich habe gedacht, da steht nur 18-mal „Zukunft“. Nein, da steht auf 54 Seiten 31-mal Zukunft: Wir wollen eine liberale Bürgergesellschaft, in der die Bürger über die Zukunft Deutschlands mitentscheiden. Ich denke, die kommt von allein, dann brauchen wir auch nicht zu entscheiden. Ich glaube, wir sind wieder im gleichen Boot in dieser Frage und insofern danke ich Ihnen allen für die Zustimmung.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Finanzminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/180 dem Finanzausschuss zur Beratung sowie den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/198, dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/235, abstimmen. Ich gehe davon aus, dass Abstimmung in der Sache gewünscht ist.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Dann bitte ich diejenigen, die zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

(Anke Spoorendonk [SSW]: Wir haben auch zugestimmt! - Beifall bei CDU und SPD)

und mit der in der Rede angekündigten Zustimmung des SSW angenommen.

Damit haben wir das Ende der heutigen Tagesordnung erreicht. Die 5. Tagung wird morgen früh um 10 Uhr fortgesetzt. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:17 Uhr